

Sebastian Bukow  
Uwe Jun *Hrsg.*

# Parteien unter Wettbewerbsdruck



Springer VS

---

## Parteien unter Wettbewerbsdruck

---

Sebastian Bukow · Uwe Jun  
(Hrsg.)

# Parteien unter Wettbewerbsdruck

*Herausgeber*

Sebastian Bukow  
Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf, Deutschland

Uwe Jun  
Universität Trier  
Trier, Deutschland

ISBN 978-3-658-16599-4      ISBN 978-3-658-16600-7 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-658-16600-7

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien unter Wettbewerbsdruck . . . . .</b>	<b>1</b>
Sebastian Bukow und Uwe Jun	
<b>Teil I Programme und Positionen</b>	
<b>Zum Einfluss des Parteienwettbewerbs auf politische Entscheidungen . . .</b>	<b>15</b>
Reimut Zohlnhöfer	
<b>Krisenbedingte Reaktionsmuster der deutschen Wirtschaftspolitik. . . .</b>	<b>39</b>
Julia Kiesow	
<b>Links-rechts und darüber hinaus – eine Neuvermessung der deutschen Parteienlandschaft mit einem auf die MARPOR/CMP-Daten angewandten IRT-Modell . . . . .</b>	<b>57</b>
Thomas Däubler	
<b>Wie schädlich sind große Koalitionen? Zum Zusammenhang von Regierungs-Oppositionskonstellation und ideologischer Polarisierung . . .</b>	<b>89</b>
Johannes Schmitt und Simon T. Franzmann	
<b>Teil II Wettbewerbsmuster und parteiliche Folgen</b>	
<b>Stadt, Land, Partei – neue Asymmetrien im Parteienwettbewerb? . . . . .</b>	<b>123</b>
Oliver D’Antonio	
<b>Grüne Farbenspiele. Neue Koalitionen von Bündnis 90/Die Grünen auf Länderebene . . . . .</b>	<b>151</b>
Niko Switek	

<b>Die FDP in der außerparlamentarischen Opposition: Innerparteiliche Willensbildung und Einstellungen der Parteitagsdelegierten .....</b>	<b>181</b>
Florian Glock	
<b>Der Lohn der Kooperation. Vorzeitige Regierungsbeendigungen als erfolgreiche Strategie im Parteienwettbewerb?.....</b>	<b>203</b>
Michael Angenendt und Johannes Schmitt	

---

## Autorenverzeichnis

**Michael Angenendt** Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Sebastian Bukow** Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Oliver D’Antonio** Universität Kassel

**Thomas Däubler** Ludwig-Maximilians-Universität München und Universität Mannheim

**Simon T. Franzmann** Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Florian Glock** Universität Trier

**Uwe Jun** Universität Trier

**Julia Kiesow** Justus-Liebig-Universität Gießen

**Johannes Schmitt** Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Niko Switek** Universität Duisburg-Essen

**Reimut Zohlhöfer** Universität Heidelberg

---

# Parteien unter Wettbewerbsdruck

Sebastian Bukow und Uwe Jun

---

## 1 Die repräsentative Parteiendemokratie als Basis des Parteienwettbewerbs

Politischen Parteien kommt in der repräsentativen Parteiendemokratie eine Schlüsselstellung zu. Sie sind die zentrale Instanz zur Vermittlung zwischen staatlichen Institutionen und gesellschaftlicher Sphäre und erfüllen unterschiedliche Systemfunktionen wie beispielsweise politische Sozialisation und Mobilisierung. Darüber hinaus realisieren Parteien die politische Repräsentation über die Durchdringung sozialer Gruppen sowie die Rekrutierung von Mitgliedern und vermitteln sowohl in programmatisch-inhaltlicher als auch organisatorischer Hinsicht politische Interessen und Meinungen (Poguntke 2000). Parteien tragen dazu bei, politische Themen, Positionen und Interessen zu analysieren, zu artikulieren und zu aggregieren (Jun 2013). Dabei ist entscheidend, dass Parteien jeweils spezifische Themen vertreten und deren Durchsetzung anstreben. Für ebendiese Durchsetzung sind die parteilichen Repräsentanten in Regierung und Parlament zuständig. Das heißt, die (partei-) politischen Eliten transformieren idealtypisch durch ihr Handeln gesellschaftliche Anliegen in politische Entscheidungen. Ausgangspunkt dieser Entscheidungen sind häufig innergesellschaftliche Konflikte, die etwa durch Interessensdifferenzen, Wertunterschiede und/oder Effizienz- und

---

S. Bukow (✉)

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Deutschland

E-Mail: bukow@uni-duesseldorf.de

U. Jun

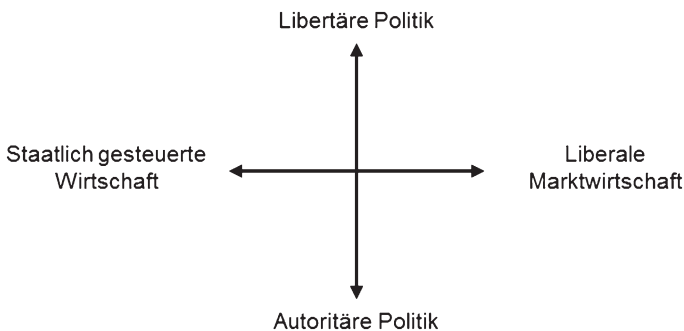
Universität Trier, Trier, Deutschland

E-Mail: jun@uni-trier.de



Effektivitätsprobleme in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen wie Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft oder Kultur entstehen. Erst durch Parteien werden gesellschaftliche Konflikte politisch wirksam zu Alternativen verdichtet und somit für den politischen Wettbewerb fruchtbar gemacht. Dabei basiert das Modell der repräsentativen Parteiendemokratie auf der Annahme spezifischer Repräsentationsvorstellungen (zur Unterscheidung politischer und sozialer Repräsentationen Jun et al. 2016). Eine differenzierte Repräsentation gesellschaftlicher Themen und damit verbundener Konfliktlinien, die politisch durch Parteien transformiert und transportiert werden, hängt dabei maßgeblich von den Rahmenbedingungen des jeweiligen Parteiensystems, etwa der verfassungsmäßigen Ordnung oder der institutionellen Struktur eines politischen Systems, ab (Eith 2001; van Biezen und Borz 2012). Damit sind bereits zwei Kernelemente der repräsentativen Parteiendemokratie angesprochen: der Repräsentationsanspruch politischer Parteien sowie der Konflikt divergierender Interessen.

Der Konflikt um Inhalte ist ein zentrales Element der Parteiendemokratie und kulminiert im politischen Wettbewerb zwischen Parteien um Positionen und letztlich Wähler. Es wäre verkürzt, diesen Wettbewerb und die zugrunde liegenden Konfliktlinien auf eine zwar oft gebräuchliche, allerdings stark vereinfachende Links-rechts-Dimension zu reduzieren. Das in Abb. 1 skizzierte Wettbewerbsmodell zeigt auf, dass eine Ausdifferenzierung jenseits von „rechts“ und „links“ für die inhaltliche Analyse von Parteiensystemen sinnvoll ist, um die Parteipositionen im Raum politischer Auseinandersetzung präziser verorten zu können (dazu u. a. Däubler in diesem Band).



**Abb. 1** Konfliktdimensionen im Parteienwettbewerb. (Quelle: eigene Darstellung)

Ausgangspunkt dieser Konfliktdimensionen des Parteienwettbewerbs sind die Analysen und konzeptionellen Überlegungen zu Konfliktlinien nach Seymour Lipset und Stein Rokkan (1967). Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften entwickeln sich aufgrund historisch spezifischer Anpassungsformen der gesellschaftlich relevanten Akteure an Umweltbedingungen und ihrer Politisierung durch Organisationen, primär durch Parteien. Politische Parteien repräsentieren dabei die Interessen unterschiedlicher sozialer Milieus oder Gruppen: „A cleavage not only requires social stratification and group consciousness (according to different values and/or preferences) but also a certain organization which helps the group to realize their interests and/or beliefs“ (Bértoa 2014, S. 16).

Parteien sind also einerseits der organisatorisch notwendige Kern jedweder nachhaltigen Interessenrepräsentation, andererseits lassen sich Werte und Interessen parteilich repräsentierter Gruppen in Parteiprogrammen beziehungsweise Wertvorstellungen, Interessenbekundungen oder Meinungsäußerungen wiederfinden. So institutionalisieren Parteien den Konflikt im politischen System und sind in diesem programmatischen Sinne als Repräsentanten sozialer Gruppen zu verstehen: Parteien artikulieren und aggregieren Interessen und formulieren auf dieser Basis Politik. Die Institutionalisierung von Parteiensystemen wird also wesentlich mitbestimmt durch die Art und Weise der parteilich-programmatischen Interessenvertretung, deren Konfiguration und Ausprägung.

Die unterschiedlichen Konflikte können wie angesprochen zu Wettbewerbsdimensionen verdichtet werden (Abb. 1), von denen für den westeuropäischen Kontext die sozio-ökonomische und die sozio-kulturelle hervorzuheben sind (Kitschelt 1994; Kriesi et al. 2012). Zu erwähnen ist zudem noch die Konfliktlinie Zentrum vs. Peripherie, wie sie jüngst in den Autonomiebestrebungen einzelner Regionen (z. B. Schottland, Katalonien) zum Ausdruck gekommen ist und zum Erstarken regionalistischer Parteien geführt hat (nicht abgebildet; Alonso et al. 2015).

In der sozio-ökonomischen Wettbewerbsdimension positionieren sich die Parteien entlang des Kontinuums zwischen Marktliberalismus und Staatsinterventionismus, wobei die Schwerpunkte in den Feldern Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie jüngst zunehmend auch in der Umwelt- oder Familienpolitik liegen. In der sozio-kulturellen Wettbewerbsdimension – die durch von Globalisierung, Migrationsbewegungen und religiös motivierte Konflikte oftmals bedeutsamer geworden ist (Kriesi et al. 2012, S. 324) – stehen sich libertäre und autoritäre Werte gegenüber. Am libertären Ende dieser Achse sind Toleranz, Selbstentfaltung, kollektive Freiheitsrechte, Emanzipation, Pazifismus und kulturelle sowie politische Inklusion, am autoritären Pol hingegen der Vorrang innerer und äußerer Sicherheit, kultureller Mehrheitsidentitäten oder restriktiver Kriminalitätsbekämpfung zu verorten. Die sozio-kulturelle Konfliktdimension umfasst zudem den Konflikt Integration vs. Demarkation (Kriesi et al. 2012). Dieser Aspekt basiert auf der

Annahme, dass es im Zuge der Globalisierung auf der einen Seite Internationalisierungsbefürworter gibt, welche von der Entwicklung profitiert haben, und auf der anderen Seite diejenigen, die diesem Prozess skeptisch gegenüberstehen und eine nationale Abgrenzungspolitik befürworten. Offenheit gegenüber andersartigen Kulturen und Religionen sowie Toleranz zählen dabei zu den libertären Werten, während nationale Schließung im Sinne des Vorrangs nationaler Kultur dem autoritären Pol zugerechnet werden kann.

Die programmatisch-ideologische Positionierung der einzelnen Parteien auf diesen zentralen Konfliktachsen bildet die inhaltliche Seite des Parteienwettbewerbs ab (dazu Däubler und Schmitt/Franzmann in diesem Band), wobei der Wettbewerb und dessen räumliche Modellierung in unterschiedlicher Weise konzeptualisiert werden kann (etwa wie hier beschrieben anhand der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Dimension). Parteienwettbewerb bezieht sich aber nicht nur auf die programmatisch-ideologischen Konflikte (dazu auch Zohlnhöfer und Kiesow in diesem Band), sondern auch auf die Konkurrenz der einzelnen Parteien um Wählerstimmen, Parlamentsmandate und Regierungsämter (dazu D'Antonio und Glock in diesem Band). Es geht also letztendlich um Machtpositionen in einem politischen System, weshalb die Regierungsfrage von durchaus zentraler Bedeutung für Parteien und die Umsetzung politischer Ziele ist (dazu Switek und Angenendt/Schmitt in diesem Band).

---

## 2 Parteien unter Wettbewerbsdruck

Die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Parteiendemokratie hängt letztlich vom Einklang von Angebot und Nachfrage ab. Das Angebot, das verschiedene Parteien innerhalb eines Parteiensystems im Sinne eines politischen Marktes offerieren, sollte mit der Nachfrage, also den Interessen, Werten und Meinungen der Wählerschaft, möglichst übereinstimmen. Klaffen Angebots- und Nachfrageseite auseinander, dann ist von einer Repräsentationslücke zu sprechen. Im Idealfall, und dies ist in Deutschland zumindest auf Ebene der Parteiprogramme der Fall, unterscheiden sich die Parteien und bilden differente Positionen ab (für Deutschland trifft dies zu, Bukow 2016, S. 127). Das heißt, sie bieten den Wählern tatsächlich unterschiedliche programmatische Alternativen an (Gerber et al. 2015; Franzmann 2016). Damit ist die Erwartung verbunden, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt an Werten, Meinungen und Interessen im Parteiensystem widerspiegelt.

Daraus ergeben sich Verantwortlichkeiten, deren Nichterfüllung die Funktionsfähigkeit repräsentativer Demokratien beeinträchtigt. Bestimmte Wählergruppen werden dann nicht mehr adäquat vertreten, wenn die Präferenzen der parlamen-

tarisch vertretenen politischen Parteien erheblich von ihnen abweichen, etwa weil Parteien ungenügende Informationen über die Wünsche ihrer Wählergruppen haben oder ihre Positionen verschieben, um andere Wählergruppen anzusprechen oder neue Machtoptionen (in Form neuer Koalitionsformate) vorzubereiten. Dies lässt sogenannte Repräsentations- beziehungsweise Angebotslücken entstehen, in die neue Wettbewerber hineinstoßen können. Und tatsächlich ist in bestimmten Politikfeldern von einem „remarkable mismatch“ (Kriesi et al. 2012, S. 327) zwischen den Positionen der etablierten Parteien und denen der Wähler zu sprechen. Diese Differenz zwischen Angebot und Nachfrage führt unter anderem dazu, dass populistische beziehungsweise systemkritische Parteien häufiger gewählt werden. Das heißt, die Unzufriedenheit mit der „etablierten Politik“ wird immer häufiger auch an der Wahlurne tatsächlich zum Ausdruck gebracht. Deutlich erkennbar war dies etwa bei der Entscheidung zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im Jahr 2016, beim Aufstieg des populistischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump innerhalb der republikanischen Partei durch dessen Siege bei den Vorwahlen und bei vielen nationalen oder subnationalen Wahlen in Europa. (Protest-)Wähler stehen dabei häufig für eine restriktive Haltung gegenüber Einwanderern, zumal wenn diese aus einer aus Wählersicht fremden Kultur kommen und anderen Religionen angehören als die einheimische Bevölkerung. Dazu kommen Vorbehalte beziehungsweise ablehnende Einstellungen gegenüber der Europäischen Union als zentralem Symbol der Denationalisierung. Insgesamt findet dabei gegenwärtig ein Prozess der sozialen Fragmentierung mit der Folge schwächer werdender gesellschaftlicher Integration und kaum herzustellender gesamtgesellschaftlicher Identitätsbildung einher, der seinen Ausdruck in einer voranschreitenden Fragmentierung der Parteiensysteme und im Erstarken (rechts-) populistischer Parteien mit der Folge einer erhöhten Polarisierung des Wettbewerbs findet (Kriesi et al. 2012, S. 335 ff.).

In Verbindung mit einem flexibleren (Nicht-)Wahlverhalten und der rückläufigen Bindungskraft etablierter Partei-Milieu-Bindungen (Dealignment) führt dies dazu, dass die etablierten Parteien in westlichen Demokratien unter erheblichem Wettbewerbsdruck stehen. Dies betrifft in besonderer Weise die (ehemaligen) Großparteien (Sozialdemokraten, Christdemokraten, Konservative). Im Zuge der Auflösung sozio-kultureller Milieus ist es für diese schwieriger geworden, heterogene Wählerkoalitionen zu schmieden und gleichzeitig Mehrheiten mit ihren ursprünglichen ideologischen Positionierungen zu erreichen. Links- wie rechtspopulistische Parteien setzen sie unter Druck und Handlungszwang, erschweren ihnen damit die Regierungsbildung und unterminieren ihre Handlungsspielräume. Gerade populistische Parteien haben den Vorteil, extremere Positionen besetzen oder hervorheben zu können (Wagner 2012; Wagner und Meyer 2014). Allerdings

verbleibt den etablierten Parteien gegenüber jüngeren Anbietern im Parteienwettbewerb ein Vorteil, der auf die tradierte Bindung von Parteien zu spezifischen Gruppen und Konfliktpositionen zurückgeht: Nach wie vor geht nämlich „von der Zugehörigkeit der Wähler zu sozialen Gruppen, die die Muster der Cleavages widerspiegeln, [...] ein statistisch signifikanter und eigenständiger Einfluss auf die Wahlabsicht“ aus (Debus 2010, S. 746; allgemeiner Stoll 2013), was den etablierten Parteien trotz zunehmenden Dealignment einen Wettbewerbsvorteil verschafft.

Der Druck nimmt gleichwohl zu und wird noch zusätzlich durch öffentlichkeitswirksame und medial verstärkte Bürgerproteste erhöht, die die Legitimität der repräsentativen Parteiendemokratie insgesamt partiell zu untergraben drohen. So ließ sich bereits vor 15 Jahren für nahezu alle westlichen Demokratien konstatieren: „We are witnessing a broad and on-going decline in the role of political parties for contemporary publics – not a temporary downturn in public satisfaction with parties“ (Dalton et al. 2002, S. 23). Dieser Befund hat nach wie vor Gültigkeit, der Trend besteht weiter – es ist also plausibel anzunehmen, dass die Parteien auch künftig unter einem starken Wettbewerbsdruck stehen, sowohl miteinander als auch gegenüber neuen, teilweise nur kurz existierenden Mitbewerbern.

Die benannten Tendenzen und Entwicklungen haben wiederum langfristige Rückwirkungen auf die Loyalität gegenüber politischen Parteien insgesamt und auf ihr öffentliches Ansehen innerhalb der Wählerschaft, letztlich auf ihre Legitimationsgrundlage. Loyalitätsverluste sind in vielen westlichen Demokratien auszumachen, ein relevanter Anteil der Bevölkerung sieht in den politischen Parteien seine Werte, Interessen und Meinungen kaum noch repräsentiert, was in sinkendem Vertrauen nicht nur gegenüber Parteien, sondern auch den von Parteien getragenen Institutionen wie Parlamenten und Regierungen seinen Ausdruck findet. Die Anerkennung gegenüber etablierten Parteien ist in jüngerer Vergangenheit damit zunehmend prekärer geworden. Die Struktur der Mitgliedschaft der politischen Parteien weist schon seit einigen Jahrzehnten einen deutlichen Rückgang sozial unterprivilegierter Gruppen und eine zumindest quantitativ starke Position der mittleren bis höheren Einkommensgruppen mit Schwerpunkt des öffentlichen Dienstes aus (Biehl 2009; Spier et al. 2011). Diese Feststellung geht einher mit einem Bedeutungsrückgang der Parteien, insbesondere auf der gesellschaftlichen Ebene (Bukow 2013). Hervorgerufen ist dieser Bedeutungsrückgang in erster Linie durch gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die eine gravierende Auszehrung ihres jeweiligen sozial-moralischen Großmilieus bewirkt haben (Wiesendahl 2011, S. 161 ff.; Elff 2007). Einhergehend mit der Erosion der gesellschaftlichen Basis büßen die etablierten Großparteien an Attraktivität

als politischer Partizipationsraum ein. Die Folge ist ein Verlust an Stammwählern, eine sinkende Wahlbeteiligung, ein tendenzieller Rückgang des Stimmenanteils der etablierten Großparteien und insbesondere ein Niedergang der Mitgliederzahlen. Damit verbunden ist oftmals die bereits angesprochene stärkere Fragmentierung des Parteiensystems und, was seinerseits die Unsicherheit für Parteien erhöht, eine offenere Wettbewerbssituation zwischen den verschiedenen Parteien.

---

### 3 Wirkung und Folgen des Wettbewerbsdrucks

Die etablierten Parteien schauen den skizzierten Entwicklungen, dem verstärkten Wettbewerbsdruck und der damit verbundenen größeren elektoralen wie organisationalen Unsicherheit, keineswegs tatenlos zu. Sie versuchen vielmehr, Reaktionsstrategien zu entwickeln, Handlungskompetenzen zu stärken und somit den öffentlichen Diskurs (wieder) zu bestimmen. Diese Reaktionsmuster der Parteien unter Wettbewerbsdruck sind Gegenstand dieses Buches, das Beiträge zu verschiedenen Fragekomplexen bündelt. Dabei stehen sowohl inhaltliche wie auch organisational-strukturelle Reaktionsmuster und Folgen im Fokus.

Der erste Teil des Buches – *Programme und Positionen* – beginnt mit einer Analyse Reimut Zohlnhöfers zum Einfluss des Parteienwettbewerbs auf politische Entscheidungen. Ausgangspunkt ist die These, dass der Parteienwettbewerb tatsächlich öffentliche Politiken prägen kann – mit der Folge, dass politische Akteure und Parteien in bestimmten Situationen Policies vertreten und durchsetzen, die nicht ihren eigenen Präferenzen, sondern denen ihrer Wählerschaft entsprechen. Zohlnhöfer geht diesem Argument anhand gezielt ausgewählter Fallstudien nach (Mindestlohn, Atompolitik und Eurorettung). Anhand dieser Fallstudien kann gezeigt werden, dass Policy-Anpassungen nur in bestimmten Fällen erfolgen: „Wenn die Opposition in einem salienten Politikfeld eine glaubwürdige Policy-Alternative präsentierte, die in der Wählerschaft populär war“ – das heißt, wenn tatsächlich ein Wettbewerbsdruck besteht. Fehlt dieser Druck, da etwa die Salienz des Themas zu gering oder die Alternativen als wenig überzeugend einzuschätzen sind, dann verändert die Regierung ihre Policy-Position nicht.

Ebenfalls die Handlungsmuster der politischen Akteure, insbesondere der Regierungsparteien und des Bundesrats, untersucht Julia Kiesow in ihrem Beitrag. Sie arbeitet heraus, für welche ökonomischen Reaktionsmuster sich die genannten Akteure im Krisenkontext entscheiden. Untersuchungsleitend ist dabei die Überlegung, ob es in einer Krise zu parteispezifischen Reaktionen kommt oder aber vielmehr Parteidifferenzen verschwimmen. Im Ergebnis zeigt sich, dass sich insbesondere SPD und FDP in ihren politischen Antworten auf ökonomische

Krisensituationen deutlich unterscheiden, wobei in den untersuchten bundespolitischen Fällen fast immer auf nachfragepolitische Maßnahmen zurückgegriffen wird – es zeigen sich also durchaus konstante Reaktionsstrategien, wenngleich diese im Umfang variieren.

Wie skizziert ist eine Reduktion politischer Positionen auf die Links-rechts-Dimension stark komplexitätsreduzierend. Daher unternimmt Thomas Däubler in seinem Beitrag eine „Neuvermessung der deutschen Parteienlandschaft mit einem auf die MARPOR/CMP-Daten angewandten IRT-Modell“. Ziel der Untersuchung ist eine Wettbewerbsanalyse, die auf der Item-Response-Theorie basiert und neue Einblicke in den bundesdeutschen Parteienwettbewerb verspricht. Dabei leiten drei zentrale Anliegen die Untersuchung: 1) Es soll geklärt werden, was von „links“ beziehungsweise „rechts“ im bundesdeutschen Kontext bedeutet. Hier zeigt sich neben der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine wichtige Rolle der Außenpolitik. 2) Es wird geprüft, ob es eine Konvergenz der Großparteien gibt. Dies wird deutlich verneint. 3) Schließlich wird analysiert, ob spezifische Themenfelder wie Umweltpolitik oder europäische Integration eher wirtschafts- oder gesellschaftspolitische Relevanz haben. Es kann gezeigt werden, dass Umweltpolitik eher eine Frage der Gesellschaftspolitik ist, wohingegen die Einordnung der europäischen Integration deutlich komplexer ist.

Die Folgen eines gewissermaßen durchbrochenen Parteienwettbewerbs adressieren Johannes Schmitt und Simon Franzmann, indem sie die Folgen großer Koalitionen untersuchen. Ausgangspunkt ist die These, dass Zentrums- beziehungsweise sogenannte „große“ Koalitionen einen polarisierenden Effekt auf den Parteienwettbewerb haben können, wobei gerade die ideologische Zentrumslage solcher Koalitionen eine „schädliche Wirkung“ im Sinne einer Polarisierungszunahme bewirke. Die beiden Autoren können im Rahmen ihrer Analyse zeigen, dass nicht die Größe, sondern die zentrale Position der Koalition tatsächlich entscheidend ist, da dies Auswirkungen auf die Interaktionsmuster von Koalition und Opposition hat. Dabei zeigt sich, dass die Ergebnisse je nach Operationalisierung der Polarisierung unterschiedlich zu bewerten sind.

Im zweiten Abschnitt des Buches stehen *Wettbewerbsmuster und parteiliche Folgen* im Fokus. Oliver D’Antonio thematisiert in diesem Zusammenhang neue Asymmetrien im bundesdeutschen Parteienwettbewerb. Konkret wird geprüft, ob relevante Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Stadt und Land bestehen. Diese Frage ist nicht nur hinsichtlich des Wahlverhaltens von Interesse, sondern knüpft auch an die in vielen Parteien diskutierten „Großstadt-Strategien“ an. Überprüft wird diese Frage am Beispiel hessischer Kommunen bei der Bundestagswahl 2013. Im Ergebnis kann D’Antonio zeigen, dass nicht etwa die Gemeindegröße der zentrale Wettbewerbsfaktor, sondern vielmehr pluralisierte

Gesellschafts- und Konfliktstrukturen in den Städten sowie die stärkere Präsenz von Parteien im urbanen Raum einen Unterschied machen – eine einfache Stadt/Land-Konfliktlinie genügt daher nicht zur Erklärung divergierender Wettbewerbsstrukturen zwischen Stadt und Land.

Parteien geraten durch den Wettbewerb nicht nur unter elektoralen Druck, auch intern müssen Parteien mit den Wettbewerbsfolgen umgehen. Eine zentrale Herausforderung ist die Durchsetzung neuer Koalitionsmuster, gerade wenn tradierte Muster der Koalitionsbildung an mangelnden Mehrheiten scheitern. Die innerparteiliche Durchsetzung neuer Koalitionsformate untersucht Niko Switek in seinem Beitrag, der auf die Durchsetzung innerhalb der Grünen zielt. Bezugnehmend auf einen mikropolitischen Erklärungsansatz kann er dabei zeigen, dass organisatorische Spezifika der Grünen keine Rolle (mehr) spielen – vielmehr sind neben einer frühzeitigen Vorbereitung neuer Koalitionsoptionen einzelne Spitzenpolitiker und innerparteiliche Beteiligungsprozesse entscheidend, um neue Koalitionen innerparteilich durchzusetzen.

Eine weitere Folge des verschärften Wettbewerbs ist die gestiegene elektorale Unsicherheit für Parteien. Wie keine andere etablierte Partei hat dies die FDP im Jahr 2013 erlebt, als sie nach historisch gutem Ergebnis 2009 und nachfolgender Regierungsbeteiligung nach einer dramatischen Wahlniederlage nicht mehr im Bundestag vertreten war. Dies nimmt Florian Glock zum Anlass seiner Untersuchung, die die innerparteiliche Willensbildung und vor allem Einstellung der Parteitagsdelegierten zeitvergleichend adressiert. Besonderes Augenmerk richtet er dabei auf die Frage, inwieweit der Verlust der Partei im Parlament eine Veränderung bei den Einstellungen der Delegierten bewirkt. Tatsächlich zeigt sich, dass die Delegierten auch nach 2013 an den Kernthemen und -werten der FDP festhalten und ein großes Gewicht auf Bürger- und Freiheitsrechte sowie marktwirtschaftliche Prinzipien legen. Insofern bleiben die Delegierten, also die aktiven Funktionäre und (verbliebenen) Abgeordneten, ihren Positionen im Zeitvergleich eher treu.

Ebenfalls an den Wahlkontext schließt die vergleichende Untersuchung von Michael Angenendt und Johannes Schmitt an, die die elektoralen Konsequenzen einer freiwillig-vorzeitigen Regierungsbeendigung untersuchen. Dabei unterscheiden die Autoren konzeptionell zwischen kooperativen und konflikthaften Fällen einer vorzeitigen Kabinettsbeendigung. Sie können anhand ihrer Untersuchung von 405 Wahlen in 32 etablierten parlamentarischen Demokratien (1945–2013) zeigen, dass die elektoralen Folgen einer vorzeitigen Regierungsbeendigung vom Beendigungsmodus ebenso abhängen wie von der Wettbewerbssituation – es zeigt sich also auch hier, dass der Parteienwettbewerb als Element der Parteiendemokratie eine maßgebliche Rolle für das Handeln und die elektoralen Erfolge von Parteien hat.



## Literatur

- Alonso, Sonia, Laura Cabeza, und Braulio Gomez. 2015. Parties' electoral strategies in a two dimensional political space: Evidence from Spain and Great Britain. *Party Politics* 21:851–865.
- Bértoa, Fernando C. 2014. Party systems and cleavage structures revisited. A sociological explanation of party system institutionalization in east central Europe. *Party Politics* 20:16–36.
- Biehl, Heiko. 2009. Soziale Entwurzelung und Repräsentationsverlust der Parteien. In *Zukunft der Mitgliederpartei*, Hrsg. Uwe Jun, Oskar Niedermayer, und Elmar Wiesendahl, 111–128. Opladen: Budrich.
- Biezen, Ingrid van, und Gabriela Borz. 2012. Models of party democracy: Patterns of party regulation in post-war European constitutions. *European Political Science Review* 4:327–359.
- Bukow, Sebastian U. 2013. *Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bukow, Sebastian U. 2016. The green party in Germany. In *Green parties in Europe*, Hrsg. Emilie van Haute, 112–139. London: Routledge.
- Dalton, Russel J., Ian McAllister, und Martin Wattenberg. 2002. Political parties and their publics. In *Political parties in the new Europe. Political and analytical challenges*, Hrsg. Kurt R. Luther und Ferdinand Müller-Rommel, 19–42. Oxford: Oxford University Press.
- Debus, Marc. 2010. Soziale Konfliktlinien und Wahlverhalten. Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen von 1969 bis 2009. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62:731–749.
- Eith, Ulrich. 2001. Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme: Möglichkeiten und Grenzen eines überregionalen Vergleichs. In *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Länder- und Regionalstudien*, Hrsg. Ulrich Eith und Gerd Mielke, 322–335. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Elff, Martin. 2007. Social structure and electoral behaviour in comparative perspective. The decline of social cleavages in western Europe revisited. *Perspectives on Politics* 5:277–294.
- Franzmann, Simon T. 2016. Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie. In *Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie*, Hrsg. Sebastian Bukow, Uwe Jun, und Oskar Niedermayer, 51–83. Wiesbaden: Springer VS.
- Gerber, Dominik, Sarah Nicolet, und Pascal Sciarini. 2015. Voters are not fools, or are they? Party profile, individual sophistication and party choice. *European Political Science Review* 7:145–165.
- Jun, Uwe. 2013. Typen und Funktionen von Parteien. In *Handbuch Parteienforschung*, Hrsg. Oskar Niedermayer. Wiesbaden: Springer VS.
- Jun, Uwe, Tilman Heisterhagen, und Simon Stratmann. 2016. Die Repräsentation von Armut durch politische Parteien. Voraussetzungen, ein theoretisches Analysemodell und empirische Untersuchungen im Lichte des Bundestagswahlkampfes 2013. In *Parteien und soziale Ungleichheit*, Hrsg. Elmar Wiesendahl, 359–389. Wiesbaden: Springer VS.
- Kitschelt, Herbert. 1994. *The transformation of European social democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschie, und Timotheos Frey. 2012. *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan, Hrsg. 1967. *Party systems and voter alignments: Cross national perspectives*. New York: The Free Press.
- Poguntke, Thomas. 2000. *Parteiorganisation im Wandel*. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Spier, Tim, Markus Klein, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, und Katharina Rohrbach, Hrsg. 2011. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Stoll, Heather. 2013. *Changing societies, changing party systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wagner, Markus. 2012. When do parties emphasise extreme positions? How strategic incentives for policy differentiation influence issue importance. *European Journal of Political Research* 51:64–88.
- Wagner, Markus, und Thomas M. Meyer. 2014. Which issues do parties emphasise? Salience strategies and party organisation in multiparty systems. *West European Politics* 37: 1019–1045.
- Wiesendahl, Elmar. 2011. *Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft*. Opladen: Budrich.

---

## Teil I

# Programme und Positionen

---

# Zum Einfluss des Parteienwettbewerbs auf politische Entscheidungen

Reimut Zohlnhöfer

---

## 1 Einleitung

Parteienwettbewerb, also der Wettbewerb zwischen politischen Parteien um Wählerstimmen und Regierungsämter, kann öffentliche Politiken prägen. In der Literatur wird diese These mindestens seit Anthony Downs' (1957) Ökonomischer Theorie der Demokratie diskutiert. Selbst wenn man Downs' Annahmen lockert, nach denen politische Akteure sich gar nicht für politische Inhalte interessieren, sondern politische Programme nur als Mittel zum Zweck der Stimmenmaximierung betrachten, und man von Entscheidungsträgern ausgeht, die zumindest auch inhaltliche Interessen besitzen, werden diese Entscheidungsträger immer noch sensibel für die Beurteilung ihrer Politiken durch die Wähler sein, wenn sie glauben, dass diese Einschätzungen einen Einfluss auf den Ausgang der nächsten Wahl haben – und das müssen sie auch, denn ihre Chancen, die präferierten Politiken auch tatsächlich zu realisieren, sind ungleich größer, wenn sie eine hinreichend große Zahl an Stimmen gewinnen und an die Regierung gelangen. Das heißt dann aber nichts anderes, als dass politische Akteure oder Parteien Policy-Positionen einnehmen und Politiken verabschieden, die ihren eigentlich favorisierten Politiken nicht entsprechen, weil sie auf diese Weise hoffen, ihre Wiederwahl absichern zu können (Stimson et al. 1995).

Parteienforscher haben sich zwar häufig mit dem Parteienwettbewerb auseinandergesetzt, doch oft interessierten sie sich dabei stärker für die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen auf die Stimmenanteile der beteiligten Parteien

---

R. Zohlnhöfer (✉)

Universität Heidelberg, Heidelberg, Deutschland

E-Mail: Reimut.Zohnhoefer@ipw.uni-heidelberg.de

(z. B. Laver und Sergenti 2012; Williams und Whitten 2015), während Policy-Positionen seltener in Abhängigkeit vom Parteienwettbewerb analysiert werden. Wo der Effekt des Parteienwettbewerbs auf Policy-Positionen von Parteien untersucht wurde, lag der Fokus zudem fast immer auf der Analyse von Wahlprogrammen oder anderen Dokumenten, die einen aggregierten Überblick über die Position der jeweiligen Parteien (mindestens auf einer Politikdimension) vermitteln (Adams et al. 2004, 2009; Adams und Somer-Topcu 2009; Bräuninger und Debus 2012; Ezrow et al. 2011). Im Gegensatz dazu haben sich Policy-Forscher, die spezifische Politikentscheidungen (und damit auch spezifische Entscheidungen von politischen Parteien) erklären möchten, bislang nur selten prominent mit dem Einfluss des Parteienwettbewerbs beschäftigt.

Darüber hinaus ist die einschlägige Literatur weit von einem Konsens darüber entfernt, von was genau es abhängt, ob der Parteienwettbewerb einen Einfluss auf Policy-Positionen von Parteien oder Policies insgesamt ausübt. Im Wesentlichen herrscht in zweierlei Hinsicht Dissens. Zum einen geht es um die Frage, über welche Akteure der Effekt des Parteienwettbewerbs vermittelt wird. Eine Gruppe von Autoren konzentriert sich auf die Wählerschaft bzw. die öffentliche Meinung und untersucht, ob (und unter welchen Bedingungen) Entscheidungsträger, insbesondere aber politische Parteien auf Änderungen in der öffentlichen Meinung reagieren. Dabei finden einige Untersuchungen einen direkten Effekt der öffentlichen Meinung (gemessen entweder über die Position des Medianwählers oder die vorherrschenden Fairnessnormen) auf Entscheidungen (Plümper et al. 2009; Swank 2016). Andere Autoren versuchen, spezifische Bedingungen zu identifizieren, unter denen die öffentliche Meinung relevant wird. James Adams und Ko-Autoren zeigen beispielsweise, dass Parteien sich programmatisch der öffentlichen Meinung durchaus anpassen (z. B. Adams et al. 2004, 2009; Ezrow et al. 2011), dass die jeweilige Parteifamilie diesen Effekt aber filtert. So passen sich linke und Nischenparteien weniger stark an als bürgerliche Parteien. Auch Soroka und Wlezién (2010) finden empirisch etwas, was sie Policy-Repräsentation nennen, nämlich „policymakers’ active representation of citizens’ (aggregated) preferences“. Aber auch sie finden konditionale Effekte. Neben der institutionellen Struktur wie Föderalismus und Parlamentarismus fokussieren sie auf die Salienz eines Issues sowie die Knappheit des Wahlausgangs: Je wichtiger ein Bereich den Wählerinnen und Wählern ist und je knapper der Wahlausgang, desto wahrscheinlicher wird die Regierung sich responsiv gegenüber der öffentlichen Meinung verhalten. In einer jüngeren Studie zur Rentenpolitik schließlich belegen Immergut und Abou-Chadi (2014, S. 270) empirisch, dass die elektorale Verletzlichkeit einer Regierung, also der „effective electoral pressure from voters

in terms of their ability to oust governing politicians from office“, entscheidend dafür ist, wann Regierungen unpopuläre Reformen verabschieden. Immergut und Abou-Chadi (2014) zufolge ist die Relevanz der öffentlichen Meinung auf die zu verabschiedende Policy abhängig von Faktoren wie der elektoralen Volatilität, der effektiven Zahl an Parteien oder der Größe der Regierungsmehrheit.

Zentrale Voraussetzung für das Auftreten eines Effekts der öffentlichen Meinung auf Policies ist allerdings, dass öffentliche Responsivität herrscht. Anders ausgedrückt können wir nur dann erwarten, dass Regierungen auf die öffentliche Meinung reagieren, wenn umgekehrt die öffentliche Meinung auf Policy-Wandel reagiert, d. h. wenn Wähler zumindest eine allgemeine Vorstellung darüber haben, in welche Richtung sich die inhaltliche Politik bewegt (Soroka und Wlezien 2010). Aber selbst wenn das der Fall ist, müssen die Wähler zusätzlich auch solche Politiken an der Wahlurne belohnen, die der öffentlichen Meinung folgen, und solche bestrafen, die das nicht tun. Zumindest hinsichtlich spezifischer Entscheidungen ist diese Beziehung in der Literatur keineswegs unumstritten. Beispielsweise scheinen sozialpolitische Kürzungen nicht notwendigerweise zu Wahlniederlagen für die verantwortlichen Parteien zu führen – trotz der insgesamt starken öffentlichen Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat (z. B. Giger und Nelson 2011).

Ein Grund für diesen zunächst überraschenden Befund dürfte darin bestehen, dass Sozialkürzungen politisiert werden müssen, damit sie wahlpolitisch relevant werden – und genau dies ist nicht immer der Fall (Armingeon und Giger 2008; Elmelund-Præstekær et al. 2015). In den meisten Fällen wird die öffentliche Meinung nur prägend für die Politik, wenn die Opposition (oder andere politische Akteure) die öffentliche Aufmerksamkeit auf die einschlägigen Policies lenkt. Entsprechend richtet ein anderer Literaturstrang sein Hauptaugenmerk auf die Oppositionsparteien bzw. die Parteiensystemkonstellation. Und auch diesen Faktoren scheint Bedeutung zuzukommen. Zum Beispiel zeigen Adams und Somer-Topcu (2009), dass Parteien auch auf programmatische Veränderungen von Konkurrenten reagieren. Hicks und Swank (1992) finden in gleicher Weise „Ansteckungseffekte“ in dem Sinne, dass rechte Regierungen mehr für Soziales ausgeben, wenn sie mit starken linken Oppositionsparteien konfrontiert sind und umgekehrt. Jensen und Seeberg (2015) differenzieren diese Ergebnisse, indem sie zeigen, dass erstens nur linke Oppositionsparteien einen Einfluss auf rechte Regierungen haben, aber nicht umgekehrt, und dass zweitens linke Oppositionsparteien nur dann einen Einfluss auf die Sozialausgaben haben, wenn sie die Sozialpolitik stark betonen.

Zusätzlich spielt die Parteiensystemkonstellation eine wichtige Rolle, wie Herbert Kitschelt (2001) und Christoffer Green-Pedersen (2002) argumentieren

(dazu auch Zohlnhöfer 2012). Je nach Konfiguration des Parteienwettbewerbs sind Parteien mit sehr unterschiedlichen machtpolitischen Konsequenzen ihrer Regierungspolitik konfrontiert. Wo die Regierungsbeteiligung nicht besonders stark mit dem Wahlergebnis korreliert ist, lässt sich erwarten, dass Parteien deutlicher von der öffentlichen Meinung abweichen. Daher sollte die Policy-Responsivität in solchen Systemen geringer sein.

Zusammenfassend zeigt dieser kurze Überblick über den Forschungsstand, dass es durchaus empirische Hinweise darauf gibt, dass der Parteienwettbewerb und die öffentliche Meinung Policies beeinflussen. Zudem scheint der Umfang, in dem Entscheidungsträger auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen (müssen), von einer Reihe von Faktoren abzuhängen, darunter die Salienz eines Themas, die elektorale Verletzlichkeit, die Parteifamilie und die Parteiensystemkonstellation. Gleichzeitig wird eine Reihe von Forschungslücken deutlich. Zum einen konzentrieren sich die oben vorgestellten Studien entweder auf die öffentliche Meinung oder die konkurrierenden Parteien, während kaum je beide Seiten des politischen Marktes – die Nachfrageseite der Wählerschaft und die Angebotsseite der konkurrierenden Parteien – gleichzeitig in den Blick gelangen. Zum anderen betrachten die meisten Studien nur einen Faktor (oder allenfalls einige wenige Faktoren), der die Effekte des Parteienwettbewerbs filtern könnte, und es besteht darüber hinaus keine Einigkeit dahin gehend, welche Faktoren hier relevant sein könnten.

Dieses Kapitel ist daher ein erster Versuch, diejenigen Faktoren zu systematisieren, die die Effekte der öffentlichen Meinung und des Parteienwettbewerbs auf öffentliche Politiken filtern. Ich argumentiere, dass beide Seiten des politischen Marktes (Bartolini 1995) betrachtet werden müssen, um ein umfassendes Bild der Effekte des Parteienwettbewerbs zu erhalten. Auf der Nachfrageseite muss die tatsächliche Möglichkeit existieren, dass die amtierende Regierung die nächste Wahl verliert und in der Folge in die Opposition gerät, wenn die öffentliche Meinung Policies beeinflussen soll. Gleichzeitig müssen wir auch die Angebotsseite des politischen Marktes im Auge behalten, und das meint vornehmlich die Oppositionsparteien. Zumindest in Zweiparteien- und Zweiblocksystemen gilt, dass die Regierungsparteien nur dann ihren Kurs in Reaktion auf die öffentliche Meinung ändern werden, wenn die Opposition eine glaubwürdige Policy-Alternative vertritt, die signifikant mehr Zustimmung unter den Wählern erhält als die Policy-Option der Regierung. Zudem muss das Thema salient sein, damit Effekte der öffentlichen Meinung zu beobachten sind. Bei Mehrparteiensystemen ohne klare Blockbildung ist dagegen ein Effekt der öffentlichen Meinung insgesamt unwahrscheinlicher. Soweit eine Pivotalpartei existiert, die in einem spezifischen Politikfeld eine Position einnimmt, die nicht mit der Position eines gedachten Medianwählers überein-

stimmt, kann in solchen Systemen der Parteienwettbewerb die Politik sogar von der Mehrheitsmeinung der Öffentlichkeit wegtreiben. Insgesamt sollten wir also erwarten, dass die Effekte des Parteienwettbewerbs sich je nach Untersuchungsland und Untersuchungsperiode, aber auch je nach Politikfeld, das untersucht wird, unterscheiden könnten.

Im Gegensatz zu den meisten Parteienforschern geht es mir in diesem Beitrag nicht darum, programmatische Positionen von Parteien in Form von Wahlprogrammen zu erklären. Mein Argument weicht in zweierlei Hinsicht von diesen Ansätzen ab. Erstens analysiere ich konkrete politische Entscheidungen und keine programmatischen Äußerungen, weil letztere ein ganzes Bündel von potenziell sehr unterschiedlichen Politikvorschlägen umfassen und es häufig schwierig ist, empirisch differenziert zu erfassen, welche spezifischen Vorschläge durch den Parteienwettbewerb beeinflusst worden sind (insbesondere, wenn, wie meist in der Literatur, aggregierte Daten wie etwa die Links-rechts-Skala des Comparative Manifesto Projektes verwendet werden). Zweitens geht es bei dynamischer Repräsentation (Stimson et al. 1995) im Kern darum, dass sich Parteipositionen im Laufe eines Willensbildungsprozesses an eine sich wandelnde öffentliche Meinung anpassen. Daher versuche ich zu erfassen, ob und wie spezifische Politiken in konkreten Gesetzgebungsprozessen durch den Parteienwettbewerb beeinflusst werden. Damit wird ein zentraler Nachteil von Studien vermieden, die Wahlprogramme untersuchen; solche Studien konzentrieren sich nämlich auf den Wahlkampf und damit auf „short period[s] of heated political competition“, die „very different from the day-to-day politics during the legislative term“ sein können (Klüver und Sagarzazu 2015, S. 2).

Im Folgenden werde ich zunächst das theoretische Argument ausführlicher darlegen, bevor ich es mit vier Fallstudien der deutschen Politik zwischen 2009 und 2013 illustriere, nämlich am Beispiel der Mindestlohngesetzgebung, der Atompolitik (Laufzeitverlängerung sowie Atomausstieg) und der Eurorettung.

---

## 2 Theoretische Überlegungen

Wie oben dargelegt, erscheint es geboten, sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite des politischen Marktes zu untersuchen, um die Bedingungen zu identifizieren, unter denen Parteien sich responsiv gegenüber den Forderungen der Bürger verhalten.



## 2.1 Die Nachfrageseite des politischen Marktes: die Wählerschaft und ihre Prioritäten

Wenn Politiken, die von politischen Parteien verfolgt werden, von den Interessen der Wählerschaft geprägt werden sollen, muss man davon ausgehen, dass Parteien sich zumindest teilweise ämterorientiert verhalten – eine weitgehend unproblematische Annahme für die überwiegende Mehrzahl der Parteien in den entwickelten Demokratien.<sup>1</sup> Allerdings hat auch eine ämterorientierte Regierung dann keine Anreize, der öffentlichen Meinung zu folgen, wenn ihr Verbleib im Amt nicht gefährdet ist. Daher gilt umgekehrt, dass die Effekte des Parteienwettbewerbs umso ausgeprägter sein sollten, je weniger sicher sich die aktuelle Regierung sein kann, auch in Zukunft im Amt zu sein (Elkins 1974).

Ein grundlegender Faktor, der bestimmt, mit welcher Gewissheit eine Partei davon ausgehen kann, der nächsten Regierung anzugehören, ist die Frage, wie eng der Erwerb von Regierungsämtern mit dem Stimmenanteil einer Partei bei der nächsten Wahl zusammenhängt. Selbst wenn sich nämlich alle Parteien ämterorientiert verhalten sollten, heißt das bei weitem noch nicht, dass sie auch alle eine Stimmenmaximierungsstrategie verfolgen (müssen). Vielmehr hängt es vom Parteiensystem ab, wie eng Stimmen- und Ämterorientierung verknüpft sind (Green-Pedersen 2002). In einem Zweiparteiensystem beispielsweise bildet die Partei mit der (relativen) Stimmenmehrheit auch die Regierung. Daher werden beide Parteien in einem solchen System versuchen, möglichst viele Stimmen zu gewinnen. Bipolare Mehrparteiensysteme, in denen sich verschiedene Parteien zu relativ stabilen Blöcken zusammenschließen, die dann in Wahlen konkurrieren, funktionieren nach der gleichen Logik. In solchen Zweiblocksyste men, für die Schweden ein gutes Beispiel ist, bildet in der Regel der Block, der die meisten Stimmen gewinnt, auch die Regierung. In solchen Konstellationen ist es daher wahrscheinlich, dass es eine enge Verknüpfung zwischen Wahlergebnissen und Regierungsbeteiligung gibt – und daher sollten sich ämterorientierte Parteien in diesen Parteiensystemen stimmenmaximierend verhalten. Das wiederum heißt,

---

<sup>1</sup>Allerdings ist in Erinnerung zu behalten, dass der Grad, zu dem sich Parteien ämterorientiert verhalten, durchaus zwischen Parteien(familien) variieren kann. Linke und sozialdemokratische Parteien werden bspw. oft als weniger programmatisch flexibel eingeschätzt als bürgerliche Parteien. Das ist eine mögliche Erklärung für die Befunde von Adams et al. (2009), wonach sich Unterschiede zwischen Parteienfamilien bei der Anpassung an die öffentliche Meinung ergeben. Für die Zwecke dieses Beitrags genügt es allerdings anzunehmen, dass alle Parteien zumindest zu einem gewissen Grad ämterorientiert handeln.

dass wir in solchen Systemen einen direkten Effekt der öffentlichen Meinung auf die Regierungspolitik erwarten dürfen – wenn die Parteien nicht responsiv gegenüber den Forderungen der Wähler auftreten, werden sie *ceteris paribus* Stimmen verlieren, was wiederum das Risiko der Abwahl erhöht. Um diese potenziell gefährlichen Stimmenverluste zu vermeiden, werden Parteien daher der öffentlichen Meinung folgen.

Dagegen ist das Wahlergebnis in Vielparteiensystemen, in denen die Regierungskoalition erst nach der Wahl ausgehandelt wird – ein Beispiel wären die Niederlande –, nur eine von mehreren Variablen, die beeinflussen, ob eine spezifische Partei an der Regierung beteiligt wird oder nicht. Eine andere besonders wichtige Rolle spielt in solchen Parteiensystemen, ob eine Partei von anderen Parteien als koalitionsfähig eingeschätzt wird und die inhaltliche Übereinstimmung hinreichend groß für die Bildung einer Koalition ist. Daher muss in solchen Parteiensystemen Stimmenmaximierung nicht notwendigerweise der beste Weg zur Regierungsbeteiligung sein, jedenfalls dann nicht, wenn Stimmenmaximierung impliziert, Policy-Positionen einzunehmen, die von potenziellen Koalitionspartnern abgelehnt werden und die mithin die Bildung einer solchen Koalition unwahrscheinlich machen. Daher besteht in solchen Parteiensystemen vermutlich kein vergleichbar direkter Einfluss der öffentlichen Meinung auf Regierungspolitiken wie in bipolaren Parteiensystemen. Entsprechend lautet die erste Hypothese:

*H1: Der Effekt der öffentlichen Meinung auf Policies ist in bipolaren Parteiensystemen größer als in Parteiensystemen, in denen die Koalitionsbildungsmuster vor Wahlen unklar sind.*

Aber selbst in bipolaren Parteiensystemen kann der Effekte der öffentlichen Meinung systematisch variieren, weil eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen die Regierungsparteien und ihre Politiken von der öffentlichen Meinung abschirmen können. Zwei Bedingungen lassen sich in diesem Zusammenhang unterscheiden. Erstens gibt es Situationen, in denen der Wettbewerb um Wählerstimmen nicht durch Policy-Konkurrenz ausgetragen wird, weil die individuelle Wahlentscheidung überwiegend nicht durch die unterschiedlichen Policy-Angebote konkurrierender Parteien beeinflusst wird. Wenn etwa die Parteiidentifikation in einem Land sehr ausgeprägt ist und die überwältigende Mehrheit der Wähler daher stets für dieselbe Partei stimmt, spielen Policy-Überlegungen für die Wahlentscheidung keine Rolle. Das bedeutet dann aber, dass umgekehrt auch Parteien kaum die öffentliche Mei-

nung bei der Ausgestaltung der Politik berücksichtigen werden (ähnlich Kayser und Wlezién 2011).<sup>2</sup> In gleicher Weise spielen Policy-Überlegungen auch bei Wählern in klientelistischen Parteiensystemen nur eine untergeordnete Rolle, sodass auch in diesen Systemen Parteien kaum mit Policy-Vorschlägen um Wählerstimmen konkurrieren können. Daher werden sich Regierungen auch hier nicht allzu sehr um das öffentliche Echo auf ihre Politiken sorgen. Entsprechend lassen sich zwei Hypothesen ableiten:

*H2a: Die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen in bipolaren Parteiensystemen steigen mit abnehmender Parteiidentifikation.*

*H2b: Die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen in bipolaren Parteiensystemen sind in klientelistischen Parteiensystemen geringer.*

Zweitens kann die elektorale Verletzlichkeit von Regierungsparteien variieren (dazu Immergut und Abou-Chadi 2014). Zwei Faktoren sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen. Auf der einen Seite könnte die Größe der Regierungsmehrheit eine Rolle spielen. Wenn Regierungsparteien in bipolaren Parteiensystemen über große Mehrheiten verfügen, können sie sich Stimmenverluste leisten, ohne sofort fürchten zu müssen, bei der nächsten Wahl auch ihre Regierungsbeteiligung zu verlieren. Soweit sie also weniger auf die öffentliche Meinung achten müssen, könnten sie daher auch weniger bereit sein, Konzessionen bei ihren Politiken zu akzeptieren. Entsprechend sollten die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen mit wachsender Regierungsmehrheit abnehmen. Auf der anderen Seite ist die Wahrscheinlichkeit, dass Regierungen dafür bestraft werden, dass sie nicht responsiv gegenüber den Forderungen der Wählerschaft sind, bei niedriger elektoraler Volatilität gering, weil unter solchen Bedingungen Wähler normalerweise eben davon absehen, die Partei zu wechseln.<sup>3</sup> Dann haben Regierungsparteien aber mehr Spielraum, ihre eigenen Policy-Präferenzen zu verfolgen, und die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen sind geringer. Daher gilt:

*H3a: Die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen in bipolaren Parteiensystemen sinken mit zunehmender Größe der Regierungsmehrheit.*

---

<sup>2</sup>Aus diesem Argument folgt, dass die Effekte des Parteienwettbewerbs auf die Staatstätigkeit im Zeitverlauf zugenommen haben sollten, da die Parteiidentifikation in allen entwickelten Demokratien abgenommen hat (Dalton und Wattenberg 2002).

<sup>3</sup>Zugegebenermaßen überlappt dieser Punkt mit den Ausführungen zur Parteiidentifikation. Da es aber denkbar ist, dass die elektorale Volatilität trotz geringer Parteiidentifikation niedrig ist (und umgekehrt), nehme ich beide Punkte auf.

*H3b: Die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen in bipolaren Parteiensystemen steigen mit zunehmender elektoraler Volatilität.*

Während die bislang diskutierten Charakteristika der Nachfrageseite des Parteienwettbewerbs im Wesentlichen struktureller Natur sind, lässt sich auch ein dynamischer Faktor identifizieren, nämlich die Salienz eines Themas (Soroka und Wlezien 2010). Da Themen, die in der Öffentlichkeit stark diskutiert werden, eine größere Wahrscheinlichkeit aufweisen, das Wahlverhalten zu beeinflussen (Giger 2011), werden Entscheidungsträger sich eher responsiv gegenüber Themen verhalten, die salient und damit potenziell relevant für das Wahlverhalten sind. Dagegen sollten sich Parteien kaum in Politikfeldern an der öffentlichen Meinung ausrichten, die nur wenig Aufmerksamkeit erlangen. Dieser Gedanke lässt sich in eine weitere Hypothese überführen.

*H4: Die Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen in bipolaren Parteiensystemen nehmen mit zunehmender Salienz zu.*

Diese kurze Diskussion der Nachfrageseite des Parteienwettbewerbs macht deutlich, dass wir nicht unter allen Umständen erwarten sollten, dass die Regierungspolitik durch den Wettbewerb um Wählerstimmen beeinflusst wird. Vielmehr scheint es wahrscheinlich, dass Politiken in bipolaren Parteiensystemen mit hoher elektoraler Volatilität, gering ausgeprägter Parteiidentifikation und einer schwachen Asymmetrie zwischen den Stimmenanteilen von Regierung und Opposition durch die öffentliche Meinung stärker geprägt werden als in nicht-bipolaren Mehrparteiensystemen oder in Systemen mit niedriger Volatilität und ausgeprägter Parteiidentifikation. Zudem sollte das Policy-Making nicht in allen Politikfeldern in gleicher Weise durch den Wettbewerb um Wählerstimmen geprägt sein. Im Gegenteil sollten wir vor allem in salienten Fragen ein signifikantes Maß an Policy-Responsivität erwarten.

## **2.2 Die Angebotsseite: Das Verhalten anderer Parteien**

Allerdings sollte nicht nur die Nachfrage-, sondern auch die Angebotsseite des Parteienwettbewerbs relevant sein. Hier ist in erster Linie das Policy-Angebot anderer Parteien von Bedeutung. Offensichtlich wird die Regierungspolitik eher vom Parteienwettbewerb beeinflusst, wenn ein Wettbewerber eine Policy-Alternative vertritt. In bipolaren Parteiensystemen wird es der Regierung wesentlich leichter fallen, die Wählerschaft davon zu überzeugen, dass die eigenen Vorschläge

alternativlos sind, wenn es keine Gegenvorschläge der Opposition gibt. Wenn die Opposition keine Alternativoptionen präsentiert, haben zudem Wähler, die mit der Regierungspolitik nicht zufrieden sind, auch keine andere Partei, die sie aus Protest gegen die Politik wählen könnten. Umgekehrt gilt, dass es umso wahrscheinlicher wird, dass die Regierung ihre Politik anpasst, wenn ein Konkurrent im interessierenden Politikfeld eine Policy-Alternative zum Vorschlag der Regierung vorbringt. Daraus folgt:

*H5: In bipolaren Parteiensystemen kommt es mit größerer Wahrscheinlichkeit zu Effekten des Wettbewerbs um Wählerstimmen, wenn eine Oppositionspartei einen alternativen Politikvorschlag unterbreitet.*

Allein die Existenz einer Policy-Alternative reicht allerdings in der Regel vermutlich nicht aus, um die Regierungspolitik zu beeinflussen. Jedenfalls wird der Druck auf die Regierung umso größer – und damit auch deren Bereitschaft, die eigene Politik an den Vorschlag der Konkurrenz anzupassen –, je populärer der Vorschlag der Opposition in der Wählerschaft ist. Es liegt auf der Hand, dass ein Vorschlag der Opposition, der weniger populär als das ursprüngliche Konzept der Regierung ist, kaum eine Bedrohung für die Regierung darstellen wird. Je stärker die Unterstützung für den Oppositionsvorschlag unter den Wählern jedoch wird, desto wahrscheinlicher wird es auch, dass die Regierung ihren Kurs in Richtung der Vorstellungen der Opposition modifiziert. Daher sollte gelten:

*H6: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung in einem bipolaren Parteiensystem ihren Vorschlag in Richtung des Alternativvorschlages der Opposition verändert, wächst mit der Popularität des Alternativvorschlages.*

Darüber hinaus sollte auch die Glaubwürdigkeit der Oppositionspartei, die den grundsätzlich populären Vorschlag unterbreitet, von Bedeutung sein. Wenn die Policy-Alternative – und sei sie auch noch so populär – von einer Partei stammt, die im fraglichen Politikfeld als nicht kompetent wahrgenommen wird, ist ihr Einfluss auf die Regierungspolitik vermutlich gering, weil die Wähler bezweifeln werden, dass der Vorschlag seine Ziele erreichen wird (oder er substantielle Nebeneffekte produziert). Entsprechend wird der Einfluss eines populären Alternativvorschlages wahrscheinlich größer sein, wenn die Partei, die ihn vorbringt, in dem fraglichen Politikfeld als kompetent wahrgenommen wird. Als Daumenregel lässt sich daher erwarten, dass Regierungsparteien in Politikfeldern, die sie im Sinne der Issue-ownership-Literatur besitzen, eher an ihren Vorschlägen festhalten werden, während sie in Politikfeldern, die in diesem Sinne der Opposition

gehören, eher bereit sein werden, Vorschläge der Opposition zu übernehmen (ähnlich Jensen und Seeberg 2015). Daraus folgt:

*H7: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung in einem bipolaren Parteiensystem ihren Vorschlag in Richtung des Alternativvorschlages der Opposition verändert, wächst mit zunehmender wahrgenommener politischer Kompetenz der Oppositionspartei im fraglichen Politikfeld.*

Während also bei bipolaren Parteiensystemen die Opposition unter gewissen Bedingungen die Regierung dazu bewegen kann, sich responsiv gegenüber den Wünschen der Wähler zu verhalten, liegen die Dinge bei Mehrparteiensystemen, die nicht bipolar ausgerichtet sind, anders. Hier richten sich Policies nicht am Wettbewerb um Wählerstimmen aus; vielmehr versuchen Parteien in solchen Konstellationen, sich mit ihren Policies so zu positionieren, dass sie möglichst viele Erfolg versprechende Koalitionsoptionen haben. Zumindest wenn in einem derartigen Parteiensystem eine (quasi-)pivotale Partei existiert, die an allen oder den meisten politisch denkbaren Koalitionskonstellationen beteiligt ist, werden sich andere Parteien an ihr ausrichten – unabhängig davon, ob die fragliche Policy jeweils den Vorstellungen der Wählermehrheit entspricht. Aufgrund ihrer Position wird eine solche Partei in der Regel der Regierung angehören, sodass die Regierungspolitik sich relativ wenig von den Wählerpositionen oder den Positionen der Opposition beeinflussen lassen sollte – zumal die Opposition mit Blick auf zukünftige Regierungsbeteiligungen die Regierungspolitik nicht allzu harsch kritisieren wird, um die Koalitionsfähigkeit mit der pivotalen Partei nicht zu gefährden. Lediglich wenn die pivotalen Partei – aus welchen Gründen auch immer – nicht an der Regierung beteiligt ist, ist zu erwarten, dass es Effekte des Parteienwettbewerbs gibt – und zwar dergestalt, dass sich die Regierungspolitik an den Positionen der pivotalen Partei ausrichten sollte. Das wäre etwa denkbar, wenn eine Partei erst zur pivotalen Partei wird – etwa durch das Ausscheiden einer anderen Partei aus dem Parteiensystem, das die Symmetrie des Parteiensystems als Ganzes verändert – oder im Fall von Minderheitenregierungen, die gleichwohl auf die Unterstützung dieser Partei angewiesen sind. Entsprechend ergibt sich als achte Hypothese:

*H8: In nicht-bipolaren Parteiensystemen richtet sich die Regierungspolitik an der Position der Partei mit den meisten Koalitionsoptionen aus.*

Zusammenfassend erscheinen Effekte des Wettbewerbs um Wählerstimmen auf Staatstätigkeit nur unter bestimmten Bedingungen wahrscheinlich zu sein. In bipolaren Parteiensystemen, in denen der Parteienwettbewerb intensiv durch

**Tab. 1** Faktoren, die einen Parteienwettbewerbseffekt in bipolaren Systemen konditionieren

Faktor	Indikator
Intensität des Policy-Wettbewerbs	Parteiidentifikation Klientelismus
Elektorale Verletzlichkeit	Größe der Mehrheit Volatilität
Salienz des Politikfeldes	Umfragen zu den wichtigsten Problemen
Existenz einer Policy-Alternative	Ja – Nein
Popularität der Policy-Alternative	Umfragen
Glaubwürdigkeit der Opposition im Politikfeld	Kompetenzeinschätzung von Parteien in Umfragen

Policy-Konkurrenz ausgetragen wird und in denen die Regierung grundsätzlich ihre Abwahl fürchten muss, wird die Regierung Vorhaben an den Wählerwillen anpassen, wenn die Opposition eine glaubwürdige und populäre Alternative anbietet.<sup>4</sup> Tab. 1 stellt die wichtigsten Faktoren überblicksartig zusammen.

In Mehrparteiensystemen, die keiner bipolaren Logik folgen, sollten dagegen erheblich geringere Effekte zu erwarten sein. Gerade wenn eine pivotale Partei existiert, die darauf vertrauen kann, fast jeder zukünftigen Regierungskoalition anzugehören, wird es nur selten Effekte des Parteienwettbewerbs geben, solange diese Partei an der Regierung beteiligt ist – was der Regelfall sein sollte. Nur wenn sich eine solche zentrale Partei in der Opposition befindet, wird die Regierung ihre Politiken in Politikfeldern, die der pivotalen Partei wichtig sind, an ihren Positionen ausrichten.

### 3 Empirische Illustration: Parteienwettbewerb und Staatstätigkeit in Deutschland

Im folgenden Schritt werde ich illustrieren, wie Parteienwettbewerb die Staatstätigkeit empirisch prägt. Dabei ist zunächst zu klären, wie ein solcher Parteienwettbewerbseffekt – ich schlage vor, von Policy-Ansteckung zu sprechen – empirisch

<sup>4</sup>Denkbar ist zudem, dass die Einigkeit der Opposition eine Rolle spielt. Wenn die Opposition aus mehreren Parteien besteht, die unterschiedliche oder gar gegensätzliche Alternativen vertreten, könnte dies die Effekte des Parteienwettbewerbs abschwächen. Ich danke einem anonymen Gutachter für den Hinweis auf diese Möglichkeit.

gemessen werden kann. Wenn also Policy-Ansteckung vorliegt, sollte eine verabschiedete Policy sich vom ursprünglichen Vorschlag der entsprechenden Regierung (-spartei), wie er beispielsweise im Wahlprogramm oder einer Regierungserklärung vorgestellt worden ist, unterscheiden. Zudem müssen wir die Möglichkeit ausschließen, dass andere Faktoren wie etwa Vetospieler, Interessengruppen oder die EU die festgestellte Abweichung erklären können. Bei dieser Operationalisierung handelt es sich dann allerdings um eine eher konservative Messung des Einflusses des Parteienwettbewerbs, da der ursprüngliche Policy-Vorschlag, wie er sich in Wahlplattformen oder Regierungserklärungen findet, ja höchstwahrscheinlich selbst bereits durch den Parteienwettbewerb geprägt worden ist (Adams et al. 2004, 2009).

In der folgenden empirischen Illustration konzentriere ich mich auf die Effekte der Angebotsseite des Parteienwettbewerbs. Zwar ist Parteienwettbewerb insgesamt selten verwendet worden, um Policy-Outputs zu erklären, aber nach meiner Kenntnis gibt es überhaupt keine Versuche, die unterschiedlichen Effekte des Parteienwettbewerbs in unterschiedlichen Politikfeldern zu untersuchen. Da meine theoretischen Überlegungen es erlauben, zu genau dieser Frage Hypothesen abzuleiten (Hypothesen 4–7), fokussiere ich meine empirische Illustration auf diese Faktoren. Daher habe ich eine einzelne Regierung ausgewählt, für die ich zunächst zeigen werde, dass die strukturellen Nachfragefaktoren einen Einfluss des Parteienwettbewerbs auf die Staatstätigkeit möglich erscheinen lassen. Dies erlaubt es dann, mich auf die Faktoren zu konzentrieren, die unterschiedliche Muster für dieselbe Regierung in unterschiedlichen Politikfeldern erklären können.

Ich habe die christlich-liberale Koalition unter Angela Merkel zwischen 2009 und 2013 als Beispiel ausgewählt. Die zweite Regierung Merkel war mit einer Mitte-Links-Opposition aus SPD, Grünen und Linke konfrontiert. Hinzu kam im letzten Jahr der Regierung die Alternative für Deutschland (AfD). Da der AfD in Umfragen schnell zwischen drei und fünf Prozent der Stimmen vorhergesagt wurde und sie schließlich den Einzug in den Bundestag mit 4,7 % der Stimmen nur knapp verfehlte, behandle ich diese Partei ebenfalls als einen relevanten Akteur.

Während des Untersuchungszeitraums kann das deutsche Parteiensystem auf Bundesebene (noch) als unvollkommenes Zweiblocksystem interpretiert werden, in dem sich ein bürgerlicher Block aus Union und FDP und ein Mitte-Links-Block aus SPD und Grünen gegenüberstand. Unvollkommen war dieses bipolare System allerdings nicht nur wegen des Auftauchens der AfD, sondern vor allem, weil SPD und Grüne bis 2013 nicht bereit waren, auf Bundesebene eine Koalition mit der Linken einzugehen, was 2005 (und wieder 2013) zur Bildung einer Großen Koalition führte. Für ein bipolares Parteiensystem spricht allerdings, dass die jeweiligen Lager Regierungskoalitionen bildeten, ohne mit anderen Parteien auch



nur ernsthaft über Alternativen zu verhandeln, sobald sie eine gemeinsame Mehrheit der Mandate im Bundestag erlangten. Im Fall der zweiten Regierung Merkel sprachen beide Parteien entsprechend wiederholt von einer „Wunschkoalition“ (Saalfeld und Zohlnhöfer 2015).

Die christlich-liberale Koalition besaß eine vergleichsweise knappe Mehrheit von 332 der 622 Mandate, was einem Anteil von 53,4 % entspricht; eine Mehrheit der Wähler hatte die Regierung aus Union und FDP dagegen auch bei der Bundestagswahl 2009 nicht gewählt, gemeinsam kamen sie lediglich auf 48,4 % der Stimmen. Angesichts der relativ hohen elektoralen Volatilität in Deutschland (Poguntke 2014) bot diese knappe Mehrheit sicherlich kein Ruhekitzel für die Regierung. Dies galt umso mehr, als sowohl Union als auch FDP im Durchschnitt der 14 Landtagswahlen, die während der zweiten Regierung Merkel stattfanden, rund vier Prozentpunkte verlor, und Union und FDP auch bei der Sonntagsfrage für den Bund praktisch die gesamte Wahlperiode hindurch keine Mehrheit bei einer zukünftigen Bundestagswahl prognostiziert wurde (Zohlnhöfer und Engler 2015).

Demnach können die strukturellen Bedingungen auf der Nachfrageseite des Parteienwettbewerbs während der zweiten Regierung Merkel als günstig betrachtet werden für eine signifikante Responsivität der Bundesregierung gegenüber der öffentlichen Meinung. In anderen Worten dürfen wir erwarten, dass wahlpolitische Überlegungen die Politik der christlich-liberalen Koalition geprägt haben sollten. Dies wiederum ermöglicht es uns zu überprüfen (wenngleich natürlich nicht im strengen Sinne zu testen), ob diejenigen Faktoren, die zwischen Politikfeldern variieren, wie Salienz, die Existenz und Popularität einer Policy-Alternative sowie die jeweilige Kompetenzeinschätzung der Opposition, einen Unterschied machen, wie die theoretischen Überlegungen nahelegen. Im Folgenden präsentiere ich daher kurze Fallstudien zu drei der wichtigsten Politikentscheidungen der zweiten Merkel-Regierung, nämlich zum Mindestlohn, zur Atompolitik und zur Eurorettung.<sup>5</sup>

### 3.1 Mindestlohn

Die ersten Schritte zu (sektoralen) Mindestlöhnen wurden bereits durch die erste Regierung Merkel unternommen – und zwar auf Druck der SPD. Schon damals hatte die Union der Einführung vornehmlich zugestimmt, um Nachteile im Wettbewerb um Wählerstimmen zu vermeiden. Der Koalitionsvertrag von Union und

---

<sup>5</sup>Die folgenden Fallstudien basieren auf Zohlnhöfer und Engler 2015.

FDP aus dem Jahr 2009 sah entsprechend auch keine Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes vor; vielmehr wurde sogar die Abschaffung der von der Vorgängerregierung eingeführten sektoralen Mindestlöhne erwogen (CDU/CSU/FDP 2009, S. 21).

Umgesetzt wurde allerdings eine andere Politik: Statt die sektoralen Mindestlöhne abzuschaffen, wurde ihre Zahl erweitert. Zudem stimmten beide Koalitionsparteien auf Parteitag in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode jedenfalls im Prinzip moderaten Formen eines allgemeinen Mindestlohns zu. Obwohl diese Parteitagsbeschlüsse in der 17. Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt wurden, liegt hier also eine sehr deutliche Abweichung der tatsächlichen von der angekündigten Politik vor. Diese Abweichung lässt sich weder durch den Einfluss des Bundesrates, der ja nur Verhinderungspotenzial besitzt, noch der EU, die in diesem Bereich keine bindenden Regeln erlassen hat, erklären. Zudem waren die Arbeitgeber als den Regierungsparteien besonders nahestehender Verband keine Befürworter des Mindestlohns (Schroeder 2010, S. 193), sodass auch ihr Einfluss die Abweichung nicht erklären kann. Kann der Parteienwettbewerb zur Erklärung dieser Abweichung beitragen?

Dies scheint in der Tat der Fall zu sein. Die SPD verlangte ebenso wie die Linke einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, sodass also ein alternatives Politikangebot der Opposition existierte (H5). Die SPD galt den Wählerinnen und Wählern zudem durchgängig als in Fragen der sozialen Gerechtigkeit kompetenteste Partei (H7), die zudem auch vergleichsweise hohe Kompetenzzuweisungen in Fragen der Arbeitsmarktpolitik erhielt (Daten nach Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer). Zudem war der Mindestlohn ein höchst populäres Thema (H6): Einer Politbarometer-Umfrage (November I 2011) zufolge sprachen sich 24 % der Befragten für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn aus, weitere 47 % favorisierten sektorale Mindestlöhne für sämtliche Branchen und weitere 13 % wollten, dass Mindestlöhne in ausgewählten Sektoren gelten sollten – was dem Status quo entsprach. Lediglich zehn Prozent der Befragten sprachen sich gegen jede Form von Mindestlohn aus und unterstützten damit die im Koalitionsvertrag angedachte Abschaffung der bislang geltenden sektoralen Mindestlöhne. Die Ausweitung der Mindestlohngesetzgebung war aber nicht nur populär, das Thema scheint die Wähler auch interessiert zu haben (H4). In Ermangelung eines besseren Indikators sei hier auf den Anteil derjenigen Befragten verwiesen, die in den Politbarometer-Umfragen das Thema Löhne und Kosten zu den wichtigsten Problemen rechneten. Immerhin bis zu 21 % der Befragten waren 2011 und 2012 der Auffassung, dass dieses Thema, zu dem der Mindestlohn zweifellos gehört, zu den wichtigsten Problemen des Landes zählte.

Da also die Oppositionsparteien glaubwürdig eine hochgradig populäre Alternative zur Regierungspolitik in einem für die Wählerschaft relevanten Politikfeld vertraten, übernahm die Regierungskoalition diesen Vorschlag zumindest teilweise, um eine wahlpolitisch offene Flanke in der Sozialpolitik zu schließen. Entsprechend führte in diesem Fall der Parteienwettbewerb also zu Policy-Ansteckung.

## 3.2 Atompolitik

Der Ausstieg aus der Atomenergie war im Jahr 2000 unter der rot-grünen Koalition gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien verabschiedet worden. Auch nach dieser Entscheidung änderten aber weder die Union noch die FDP ihre Einschätzung, dass die Atomenergie zumindest als Brückentechnologie noch länger zur Verfügung stehen sollte. Daher verabschiedete die christlich-liberale Koalition im Herbst 2010 auch eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke – gegen den heftigen Widerstand der Opposition (Huß 2015).

Die Opposition konnte mithin nicht nur eine Policy-Alternative vorweisen – die Beibehaltung des Atomausstiegs – (H5), sondern diese Alternative war auch in der Wählerschaft beliebter als die Laufzeitverlängerung (H6). Nur 33 % der Befragten unterstützte nach einer Politbarometer-Umfrage (September I 2010) das Projekt der Regierung, während es 61 % ablehnten. Zudem galt die Opposition der Wählerschaft auch als ausgesprochen kompetent (H7). Das gilt insbesondere für die Grünen, die einer Deutschland-Trend-Umfrage aus dem Mai 2011 zufolge von 65 % der Befragten als diejenige Partei identifiziert wurden, der am ehesten zugetraut wurde, einen schnellen Atomausstieg zu bewerkstelligen (verglichen mit jeweils zehn Prozent der Befragten, die dies Union und SPD zutrauten). Zudem glaubten 36 % der Befragten, dass die Grünen am besten in der Lage seien, die Energieversorgung zu sichern, während dies 31 % der Union und 15 % der SPD zutrauten. Die FDP kam bei beiden Fragen auf zwei Prozent.

Trotz dieser Konstellation hielt die Regierung zunächst an ihrer Position fest und setzte die Laufzeitverlängerung durch. Warum? Dass andere Faktoren wie Vetospieler, die EU oder Interessengruppen hier entscheidend waren, erscheint neuerlich unwahrscheinlich, da sich im weiteren Verlauf der Legislaturperiode sehr wohl zeigte, dass die Regierung in der Lage war, eine andere als die ursprünglich eingeschlagene Politik durchzusetzen. Relevant dafür, dass die Laufzeitverlängerung trotz der höheren Popularität der Oppositions-Alternative und der hohen Kompetenzzuweisung an die Opposition in dieser Frage zunächst umgesetzt wurde, könnte zum einen gewesen sein, dass sich dem Politbarometer (September I 2010) zufolge die Mehrheit (57 bzw. 58 %) der Unterstützer der Regierungsparteien für das Vorhaben aussprach. Noch bedeutsamer war aber,

dass die Atomenergie für die meisten Wählerinnen und Wähler im Herbst 2010, als die Laufzeitverlängerung verabschiedet wurde, kein wichtiges Thema war (H4). Dem Politbarometer jener Monate zufolge gaben nur zwischen drei und sechs Prozent der Befragten an, dass für sie die Umwelt- und Energiepolitik zu den wichtigsten Problemen Deutschlands gehörte. Vor diesem Hintergrund dürften die Koalitionsparteien zumindest erwartet haben, dass die Laufzeitverlängerung keinen allzu großen wahlpolitischen Schaden anrichten würde – zumal die Entscheidung zeitlich hinreichend weit vor den nächsten Landtagswahlen verabschiedet wurde.

Mit dem schweren Unfall im japanischen Atomkraftwerke Fukushima im März 2011 änderte sich die Situation allerdings fundamental. In Folge des Super-GAU in Japan nahm die Salienz der Atompolitik sprunghaft zu (H4). Phasenweise wurde die Atomenergie zum zweitwichtigsten Problem in Deutschland, bis zu 24 % der Befragten schätzten dies so ein (laut Politbarometer Mai II, 2011). Aber nicht nur die Salienz des Themas stieg immens – was angesichts des Kompetenzvorsprungs der Opposition und der Popularität von deren Vorschlag allein schon eine wahlpolitische Bedrohung für die Regierungsparteien darstellte; gleichzeitig stieg auch die Zahl der Befragten, die in Umfragen angaben, für einen baldigen Ausstieg aus der Atomenergie zu sein, stark an (H6). Dem Politbarometer (April I 2011) zufolge, sprachen sich 55 % der Befragten für einen Atomausstieg sobald wie möglich aus, weitere 34 % wollten alle Atomkraftwerke bis 2021 abgeschaltet sehen, wie es der rot-grüne Ausstiegsbeschluss vorgesehen hatte. Dagegen unterstützte nur eine kleine Minderheit von neun Prozent die Verlängerung der Laufzeiten, wie sie wenige Monate zuvor verabschiedet worden war.

Aus der Perspektive der Koalitionsparteien war es vor diesem Hintergrund offensichtlich, dass die Laufzeitverlängerung zurück genommen werden musste, um zumindest mittelfristig die elektoralen Schäden dieser Entscheidung zu begrenzen. Und tatsächlich setzte die Koalition hastig einen – im Vergleich zum Status quo ante sogar noch leicht beschleunigten – Ausstieg aus der Atomenergie um. Da kurz zuvor eine genau entgegengesetzte Entscheidung gefällt worden war, scheidet der Einfluss von Vetospielern, EU und Interessengruppen als Erklärung für diese Abweichung der verabschiedeten von der angekündigten Politik aus, sodass zumindest für den Atomausstieg 2011 von einer Policy-Ansteckung zu sprechen ist.

### **3.3 Eurorettung**

Die Eurorettung gehörte zu den salientesten Problemen der zweiten Amtszeit von Angela Merkel (H4). Im Juli 2012 gaben 54 % der Befragten des Politbarometers an, dass die Eurokrise zu den wichtigsten Problemen Deutschlands gehöre.

Darüber hinaus waren die Maßnahmen, die die Bundesregierung im Rahmen der Eurorettung erließ, keineswegs populär bei den deutschen Wählerinnen und Wählern (H6). Vielmehr betrachtete die Wählerschaft die gigantischen Summen, die für die Rettung Griechenlands und anderer Staaten zur Verfügung gestellt wurden, mit Skepsis. So waren 68 % einer Politbarometer-Befragung (März II 2010) gegen Finanzhilfen für Griechenland, 62 % der Befragten sprachen sich im zweiten Dezember-Politbarometer 2010 gegen eine finanzielle Unterstützung der Krisenstaaten aus. Die Aufstockung des Europäischen Rettungsschirms EFSF lehnten sogar 76 % der Befragten ab (Politbarometer September I 2011), während ein Jahr später immer noch 62 % der Befragten den ESM ablehnten.

Zudem wurden zumindest von einigen Oppositionsparteien Alternativen zur Politik der Bundesregierung vorgeschlagen (H5). Die AfD favorisierte dabei einen Rückzug Deutschlands aus dem Euro, während die Linke die Austeritätspolitik, die die Defizitländer im Gegenzug für die finanzielle Unterstützung durchsetzen sollten, kritisierte und stattdessen erhebliche Lohnerhöhungen in Deutschland forderte, die dazu beitragen sollten, den deutschen Leistungsbilanzüberschuss zu reduzieren, der als Kern der Eurokrise ausgemacht wurde.

Nichtsdestotrotz besteht ein zentraler Unterschied zwischen der Politik der Eurorettung und den anderen bislang diskutierten Vorhaben. Während hinsichtlich des Mindestlohns und des Atomausstiegs innerhalb der Opposition breite Übereinstimmung herrschte, unterstützten SPD und Grüne die Regierungspolitik in der Eurokrise im Grundsatz und stimmten regelmäßig für die entsprechenden Maßnahmen (Zimmermann 2015), die Europäische Integration als Staatsraison (Müller-Brandeck-Bocquet 2006) wurde auch in der Eurokrise nicht infrage gestellt, sodass eine offene inhaltliche Auseinandersetzung allenfalls Randaspekte und prozedurale Fragen betraf (ausführlicher Wendler 2015; Zimmermann 2015).

Die Kritik der Linken dagegen stellte für die Regierung keine nennenswerte elektorale Bedrohung dar, weil es unwahrscheinlich erschien, dass eine größere Zahl von Wählern der bürgerlichen Parteien wegen der Rettungspolitik zur Linken wechseln würde. Dagegen dürfte das Aufkommen der AfD für die Regierungskoalition deutlich bedrohlicher gewesen sein, weil sich diese Partei als bürgerliche Alternative zur angeblich alternativlosen Rettungspolitik darstellte. Zudem übernahm die AfD viele liberale und konservative Positionen in ihr Wahlprogramm, was die Partei zusätzlich attraktiv für bürgerliche Wähler machte, die mit der Politik der Eurorettung unzufrieden waren. Obwohl die AfD demnach eine erhebliche wahlpolitische Bedrohung für die Regierung darstellte, hielt diese an ihrem Kurs der Eurorettung fest. Wieso?

Ein Einfluss anderer EU-Regierungen ist natürlich keineswegs auszuschließen, allerdings scheint die Bundesregierung einen erheblichen Teil ihrer Vorstellungen auf europäischer Ebene durchgesetzt zu haben (Wendler 2015; Zimmermann 2015). Insbesondere die Kombination aus Hilfen für die Krisenstaaten gepaart mit deren Verpflichtung zu Strukturreformen dürfte im Wesentlichen der deutschen Position entsprochen haben. Auch Vetospieler scheiden als Erklärung aus, weil die Bundesregierung mit ihrer Politik weder am Bundesrat, dessen Zustimmung zudem keineswegs bei allen Rettungsgesetzen erforderlich war, noch am Bundesverfassungsgericht scheiterte. Interessengruppen, insbesondere die Banken- und Industrieverbände, unterstützten die Position der Bundesregierung zwar, doch dürfte auch ihr Einfluss gerade angesichts der extrem hohen Salienz des Themas nicht dominiert haben. Wenn demnach diese alternativen Erklärungen nicht tragen, die Bundesregierung also anders hätte handeln können, stellt sich die Frage nur umso dringlicher, warum die Koalitionsparteien an ihrer Politik festhielten.

Zwei Dinge sind hier von Bedeutung. Zum einen gehört die Unterstützung einer immer engeren Europäischen Integration zum programmatischen Kern beider Regierungsparteien, der nur schwer aufgegeben werden kann (wenngleich der knappe Ausgang der FDP-Mitgliederbefragung zeigt, dass es durchaus auch innerhalb der Koalition Akteure gab, die anderen Positionen zuneigten). Dennoch ist womöglich hinsichtlich der Europäischen Einigung von einer geringeren Neigung auszugehen, sich ämterorientiert zu verhalten, als in anderen Bereichen.

Zum anderen aber war das Festhalten an Angela Merkels Eurorettungskurs zumindest für die Union auch aus einer Parteienwettbewerbsperspektive durchaus rational. Die Christdemokraten wurden von der Wählerschaft nämlich mit großem Vorsprung als die Partei mit der größten Kompetenz zur Lösung der Eurokrise eingestuft (H7): Dem DeutschlandTrend vom Dezember 2012 zufolge meinten 45 % der Befragten, dass CDU/CSU in der Lage seien, die Eurokrise zu lösen, während dies nur 23 % der SPD zutrauten. Im Juli 2012 und im August 2013 lagen die Werte sehr ähnlich, nämlich bei 42 % für die Union und 17 bzw. 18 % für die SPD. Die Linke hielten jeweils nur ein bis zwei Prozent der Wähler für kompetent, während für die AfD keine Daten vorliegen.

Unter diesen Umständen hätte ein Wandel der Regierungspolitik potenziell zu erheblichen Wählerstimmenverlusten führen können. Eine stärker euroskeptische Position hätte zwar einige Wähler davon abhalten können, zur AfD zu wechseln, doch gleichzeitig hätte diese veränderte Position auch die Glaubwürdigkeit der eigenen Position infrage gestellt und zu einer wachsenden Polarisierung des Themas geführt, die eine Konfrontation mit den Hauptoppositionsparteien, SPD und

Grüne, heraufbeschworen hätte. Die möglichen Stimmenverluste, die eine solche Ansteckung durch die AfD also mit sich gebracht hätten, wären vermutlich deutlich größer gewesen als die Verluste, die durch das Ignorieren der neuen euroskeptischen Partei entstanden.<sup>6</sup>

---

## 4 Zusammenfassung

Wie erfolgreich war das theoretische Argument, das in diesem Aufsatz entwickelt worden ist, bei der Erklärung der empirischen Fallstudien? Tab. 2 gibt einen entsprechenden Überblick.

Es zeigt sich, dass die christlich-liberale Koalition ihre Politiken im Vergleich zu ihren vorher geäußerten Intentionen nur dann anpasste, wenn die Opposition in einem salienten Politikfeld eine glaubwürdige Policy-Alternative präsentierte, die in der Wählerschaft populär war. Wenn die Salienz vergleichsweise niedrig war, wie im Fall der Laufzeitverlängerung, oder die Oppositionsparteien, die eine Policy-Alternative vertraten, nicht als glaubwürdig betrachtet wurden, wie AfD und Linke bei der Eurorettung, behielt die Regierung ihre Position bei.

Diese Ergebnisse, die allerdings natürlich weit hinter einem umfassenden empirischen Test der eingangs vorgestellten theoretischen Überlegungen zurückbleiben, unterstützen damit offenkundig die Vorstellung, dass Parteienwettbewerb Regierungspolitik nur unter ganz spezifischen Bedingungen beeinflusst. Dabei spielt sowohl das Verhalten der Oppositionsparteien als auch die Salienz eines Themas eine wichtige Rolle. Entsprechend sollte diese Beziehung in zukünftiger Forschung sowohl theoretisch als auch empirisch genauer untersucht werden. Ebenso sollte die Beschränkung auf bipolare Parteiensysteme aufgegeben werden.

Weitere Aspekte, die in ein Modell politischer Willensbildung unter den Bedingungen des Parteienwettbewerbs integriert werden könnten, sind institutionelle Aspekte des politischen Systems (Soroka und Wlezien 2010). Die Zuordenbarkeit von Verantwortlichkeit beispielsweise spielt eine wichtige Rolle für die Fähigkeit von Wählern, Verantwortlichkeiten von Entscheidungsträgern korrekt zuzuordnen; entsprechend könnten Institutionen auch die Effekte des Parteienwettbewerbs konditionieren. Auch dies wird in zukünftiger Forschung noch weiter zu klären sein.

---

<sup>6</sup>Dass die von der Linken und der AfD vorgeschlagenen Alternativen in entgegengesetzte Richtungen wiesen, könnte es der Regierung noch weiter erleichtert haben, an der eingeschlagenen Politik festzuhalten.

**Tab. 2** Zusammenfassung der Fallstudien

	Salienz	Popularität der Alternative	Glaubwürdigkeit der Opposition	Outcome
Mindestlöhne	Hoch	Hoch	Hoch	Policy-Ansteckung
Laufzeitenverlängerung	Niedrig	Mittel bis Hoch	Hoch	Keine Policy-Ansteckung
Atomausstieg	Hoch	Hoch	Hoch	Policy-Ansteckung
Eurorettung	Hoch	Unklar, aber Regierungspolitik (sehr) unpopulär	Niedrig	Keine Policy-Ansteckung

## Literatur

- Adams, James, Andrea B. Haupt, und Heather Stoll. 2009. What moves parties? The role of public opinion and global economic conditions in Western Europe. *Comparative Political Studies* 42:611–639.
- Adams, James, Michael Clark, Lawrence Ezrow, und Garrett Glasgow. 2004. Understanding change and stability in party ideologies: Do parties respond to public opinion or to past election results? *British Journal of Political Science* 34:589–610.
- Adams, James, und Zeynep Somer-Topcu. 2009. Policy adjustment by parties in response to rival parties' policy shifts: Spatial theory and the dynamics of party competition in twenty-five post-war democracies. *British Journal of Political Science* 39:825–846.
- Armington, Klaus, und Nathalie Giger. 2008. Conditional punishment: A comparative analysis of the electoral consequences of welfare state retrenchment in OECD nations, 1980–2003. *West European Politics* 31:558–580.
- Bartolini, Stefano. 1995. Parteienkonkurrenz. Analytische Dimensionen und empirische Probleme. In *Politische Institutionen im Wandel*, Hrsg. Birgitta Nedelmann, 57–82. Opladen: WDV.
- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus. 2012. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: Springer VS.
- CDU/CSU/FDP. 2009. *Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP*. o. O.
- Dalton, Russell J. 2002. The decline of party identifications. In *Parties without partisans: Political change in advanced industrial democracies*, Hrsg. Russell J. Dalton und Martin Wattenberg, 19–36. Oxford: Oxford University Press.
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper Collins.
- Elkins, David J. 1974. The measurement of party competition. *American Political Science Review* 68:682–700.
- Elmelund-Præstekær, Christian, Michael Baggesen Klitgaard, und Gijs Schumacher. 2015. What wins public support? Communicating or obfuscating welfare state retrenchment. *European Political Science Review* 7:427–450.



- Ezrow, Lawrence, Catherine De Vries, Marco Steenbergen, und Erica Edwards. 2011. Mean voter representation and partisan constituency representation: Do parties respond to the mean voter position or to their supporters? *Party Politics* 17:275–301.
- Giger, Nathalie. 2011. *The risk of social policy? The electoral consequences of welfare state retrenchment and social policy performance in OECD countries*. London: Routledge.
- Giger, Nathalie, und Moira Nelson. 2011. The electoral consequences of welfare state retrenchment: Blame avoidance or credit claiming in the era of permanent austerity? *European Journal of Political Research* 50:1–23.
- Green-Pedersen, Christoffer. 2002. *The Politics of justification. Party competition and welfare-state retrenchment in Denmark and the Netherlands from 1982 to 1998*. Amsterdam: Amsterdam UP.
- Hicks, Alexander M., und Duane H. Swank. 1992. Politics, Institutions, and Welfare Spending in Industrialized Democracies, 1960–82. *American Political Science Review* 86:658–674.
- Huß, Christian. 2015. Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013. In *Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013*, Hrsg. Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld, 523–553. Wiesbaden: Springer VS.
- Immergut, Ellen, und Tarik Abou-Chadi. 2014. How electoral vulnerability affects pension politics: Introducing a concept, measure and empirical application. *European Journal of Political Research* 53:269–287.
- Jensen, Carsten, und Henrik B. Seeberg. 2015. The power of talk and the welfare state: Evidence from 23 countries on an asymmetric opposition-government response mechanism. *Socio-Economic Review* 13:215–233.
- Kayser, Mark A., und Christopher Wlezien. 2011. Performance pressure: Patterns of partisanship and the economic vote. *European Journal of Political Research* 50:365–394.
- Kitschelt, Herbert. 2001. Partisan competition and welfare state retrenchment. When do politicians choose unpopular policies? In *The new politics of the welfare state*, Hrsg. Paul Pierson, 265–302. Oxford: OUP.
- Klüver, Heike, und Iñaki Sagarzazu. 2015. Setting the agenda or responding to voters? Political parties, voters and issue attention. *West European Politics* 39 (2): 380–398.
- Laver, Michael, und Ernest Sergenti. 2012. *Party competition: An agent-based model*. Princeton: Princeton University Press.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela. 2006. Europapolitik als Staatsraison. In *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Hrsg. Schmidt Manfred G. und Zohlnhöfer Reimut. Wiesbaden: Springer VS.
- Plümper, Thomas, Vera E. Troeger, und Hannes Winner. 2009. Why is there no race to the bottom in capital taxation? *International Studies Quarterly* 53:761–786.
- Poguntke, Thomas. 2014. Towards a new party system: The vanishing hold of the catch-all parties in Germany. *Party Politics* 20:950–963.
- Saalfeld, Thomas, und Reimut Zohlnhöfer. 2015. Von der Wunschkoalition zur Krisengemeinschaft? Eine Einleitung. In *Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013*, Hrsg. Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld, 9–24. Wiesbaden: Springer VS.

- Schroeder, Wolfgang. 2010. Große Koalition und Sozialpartnerschaft: Von der Konfrontation über die Normalisierung hin zur wechselseitigen Stützung in der Weltwirtschaftskrise. In *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005–2009*, Hrsg. Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer, 180–202. Wiesbaden: Springer VS.
- Soroka, Stuart N., und Christopher Wlezien. 2010. *Degrees of democracy*. Cambridge: CUP.
- Stimson, James A., Michael B. Mackuen, und Robert S. Erikson. 1995. Dynamic representation. *American Political Science Review* 89:543–565.
- Swank, Duane. 2016. Taxing choices: International competition, domestic institutions and the transformation of corporate tax policy. *Journal of European Public Policy* 23:571–603.
- Wendler, Frank. 2015. Die Europapolitik der zweiten Regierung Merkel. Zwei Betrachtungen zur transformativen Wirkung der Krise. In *Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013*, Hrsg. Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld, 581–603. Wiesbaden: Springer VS.
- Williams, Laron K., und Guy D. Whitten. 2015. Don't stand so close to me: Spatial contagion effects and party competition. *American Journal of Political Science* 59:309–325.
- Zimmermann, Hubert. 2015. Große Koalition für den Euro: Die zweite Merkel-Regierung und die Schuldenkrise in der Eurozone. In *Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel, 2009–2013*, Hrsg. Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld, 353–372. Wiesbaden: Springer VS.
- Zohlnhöfer, Reimut. 2012. *Machen Parteiensysteme einen Unterschied? Die Struktur des Parteienwettbewerbs und die Kürzung von Sozialausgaben in Westeuropa*. der moderne staat 5:341–360.
- Zohlnhöfer, Reimut, und Fabian Engler. 2015. Politik nach Stimmungslage? Der Parteienwettbewerb und seine Policy-Implicationen in der 17. Wahlperiode. In *Politik im Schatten der Krise Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013*, Hrsg. Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld, 137–167. Wiesbaden: Springer VS.

---

# Krisenbedingte Reaktionsmuster der deutschen Wirtschaftspolitik

Julia Kiesow

---

## 1 Einleitung

Derzeit befindet sich der größte Teil Europas bekanntermaßen in einer schwierigen konjunkturellen Situation. Wachstumsprognosen für einige Staaten werden stetig nach unten korrigiert und auch in der sogenannten „Griechenland-Krise“ (Frankenberger 2015) spitzt sich die Lage weiter drastisch zu. Umso mehr stellt sich die Frage, von welcher der bekannten ökonomischen Reaktionsmöglichkeiten die wirtschaftspolitischen Akteure – allen voran die jeweiligen deutschen Regierungsparteien – in Rezessionszeiten Gebrauch machen. Des Weiteren muss untersucht werden, ob sich in der Anwendung dieser Reaktionsmöglichkeiten intertemporale Handlungsmuster der beteiligten Akteure finden lassen. Intertemporale Handlungsmuster ergeben sich in diesen Fällen immer dann, wenn ein Akteur über verschiedene Krisenperioden hinweg in gleichbleibender Art und Weise versucht, die unterschiedlichen Krisenauswirkungen abzdämpfen.

Exemplarisch sollen dazu die wirtschaftspolitischen Reaktionsmuster anhand von sechs Wirtschaftskrisen (1967, 1975, 1982, 1993, 2003 und 2009) in der Bundesrepublik Deutschland nachgezeichnet werden. Beteiligte Akteure sind dabei zunächst die jeweiligen Regierungsparteien, sodass im folgenden Beitrag im Rahmen der Parteiendifferenztheorie dem Aspekt nachgegangen werden muss, ob Parteien, die sich nach der Konvergenztheorie in konjunkturell krisenfreien Zeiten anzunähern scheinen, in Krisen einen Unterschied machen. Immerhin sind Krisenzeiten besondere Zeiten, in denen die Gefahr besteht, dass Parteiendifferenzen

---

J. Kiesow (✉)  
Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen, Deutschland  
E-Mail: Julia.Kiesow@sowi.uni-giessen.de

verschwimmen (Tufte 1978, S. 101). Darüber hinaus ist außerdem der Deutsche Bundesrat wesentlicher politischer Akteur. Dabei wird im Folgenden immer wieder untersucht werden, welche dieser Akteure bei Krisenbekämpfungsmaßnahmen als Vetospieler oder als Agendasetzer in Erscheinung getreten sind. Denn gerade auch in Krisenzeiten stehen Akteure häufiger als sonst vor der Entscheidung, ob sie eine eher nachfrage- oder eine eher angebotspolitische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik verfolgen wollen, im Rahmen derer eben ein Aktivwerden als Vetospieler oder als Agendasetzer herausgefordert werden kann.

Um diese Aspekte analysieren zu können, werden daher im Folgenden zunächst Grundlagen der Parteiendifferenzforschung und der Vetospielertheorie resümiert, bevor die jeweiligen Krisenakteure im Einzelnen hinsichtlich ihrer Krisenaktivitäten untersucht werden. Ein Fazit beschließt den Beitrag.

---

## 2 Parteiendifferenzen, Vetospieler und Agendasetzer

Um Reaktionsmuster in Krisen finden zu können, kann die Frage danach, ob es sowohl im wirtschaftspolitischen Output als auch im Outcome zu Parteiendifferenzen kommt, ein wichtiger Ausgangspunkt sein. Gemäß der ursprünglichen Formulierung der Theorie nach Douglas Hibbs (1977) verfolgten links-orientierte Parteien – in Anlehnung an die modifizierte Phillips-Kurve – unter Inkaufnahme einer höheren Inflation eine Politik der niedrigen Arbeitslosigkeit. Rechts-konservative Parteien richteten ihre Politik hingegen am Ziel eines stabilen Preisniveaus aus und akzeptierten daher eine steigende Arbeitslosenzahl (Hibbs 1977). Begründet würde ein solches Verhalten der Parteien durch deren Verwurzelung in verschiedenen sozialen Milieus, was wiederum in Verbindung zur Wählerschaft der einzelnen Parteien stehe. Die Präferenzen der potenziellen Wählerschaft – also die Arbeiterklasse als Wähler links-ausgerichteter Parteien und die bürgerlich-besserverdienende Klasse als Wähler der rechts-konservativ ausgerichteten Parteien – seien somit ursächlich für die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungsparteien.

Ebenso wie Hibbs geht auch Edward Tufte zum einen davon aus, dass Regierungen ihre Politikergebnisse bewusst ausgestalten könnten, und zum anderen, dass Parteien „Class-based“ (Tufte 1978, S. 83) und somit abhängig von ihrer Wählerschaft seien. Zusätzlich zu diesen Erkenntnissen gibt es für Tufte zwei weitere wesentliche Bestimmungsfaktoren für die Existenz von Parteiendifferenzen. Einerseits betont er die Bedeutung des Wahlzeitpunktes für die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. So könne davon ausgegangen werden, dass vor einer

anstehenden Wahl die Höhe von Transferleistungen und somit Wohlstand sowohl von Wählern als auch von organisierten Interessen steige. Umgekehrt fänden Maßnahmen wie Senkungen der Sozialleistungen oder Steuererhöhungen aber erst nach einem Wahltermin statt: „*When you think economics, think elections; When you think elections, think economics*“ (Tuftes 1978, S. 65). Andererseits richte sich die Regierungstätigkeit auch danach, ob ein dominantes wirtschaftliches Problem vorliege. Falls ein solches existiere, könne dies zu einer Überlagerung der Parteiendifferenzen führen, da Parteien primär damit beschäftigt seien, das externe ökonomische Problem zu bekämpfen, und dabei wenig bis keine Rücksicht auf ihre eigentliche Programmatik nehmen könnten (Tuftes 1978, S. 101). Gerade für die Analyse wirtschaftlicher Krisenzeiten kann eine solche Aussage wegweisend sein, da somit in Krisen im Grunde keine Parteiendifferenzen erkennbar sein dürften.

Einen weiteren theoretischen Hintergrund, um Parteiendifferenzen zu erklären, liefert der Ansatz, der auf Edmund Burke zurückzuführen ist. Dabei wird – anders als bei Hibbs – nicht davon ausgegangen, dass unterschiedliche Wählerinteressen für Parteienunterschiede ursächlich seien, sondern dass die Mitglieder einer Partei oder ihre Führung in ihren Annahmen über Politikumsetzung übereinstimmen. Parteiendifferenzen kämen somit dadurch zustande, dass sich Mitglieder verschiedener Parteien in ihren Wertvorstellungen unterscheiden (Zohlnhöfer 2015, S. 268).

Die Parteiendifferenzhypothese ist jedoch vielfacher Kritik ausgesetzt gewesen (nachzulesen u. a. bei Schmidt 1982, 1993; Schmidt und Ostheim 2007). Auf der einen Seite muss die Basis der Theorie, die Phillips-Kurve, hinterfragt werden. Ist es tatsächlich so, dass die Alternativen sich zwischen einer hohen Arbeitslosigkeit und einer niedrigen Inflation und umgekehrt erschöpfen oder können nicht beide Indikatoren zu gleicher Zeit entweder hoch oder niedrig sein?<sup>1</sup> Ein gutes Beispiel für eine solche Konstellation, in der sowohl Arbeitslosenquote als auch Inflationsrate gering waren, bildet die Bundesrepublik Deutschland. Denn im Untersuchungszeitraum von Hibbs zwischen 1945 und 1969 ist es gerade die Bundesrepublik Deutschland, die trotz einer großen Regierungsbeteiligung der konservativ ausgerichteten CDU/CSU eine äußerst geringe Arbeitslosigkeit aufwies (Hibbs 1977, S. 1474).

Auch wenn – gerade für die BRD – die ursprüngliche Form der Parteiendifferenzhypothese nicht ohne Weiteres aufrechterhalten werden kann, kann dennoch

---

<sup>1</sup>Zu der Kritik am Kausalzusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit siehe bereits Friedman 1968 und Phelps 1967.

die Existenz von Parteiendifferenzen nicht verworfen werden. Denkbar ist zum Beispiel, dass sich Parteiendifferenzen weniger anhand der Kennzahl von Inflation und Arbeitslosigkeit messen lassen, sondern vielmehr an den wirtschaftstheoretischen Ausrichtungen der einzelnen Regierungsmaßnahmen. So könnte es beispielsweise interessant sein, zu analysieren, ob eine Maßnahme einen nachfrage- oder eben angebotspolitischen Ursprung hat und bei welchem Parteienbündnis mit einer entsprechenden wirtschaftstheoretischen Ausrichtung zu rechnen ist. Maßnahmen sind in vorliegendem Fall Gesetze, die jedoch nur dann einem wirtschaftspolitischen Konzept zugeordnet werden, wenn die Gesetze in sich kohärent sind, d. h. sie durchgängig keynesianisch geprägt oder durchweg angebotspolitisch ausgerichtet sind. Einschübe bei Gesetzen, die von der allgemeinen Linie abweichen – wie beispielsweise das versteckte Programm für den sozialen Wohnungsbau im eigentlich angebotspolitisch ausgerichteten Haushaltsbegleitgesetz 1982 (Kiesow 2015, S. 207) – werden als solche Abweichungen berücksichtigt. In Anlehnung an Brettschneider und Budge/Keman werden Gesetze dann als angebotspolitisch orientiert klassifiziert, wenn Staatsaufgaben restriktiv ausgelegt werden und ein Abbau von Maßnahmen erfolgt, welche den Marktprozess behindern könnten (Brettschneider 1995, S. 120; Budge und Keman 1990, S. 137). Beispiele für eine solche Politik sind Steuersenkungen, ein Abbau von öffentlichen Aufgaben und von Sozialtransfers oder eine Deregulierungspolitik. Im entgegengesetzten Fall wird von einer keynesianischen Ausrichtung eines Gesetzes dann gesprochen, wenn der Staat aktiv am Marktmechanismus teilnimmt. Dies geschieht beispielsweise bei staatlich aufgelegten Nachfrageprogrammen, gesteigerten Sozialtransfers oder einer Zinssenkungspolitik.

Eine weitere wichtige Kritik an der Theorie ist auf der anderen Seite die Tatsache, dass fraglich ist, über wie viel Handlungsspielraum eine Regierung tatsächlich verfügt. Während in Mehrheitsdemokratien die Möglichkeit gegeben ist, dass Regierungen ihre Programme relativ problemlos umsetzen können (Schmidt und Ostheim 2007, S. 57), kann die Situation in Konsensdemokratien anders liegen. Aufgrund des hier geltenden Konsensprinzips können Entscheidungen nicht nur von den jeweiligen Regierungen, sondern des Weiteren von diversen Vetospielern und Mitregenten abhängen: „Die Sichtbarkeit des Partieneffektes variiert [somit] mit dem Demokratietypus“ (Schmidt 2002, S. 545).

Aus diesem Grund müssen, wenn es um die Handlungsfähigkeit einer Regierung geht, potenzielle Vetospieler und deren Einflussmöglichkeiten betrachtet werden, da diese Akteure die Politikverwirklichung erheblich stören können. Grundsätzlich ist ein Vetospieler ein Akteur, dessen Zustimmung nötig ist, um eine Abkehr vom Status quo zu ermöglichen (Tsebelis 2002, S. 19). Ob eine solche Abkehr vom Status quo, also sozusagen eine Reformfähigkeit gegeben ist,

hängt dabei von drei Kenngrößen ab. Zum einen ist die Anzahl der Vetospieler bedeutend, zum anderen kann die Distanz der unterschiedlichen Vetospieler zueinander entscheidend sein und drittens muss betrachtet werden, wie homogen die einzelnen kollektiven Vetospieler sind. Die Reformfähigkeit variiert somit mit der Zahl, der Kongruenz und der Homogenität der Vetoakteure.

Dabei kann der von Tsebelis entwickelte Vetospielerbegriff aber weitergehend differenziert werden. Denn so können sich Vetoeingriffe von ihrer Qualität her deutlich unterscheiden. Auf der einen Seite ist denkbar, dass ein Akteur eine Maßnahme – wie in der eigentlichen Theorie von Tsebelis – tatsächlich verhindert und blockiert, sodass diese Maßnahme letztlich nicht existent wird. Ein blockierender oder zumindest einen Teil der Maßnahme verhindernder Akteur kann als Vetospieler (–) bezeichnet werden. Auf der anderen Seite kann als Vetospieler aber auch ein Akteur betrachtet werden, dessen Eingriff nur in einer Beeinflussung oder Abänderung des ursprünglich geplanten Aktes besteht. Ein solcher Akt wäre dann in der Welt, jedoch eben nicht in unveränderter Form. Dieser Akteur, der eine Maßnahme ergänzt oder erweitert, kann als Vetospieler (+) kategorisiert werden. Die Unterscheidung in diese beiden Varianten macht insofern Sinn, als das Veto und damit auch die Vetoaktivität des jeweiligen Akteurs genauer beschrieben werden kann. Tritt ein Akteur folglich immer nur als destruktiver Part auf, der zum Scheitern von (Teil-)Maßnahmen führt, oder agiert ein Akteur konstruktiv, indem er Maßnahmen nach Ergänzungen und Erweiterungen passieren lässt?

Abzugrenzen ist ein Vetospieler (+) jedoch von einem Agendasetzer. Denn dieselben Akteure, die eine Entscheidung wesentlich beeinflussen können, sind darüber hinaus in der Lage, initiativ tätig zu werden und ein Vorhaben als erste auf die politische Agenda zu bringen. Insbesondere in Krisenzeiten, in denen die öffentliche Aufmerksamkeit groß ist, eine Bewältigung der Krisenerscheinungen dringlich und mit großer gesellschaftlicher Relevanz verbunden ist, kann die Bedeutung von Agendasetzern steigen. Diese werden definiert als „*the specific veto players that present ‘take it or leave it proposals’ to the other vetoplayers*“ (Tsebelis 2002, S. 3), sodass sich daraus eine „*significant control over the policies that replace the status quo*“ (Tsebelis 2002, S. 3) ergibt. Wichtig dabei ist jedoch, dass Agendasetzer nicht völlig frei Themen auf die Tagesordnung bringen können, sondern wiederum von den Vetospielern und der von diesen vermeintlich verursachten Unbeweglichkeit der Politik abhängig sind. Denn ist diese Unbeweglichkeit der Politik hoch, verringert sich auch der Einfluss der Agendasetzer. Akteure werden im vorliegenden Beitrag immer dann als Agendasetzer kategorisiert, wenn sie von ihrem Gesetzesinitiativrecht (Art. 76 I GG) Gebrauch machen und eine konkrete Maßnahme somit formell initiieren.

Möchte man nun die Reaktionen der Wirtschaftspolitik in Deutschland im Hinblick auf ihren Output und Outcome untersuchen, müssen dabei folgende Akteure sowohl als potenzielle Vetospieler als auch als Agendasetzer in die Analyse inkludiert werden: Einerseits sind Regierungsparteien – also die jeweiligen Koalitionspartner – wichtige Akteure, da sie als primäre Entscheider in einer Krisensituation zuerst mit der Problemlösung beauftragt sind. Andererseits sieht das Grundgesetz gerade im Bereich wirtschaftspolitischer Fragen eine Beteiligung der Bundesländer in Form des Deutschen Bundesrates vor, der somit als institutioneller Vetospieler verankert ist.<sup>2</sup>

Im Folgenden werden nun diese Akteure im Hinblick auf ihr Verhalten innerhalb von ökonomisch problematischen Zeiten untersucht, da gerade Rezessionen für parteipolitisches Vorgehen als Vetospieler oder Agendasetzer besondere Testbedingungen vorgeben.

---

### 3 Reaktionen auf Wirtschaftskrisen

Gerade Wirtschaftskrisen stellen für eine Untersuchung von Parteiendifferenzen, Vetospielern und Agendasetzern besondere Testbedingungen dar. Einerseits kann es – wie oben erwähnt – zur Gefahr einer Verwischung von Parteiendifferenzen kommen. Andererseits kann es auch seitens der übrigen Akteure zu anderen Handlungsmustern kommen als dies in Nichtkrisenzeiten der Fall wäre. Wenn man davon ausgeht, dass Krisenzeiten als Extremsituationen für die jeweiligen Akteure besonders charakteristische Handlungsmuster zutage fördern, eignen sich diese als Untersuchungsgegenstand.

Betrachtet man – immer für den Fall der Bundesrepublik Deutschland – die Krisenphasen der Jahre 1967, 1975, 1982, 1993, 2003 und 2009, die jeweils untersucht wurden, ergeben sich für diese Zeiträume folgende 26 tatsächlich verabschiedete Krisenmaßnahmen: Im Jahr 1967 wurden das Kreditfinanzierungsgesetz, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und zwei Konjunkturpakete verabschiedet. 1974/1975 legte die Regierung zwei Sonderprogramme auf und verabschiedete das Einkommenssteuerreformgesetz, das Programm zur Förderung von Beschäftigung

---

<sup>2</sup>Auch weitere Akteure eines Wirtschaftssystems können die Wirtschaftspolitik beeinflussen. So können beispielsweise Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände gerade in Verbindung mit Regierungen bestimmter parteipolitischer Couleur einflussreich sein (Wenzelburger 2015, S. 102). Zur Rolle von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden siehe weitergehend Kiesow 2015.



**Tab. 1** Überblick über die staatlichen Krisenmaßnahmen. (Quelle: Eigene Darstellung)

Krisen	1967	1975	1982	1993	2003	2008/2009
<b>Regierungs- parteien</b>	CDU/CSU, SPD	SPD, FDP	SPD, FDP ab 10/1982: CDU/CSU, FDP	CDU/CSU, FDP	SPD, B90/ Grüne	CDU/CSU, SPD seit Sept. 2009: CDU/CSU, FDP
<b>Expansive Maßnahmen</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>3</b>
<b>Konsolidie- rungsmaß- nahmen</b>	Keine	<b>1</b>	<b>1</b> (SPD, FDP) <b>1</b> (CDU/ CSU, FDP)	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>1</b> (CDU/ CSU, FDP)
<b>Maßnahmen zur Verbes- serung der wirtschaftli- chen Bedin- gungen für Unterneh- men</b>	Keine	Keine	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>

und Wachstum bei Stabilität (Dez. 1974), das Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen (Sep. 1975) und das Haushaltsstrukturgesetz. 1982/1983 waren Krisenreaktionen der Bundesregierung das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz, das Beschäftigungsförderungsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und das Steuerentlastungsgesetz. 1993 bildeten die Maßnahmen das Standortsicherungsgesetz, das föderale Konsolidierungsprogramm, ein in diesem enthaltenes Investitionsprogramm für die neuen Bundesländer und ein Sparprogramm. 2003 wurden das Flexibilisierungsgesetz, das Kleinunternehmerförderungsgesetz und das Haushaltbegleitgesetz 2004 verabschiedet und 2009/2010 bestanden die Krisenmaßnahmen aus einem Entlastungspaket, den Konjunkturprogrammen I und II, dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und einem Sparpaket. Tab. 1 fasst diese Maßnahmen der jeweiligen Jahre noch einmal zusammen und gliedert sie nach ihrer wirtschaftstheoretischen Ausrichtung.

Im Verhalten der Regierungsparteien bei diesen Krisenmaßnahmen lässt sich zunächst ein allgemeiner Trend erkennen. Tab. 2 setzt für die erste Krise der Bundesrepublik Deutschland 1967 und die jüngste Rezession 2009 den Anteil der staatlichen Direktinvestitionen, die innerhalb eines Krisenzeitraumes getätigt worden

**Tab. 2** Index zur Messung der staatlichen Ausgabenentwicklung. (Quelle: Kiesow 2015, S. 276)

Krisenjahre	1967 (CDU/CSU/SPD)	2008/2009 (CDU/CSU/SPD)
<b>(a) Stärkste BIP-Abnahme im Krisenzeitraum</b>	–0,3 %	–5,1 %
<b>(b) Interventionsquote<sup>1</sup></b>	1,58 %	1,29 % (2008)/2,15 % (2009) 1,71 % (gesamt) <sup>2</sup>
<b>Verhältnis Interventionsquote zu BIP-Abnahme (b/a)</b>	5,27	0,25 (2008)/0,42 (2009) 0,34 (gesamt) <sup>2</sup>

<sup>1</sup>Anteil staatliche Direktinvestitionen am BIP in jeweiligen Preisen

<sup>2</sup>Ges. = Summe der staatlichen Investitionen in beiden Jahren in Bezug auf die Summe der beiden jeweiligen Bruttoinlandsprodukte

sind, in Bezug zur Stärke des Rückgangs des BIP. Dividiert man den Anteil der staatlichen Direktinvestitionen am BIP durch den prozentualen Rückgang des BIP, so ergibt sich in der letzten Zeile der Tabelle eine Kenngröße (ohne Maßeinheit). Betrachtet man die Entwicklung dieser, so erkennt man den Trend, dass trotz der gleichen parteipolitischen Couleur der Regierungskoalition das Investitionsvolumen relativ zum Krisenausmaß massiv gesunken ist (Tab. 2).

Betrug die Maßzahl 1967 noch 5,27, so lag sie im Zeitraum 2008/2009 nur bei 0,34, was bedeutet, dass in 1967 im Vergleich zu 2008/2009 der staatliche Eingriff, bezogen auf das Krisenausmaß, 16-mal so hoch war. Es gibt also in Bezug auf die direkten staatlichen Interventionen und die Rolle des Staates als Nachfrager einen deutlich zu erkennenden absteigenden Trend. Gerade auch die Tatsache, dass in beiden Krisenzeiträumen das gleiche Parteienbündnis aus SPD und Union regierte, lässt einen solchen Vergleich zu.<sup>3</sup>

Ursachen für diese Entwicklung sind zum einen in der in den sechziger Jahren praktizierten, danach aber weitgehend verworfenen keynesianischen Nachfragepolitik zu suchen. Aufgrund der Globalsteuerung unter der ersten Großen Koalition scheute sich die Regierung nicht, in staatliche Konjunkturprogramme große Volumina zu investieren.

<sup>3</sup>Auch wenn von einer durch Globalisierung und Internationalisierung eingeschränkten nationalstaatlichen Handlungsfähigkeit ausgegangen wird (Zohlnhöfer 2015, S. 271), macht es dennoch auch im Krisenjahr 2009 Sinn, die deutschen wirtschaftspolitischen Reaktionen zu betrachten, da – bis auf das Eingreifen der EZB in der vorangegangenen Finanzmarktkrise – einheitliche europäische Lösungen hinter nationalstaatlichen Reaktionen zurückstanden.

Zum anderen erklärt sich der absteigende Trend durch eine – nach der keynesianischen Globalsteuerung vermehrt aufgetretenen – Angst vor steigender Staatsverschuldung. Betrachtet man die Schuldenentwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes beim nicht-öffentlichen Bereich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, erkennt man einen starken Anstieg der Staatsverschuldung. Beliefen sich die Schulden 1967 im Verhältnis zum BIP auf einen Anteil von 0,23, musste die Große Koalition 2009 mit einer Schuldenrelation von 0,69 operieren (eigene Berechnungen nach Statistischem Bundesamt 2014). Der Spielraum für staatliche Konjunkturspritzen erscheint somit schon aufgrund der äußeren Umstände als beschränkt.

Des Weiteren kann – unabhängig von der externen Bedingung der angestiegenen Staatsverschuldung – von einer generellen Skepsis gegenüber staatlichen Konjunkturingriffen ausgegangen werden. Immerhin wurde sogar unter einer rot-grünen Regierung seit 1998 mit der Agenda-2010-Politik ein verstärkt angebotspolitischer Kurs in der Wirtschaftspolitik betrieben, welcher sich auch in Tab. 1 ablesen lässt und somit eine weitere Begründung für die immer zurückhaltendere Ausgabenpolitik der Bundesregierungen liefert.

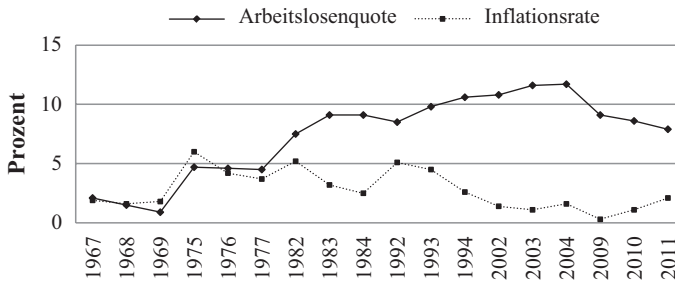
Eine alternative Variante zur keynesianischen Nachfragepolitik mit der öffentlichen Hand als direktem Nachfrager wird hingegen vermehrt in Anreizen zur gesteigerten privaten Investitionstätigkeit gesehen. Solche Anreize können beispielsweise in Form von Steuerbegünstigungen oder -nachlässen gesehen werden. Eine indirekte Förderung privater Investitionstätigkeit steht somit dem Trend sinkender direkter Staatsinvestitionen gegenüber.

### 3.1 Parteien

Auch wenn es einen generellen Trend zu weniger staatlichen Investitionen gibt, muss auf der anderen Seite gefragt werden, ob es in Krisenzeiten dennoch Parteiendifferenzen gibt, die sich in einer unterschiedlichen Krisenbekämpfungspolitik zeigen.

Zunächst soll an dieser Stelle noch einmal auf die Problematiken der ursprünglichen Parteiendifferenzhypothese eingegangen werden, da diese wesentlich auf den Annahmen der Phillips-Kurve basiert. Dass sich Parteiendifferenzen in Deutschland gerade nicht durchgängig anhand der Konstellationen von Arbeitslosenquote und Inflationsrate verhalten, zeigt Abb. 1.

Der Krisenzeitraum in den sechziger Jahren passt – wie bereits oben erwähnt – wegen seiner sowohl niedrigen Arbeitslosenquote als auch wegen der geringen Inflationsrate ohnehin nicht in die Hibb'schen Annahmen. Auch die Veränderungen der



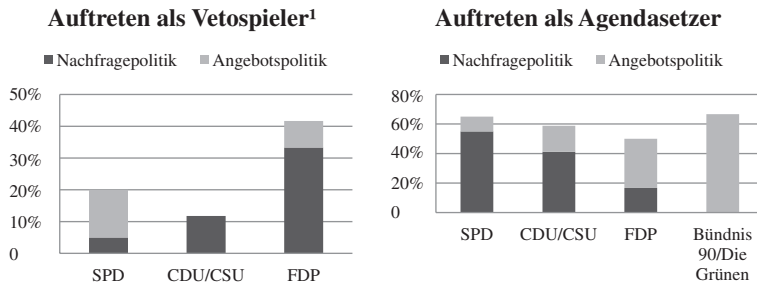
**Abb. 1** Arbeitslosenquote und Inflationsrate in Prozent. (Quelle: Eigene Darstellung nach Statistischem Bundesamt 2015a und 2015b)

beiden Kennzahlen in den Jahren von 1975 bis 1977 lassen sich nicht mit dem Erklärungsmuster von Hibbs begründen. Denn unter einer sozialdemokratischen Leitung der Regierungskoalition hätten die Arbeitslosenzahlen eigentlich sinken müssen. Stattdessen blieben diese konstant bei 4,6 %. Die Inflationsrate hingegen hätte aber – entgegen der realen Entwicklung – steigen dürfen, da einer sozialdemokratisch geprägten Regierung diese weniger wichtig sei als eine sinkende Arbeitslosigkeit. Auch für den Zeitraum zu Beginn des neuen Jahrtausends, in dem ein links ausgerichtetes Bündnis aus Sozialdemokraten und Grünen die Bundesrepublik regierte, muss konstatiert werden, dass weder eine gleichbleibende Inflationsrate noch eine steigende Arbeitslosenquote durch die Begründungszusammenhänge der Parteiendifferenzhypothese gedeckt werden. Aus diesem Grund bietet sich an, die in diesem Beitrag angesprochene weiterentwickelte Parteiendifferenzhypothese zu prüfen.

Dies kann anhand der folgenden Abbildung geschehen, die auf der linken Seite zum einen aufweist, bei wie viel Prozent der Maßnahmen die jeweilige Partei während ihrer Regierungsbeteiligung insgesamt als Vetospieler (Höhe der Säule) aufgetreten ist. Zum anderen ist diese Vetospieleraktivität des Weiteren danach aufgeschlüsselt, ob die betreffende Partei bei nachfrage- oder angebotspolitischen Maßnahmen ein Veto einlegte.

Auf der rechten Seite sieht man ebenfalls zunächst allgemein, bei wie viel Prozent der Maßnahmen, die in der jeweiligen Regierungszeit verabschiedet wurden, eine Partei insgesamt als Agendasetzer in Erscheinung trat. Darüber hinaus zeigt die Aufteilung innerhalb der Säulen, bei welchen wirtschaftspolitischen Ausrichtungen der Maßnahmen die jeweiligen Parteien vermehrt als Agendasetzer fungierten.

An Abb. 2 lässt sich Folgendes erkennen: Erstens zeigt sich, dass die FDP relativ zur Zeit ihrer Regierungsbeteiligung am häufigsten ein Veto einlegte. SPD



<sup>1</sup>Für die Partei Bündnis 90/Die Grünen ließen sich weder anhand der einschlägigen Plenarprotokolle noch anhand einer Presseauswertung Vetospieleraktivitäten für den Zeitraum der Wirtschaftskrise 2003 nachweisen.

**Abb. 2** Auftreten der Parteien als Vetospieler und Agendasetzer bei nachfrage- und angebotspolitischen Maßnahmen. (Quelle: Eigene Darstellung)

und Union rangieren dahinter. Zweitens sieht man, in welchen Fällen die Parteien jeweils einen Einspruch einlegten. Während die CDU/CSU ausschließlich und die FDP fast ausschließlich bei nachfragepolitischen Maßnahmen eingriff, legte die SPD hingegen bis auf eine Ausnahme lediglich bei angebotspolitischen Krisenmaßnahmen ein Veto ein. Man kann also hier bereits eine Bestätigung der abgewandelten Parteiendifferenzhypothese (s. o.) erkennen.

Analog dazu verhalten sich die Parteien, wenn sie als Agendasetzer fungieren. Hier kann der SPD eine ganz überwiegende Tätigkeit als Agendasetzer bei nachfragepolitischen Maßnahmen nachgewiesen werden. Der Schwerpunkt der Agendasetzertätigkeit bei der FDP muss im angebotspolitischen Bereich gesehen werden, wohingegen die Union sowohl angebots- als auch nachfragepolitische Maßnahmen auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Grundsätzlich konnte konservativen Regierungsparteien bisher ein positiver Einfluss auf eine verstärkte Privatisierungspolitik nachgewiesen werden (Wenzelburger 2015, S. 99). Besonders auffällig ist jedoch in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin, dass die Union, wenn man die einzelnen Parteien nicht isoliert betrachtet, sondern innerhalb ihres jeweiligen Regierungsbündnisses analysiert, sich besonders stark an ihrem Koalitionspartner orientiert. Befindet sie sich beispielsweise in einer Koalition mit der SPD, trägt sie deren nachfragepolitische Ausrichtung mit und tritt bisweilen selbst (z. B. in den sechziger Jahren) als Agendasetzer für diese auf. Koaliert sie hingegen mit den Freien Demokraten, präferiert

sie angebotspolitische Lösungen (Kiesow 2015, S. 291), sodass eine Beschreibung der CDU/CSU als „Partei des Sowohl-als-auch“ (Hanisch und Kohlmann 2009, S. 35) auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht nicht von der Hand zu weisen ist.

Eine besondere Rolle nehmen in diesem Fall die Grünen ein, da sie in der Grafik als die Partei auftreten, die als Agendasetzer ausschließlich für angebotspolitisch ausgerichtete Maßnahmen eingetreten ist. Eine solche Erkenntnis über eine eher links-orientierte Partei verwundert, ist aber der Tatsache geschuldet, dass nur die jeweiligen Krisenreaktionen<sup>4</sup> der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder als Datengrundlage dienen und die Grünen als Teil der Koalition zwei von diesen angebotspolitisch orientierten Maßnahmen als Gesetzesinitiator mit auf den Weg gebracht haben. Gerade die Tatsache, dass auch eine sonst links-orientierte Partei als Agendasetzer für angebotspolitisch ausgerichtete Maßnahmen fungierte, unterstreicht somit noch einmal die Besonderheiten der Agenda-2010-Phase.

Hinsichtlich der hier eingeführten Unterscheidung von Vetoakteuren zwischen Vetospielern (+) und Vetospielern (–) ist an dieser Stelle festzuhalten, dass Parteien fast ausschließlich als verhindernde Vetospieler (–) auftreten.<sup>5</sup> Eine ergänzende Rolle der Parteien als Vetospieler (+) scheint insofern unüblich, als die gesetzeseinbringenden Parteien bereits über die Phase des Agendasettings in den Politikprozess eingebunden sind und somit ihre Vorstellungen bereits in einer früheren Phase Niederschlag finden. Eine Ergänzung ist dann zu einem späteren Zeitpunkt oftmals nicht mehr nötig. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, dass wegen des Zeitdrucks, der bei der Verabschiedung einer Maßnahme in einer Krisensituation geboten sein kann, ein Einschreiten als verhindernder Vetospieler (–) einfacher erscheint als ein Auftreten als fordernder und erweiternder Vetospieler (+).

Die Einschätzung Tuftes, nach der ein exogener Schock – wie beispielsweise eine Wirtschaftskrise – Parteiendifferenzen verwischen lässt, ist nach Analyse der vier Krisenzeiträume und der darin verabschiedeten Krisenbekämpfungsmaßnahmen nicht mehr ohne Weiteres haltbar. Denn wie Abb. 2 und die unterschiedlichen Reaktionsmuster der Regierungsparteien zeigen, gibt es trotz eines exogenen Schocks Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Reaktionen der Parteien. Auch die Tatsache, dass mit der Agenda-2010-Politik eine Abweichung der erwarteten

---

<sup>4</sup>In diesem Fall sind dies das Flexibilisierungsgesetz, das Kleinunternehmerförderungs-gesetz und das Haushaltbegleitgesetz 2004.

<sup>5</sup>Lediglich die FDP trat im Rahmen des Einkommensteuerreformgesetzes 1974 als erweiternder Vetospieler (+) auf.

wirtschaftspolitischen Reaktionen vorgenommen wurde<sup>6</sup>, ändert – mit Ausnahme der Grünen – nichts an der generellen Zuschreibbarkeit von wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen an bestimmte Parteien in den übrigen Krisenzeiträumen (siehe Abb. 1). Auf die viel zitierte Frage „Do parties matter?“ muss somit geantwortet werden, dass Krisenzeiten besondere Zeiten sind, in denen Parteienunterschiede wieder deutlich hervortreten können und sich generelle Konstanten im intertemporalen Vergleich deutlich ausmachen lassen.

### 3.2 Bundesrat

Ebenso wie für die Bundesregierung können auch im Bundesrat Parteien eine entscheidende Rolle einnehmen. Dabei verfügt der Deutsche Bundesrat bei zustimmungspflichtigen Gesetzen (und nur bei solchen wird im Rahmen dieses Aufsatzes ein Veto als solches gewertet) über eine formale Vetomacht, die ihn zu einem wichtigen Entscheidungsträger in Wirtschaftskrisen werden lässt. Gerade im politisch-institutionellen Kontext von Konsensdemokratien haben zweite Kammern als Vetospieler eine herausgehobene Bedeutung (Wenzelburger 2015, S. 99).

Dabei ist die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates von Bedeutung, denn um die Länderinstitution als Vetospieler einordnen zu können, müssen seine Mehrheitsverhältnisse beachtet werden. Daher stellt sich die Frage, wie der Bundesrat in Zeiten, in denen er von seinem Vetorecht Gebrauch machte, zusammengesetzt war. Insgesamt beeinflusste der Bundesrat acht der 26 Maßnahmen, sodass – vorweg gesagt – von einer generellen und oft vorgeworfenen Blockadehaltung des Bundesrats in Krisenzeiten keine Rede sein kann. So griff der Bundesrat beim Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 1967, beim Einkommenssteuerreformgesetz 1974, beim Haushaltsstrukturgesetz 1976, beim Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz 1982, beim Beschäftigungsförderungsgesetz 1982, beim Kleinunternehmerförderungsgesetz 2003, beim Haushaltsbegleitgesetz 2003 und beim Familienleistungsgesetz 2008 als Vetospieler ein.

---

<sup>6</sup>Empirische Befunde zeigen, dass Parteiendifferenzen in den 1990er-Jahren stark abgenommen haben (Zohlnhöfer 2015, S. 272). Dies bedeutet jedoch noch kein zwangsläufiges und endgültiges Verschwinden von Unterschieden in der parteipolitischen Staatstätigkeit (Zohlnhöfer 2015, S. 273).

1967 dominierten die R-Länder<sup>7</sup> den Bundesrat, wohingegen 1974 die Oppositionsländer die Mehrheit im Bundesrat innehatten. Die beiden Vetos aus dem Jahr 1982 wurden ebenfalls unter einer solchen Mehrheit der O-Länder<sup>8</sup> verabschiedet und auch 2003 stand der Bundesregierung eine Opposition im Bundesrat gegenüber. Lediglich beim Familienleistungsgesetz 2008 bildeten die M-Länder<sup>9</sup> die größte Zahl in der Länderinstitution. Somit zeigt sich, dass der Bundesrat nur einmal als Vetospieler tätig wurde, als eine Mehrheit der Regierungsländer in der Länderinstitution dominierte, was folglich als Bestätigung der Absorptionsregel nach Tsebelis dienen würde. Denn gemäß dieser Absorptionsregel würde der Bundesrat bei gleichlaufenden Mehrheitsverhältnissen in Bundestag und Bundesrat somit als Vetospieler absorbiert.

Von den acht eingelegten Vetos waren vier, also genau die Hälfte, Erweiterungen oder Ergänzungen der Maßnahmen.<sup>10</sup> Bei den übrigen vier Maßnahmen legte der Bundesrat ein verhinderndes Veto ein. Damit hebt sich der Bundesrat insofern von anderen Akteuren ab, als er am häufigsten ergänzend und somit als Vetospieler (+) tätig wurde. Für den Fall, dass der Bundesrat nicht als Gesetzesinitiator agiert, ist er nicht in gleicher Weise – von Beginn an – wie die jeweiligen Regierungsparteien in den Gesetzgebungsprozess eingebunden. Aus diesem Grund scheint bei ihm das Bedürfnis vorzuliegen, als Vetospieler (+) erweiternd einzugreifen und die Maßnahmen zu ergänzen. In den Fällen des Auftretens als Vetospieler (+) ging es dem Bundesrat hauptsächlich darum, eine Mehrbelastung der Länderhaushalte abzuwenden. In Krisen bildet also der Bundesrat den Akteur, der als ergänzende Kraft Gesetzen in einer späteren Phase als dem Agendasetzungsprozess noch eine teilweise andere Richtung geben kann.

Betrachtet man die Qualität der vom Bundesrat beeinflussten Maßnahmen, so lassen sich folgende Muster erkennen: Einerseits handelt es sich bei den vom Bundesrat geänderten Gesetzen um solche, die gesetzliche Grundlagen dauerhaft änderten. Das heißt, der Bundesrat griff immer dann ein, wenn es sich bei

---

<sup>7</sup>R-Länder (Regierungsländer) sind die Bundesländer, deren Regierung sich aus den gleichen Parteien zusammensetzt wie die Bundesregierung.

<sup>8</sup>In O-Länder (Oppositionsländer) bilden die Parteien die Landesregierung, die im Bund nicht in der Regierungskoalition vertreten sind.

<sup>9</sup>M-Länder (Mischländer) sind solche Bundesländer, deren Landesregierung sich aus einer Partei der Bundesregierung und einer, die nicht in der Bundeskoalition vertreten ist, zusammensetzen.

<sup>10</sup>Dies war der Fall beim Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 1967, beim Haushaltsstrukturgesetz 1976, beim Haushaltsbegleitgesetz 2003 und beim Familienleistungsgesetz 2008.



den Maßnahmen nicht um kurzfristige Übergangslösungen handelte, sondern um langfristig angelegte (Reform-)Projekte.

Andererseits kann nachgewiesen werden, dass der Bundesrat bei kurzfristigen Konjunkturprogrammen, die nicht dauerhaft gesetzliche Regelungen tangieren, kein Veto einlegte. Somit wurden die teilweise umfangreichen Investitionsprogramme vom Bundesrat nicht nur nicht behindert, sondern erfuhren sogar seine Unterstützung.

Ein durchgängiges Handlungsmuster der Länderkammer, nach dem diese immer, wenn es zu einer verstärkten Belastung der Länderhaushalte kommt, Widerspruch einlegt, kann entgegen mancher Vermutungen jedoch nicht bestätigt werden. Vielmehr schließen sich auch die in diesem Bereich getroffenen Erkenntnisse an die bisherigen an. Bei den grundlegenden und strukturellen Änderungsvorhaben, bei denen der Bundesrat wie gesehen als Vetospieler auftrat, spielten Gründe der finanziellen Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern eine große Rolle und waren daher zum Teil auch ursächlich für das Einlegen des Vetos. Wenn der Bundesrat also ein Veto einlegte, dann begründete er dies in den meisten Fällen mit einer zunehmenden Belastung der Länderhaushalte. Bei Investitionsprogrammen waren dieselben Gründe aber nicht von Belang. Zwar gab es auch in diesem Bereich Konjunkturprogramme, die zu einer verstärkten Belastung der Länderhaushalte führten, was die Länder auch offiziell als Kritik vorbrachten. Jedoch mündete diese nicht im Einlegen eines formalen Vetos. Ein möglicher Grund für die restriktivere Verwendung des Vetorechts kann in diesen Fällen darin gesehen werden, dass Konjunkturprogramme meist nur für eine befristete und kurze Dauer eine Mehrbelastung der Landesfinanzen darstellen, wohingegen strukturelle und dauerhaft angelegte Gesetzesveränderungen die Länder auf nicht absehbare Zeit beschwerten (Kiesow 2015, S. 308).

Zur Frage, inwiefern der Bundesrat als Agendasetzer tätig wird, ist zu konstatieren, dass er lediglich im Fall des Flexibilisierungsgesetzes 2003 als Gesetzesinitiator – und damit als Agendasetzer – auftrat. Dies deckt sich auch mit der generellen Aktivität des Bundesrates Gesetzesinitiativen einzubringen, da er auch außerhalb von Krisenzeiten selten als Agendasetzer in der hiesigen Definition tätig wird: „Der Bundesrat ist also ein typischer Vetospieler, kein *agenda setter* [H. i. O.]“ (Hartmann 2013, S. 97).

---

## 4 Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich entgegen anders lautender Annahmen in Krisenzeiten Parteiendifferenzen identifizieren lassen. Diese werden insbesondere bei der SPD und der FDP deutlich, die Union setzt hingegen selbst wenig eigene Akzente.

Neben den festgestellten Parteiendifferenzen lassen sich aber aufgrund des intertemporalen Vergleichs auch Konstanten in Krisenbekämpfungsmaßnahmen feststellen. In fast allen Krisenzeiträumen wurde auf nachfragepolitische Maßnahmen zurückgegriffen, auch wenn das staatlich investierte Volumen relativ zum Krisenausmaß kontinuierlich zurückgegangen ist. Außerdem wurde vermehrt eine Zinssenkungspolitik betrieben.

Bemerkenswert ist ebenso das Auftreten des Bundesrates. Denn zum einen macht er nur restriktiv von seinem starken formalen Vetorecht Gebrauch, was zeigt, dass Krisenzeiten auch in dieser Hinsicht besondere Zeiten darstellen. Auch wenn eine Beschreibung des Bundesrates als „vorgeschaltete Kompromiss-Maschine“ (Strünck 2012, S. 9) in diesem Fall zu weit greifen würde, ist doch eine kooperationsbereite Haltung des Bundesrates – und damit in zweiter Linie auch der den Bundesrat jeweils dominierenden Parteien – in Krisenzeiten nicht von der Hand zu weisen. Zum anderen konnte die hier vorgenommene Unterscheidung in Vetospieler (+) und Vetospieler (–) differenzieren, welcher Akteur eher ergänzend oder verhindernd tätig wird. So ist es besonders für den Bundesrat aufgrund seiner häufig nachgelagerten Stellung im Gesetzgebungsprozess wichtig, den Gesetzentwürfen Aspekte nachträglich hinzuzufügen und somit als ergänzender Vetospieler (+) in Erscheinung zu treten.

Sowohl bei den Parteien als auch beim Bundesrat konnten also spezifische Krisenreaktionsmuster gefunden werden, deren Kenntnis erahnen lässt mit welchen Reaktionen seitens eines bestimmten Akteurs in zukünftigen Wirtschaftskrisen zu rechnen sein wird, wobei jedoch die Interventionsmargen angesichts der Verschuldungsgrenzen geringer werden dürften.

---

## Literatur

- Brettschneider, Frank. 1995. *Öffentliche Meinung und Politik – Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990*. Opladen: Springer.
- Budge, Ian, und Hans Keman. 1990. *Parties and democracy – Coalition formation and government functioning in twenty states*. New York: Oxford University Press.
- Frankenberger, Klaus-Dieter. 2015. Griechenland-Krise. Das Publikum hat die Nase voll. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/griechenland-krise-das-publikum-hat-die-nase-voll-13648870.html>. Zugegriffen: 17. June 2015.
- Friedman, Milton. 1968. The role of monetary policy. *American Economic Review* 58:1–17.
- Hanisch, Klaudia, und Sebastian Kohlmann. 2009. Die CDU. Eine Partei nach dem Ende ihrer selbst. In *Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009*, Hrsg. Felix Butzlaff, Stine Harm, und Franz Walter, 11–36. Wiesbaden: VS Verlag.

- Hartmann, Jürgen. 2013. *Das politische System der BRD im Kontext*, 2. Aufl. Wiesbaden: Springer.
- Hibbs, Douglas A. 1977. Political parties and macroeconomic policy. *American Political Science Review* 71:1467–1487.
- Kiesow, Julia. 2015. *Wirtschaftskrisen in Deutschland. Reaktionsmuster von Vetospielern und Agendasetzern*. Wiesbaden: Springer VS.
- Phelps, Edmund S. 1967. Phillips curves, expectations of inflation and optimal employment over time. *Economica* 3:254–281.
- Schmidt, Manfred G. 1982. *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schmidt, Manfred G. 1993. Theorien in der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. In *Policy Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Hrsg. Adrienne Héritier, 371–393. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmidt, Manfred G. 2002. Parteien und Staatstätigkeit. In *Parteiendemokratie in Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, und Richard Richard Stöss, 528–550. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmidt, Manfred G., und Tobias Ostheim. 2007. Die Lehre von der Parteiendifferenz. In *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*, Hrsg. Manfred G. Schmidt, Tobias Ostheim, Nico A. Siegel, und Reimut Zohlnhöfer, 51–62. Wiesbaden: VS Verlag.
- Statistisches Bundesamt. 2014. *Finanzen und Steuern. Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts*. Wiesbaden: Destatis.
- Statistisches Bundesamt. 2015a. Arbeitsmarkt. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrab003.html>. Zugegriffen: 23. März 2016.
- Statistisches Bundesamt. 2015b. Preise – Verbraucherpreisindizes für Deutschland – Lange Reihen ab 1948. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Verbraucherpreise/VerbraucherpreisindexLangeReihenPDF\\_5611103.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Verbraucherpreise/VerbraucherpreisindexLangeReihenPDF_5611103.pdf?__blob=publicationFile). Zugegriffen: 23. März 2016.
- Strünck, Christoph. 2012. Parteienwettbewerb und Politikverflechtung: Strukturprobleme des deutschen Föderalismus aus politikwissenschaftlicher Perspektive. In *Handbuch Föderalismus – Band II: Probleme, Reformen, Perspektiven des deutschen Föderalismus*, Hrsg. Ines Härtel, 3–18. Berlin: Springer.
- Tsebelis, George. 2002. *Veto players. How political institutions work*. Princeton: Princeton University Press.
- Tufte, Edward. 1978. *Political control of the economy*. Princeton: Princeton University Press.
- Wenzelburger, Georg. 2015. Parteien. In *Handbuch Policy-Forschung*, Hrsg. Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer, 81–112. Wiesbaden: Springer VS.
- Zohlnhöfer, Reimut. 2015. Politische Parteien und öffentliche Politik – Zum Einfluss von Parteien auf die Staatstätigkeit. In *Handbuch Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Timo Grunden, 267–276. Wiesbaden: Springer VS.

---

# Links-rechts und darüber hinaus – eine Neuvermessung der deutschen Parteienlandschaft mit einem auf die MARPOR/CMP-Daten angewandten IRT-Modell

Thomas Däubler

---

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

„Wir sind eine Partei, die sich nicht in das übliche Rechts/Links-Schema einordnet“ verlautete der damalige Parteichef Bernd Lucke auf dem zweiten Parteitag der AfD in Erfurt im März 2014 (Jacobsen 2014). Ähnliche Aussagen sind auch aus der Jugendzeit anderer Parteien wie den Piraten – „Das bedingungslose Grundeinkommen ist nicht links“ (Beitzer 2011) – oder den Grünen – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ (Mende 2011) – bekannt. Diese Beispiele illustrieren zwei zentrale Aspekte des politischen Begriffspaares „links“ und „rechts“: zum einen wird die Unterscheidung in der Politik regelmäßig vorgenommen, gleichzeitig ist aber umstritten, was sie bedeutet und wie sie sich messen lässt.

Zur systematischen Untersuchung des Parteienwettbewerbs greifen Forscher häufig auf die Daten des Manifesto Research Projects (MARPOR, vormals CMP)

---

<sup>1</sup>Ich bedanke mich bei den zwei Gutachtern sowie bei Simon Franzmann, Franz Urban Pappi und Teilnehmern an der Jahrestagung 2015 des AK Parteienforschung für hilfreiche Kommentare. Mein Dank gilt auch Ertan Bat für seine Mithilfe bei der Textaufbereitung und beim Feinschliff der Grafiken.

---

T. Däubler (✉)  
Universität Mannheim, Mannheim, Deutschland  
E-Mail: thomas.daeubler@mzes.uni-mannheim.de

zurück. Der vorliegende Beitrag analysiert diese Daten mit einer innovativen Analyse­methode (Benoit und Däubler 2017), die auf der Item-Response-Theorie (IRT) beruht. Dieses Verfahren weist nicht nur einige methodische Vorteile auf. Es ermöglicht auch, auf Basis existierender Daten neuartige Einblicke in den Parteienwettbewerb in Deutschland (hier betrachtet im Zeitraum 1990–2013) zu gewinnen.

Dies wird anhand von drei inhaltlichen Fragen aufgezeigt. Erstens ermöglicht die Methode, den inhaltlichen Gegenstand der Links-rechts-Achse, verstanden als Hauptkonfliktlinie des Parteienwettbewerbs, empirisch zu untersuchen. Der Aufsatz leistet also einen empirischen Beitrag zu der Frage, was denn nun in Deutschland „links“ und „rechts“ ist. Zweitens gehe ich auf Basis der Neuauswertung der Daten der kontrovers diskutierten Frage nach, inwieweit es in den letzten Jahren zu einer Konvergenz der Volksparteien und der zwei Lager gekommen ist. Hierbei kommen sowohl ein eindimensionales als auch ein zweidimensionales Modell, das eine wirtschaftspolitische und eine gesellschaftspolitische Achse unterscheidet, zur Verwendung. Das zweidimensionale Modell hat außerdem den Vorteil, dass man nicht alle Themen vor der Analyse genau einer der Achsen zuordnen muss. Das dritte Ziel besteht daher in einer Analyse, ob theoretisch nicht klar zuordenbare Themen wie Umweltschutz oder europäische Integration eher mit der wirtschaftspolitischen oder der gesellschaftspolitischen Achse verbunden sind.

Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen, dass die Links-rechts-Achse als „Super-Issue“ nicht nur von der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, sondern auch von der Außenpolitik beeinflusst wird. Von einer Konvergenz der Volksparteien und Lager bei den Wahlen 2009 und 2013 kann weder im ein- noch im zweidimensionalen Modell die Rede sein. Das zweidimensionale Modell zeigt außerdem, dass Umweltschutz in den Wahlprogrammen eher ein gesellschaftspolitisches als ein wirtschaftspolitisches Thema ist, während sich für europapolitische Aussagen ein recht komplexes Muster findet.

Im Folgenden gehe ich zunächst auf zwei grundlegende Perspektiven bezüglich der Interpretation und Messung der Links-rechts-Dimension ein. Der zweite Abschnitt erläutert die zentralen inhaltlichen Fragen und formuliert auf der Literatur aufbauend theoretische Erwartungen. Im dritten Teil diskutiere ich existierende Ansätze zur Positionsermittlung mit MARPOR/CMP-Daten und stelle das IRT-Modell kurz vor. Nach der Diskussion der Ergebnisse fasst der Schlussteil diese noch mal zusammen und ordnet sie ein.

## 2 Theoretischer Hintergrund: Zwei Sichtweisen auf die Links-rechts-Dimension

Allgemein kann der politische Wettbewerb als das Ergebnis aus dem Zusammenspiel von sozialen Strukturen (z. B. Lipset und Rokkan 1967; Kriesi et al. 2008), politischen Institutionen (z. B. Downs 1957; Dow 2001) und den strategischen Entscheidungen politischer Akteure (z. B. Downs 1957; Riker 1986; Adams et al. 2004) verstanden werden. Zur Charakterisierung des politischen Wettbewerbs werden sowohl von den beteiligten Akteuren als auch von außenstehenden Beobachtern sehr häufig räumliche Beschreibungen verwendet (z. B. Benoit und Laver 2006, S. 9–55). Eine besonders prominente Rolle spielt hierbei das Begriffspaar „links“ und „rechts“, dessen Ursprung sich auf die Sitzordnung in der Nationalversammlung zur Zeit der Französischen Revolution zurückverfolgen lässt (Raschke 1998).

Aus theoretischer Sicht lassen sich zwei grundlegend verschiedene Interpretationen des Links-rechts-Begriffs unterscheiden. Zum einen kann man „links“ und „rechts“ inhaltlich definieren. Ein konkreter policy-Vorschlag zum Beispiel gilt dann als „links“, wenn er sich auf abstrakte Prinzipien oder Werte zurückführen lässt, die ideengeschichtlich mit dem linken politischen Spektrum assoziiert sind (Bobbio 1996; Budge und Meyer 2013). „Links“ und „rechts“ werden in diesem Sinne ideologisch verstanden. Aus der anderen Perspektive hingegen ist der Inhalt nachrangig. Politische Akteure vertreten mehr oder weniger ähnliche Ansichten, woraus sich ihre Distanzen und Positionen im politischen Raum ergeben (Benoit und Laver 2012). Die Links-rechts-Unterscheidung ist lediglich eine Metapher, ein eindimensionales Modell des politischen Raums (Inglehart und Klingemann 1976; Fuchs und Klingemann 1990). Die inhaltliche Bedeutung der beiden Begriffe geht dabei erst aus den Politikvorschlägen hervor, die im politischen Alltag als „links“ oder „rechts“ titulierte oder von entsprechend bezeichneten Akteuren gemacht werden.

Den zwei unterschiedlichen theoretischen Sichtweisen entsprechend gibt es zwei grundlegend verschiedene Ansätze, wie man eine Links-rechts-Dimension auf der Basis von spezifischen Indikatoren (wie den Codierungsergebnissen einer Inhaltsanalyse) messen kann (Benoit und Laver 2006, S. 130–131). Bei einer *deduktiven* Vorgehensweise erfolgt die Auswahl und Gewichtung der Indikatoren auf der Grundlage theoretischer Überlegungen bezüglich des substanziellen Inhalts der Dimension. Im Gegensatz dazu stehen *induktive* Verfahren, welche mit Hilfe von statistischen Verfahren die Links-rechts-Dimension aus den Daten ermitteln. Der inhaltliche Gegenstand der Links-rechts-Achse ergibt sich dabei aus dem empirisch ermittelten Beitrag der einzelnen Issues zur Unterscheidung der Akteure auf einer latenten Dimension.

Kritiker induktiver Verfahren bemängeln diese Vorgehensweise oftmals als „atheoretisch“ (z. B. Budge und Meyer 2013). Dieser Vorwurf ist allerdings nicht gerechtfertigt (Franzmann 2015). Induktive Verfahren spezifizieren zwar keine Theorie über den substanziellen Inhalt der Links-rechts-Dimension, weshalb ich sie im Folgenden als *inhaltsinduktiv* bezeichne. Diese Ansätze beruhen aber sehr wohl auf einer Theorie, welche die Genese der Links-rechts-Dimension erklärt: Politische Akteure kommunizieren ihre Ansichten in vereinfachter Form. Sie fassen detaillierte Sachfragen zu „Issuebündeln“ zusammen und nehmen auf diesen bestimmte Standpunkte ein (z. B. Schattschneider 1960; Carmines und Stimson 1986). Empirisch beobachten wir dabei in der Regel, dass die Ansichten über verschiedene Themengruppen hinweg korreliert sind. Kennen wir den Standpunkt eines Akteurs zu einem bestimmten Thema, lässt sich daraus mehr oder weniger gut der Standpunkt zu einem anderen Thema vorhersagen (Benoit und Laver 2012, S. 198–199). Dadurch lassen sich die empirisch beobachteten Muster auf eine latente Dimension zurückführen, auf der sich die Akteure mehr oder weniger nahe sind. Bei dieser räumlichen Metapher handelt es sich um die Links-rechts-Dimension, auf die sich die Akteure selbst ebenfalls beziehen können (aber nicht müssen – wie eingangs angesprochen, können sie sich auch weigern dies zu tun). Links-rechts ist also ein „Super-Issue“, das die grundlegende Struktur des politischen Konflikts widerspiegelt (Inglehart und Klingemann 1976; Fuchs und Klingemann 1990; Gabel und Huber 2000; Wagschal und König 2015). Der inhaltsinduktive Ansatz impliziert auch, dass die inhaltliche Bedeutung der Links-rechts-Dimension kontextabhängig ist: Was „links“ und „rechts“ ist, kann über Länder und über die Zeit hinweg stark variieren. Dies steht im Gegensatz zur inhaltsdeduktiven Vorgehensweise, die von einer allgemeinen Theorie des substanziellen Inhalts ausgeht. Franzmann (2015) betont daher auch die (Nicht-) Berücksichtigung des Kontexts und nicht etwa die (nicht) vorhandene Theoriefundierung als eigentliches Unterscheidungsmerkmal der zwei Ansätze.

Mehrere Gründe sprechen für die Verwendung eines inhaltsinduktiven Ansatzes. Zunächst ist es bei einer inhaltsdeduktiven Herangehensweise nicht unbedingt einfach, einen theoretischen Konsens über die Substanz der Links-rechts-Dimension zu erreichen. Selbst wenn hierbei generell Einigkeit erzielt werden sollte, dürfte die Theorie kaum exakt genug sein, um genaue Messanweisungen zu begründen. Zwei Politikwissenschaftler mögen übereinkommen, dass Issue A und B (im Gegensatz zu Issue C) in einen additiven Index eingehen sollen, aber erlaubt die Theorie auch eine Angabe der genauen Gewichtung der zwei Issues (Gabel und Huber 2000, S. 95)? Des Weiteren gibt es klare empirische Evidenz dafür, dass sich die inhaltliche Natur der Links-rechts-Dimension über Kontexte hinweg unterscheidet. Benoit und Laver (2006, S. 143) zeigen mit Daten aus einer

Expertenbefragung, dass Parteipositionen auf einer Links-rechts-Skala (deren inhaltliche Interpretation den Experten überlassen wurde) in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark von spezifischen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen abhängen. Empirische Belege für Unterschiede in der Bedeutung von „links“ und „rechts“ im internationalen Vergleich finden sich auch auf der Ebene der Bevölkerung (z. B. Klingemann 1979; Piurko et al. 2011). Bauer-Kaase (2001) berichtet zudem, dass sich die Interpretation der Links-rechts-Dimension durch die deutschen Bürger zwischen den 1970ern und den 1990ern verändert hat.

---

### **3      Drei Fragen zum Parteienwettbewerb in Deutschland**

#### **3.1      Worin besteht der Inhalt des „Super-Issue“ Links-rechts?**

Ein zentraler Vorteil des inhaltsinduktiven Ansatzes besteht darin, dass er auch eine *empirische* Analyse, welche thematischen Inhalte die Hauptachse(n) des politischen Raumes charakterisieren, ermöglicht. Als einfaches Modell des politischen Raumes in Deutschland wird in der Regel eine zweidimensionale Repräsentation gewählt (z. B. Pappi 1973; Pappi und Shikano 2004; Niedermayer 2011; Bräuninger und Debus 2012). Die normalerweise vorgenommene Unterscheidung einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Dimension berücksichtigt, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen den Positionen auf den zwei Dimensionen gibt. Dies liegt insbesondere an der FDP, die traditionell liberale Standpunkte sowohl im wirtschafts- als auch im gesellschaftspolitischen Bereich einnimmt. Auch wenn ein eindimensionales Modell im deutschen Kontext selten gebraucht wird, ist es dennoch von analytischer Relevanz. Versteht man die allgemeine Links-rechts-Achse nämlich wie oben beschrieben als „Super-Issue“, dann lohnt es sich zu untersuchen, wie stark die verschiedenen Issue-Kategorien mit diesem Metakonflikt verbunden sind.

Dabei ist natürlich zu erwarten, dass der grundlegende sozio-ökonomische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit mit den Kontroversen um Besteuerung vs. Staatsausgaben, Umverteilung oder das Ausmaß der Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben den Links-rechts-Konflikt prägt. Ebenso sollten sich unterschiedliche Standpunkte zu moralischen Fragen, „law and order“, aber auch zu Immigration in der Hauptkonfliktlinie niederschlagen. Weniger klar ist, inwiefern das Thema Umweltschutz mit der Links-rechts-Dimension im Deutschland seit der Wiedervereinigung assoziiert ist. Dolezal (2008, S. 210) argumentiert,



es sei seit den 1980ern mit traditionell linken Positionen verknüpft. Allerdings lässt sich auch vermuten, dass dies bei Betrachtung der gesamten Zeitperiode seit 1990 weniger stark der Fall ist, da Umweltschutz sich zu einer Art „Mainstream“-Thema entwickelt hat.

Wie europapolitische Aussagen im Bezug zur Links-rechts-Achse stehen, ist theoretisch ebenfalls nicht leicht vorherzusagen. Dies liegt zunächst daran, dass sich Euroskeptizismus sowohl aus wirtschaftspolitisch linken als auch aus gesellschaftspolitisch rechten Orientierungen speisen kann (Hooghe et al. 2002). Bei Modellierung eines eindimensionalen Politikraums könnte sich daher ergeben, dass Issue-Kategorien mit Europabezug nicht zur Unterscheidung von Parteien auf der Hauptkonfliktlinie beitragen. Andererseits legen existierende Untersuchungen nahe, dass unter deutschen Parteien, mit Ausnahme der Linken und teilweise der Grünen, zumindest in der Vergangenheit ein pro-europäischer Konsens herrschte (Binder und Wüst 2004; Dolezal 2008; Tosun und Debus 2008).

### **3.2 Gibt es eine Konvergenz der Volksparteien und Lager?**

Im Kontext der Bundestagswahlen 2009 und 2013 wurde in der Öffentlichkeit häufig gefragt, inwieweit sich die Programmatik von CDU und SPD noch unterschied (z. B. Bannas 2013; Welzer 2013). Die Bewegung der Union Richtung Mitte führte zur weitverbreiteten Diagnose einer „Sozialdemokratisierung der CDU“ (Jung et al. 2009, S. 13). Den Unionsparteien wurde zugeschrieben, durch Nichteinnahme polarisierender Standpunkte eine Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ (Jung et al. 2009, S. 19) von potenziellen SPD-Wählern zu verfolgen (siehe auch Schmidt 2014 sowie Schoofs und Treibel 2015, S. 65).

Diesem Eindruck der Konvergenz stehen allerdings gegenteilige Ergebnisse mehrerer Untersuchungen gegenüber. Die Methode von Franzmann und Kaiser (2006) anwendend, zeigen Merz und Regel (2013, S. 221), dass sich die Links-rechts-Positionen von CDU und SPD auch 2009 klar unterschieden haben. Für 2013 kommen zwei Studien, die sich auf unterschiedliche Datenquellen zur Parteiprogrammatik stützen, zu einer sehr ähnlichen Schlussfolgerung. Bender et al. (2015) analysieren Wahlprogramme mit dem Duisburger-Wahl-Index-Verfahren, während Wagschal und König (2015) eine multidimensionale Skalierung von Wahl-O-Mat-Daten durchführen. Beide konstatieren zwar eine gewisse Annäherung der Volksparteien, sehen aber keine Evidenz für eine allzu große Ähnlichkeit der eingenommenen Positionen.

In diesem Aufsatz soll die Konvergenz der Volksparteien und Lager über den kompletten Zeitraum 1990–2013 untersucht werden. Im Vergleich zu Merz und Regel (2013) wird mit dem IRT-Modell eine alternative Methode auf die CMP/MARPOR-Daten angewandt, die außerdem den Vorteil hat, dass eine modellbasierte Quantifizierung der Unsicherheit im Konvergenzmaß angegeben werden kann.

### 3.3 Sind dimensional ambivalente Issues eher wirtschafts- oder gesellschaftspolitisch?

Wie bereits erwähnt, wird der politische Raum in Deutschland standardmäßig mit einer wirtschaftspolitischen/sozio-ökonomischen und einer gesellschaftspolitischen/sozio-kulturellen Dimension beschrieben. Wenn dies empirisch mit den CMP/MARPOR-Daten geschieht, werden die einzelnen Issue-Kategorien meist *a priori* einer der beiden Dimensionen zugeordnet (z. B. Volkens 1996; Pappi und Shikano 2004; Linhart und Shikano 2009). Prinzipiell ist nichts gegen dieses Prozedere einzuwenden. Ohnehin sind inhaltsinduktiv ermittelte mehrdimensionale Politikräume *a posteriori* schwer interpretierbar; diesem Problem kann durch zusätzliche theoretische Annahmen *a priori* vorgebeugt werden (Benoit und Laver 2012). Und zahlreiche Issue-Kategorien lassen sich ja auch sehr klar *a priori* einer Dimension zuordnen. Allerdings gibt es auch Themen, auf die dies nicht zutrifft. Ein weiterer Vorteil des IRT-Modells von Benoit und Däubler (2017) besteht darin, dass man in einem zweidimensionalen Modell auf einfache Weise manche Issue-Kategorien *a priori* auch mit beiden latenten Dimensionen assoziieren kann. Die empirische Analyse in Abschn. 5.2 folgt diesem Ansatz.

Dabei handelt es sich nicht nur um eine methodische Spielerei, sondern um eine Technik, mit der sich aus theoretischer Perspektive interessante Fragen beantworten lassen. Eine solche Frage ist, wie stark Aussagen zum Umweltschutz einerseits mit der wirtschaftspolitischen und andererseits mit der gesellschaftspolitischen Position einer Partei zusammenhängen. Der Wertewandel hin zum Postmaterialismus war von großer Bedeutung für die Entstehung der Umweltbewegungen, weshalb das Thema anfangs orthogonal zur ökonomischen Dimension stand (Dalton 2009). Die Umweltschutzproblematik berührt aber auch das wirtschaftspolitische Spannungsfeld zwischen Staatsintervention und freier Marktwirtschaft. Nach Rohrschneider (1993) kam es in Deutschland in den 1980er Jahren zu einem „old left realignment“ in der Umweltpolitik, da sich nun auch die SPD des Themas annahm. Unklar ist allerdings, wie stark das Thema in der jüngeren Vergangenheit auf den zwei Dimensionen zu verorten ist. In der deutschen Bevölkerung wurden umweltpolitische Einstellungen in den 2000ern

hauptsächlich von wirtschaftspolitischen und nicht von gesellschaftspolitischen Positionen erklärt (Dolezal und Hutter 2012, S. 70).

Das Gegenteil war für Einstellungen der Bürger zur europäischen Integration der Fall (Dolezal und Hutter 2012, S. 70), welche sich vor allem auf eine sozio-kulturelle Dimension zurückführen ließen. Dieses Ergebnis kann jedoch nicht direkt auf die Parteien übertragen werden. Wie oben bereits diskutiert, können sich positive und negative Äußerungen zur EU und zur europäischen Einigung sowohl aus sozio-ökonomischen als auch aus sozio-kulturellen Positionen ergeben (Hooghe et al. 2002). Auch diese Frage wird in Abschn. 4 empirisch untersucht.

---

## 4 Daten und Methodik

Aus Platzgründen verzichte ich hier auf eine ausführliche Beschreibung der CMP/MARPOR-Daten (siehe Budge et al. 2001; Klingemann et al. 2006; Volkens et al. 2014). Die Daten beruhen auf einer klassischen Inhaltsanalyse, bei der ein (menschlicher) Codierer das Wahlprogramm in Aussagen („Quasi-Sätze“) aufteilt und diese jeweils einer von 56 im Codierschema festgelegten Issue-Kategorien zuordnet. Die meisten Kategorien weisen eine Evaluationsrichtung auf (positiv/negativ, im Folgenden als  $\pm$  dargestellt); einige davon sind gepaart (z. B. Traditional Morality +, Traditional Morality –), während andere kein direktes Gegenstück besitzen (z. B. Productivity +). Der Datensatz enthält in der Grundform die Anteilswerte der Kategorie an einem Programm auf einer Prozentpunktskala. Da die Gesamtlänge des Programms in Quasi-Sätzen ebenfalls angegeben ist, lässt sich daraus auch die Zahl der Aussagen eines Programms in einer bestimmten Kategorie berechnen.

### 4.1 Methodischer Hintergrund: Existierende Ansätze zur Messung von Links-rechts-Positionen mit den CMP/MARPOR-Daten

Bei den oben diskutierten Problemen verwundert es nicht, dass bei genauerer Betrachtung ein rein inhaltsdeduktiver Ansatz zur Messung einer *allgemeinen* Links-rechts-Skala auf Basis der CMP/MARPOR-Daten zumindest nicht verbreitet ist (dem Autor ist keiner bekannt). Stark deduktive Züge weist das von Jahn (2011) vorgeschlagene Verfahren auf, bei dem zunächst Kategorien auf Basis ideengeschichtlicher Überlegungen für die Links-rechts-Dimension ausgewählt

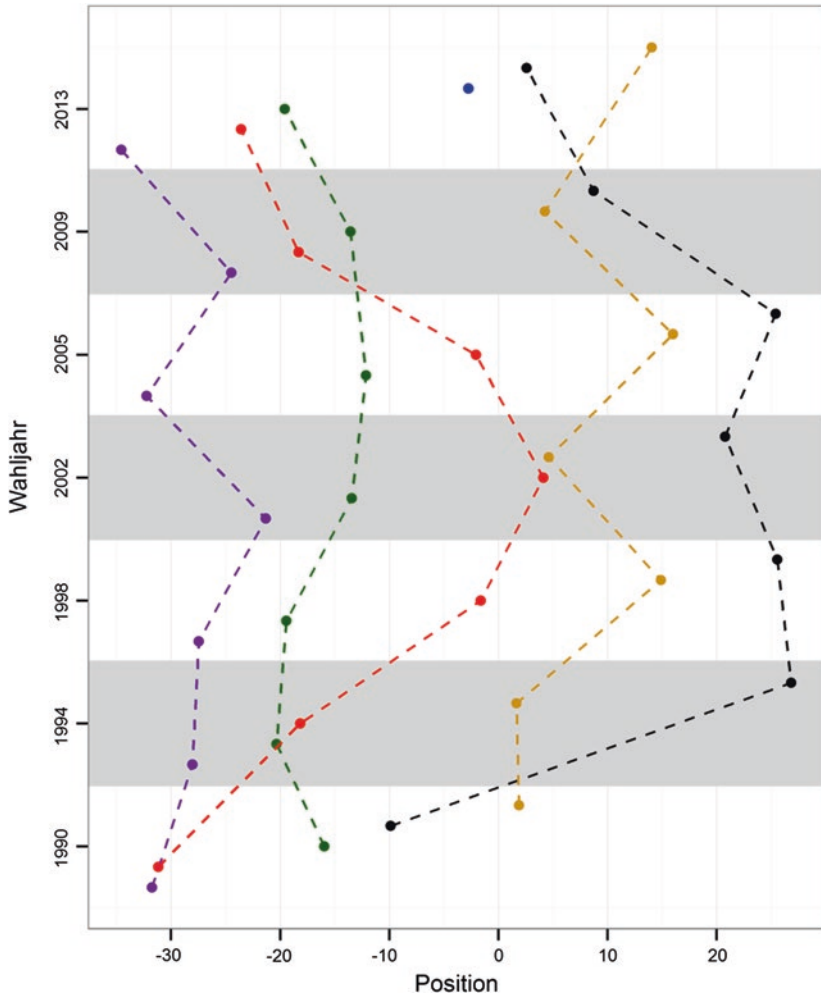
werden. Kategoriengewichte werden dann empirisch bestimmt; Jahn (2011) räumt aber ein, dass jeweils kontextspezifisch weitere Issues Teil der Skala sein können, worüber ebenfalls empirisch entschieden wird. Häufiger rein inhaltsdeduktiv vorgegangen wird bei der Konstruktion von Skalen, die sich auf einen bestimmten Politikbereich, etwa die Wirtschaftspolitik beziehen (z. B. Volkens 1996; Laver und Garry 2000; Linhart und Shikano 2009; Tavits und Letki 2009). In diesem Fall ist die Auswahl der Kategorien zur Inklusion einfacher, allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die üblicherweise vorgenommene Gleichgewichtung der Issues theoretisch begründet werden kann.

Obwohl bisweilen von einer deduktiven Herleitung gesprochen wird (Budge und Meyer 2013), stellt der im CMP/MARPOR-Datensatz mitgelieferte *Rile*-Indikator maximal eine Mischform dar. Laver und Budge (1992, S. 26–27) haben klar beschrieben, dass die Kategorienauswahl hauptsächlich auf den Ergebnissen einer Faktorenanalyse, und zwar für Wahlprogramme aus zehn westeuropäischen Ländern (Deutschland nicht eingeschlossen) aus dem Zeitraum 1945–1985, beruht (siehe auch Jahn 2014, S. 2). Der Index ergibt sich aus der Differenz von 13 aufsummierten rechten und 13 aufsummierten linken Kategorien (in Anteilswerten in Prozentpunkten), wobei alle Issues dasselbe Gewicht erhalten. Es ist daher insgesamt fragwürdig, dem *Rile*-Index, der sich vermutlich nicht zuletzt der einfachen Verfügbarkeit wegen landauf und landab großer Beliebtheit erfreut, besondere Validität oder gar Allgemeingültigkeit zuzuschreiben (Budge und Meyer 2013).

Betrachten wir den *Rile*-Index für die deutschen Parteien im Zeitraum seit 1990 (Abb. 1).<sup>2</sup> Fürs Erste lässt sich feststellen, dass die relative Positionierung der Parteien im dargestellten Politikraum dem informierten Betrachter im Großen und Ganzen plausibel erscheinen dürfte. Allerdings gibt es auch einige Unstimmigkeiten. Insbesondere erscheint es unplausibel, dass sich die Reihenfolge der Parteien auf der Links-rechts-Achse derart häufig ändert. Darüber hinaus lassen sich spezifische Ergebnisse anzweifeln. So sind, wie bereits von Wagschal und König (2015, S. 196) diskutiert, die *Rile*-basierten Platzierungen der Grünen rechts von der SPD in den Jahren 2009 und 2013 sowie diejenige der FDP deutlich rechts der Union 2013 schwer nachzuvollziehen. Dies könnte auch daran liegen, dass *Rile* aufgrund seiner Entstehungsgeschichte stark auf „old politics“

---

<sup>2</sup>Der Datensatz enthält zwar für 2013 auch Informationen zur Piratenpartei. Da aber schon weit vor der Wahl ein Einzug der Partei in den Bundestag unwahrscheinlich war und sie an Bedeutung für den Parteienwettbewerb verloren hatte, wird sie hier und in den folgenden Analysen nicht berücksichtigt.



**Abb. 1** Parteipositionen nach *Rile*-Index. Daten aus Volkens et al. (2014). Violett = PDS/Linkspartei.PDS/DIE LINKE.; Grün = Bündnis 90/Die Grünen; Rot = SPD; Blau = AfD; Gelb = FDP; Schwarz = CDU/CSU (1990: CDU)

fokussiert ist und Themen wie Umweltschutz oder Issues mit Immigrationsbezug, die seit Mitte der 1980er Jahre an Bedeutung zugenommen haben, nicht abdeckt. Abb. 1 illustriert auch ein weiteres Problem des *Rile*-Indexes: Es handelt sich

zwar essenziell um eine *Schätzung* von Parteipositionen aus den Codierungsergebnissen, aber es wird nicht unmittelbar ein Maß für die Unsicherheit der inferierten Positionen angegeben (Benoit et al. 2009). So ist nicht ersichtlich, inwieweit zum Beispiel eine ermittelte Bewegung einer Partei im Zeitverlauf substantieller Natur ist oder sich zufällig aus den Daten ergeben könnte.

Den meisten inhaltsinduktiven Verfahren zur Messung von Parteipositionen auf Basis der CMP/MARPOR-Daten (siehe Gemenis 2013 für eine Übersicht) liegen statistische Verfahren zur Datenreduktion zugrunde.<sup>3</sup> Gabel und Huber (2000) wenden eine Hauptkomponentenanalyse auf die Daten zu allen Issue-Kategorien (in Anteilswertform) an. Mit Faktorenanalysen in der einen oder anderen Form arbeiten Klingemann (1987, 1995); Pappi und Shikano (2004) und König et al. (2013). Einer der Nachteile hierbei ist, dass diese Verfahren zwar als Techniken zur Dimensionalitätsreduktion dienen, aber keine statistischen Modelle des datengenerierenden Prozesses repräsentieren (Reckase 1997).

## 4.2 Methodische Innovation: Ein IRT-Modell zur Messung der Links-rechts-Dimension

Dies ist bei dem von Benoit und Däubler (2017) vorgeschlagenen Item-Response-Theory-Modell nicht der Fall.<sup>4</sup> Das IRT-Modell fasst die Zahl der Aussagen, die in eine Issue-Kategorie fallen, als abhängige Variable auf, was dem natürlichen Prozess, wie Wahlprogramme geschrieben und codiert werden, nahekommt. Dabei steht die Modellierung der Interaktion zwischen Issue-Kategorien und Parteien im Mittelpunkt. Das Modell lokalisiert nicht nur die Parteien im eindimensionalen politischen Raum, sondern zeigt gleichzeitig (mithilfe des sogenannten Diskriminanzparameters) auf, inwiefern eine Issue-Kategorie zur Unterscheidung der Parteien auf der extrahierten Dimension beiträgt. Damit kann man auf intuitive Weise den inhaltlichen Gegenstand des politischen Konflikts empirisch untersuchen. Ein weiterer großer Vorteil des IRT-Ansatzes besteht darin, dass die

---

<sup>3</sup>Eine Ausnahme stellt die von Franzmann und Kaiser (2006) vorgeschlagene 12-Stufen-Methode dar, die den Gebrauch von Regressionsmodellen mit *a priori*-Kenntnissen des Anwenders über den politischen Raum verbindet.

<sup>4</sup>Ähnliche Modelle wie in Benoit und Däubler (2017) verwenden Albright (2008) und Eلف (2013). Eلف (2013) entwickelt seinen Ansatz allerdings nicht mit dem Ziel, eine allgemeine Links-rechts-Dimension aus allen Issue-Kategorien zu schätzen.

Unsicherheit der Parteipositionen und Diskriminanzparameter direkt auf Basis des Modells ebenfalls ermittelt wird.<sup>5</sup> So kann beispielsweise quantifiziert werden, mit welcher Wahrscheinlichkeit (auf Basis der Daten) eine Partei (oder Kategorie) links von einer anderen liegt.

Das in Benoit und Däubler (2017) ausführlich besprochene Item-Response-Theory-Modell arbeitet formal mit Zähldaten, also der Anzahl der Aussagen zu einer bestimmten Issue-Kategorie in einem codierten Wahlprogramm.<sup>6</sup> Praktisch wird aber der beobachtete Anteil einer Kategorie an einem Wahlprogramm analysiert. Diese relative Häufigkeit, mit der ein Thema in einem Dokument angesprochen wird, kann man auch als eine Form der Prioritätensetzung interpretieren (Budge und Farlie 1983). Wenn eine Partei einem Thema im Programm mehr Platz einräumt, sollte ihr dieses Thema wichtiger sein. Die Nähe zweier Parteien auf der Links-rechts-Achse ergibt sich also aus der Ähnlichkeit ihres „Prioritätenprofils“, den relativen Anteilen der verschiedenen Kategorien am Programm. Gleichzeitig sagen die beobachteten Anteile etwas über die Kategorien aus. Wenn ein Issue von allen Parteien mit jeweils ähnlicher relativer Häufigkeit gebraucht wird, kann dieses Thema nicht eng mit der Links-rechts-Achse in Verbindung stehen.

Formal ist die erwartete Zahl der Aussagen  $\mu_{ij}$  in Programm  $i$  und Kategorie  $j$  gegeben durch

$$\log(\mu_{ij}) = \alpha_i + \zeta_j + \lambda_j \theta_i, \quad (1)$$

wobei  $\alpha_i$  auf die Länge eines Programms „kontrolliert“, weshalb das Modell faktisch Anteilswerte analysiert. Der Parameter  $\zeta_j$  steht für die Häufigkeit einer Kategorie (über die Programme hinweg), da die Gesamtheit der Parteien manche Issues öfter behandelt als andere. Zentral sind die Parameter im Produkt der Gleichung:  $\theta_i$  repräsentiert die Position, während  $\lambda_j$  angibt, wie stark eine

---

<sup>5</sup>Prinzipiell ist eine Analyse der inhaltlichen Natur des politischen Konflikts auch bei einer Faktoranalyse (auf Basis der Faktorladungen) oder einer multidimensionalen Skalierung möglich. Da diese Modelle weniger intuitiv sind, verwundert es aber nicht, dass die entsprechenden Parameter häufig gar nicht (z. B. Gabel und Huber 2000) oder nicht näher interpretiert werden (z. B. Jahn 2011, S. 762). Außerdem berechnen diese Verfahren nicht unmittelbar die Unsicherheit in den Parameterschätzungen.

<sup>6</sup>Benoit und Däubler (2017) leiten das Modell als Variante des nominal-response-Modells (Bock 1972) für multinomiale Daten her. In Kombination mit einer Poisson-Likelihood-Funktion ist Gl. 1 äquivalent zum fixed-effects-Modell für Worthäufigkeiten von Slapin/Proksch (2008). Zu einem ähnlichen Modell kommt auch Elff (2013), der explizit mit räumlichen Überlegungen beginnt.

Issue-Kategorie die Dokumente/Parteien auf der latenten Dimension unterscheidet ( $\lambda_j$  wird auch als Diskriminanzparameter bezeichnet). Der Logarithmus garantiert, dass die erwartete Zahl der Aussagen stets positiv ist.

Die Parameter werden im Rahmen eines bayesianischen Ansatzes ermittelt. Interessierte Leser finden die technischen Details hierzu bei Benoit und Däubler (2017).<sup>7</sup> Im Grunde genommen wird ein Regressionsmodell für die beobachtete Zahl der Aussagen pro Kategorie und Programm berechnet, bei dem sowohl die Parteipositionen als auch die Diskriminanzparameter latente Variablen sind. Bei der bayesianischen Simulation wird dann, vereinfacht gesagt, die Kombination an Parametern gefunden, welche die vorliegende Datenmatrix (Programme in den Reihen, Kategorien in den Spalten, Anzahl in den Zellen) am besten erklären kann. Die einzige zusätzliche substanzielle Information, die in die Modellierung einfließt, ist die Angabe eines Parteienpaars, dessen Reihenfolge festlegt, dass die ermittelte Position der zweiten Partei einen höheren Wert als die der ersten erhält. Dies ist notwendig, um die Richtung der Links-rechts-Achse zu fixieren, da das Modell nicht „wissen“ kann, ob größere Zahlen „linkere“ oder „rechtere“ Positionen implizieren sollen.<sup>8</sup> Alles andere ergibt sich aus der Anwendung des Modells auf die Daten.<sup>9</sup>

Der Ansatz kann auf zwei Dimensionen erweitert werden, indem ein weiterer Produktterm  $\lambda_{j2}\theta_{j2}$  zu Gl. 1 hinzugefügt wird. Für das zweidimensionale Modell wird jedoch *a priori* eine Entscheidung über die Assoziation (ja/nein) mit den zwei Achsen für diejenigen Kategorien vorgenommen, die theoretisch klar zuordenbar erscheinen. Erstens ist dies in einem bestimmten Umfang für die statistische Identifikation nötig, d. h. um eine eindeutige Lösung zu erhalten (Benoit und Däubler 2017). Zweitens sind die Achsen eines mehrdimensionalen Raumes sonst inhaltlich schwer interpretierbar (Benoit und Laver 2012). Das Modell erlaubt aber – und dies ist ein klarer Vorteil der Methode, dass nicht klar zuordenbare Kategorien mit beiden Dimensionen verbunden werden können. Die Einteilung der Kategorien ist aus den Symboltypen in Abb. 2 ersichtlich.

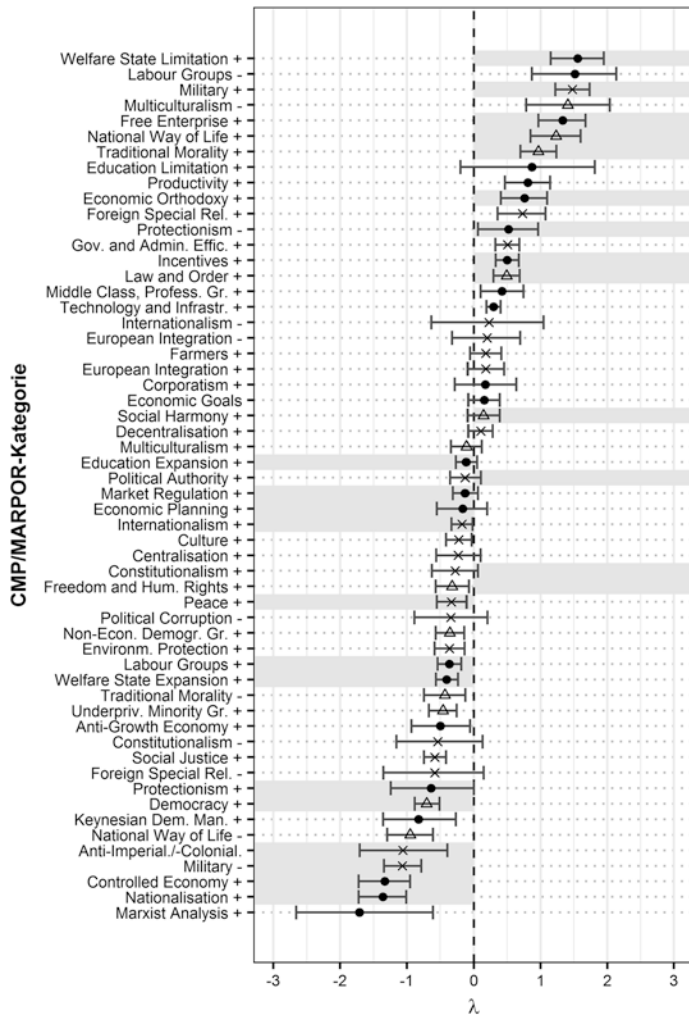
---

<sup>7</sup>Als Likelihood-Funktion für die Zähldaten dient eine Negativ-Binomial-Verteilung. Im zweidimensionalen Modell wird eine Poisson-Verteilung verwendet, um Konvergenzprobleme zu vermeiden. Alle *a priori*-Verteilungen im bayesianischen Modell sind nicht substanziell informativ.

<sup>8</sup>Eine Änderung der Reihenfolge führt lediglich dazu, dass die Achse gespiegelt ist, die Abstände bleiben gleich.

<sup>9</sup>Auch die bei einigen Kategorien im Codierschema vorhandene Evaluationsrichtung fließt nicht *a priori* in die Analyse ein.





**Abb. 2** Diskriminanzparameter für das eindimensionale IRT-Modell. *A posteriori*-Mittelwert und 90 % bayesianisches Konfidenzintervall (basierend auf 1000 Iterationen). Punkte = rein wirtschaftspolitische Kategorien; Dreiecke = rein gesellschaftspolitische Kategorien; Kreuze = übrige Kategorien. Im *Rile*-Index enthaltene Kategorien sind auf der entsprechenden Seite (links/rechts) grau hinterlegt

## 5 Ergebnisse

### 5.1 Ergebnisse des eindimensionalen Modells

Betrachten wir zunächst den substanziellen Gehalt der Links-rechts-Dimension im Sinne eines „Super-Issues“ für Deutschland im Zeitraum 1990–2013. Abb. 2 zeigt den Beitrag der 56 Issue-Kategorien zur Hauptkonfliktlinie. Ein Wert von 0 repräsentiert den Diskriminanzparameter der durchschnittlichen Kategorie. Dargestellt ist jeweils der *a posteriori*-Mittelwert und das 90 % bayesianische-Konfidenzintervall. Vereinfacht ausgedrückt zeigt letzteres den Bereich an, in dem der Parameterwert nach Berücksichtigung der vorliegenden Daten mit neunzigprozentiger Sicherheit liegt. Die Kategorien sind abnehmend nach ihrem Diskriminanzparameter angeordnet; die am stärksten mit rechten Positionen assoziierten Kategorien finden sich ganz oben, die am klarsten linken Issues ganz unten. Zusätzlich markiert sind Kategorien, die Teil des *Rile*-Indexes sind (links bzw. rechts des Mittelwerts grau hinterlegt). Außerdem gibt es eine Unterscheidung zwischen rein wirtschaftspolitischen (Punkte), rein gesellschaftspolitischen (Quadrate) und übrigen Issues (Dreiecke).

Aus Abb. 2 lassen sich mehrere interessante Schlussfolgerungen ziehen. Erstens wird deutlich, warum die bereits weiter oben (in Grafik 1) gezeigten *Rile*-basierten Positionen zwar leidlich funktionieren, aber das IRT-Modell dem *Rile*-Index überlegen ist. Die *Rile*-basierten Positionen sind einigermaßen plausibel, da einige der 26 dort eingehenden (grau hinterlegten) Kategorien in der Tat deutlich mit der Hauptkonfliktlinie assoziiert sind. Allerdings erscheinen auch einige *Rile*-Issues in der Mitte des Plots, also bei den Kategorien, von denen man nicht mit mindestens 90 % Sicherheit sagen kann, dass diese sich vom durchschnittlichen Issue in ihrem Beitrag unterscheiden (z. B. *Social Harmony* +, *Education Expansion* +). Einige der rechtsgerichteten *Rile*-Issues haben sogar Diskriminanzparameter-Mittelwerte links des Nullpunktes (*Political Authority* +, *Constitutionalism* +, *Freedom and Human Rights* +). Es handelt sich hierbei also mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht um „rechte“ Themen im Deutschland seit der Wiedervereinigung. Mit *Rile* werden sie aber als solche gezählt und dazuhin gleich gewichtet wie die anderen miteinbezogenen Issues. Die Grafik zeigt außerdem, dass es zahlreiche nicht von *Rile* berücksichtigte Kategorien gibt, welche stark zur Unterscheidung der Parteien auf der Hauptachse des politischen Wettbewerbs beitragen (allen voran *Labour Groups* – und *Marxist Analysis* +). Die Verwendung aller Issue-Kategorien bei induktiver Gewichtung mit dem IRT-Ansatz ist daher klar vorzuziehen.

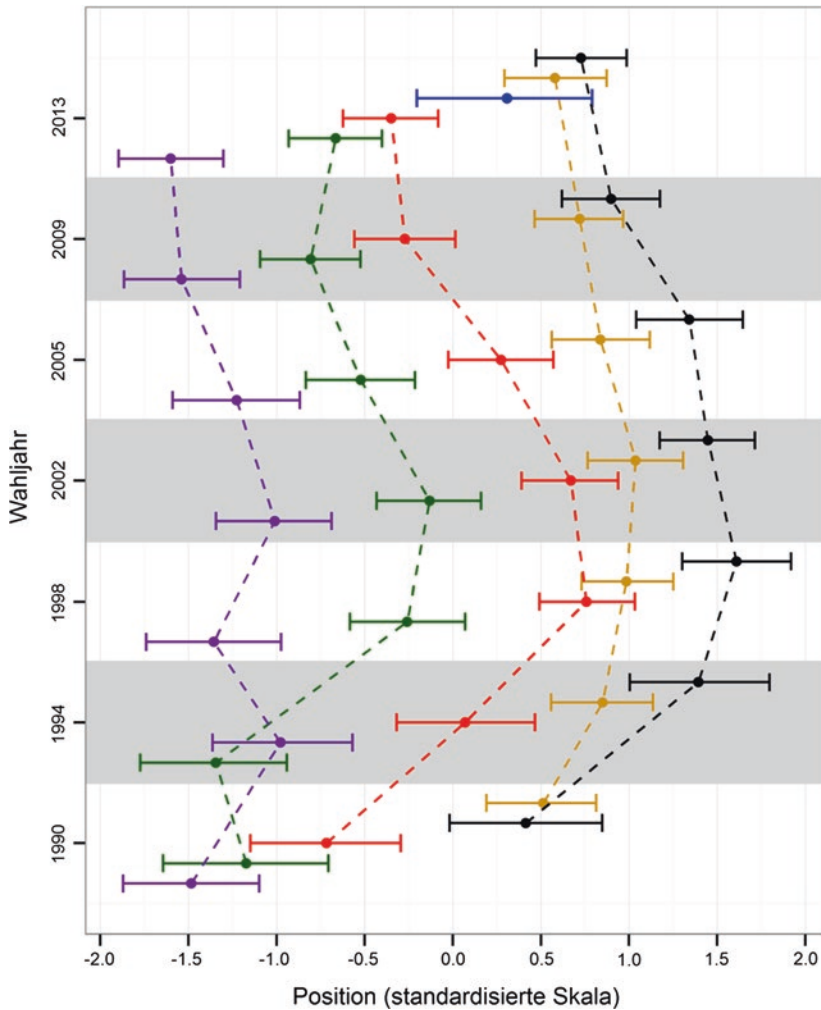
Wie erwartet, bestimmen sowohl wirtschaftspolitische (Punkte) als auch gesellschaftspolitische (Quadrate) Themen die Links-rechts-Dimension. Unter

den Kategorien mit den absolut gesehen größten Diskriminationsparametern entdeckt man zahlreiche Issues mit Bezug zum Klassenkonflikt und zu sozio-kulturellen Fragen. Etwas überraschender ist, wie stark sich auch außenpolitische Diskussionen (z. B. *Military*  $\pm$ ) auf die Links-rechts-Achse niederschlagen.

Auch wie stark sich Wahlprogramme der Umweltpolitik widmen unterscheidet sich zwischen linken und rechten Parteien. In der Rangfolge entdecken wir die entsprechende Issue-Kategorie zwar nicht ganz unten bei den stark „linken“ Themen, aber der Diskriminanzparameter liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit links des Mittelwerts. Nur schwach mit der Links-rechts-Achse verbunden ist die Europapolitik. Sowohl positive als auch negative Aussagen zur Europäischen Integration weisen Diskriminanzparameter leicht rechts des Nullpunkts auf, aber die Konfidenzintervalle reichen auch auf die linke Seite hinüber. Zu den anderen in diesem Sinne „zentristischen“ Issues gehören überraschenderweise auch *Farmers* + und *Multiculturalism* +.

Die entsprechenden Links-rechts-Positionen der Parteien sind in Abb. 3 dargestellt. Zunächst lässt sich feststellen, dass der ermittelte eindimensionale politische Raum sehr plausibel erscheint, vor allem wenn man bedenkt, dass in die Berechnung dieses Modells praktisch keine Vorkenntnisse eingeflossen sind. PDS/Linke und Grüne sind stets links der Mitte zu sehen, und die bürgerlichen Parteien (und die AfD) rechts davon. Die Bewegung der SPD in die „Neue Mitte“ (1998 und 2002 mit mehr als 90 %iger Wahrscheinlichkeit rechts des Mittelwerts/der Null) und zurück ist klar auszumachen. Die FDP steht im eindimensionalen Raum fast immer zur Linken der Unionsparteien, nur nicht 1990, als CDU (im Datensatz) und CSU getrennte Wahlprogramme veröffentlichten. Die Konfidenzintervalle von FDP und Union überlappen aber (mit Ausnahme von 1998) deutlich bis stark. Interessant zu sehen ist auch, dass sich die Parteien – insbesondere Union und SPD – häufig in die gleiche Richtung bewegen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Parteien in ihren Programmen ähnlich auf kontextuelle Veränderungen oder Verschiebungen der Wählerpositionen (Bräuninger und Debus 2012, S. 187–201) reagieren.

Vergleicht man die Abb. 1 und 3, so fällt auf, dass es auf der IRT-basierten Dimension viel seltener zum Positionstausch („Leapfrogging“) der Parteien kommt. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass in den *Rile*-Index relativ wenige und gleich gewichtete Kategorien eingehen, was schnell zu Ausreißern führen kann. Neben dem im vorhergehenden Absatz erwähnten Fall kreuzen sich auf Abb. 3 nur die Bewegungen von PDS und Grünen in den frühen 1990ern. Das Modell zeigt aber gleichzeitig auch, dass beträchtliche Unsicherheit besteht, ob die Grünen 1994 links von der PDS lagen. Die Tatsache, dass der IRT-Ansatz „automatisch“ ein modellbasiertes Unsicherheitsmaß zur Verfügung stellt, ist für den Anwender ein klarer Vorteil.

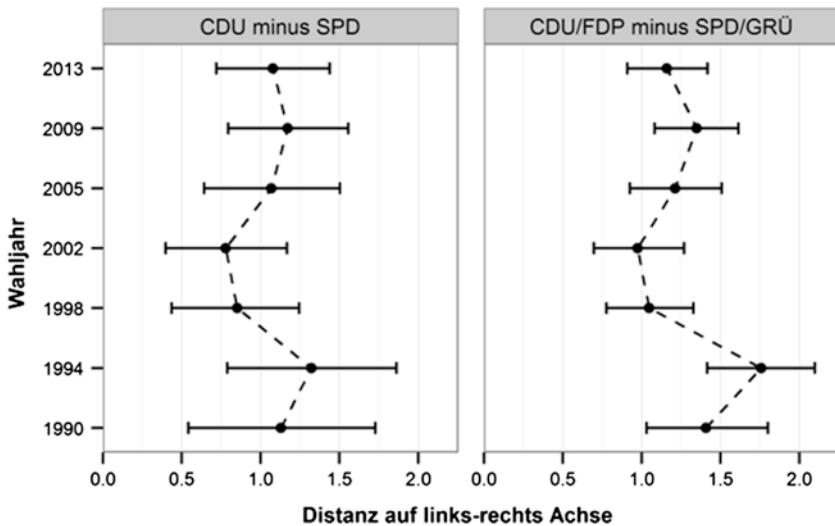


**Abb. 3** Parteipositionen auf Basis des eindimensionalen IRT-Modells. *A posteriori*-Mittelwert und 90 % bayesianisches Konfidenzintervall (basierend auf 1000 Iterationen). Zum Farbschlüssel siehe Anmerkung zu Abb. 1

Exemplarisch möchte ich die Ergebnisse für die jüngsten Wahlen interpretieren. Zunächst zeigt sich, dass die Parteipositionen offensichtlich zwischen 2009 und 2013 annähernd gleich geblieben sind. Die Union hat sich zwischen diesen

zwei Wahlen nur minimal zur Mitte hin bewegt, eine größere Veränderung hatte es jedoch zwischen 2005 und 2009 gegeben. Auf Basis der Wahl-O-Mat-Daten haben Wagschal und König (2015) eine Linksbewegung der Grünen zur Wahl 2013 festgestellt (siehe auch Schoofs und Treibel 2015, S. 68–69); eine solche zeigt das eindimensionale IRT-Modell auf Basis der CMP/MARPOR-Daten jedoch nicht. Dies könnte unter anderem daran liegen, dass sich die Datenquellen (Inhalt des gesamten Wahlprogramms im Vergleich zu bestimmten Issues im Wahl-O-Mat) unterscheiden. Die AfD wird vom Modell im rechten Spektrum, etwas links von der FDP platziert. Das Konfidenzintervall verdeutlicht aber auch, welch große Unsicherheit die AfD-Position charakterisiert. Diese rührt vor allem von der Kürze des Wahlprogramms her (nur 73 Quasi-Sätze), aber auch von einem Mix aus linken und rechten Issue-Kategorien.

Der Frage nach der Konvergenz im eindimensionalen Raum widmet sich Abb. 4. Die Grafik zeigt die Distanz der beiden Volksparteien (linke Hälfte) sowie des schwarz-gelben und rot-grünen Lagers (rechte Hälfte). Diese zwei Zwei-Parteien-Kombinationen wurden hier gewählt, da sie im analysierten Zeitraum die angestrebten Regierungskoalitionen bildeten. Die Position eines Lagers berechne ich hier als den ungewichteten Mittelwert der zwei Parteipositionen. Die ermittelten



**Abb. 4** Distanzen der Volksparteien und Lager auf der Links-rechts-Achse. *A posteriori*-Mittelwert und 90 % bayesianisches Konfidenzintervall (basierend auf 1000 Iterationen)

Werte für die Lager können daher als Ergebnisse bei einem sehr starken Einfluss der kleineren Partei angesehen werden. Bei einer Regierungsbildung würde die Distanz der zwei Parteienkombinationen wohl irgendwo zwischen der Distanz der Volksparteien (linke Hälfte) und der ungewichteten Lösung (rechte Hälfte liegen).

Weder die Volksparteien noch die zwei Lager kamen bei irgendeiner Wahl im Zeitraum von 1990 bis 2013 einer Ununterscheidbarkeit nahe. Des Weiteren kann man sehen, dass die Parteien und Lager sich nicht etwa in den jüngsten Wahlen am stärksten angenähert haben. Das größte Ausmaß an Konvergenz zeigt sich hingegen 1998 und 2002, nachdem SPD und Grüne deutlich in die Mitte gerückt waren. Zwischen 2009 und 2013 gab es eine kleine Annäherung, aber nur in einem Ausmaß, welches das Auseinanderrücken zwischen 2005 und 2009 wieder ausgeglichen hat. Allerdings ist, insbesondere beim Vergleich der Volksparteien, auch zu beachten, dass die Unsicherheit bei den Distanzmaßen beträchtlich ist.

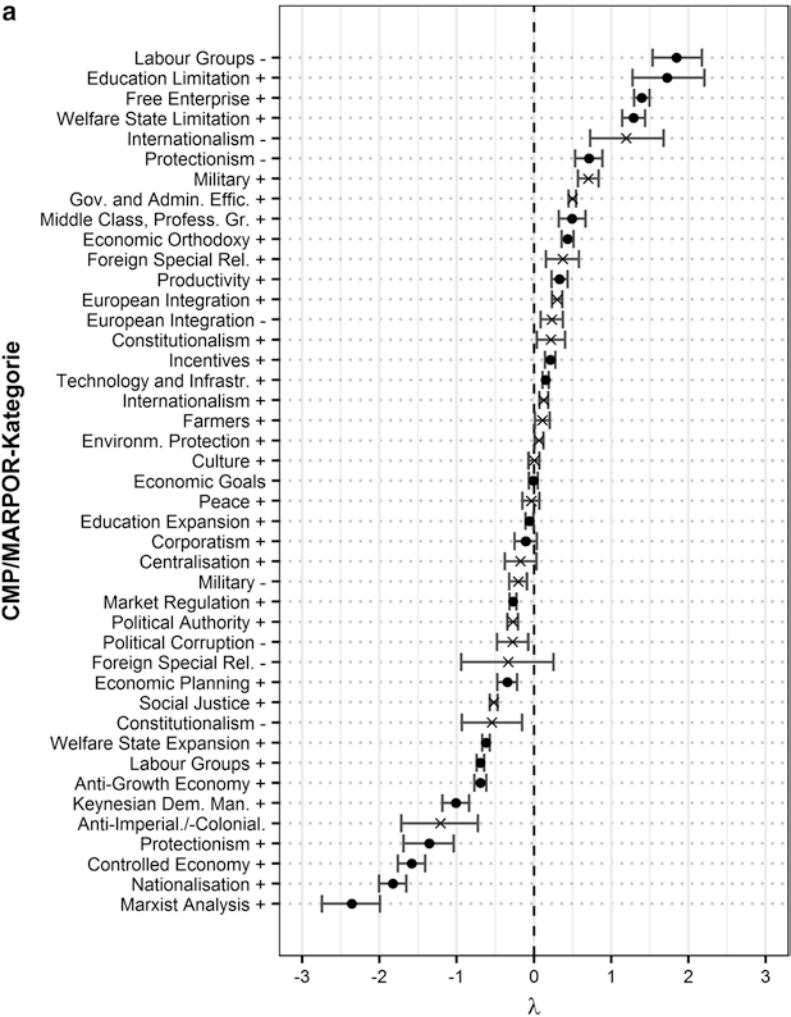
## 5.2 Ergebnisse des zweidimensionalen Modells

Die Abb. 5a und 5b fassen die Ergebnisse für die Diskriminanzparameter des zweidimensionalen Modells zusammen. Wie bereits erwähnt, werden Issue-Kategorien, die *a priori* nicht für rein wirtschaftspolitisch oder rein gesellschaftspolitisch gehalten werden, mit beiden Dimensionen assoziiert.<sup>10</sup> Welche Themen dies betrifft, ist aus der Grafik ersichtlich.<sup>11</sup> Diese Vorgehensweise wirkt sich auch auf die Interpretation der zwei Achsen aus. Es handelt sich streng genommen nicht um eine rein wirtschaftspolitische und eine rein gesellschaftspolitische Dimension, sondern um zwei „Super-Issues“, von denen einer stark wirtschaftspolitisch und der andere stark gesellschaftspolitisch geprägt ist. Der Einfachheit und Anschaulichkeit halber verwende ich diese Begriffe im Folgenden aber trotzdem.

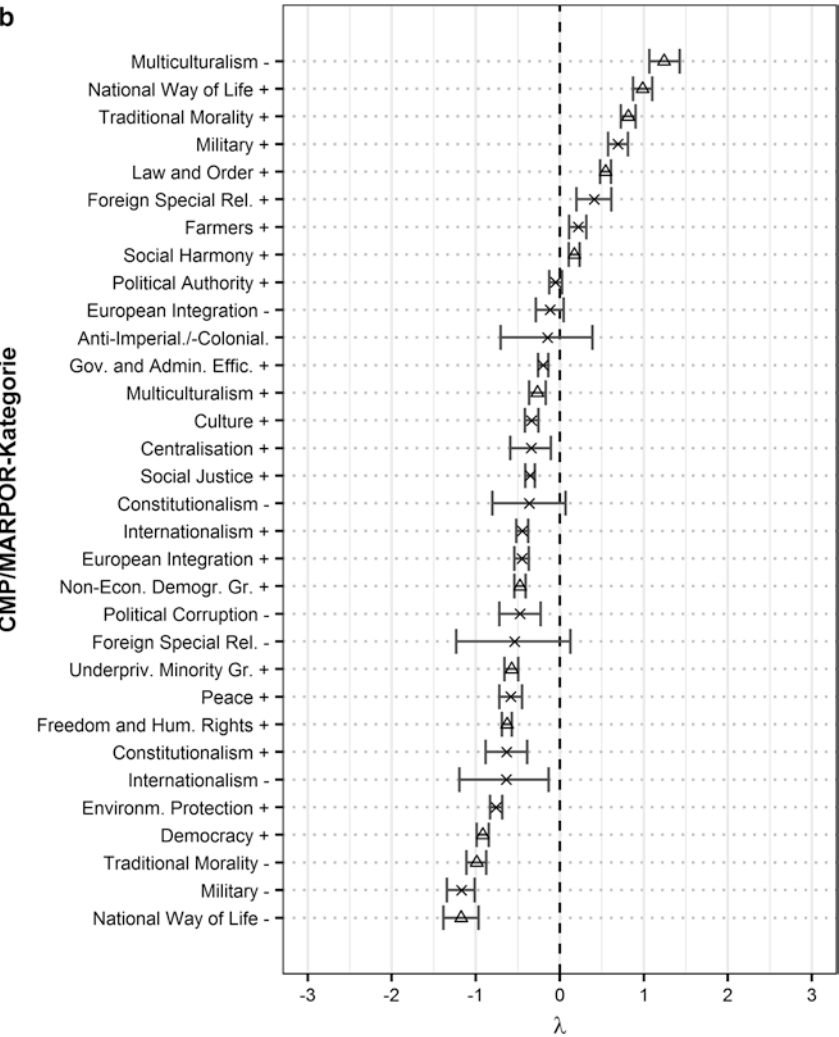
---

<sup>10</sup>Zur statistischen Identifikation, d. h. um eine eindeutige Lösung zu erhalten, ist es notwendig, auch mindestens eine Referenzkategorie zu wählen, für die der Diskriminanzparameter auf beiden Dimensionen null ist. Hierfür wird *Decentralisation* + gewählt, da diese Kategorie in Deutschland weder wirtschaftspolitisch noch gesellschaftspolitisch stark zur Unterscheidung der Parteiprogramme beitragen dürfte und empirisch im eindimensionalen Modell kaum zur Links-rechts-Achse beiträgt.

<sup>11</sup>Als Robustheitscheck wurde auch ein Modell berechnet, bei dem *Constitutionalism* + und *Constitutionalism* – nur zur gesellschaftspolitischen statt zu beiden Dimensionen beitragen und *Anti-Growth Economy* mit beiden statt nur mit der wirtschaftspolitischen Achse assoziiert ist (über die Zuordnung dieser Kategorien würde man vermutlich am ehesten diskutieren). Sowohl die Positionen als auch die in beiden Modellen freien Diskriminanzparameter korrelieren mit  $r > ,99$  über die zwei Spezifikationen hinweg.



**Abb. 5** **a** Diskriminanzparameter für erste Dimension des 2-D-IRT-Modells, **b** Diskriminanzparameter für zweite Dimension des 2-D-IRT-Modells. *A posteriori*-Mittelwert und 90 % bayesianisches Konfidenzintervall (basierend auf 1000 Iterationen). Zum Symbol-schlüssel siehe Anmerkung zu Abb. 2



**Abb. 5** (Fortsetzung)



Wie zuvor repräsentieren höhere Werte eher rechts stehende und geringere Werte eher links orientierte Kategorien.<sup>12</sup>

Auf der wirtschaftspolitischen Dimension (Abb. 5a) treten die Kategorien *Labour Groups* – und *Education Limitation* + als am stärksten rechte Issues hervor, die im eindimensionalen Modell noch den Spitzenplatz einnehmende *Welfare State Limitation* + rutscht auf den vierten Rang ab. Bei den stark linken rein wirtschaftspolitischen Issues dominieren weiterhin *Marxist Analysis* + und *Nationalisation* +. Auf der gesellschaftspolitischen Dimension (Abb. 5b) finden sich unter den rein gesellschaftspolitischen Themen *Multiculturalism* – und *National Way of Life* + weiterhin ganz oben. Am anderen Ende fällt im Vergleich zur eindimensionalen Lösung auf, dass *Traditional Morality* – jetzt den zweitniedrigsten Rang unter den „reinen“ Kategorien besetzt.

Besonders interessant am zweidimensionalen Modell sind aber die Beiträge der doppelt assoziierten Themen. Dabei ist festzustellen, dass sich außenpolitische Kontroversen deutlich auf beide Dimensionen niederschlagen. Positive Aussagen zum Militär (*Military* +) können wirtschafts- oder gesellschaftspolitische Standpunkte widerspiegeln, während negative stärker mit gesellschaftspolitisch als mit wirtschaftspolitisch linken Positionen in Verbindung stehen. Eine stark unterschiedliche Wirkung auf die beiden Dimensionen entfaltet die Issue-Kategorie *Internationalism* –. Sie ist einerseits die am stärksten rechte der ambivalenten Kategorien auf der ersten Dimension, andererseits aber mit recht hoher Wahrscheinlichkeit gesellschaftspolitisch auf der linken Seite zu finden. Es gibt scheinbar zwei Arten von Aussagen in dieser Kategorie, wobei die auf die zweite Dimension bezogenen USA-kritischer oder pazifistischer Natur sein könnten. Auch die *Constitutionalism*-Kategorien zeigen überraschende Unterschiede zwischen den Dimensionen. Positive Statements zu dem Thema stehen für wirtschaftspolitisch rechte, aber gesellschaftspolitisch linke Positionen.

Überraschen dürfte, dass umweltpolitische Aussagen stark vom gesellschaftspolitischen Standpunkt einer Partei abhängen. In dieser Hinsicht widmen linke Parteien dem Thema mehr Aufmerksamkeit. Auf der wirtschaftspolitischen Dimension hingegen ist das Thema zumindest kein linkes. Der *a posteriori* Mittelwert findet sich sogar rechts des Nullpunktes (der durch die ausgeschlossenen Kategorien definiert ist), wobei diesen das bayesianische Konfidenzintervall aber leicht bedeckt. Wie stark sich Wahlprogramme mit Umweltpolitik beschäftigen, hängt also weniger stark

---

<sup>12</sup>Ein Unterschied in der Interpretation zum eindimensionalen Modell besteht darin, dass der Wert von 0 nun durch die Kategorien festgelegt wird, die nicht zu der jeweiligen Dimension beitragen.

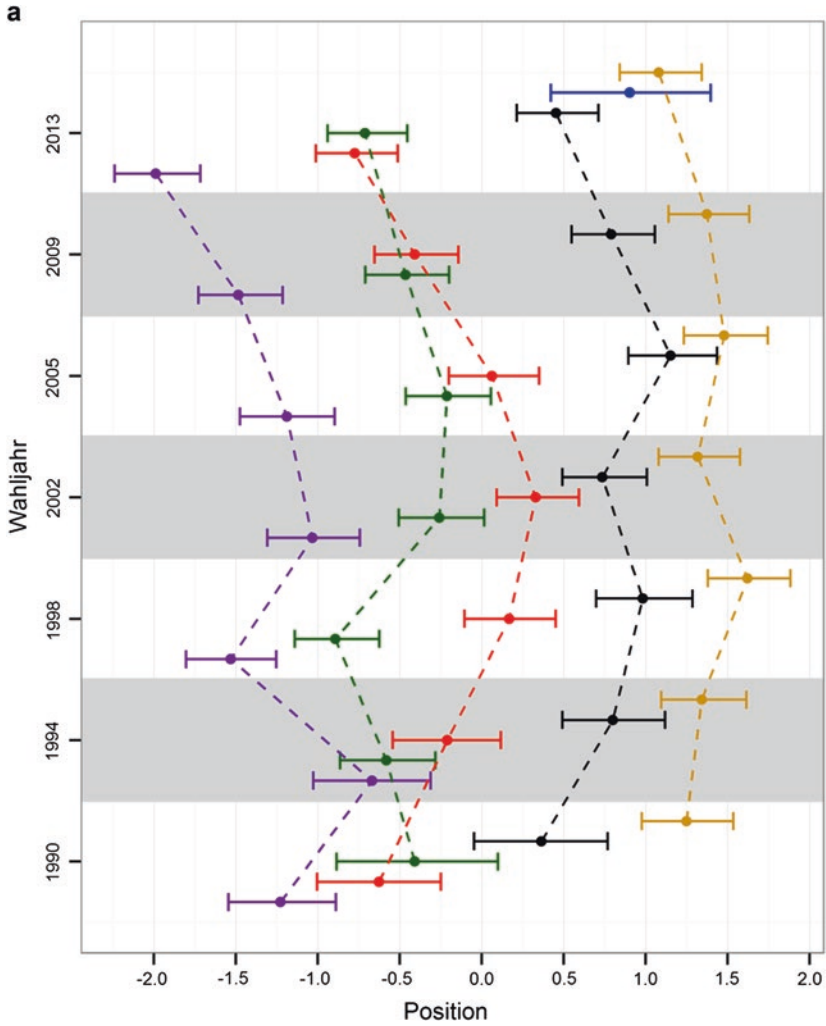
von wirtschaftspolitischen Standpunkten ab als erwartet. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass für die Bevölkerung in den 2000er Jahren das Gegenteil zutraf (Dolezal und Hutter 2012, S. 70): Umweltpolitische Ansichten der Bürger waren wirtschaftspolitisch motiviert.

Die europäische Integration wird von wirtschaftspolitisch rechten Parteien sowohl befürwortet als auch kritisiert, wobei der erste Effekt etwas deutlicher ist. Positive Aussagen in diesem Politikbereich sind außerdem klar mit gesellschaftspolitisch linken Positionen assoziiert. Weniger sicher ist dagegen, ob auf der gesellschaftspolitischen Dimension links angesiedelte Parteien sich auch häufiger europakritisch äußern. Die Ergebnisse für die wirtschaftspolitische Dimension sind etwas unerwartet, da die europäische Integration oft aus einer wirtschaftspolitisch linken Motivation heraus kritisiert wird (Hooghe et al. 2002). Interessant ist auch zu sehen, dass im analysierten Zeitraum gesellschaftspolitisch rechts verortete Parteien in den Wahlprogrammen nicht explizite Europakritik betreiben. Positive Äußerungen zu Europa sind hingegen wie erwartet von gesellschaftspolitisch linken Parteien zu lesen.

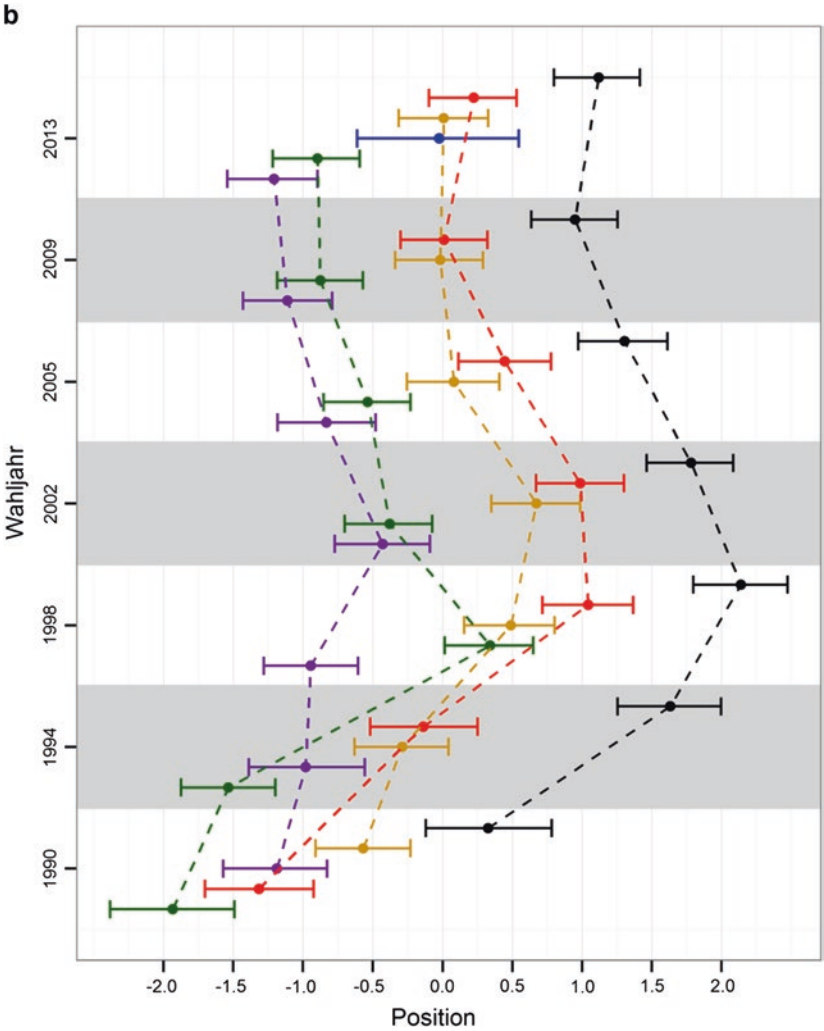
Wie aus den Abb. 6a und 6b ersichtlich, liefert auch das zweidimensionale Modell Ergebnisse mit hoher Plausibilität. Auf der wirtschaftspolitischen Dimension nimmt wie erwartet die PDS/Linke stets die Position ganz links und die FDP diejenige ganz rechts ein. Die Union ist links der FDP zu finden. SPD und Grüne liegen nach dem Ausflug der SPD in die „Neue Mitte“ mittlerweile wieder sehr nahe beieinander. Das Modell platziert CDU/CSU in der Gesellschaftspolitik erwartungsgemäß rechts. Interessant ist dabei, dass die Distanz zu den anderen Parteien stets recht deutlich ausfällt. Insgesamt gibt es auf der gesellschaftspolitischen Dimension relativ viel Bewegung; dies könnte aber auch daran liegen, dass sie mit einer geringeren Zahl an Issues assoziiert ist. Es ist auch zu erkennen, dass die Positionierung der SPD in der „Neuen Mitte“ beileibe nicht nur ökonomischer Natur war. Die Grünen waren 1990 und 1994 auf der gesellschaftspolitischen Dimension links der PDS zu finden, aber seit 1998 stets rechts.<sup>13</sup> Das zweidimensionale Modell zeigt auch auf, dass sich die Volksparteien auf der gesellschaftspolitischen Achse stets parallel bewegt haben, während dies in der Wirtschaftspolitik nicht der Fall war.

---

<sup>13</sup>Der spektakuläre Sprung der Grünen in die Mitte dürfte sich vor allem dadurch erklären, dass das Parteiprogramm 1998 im Vergleich zu 1994 deutlich weniger Bezüge zu den Kategorien *Military* – (von 3.8 % auf 0.5 %) und zu *Environmental Protection* + (von 18.9 % auf 6.9 %) aufweist. Codierte wurde die auf dem Magdeburger Parteitag beschlossene Version des Programms, welche auch den berühmt-berüchtigten 5-DM-Benzinpreis vorsah. Später wurde ein weiteres Kurzprogramm beschlossen (Arzheimer und Klein 1999, S. 24–28).



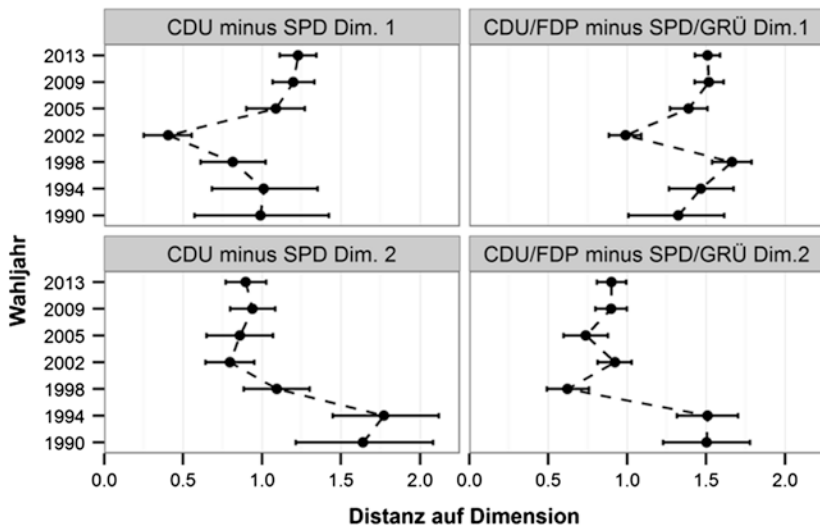
**Abb. 6** **a** Parteipositionen für die wirtschaftspolitische Dimension des 2-D-IRT-Modells, **b** Parteipositionen für die gesellschaftspolitische Dimension des 2-D-IRT-Modells. *A posteriori*-Mittelwert und 90 % bayesianisches Konfidenzintervall (basierend auf 1000 Iterationen). Zum Farbschlüssel siehe Anmerkung zu Abb. 1



**Abb. 6** (Fortsetzung)

Was die jüngsten Entwicklungen anbelangt, so ist ein allgemeiner Linkstrend in der Wirtschaftspolitik sowohl 2009 als auch 2013 zu beobachten. Die Union hat sich auf der dieser Dimension nach 2005 zweimal deutlich hin zur Mitte bewegt. Allerdings ist dabei auch zu beachten, dass es zwischen 2002 und 2005 einen recht deutlichen Rechtsruck gegeben hatte. Im Langfristvergleich standen CDU/CSU wirtschaftspolitisch 2013 ungefähr dort, wo die CDU 1990 zu finden gewesen war. Auf der gesellschaftspolitischen Achse gab es 2009 eine gewisse Linksbewegung aller Parteien, aber 2013 keinen einheitlichen Trend. Eine Neuerung bei der Wahl 2013 war auch der erstmalige Antritt der AfD. Für den Newcomer ergeben sich unterschiedliche Positionen je nach Konfliktlinie. Wirtschaftspolitisch verortet das Modell die AfD zwischen Union und FDP, auf gesellschaftspolitisch findet sie sich auf Basis des damaligen Wahlprogramms etwas überraschend in der Mitte wieder. Das große Konfidenzintervall zeigt jedoch auch an, dass diese Platzierung mit sehr großer Unsicherheit behaftet ist.

Abb. 7 illustriert in Analogie zu Abb. 4 die Distanz der Volksparteien (linke Seite) und Lager (rechte Seite) auf der wirtschaftspolitischen (oben) und gesellschaftspolitischen (unten) Dimension. Ein Mehrwert des zweidimensionalen Modells ist unmittelbar erkennbar, da zum einen die Unsicherheit in der Beurteilung



**Abb. 7** Distanzen der Volksparteien und Lager auf zwei Dimensionen. *A posteriori*-Mittelwert und 90 % bayesianisches Konfidenzintervall (basierend auf 1000 Iterationen)

der Parteidifferenzen abnimmt und zum anderen sich die Schlussfolgerungen für die zwei Achsen unterscheiden. Im Bereich der Wirtschaftspolitik kamen sich die Volksparteien und Lager nie so nahe wie 2002. SPD und Union waren von der Ununterscheidbarkeit nicht mehr weit entfernt (das Konfidenzintervall bedeckt den Nullpunkt jedoch nicht). Die dann im Jahr 2005 wiederhergestellte Distanz wurde 2009 und 2013 durch die parallele Linksbewegung aufrechterhalten und nicht reduziert.

Auf der gesellschaftspolitischen Achse legt das Modell ein etwas anderes Muster frei: Die Volksparteien haben sich 1998 und nochmals 2002 angenähert und sind seither mehr oder weniger bei dieser Distanz geblieben, da sie sich fast parallel auf der Achse bewegt haben. Ein Abstand ist nach wie vor gegeben. Das schwarz-gelbe und rot-grüne Lager sind sich bei Gleichgewichtung der Parteien 1998 und 2005 am nächsten gekommen, die Distanzen von 2009 und 2013 entsprechen ungefähr derjenigen von 2002. Insgesamt zeigt Abb. 7 also klar, dass von einer weiteren oder gar dramatischen Konvergenz zu den Wahlen 2009 und 2013 nicht die Rede sein kann.

---

## 6 Schlussfolgerungen

Der vorliegende Beitrag hat sich für eine inhaltsinduktive Ermittlung einer allgemeinen Links-rechts-Dimension unter Einbezug aller Kategorien der CMP/MAR-POR-Daten ausgesprochen. Inhaltsdeduktive Ansätze sind problematisch, da die Substanz der Links-rechts-Achse vom Kontext abhängt, nicht einfach theoretisch abzuleiten ist und eine theoretische Begründung der Kategoriengewichtung ohnehin kaum realisiert werden kann. Die mithilfe eines IRT-Modells für Zähldaten (Benoit und Däubler 2017) gewonnenen Positionen für die deutschen Parteien von 1990 bis 2013 sind plausibler als diejenigen auf Basis des *Rile*-Indexes. Das IRT-Modell konnte zudem zeigen, warum: *Rile* verschenkt wertvolle Informationen durch die Beschränkung auf einen Teil der Kategorien, und deren Gleichgewichtung ist nicht angebracht.<sup>14</sup> Ein weiterer großer Vorteil des IRT-Ansatzes ist die unmittelbare Quantifizierung der Unsicherheit sämtlicher Modellparameter als Nebenprodukt der bayesianischen Simulation. Des Weiteren lässt sich das

---

<sup>14</sup>Das IRT-Modell kann prinzipiell natürlich auch auf eine theoretisch begründete Teilauswahl von Kategorien angewandt werden. Allerdings sollte man das Produkt dann nicht als einen allgemeinen Links-rechts-Index interpretieren. Ein solches Vorgehen würde sich zum Beispiel zur Generierung einer *rein* wirtschaftspolitischen Dimension anbieten.

Modell auf zwei Dimensionen erweitern, wobei theoretisch nicht klar zuordenbare Kategorien mit beiden Dimensionen verbunden werden können.

Abgesehen von der Ermittlung valider Parteipositionen bietet das IRT-Modell einen weiteren Vorteil. Es erlaubt Rückschlüsse und Analysen über den substantiellen Gehalt der Hauptkonfliktlinie(n). So wurde in diesem Aufsatz gezeigt, dass die Links-rechts-Dimension im wiedervereinigten Deutschland neben wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen auch von außenpolitischen Kontroversen, etwa zu Militäreinsätzen, geprägt wird. Umweltschutz ist zwischen 1990 und 2013 mit einer linken Position assoziiert, während Aussagen zur Europapolitik keine klare Verbindung mit der Links-rechts-Achse aufweisen. Das zweidimensionale Modell bringt zu Tage, dass die Beschäftigung mit Umweltschutz bei den Parteien gesellschaftspolitisch und nicht wirtschaftspolitisch motiviert ist. Unterstützung der europäischen Integration wird von gesellschaftspolitisch linken und von wirtschaftspolitisch rechten Parteien geäußert, letztere neigen aber auch zu Kritik an der EU.

Für eine klare Konvergenz der Volksparteien bzw. des schwarz-gelben und rot-grünen Lagers zu den Wahlen 2009 und 2013 gibt es keine Anzeichen. Beim eindimensionalen Modell sind die Veränderungen gering. Die zweidimensionale Analyse hat gezeigt, dass die Differenzen in der Wirtschaftspolitik nach der größten Annäherung im Jahr 2002 wieder deutlicher und seit 2005 annähernd stabil sind. Auf der primär gesellschaftspolitischen zweiten Dimension ist der Abstand zwischen Union und SPD nach einer Verringerung Ende der 1990er Jahre seit 2002 beinahe gleich geblieben.

Der vorliegende Beitrag bestätigt damit ähnliche Ergebnisse, die ebenfalls auf der Analyse von Wahlprogrammen (Merz und Regel 2013; Bender et al. 2015) beruhen. Worin liegt die Diskrepanz zwischen den Untersuchungsergebnissen und der weitverbreiteten Meinung, die Politikangebote der Parteien würden sich kaum unterscheiden, dann begründet? Die in diesem Aufsatz vorgestellten Analysen basieren – wie viele andere Studien – auf der Idee, dass Unterschiede in der relativen Häufigkeit der CMP/MARPOR-Issue-Kategorien in den Wahlprogrammen der Parteien Rückschlüsse auf deren Positionen ermöglichen. Dies ist zwar eine andere Logik als die direkte Übereinstimmung von Parteien bei spezifischen Sachfragen, was die Abweichung erklären könnte. Allerdings ziehen Wagschal und König (2015) auf Basis der „Wahl-O-Mat“-Daten ähnliche Schlussfolgerungen. Eine alternative Erklärung der Diskrepanz besteht daher darin, dass der Eindruck von Konvergenz stark durch einzelne policies, etwa besonders sichtbare Gesetzgebungsprojekte der vergangenen Legislaturperiode oder einige wenige im Wahlkampf betonte Projekte (wie die Mietpreisbremse) vermittelt wird. Dies würde zu einer selektiven und letzten Endes verzerrten Wahrnehmung führen, ein

Problem, das die Analyse auf Basis der kompletten Programme vermeidet. Die Frage, welche Erklärung angemessener ist, können aber nur zukünftige Studien beantworten.

---

## Literatur

- Adams, James, Michael Clark, Lawrence Ezrow, und Garrett Glasgow. 2004. Understanding change and stability in party ideologies: Do parties respond to public opinion or to past election results? *British Journal of Political Science* 34:589–610.
- Albright, Jeremy J. 2008. Bayesian estimates of party left-right scores. Unpublished paper, Indiana University. <https://polmeth.wustl.edu/files/polmeth/polmeth.pdf>. Zugegriffen: 02. März 2017.
- Arzheimer, Kai, und Markus Klein. 1999. Die Grünen und der Benzinpreis. Die Wählerschaft von BÜNDNIS 90/Die Grünen im Vorfeld der Bundestagswahl 1998. *ZA-Information* 45:20–43.
- Bannas, Günter. 2013. Mit den Ideen der anderen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. Juni (No. 131).
- Bauer-Kaase, Petra. 2001. Politische Ideologie im Wandel Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase, 207–243. Opladen: VS.
- Beitzer, Hannah. 2011. „Grundeinkommen ist nicht links, sondern notwendig“. <http://www.sueddeutsche.de/politik/parteitag-der-piraten-in-offenbach-mehrheit-fuer-das-grundeinkommen-1.1225654>. Zugegriffen: 02. März 2017.
- Bender, Steffen, Matthias Bianchi, Karina Hohl, Andreas Jüschke, Jan Schoofs, und Susanne Steitz. 2015. Die ideologisch-programmatischen Positionen der Parteien bei der Bundestagswahl 2013: Eine Analyse mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI). In *Die Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 165–184. Wiesbaden: Springer.
- Benoit, Kenneth, und Thomas Däubler. 2017. Estimating Better Left-Right Positions Through Statistical Scaling of Manual Content Analysis. Revised version of paper presented at the Mapping Policy Preferences from Texts Conference, Berlin, May 15–16 2014. [http://www.kenbenoit.net/pdfs/text\\_in\\_context\\_2017.pdf](http://www.kenbenoit.net/pdfs/text_in_context_2017.pdf). Zugegriffen: 02. März 2017.
- Benoit, Kenneth, und Michael Laver. 2006. *Party policy in modern democracies*. London: Routledge.
- Benoit, Kenneth, und Michael Laver. 2012. The dimensionality of political space: Epistemological and methodological considerations. *European Union Politics* 13:194–218.
- Benoit, Kenneth, Michael Laver, und Slava Mikhaylov. 2009. Treating words as data with error: Uncertainty in text statements of policy positions. *American Journal of Political Science* 53:495–513.
- Binder, Tanja, und Andreas M. Wüst. 2004. Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979–1999. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 17:38–45.
- Bobbio, Norberto. 1996. *Left and right: The significance of a political distinction*. Oxford: Polity.
- Bock, R. Darrell. 1972. Estimating item parameters and latent ability when responses are scored in two or more nominal categories. *Psychometrika* 37:29–51.



- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus. 2012. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Opladen: VS.
- Budge, Ian, und Dennis Farlie. 1983. *Explaining and predicting elections: Issue effects and party strategies in twenty-three democracies*. London: George Allan & Unwin.
- Budge, Ian, und Thomas Meyer. 2013. Understanding and validating the left-right scale (RILE). In *Mapping policy preferences from texts III. Statistical solutions for manifesto analysts*, Hrsg. Andrea Volkens, Bara Judith, Budge Ian, D. McDonald Michael, und Hans-Dieter Klingemann, 85–106. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara, und Eric Tanenbaum. 2001. *Mapping policy preferences – Estimates for parties, electors and governments 1945–1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Carmines, Edward G., und James A. Stimson. 1986. On the structure and sequence of issue evolution. *American Political Science Review* 80:901–920.
- Dalton, Russell J. 2009. Economics, environmentalism and party alignments: A note on partisan change in advanced industrial democracies. *European Journal of Political Research* 48:161–175.
- Dolezal, Martin. 2008. Germany: The dog that didn't bark. In *West European politics in the age of globalization*, Hrsg. Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieer, und Timotheos Frey, 208–233. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dolezal, Martin, und Swen Hutter. 2012. Participation and party choice: Comparing the demand side of the new cleavage across arenas. In *Political conflict in Western Europe*, Hrsg. Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Martin Dolezal, Marc Helbling, Dominic Höglinger, Swen Hutter, und Bruno Wüest, 67–95. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dow, James K. 2001. A comparative spatial analysis of majoritarian and proportional elections. *Electoral Studies* 20:109–125.
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper and Row.
- Elff, Martin. 2013. A dynamic state-space model of coded political texts. *Political Analysis* 21:217–232.
- Franzmann, Simon T. 2015. Towards a real comparison of left-right indices: A comment on Jahn. *Party Politics* 21:821–828.
- Franzmann, Simon, und André Kaiser. 2006. Locating political parties in policy space: A reanalysis of party manifesto data. *Party Politics* 12:163–188.
- Fuchs, Dieter, und Hans-Dieter Klingemann. 1990. The left-right schema. In *Continuities in political action: A longitudinal study of political orientations in three Western democracies*, Hrsg. M. Kent Jennings und Jan W. van Deth, 203–234. Berlin: De Gruyter.
- Gabel, Matthew J., und John D. Huber. 2000. Putting parties in their place: Inferring party left-right ideological positions from party manifestos data. *American Journal of Political Science* 44:94–103.
- Gemenis, Kostas. 2013. What to do (and not to do) with the Comparative Manifestos Project. *Political Studies* 61:23–43.
- Hooghe, Liesbet, Gary Marks, und Carole J. Wilson. 2002. Does left/right structure party positions on European integration? *Comparative Political Studies* 35:965–989.
- Inglehart, Ronald, und Hans-Dieter Klingemann. 1976. Party identification, ideological preference and the left-right dimension among Western mass publics. In *Party identification and beyond: Representations of voting and party competition*, Hrsg. Ian Budge, Ivor Crewe, und Dennis Farlie, 243–273. London: Wiley.

- Jacobsen, Lenz. 2014. Alle dumm, außer uns. ZEIT online. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-03/afd-parteitag-lucke-parteiprogramm>. Zugegriffen: 02. März 2017.
- Jahn, Detlef. 2011. Conceptualizing left and right in comparative politics: Towards a deductive approach. *Party Politics* 17:745–765.
- Jahn, Detlef. 2014. What is left and right in comparative politics? A response to Simon Franzmann. *Party Politics* 20:29–301.
- Jung, Matthias, Yvonne Schroth, und Andrea Wolf. 2009. Regierungswechsel ohne Wechselstimmung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51:12–19.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1979. Measuring ideological conceptualizations. In *Political action. Mass participation in five Western democracies*, Hrsg. Samuel H. Barnes und Max Kaase, 215–254. Beverly Hills: Sage.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1987. Electoral programmes in West Germany 1949–1980: Explorations in the nature of political controversy. In *Ideology, strategy and party change: Spatial analysis of post-war election programmes in 19 democracies*, Hrsg. Ian Budge, David Robertson, und Derek Hearl, 294–323. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1995. Party positions and voter orientations. In *Citizens and the state*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs, 183–206. Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, und Ian Budge. 2006. *Mapping policy preferences II. Estimates for parties, electors and governments in Central and Eastern Europe, European Union and OECD 1990–2003*. Oxford: Oxford University Press.
- König, Thomas, Moritz Marbach, und Moritz Osnabrügge. 2013. Estimating party positions across countries and time—A dynamic latent variable model for manifesto data. *Political Analysis* 21 (4): 468–491.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschie, und Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laver, Michael, und Ian Budge. 1992. Measuring policy distances and modelling coalition formation. In *Party policy and government coalitions*, Hrsg. Michael Laver und Ian Budge, 15–40. Houndmills: Macmillan.
- Laver, Michael, und John Garry. 2000. Estimating policy positions from political texts. *American Journal of Political Science* 44:619–634.
- Linhart, Eric, und Susumu Shikano. 2009. Ideological signals of German parties in a multi-dimensional space: An estimation of party preferences using the CMP data. *German Politics* 18 (3): 301–322.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage structures, party systems, and voter alignments. In *Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives*, Hrsg. Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, 1–67. New York: Free Press.
- Mende, Silke. 2011. *Nicht rechts, nicht links, sondern vorn. Eine Geschichte der Gründungsgrünen*. München: Oldenbourg.
- Merz, Nicolas, und Sven Regel. 2013. Die Programmatik der Parteien. In *Handbuch Parteienforschung*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 211–238. Wiesbaden: Springer.
- Niedermayer, Oskar. 2011. Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009. In *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 7–35. Berlin: Springer.

- Pappi, Franz U. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift* 14:191–213.
- Pappi, Franz U., und Susumu Shikano. 2004. *Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980–2002*. MZES Working Paper No. 76. Mannheim: MZES.
- Piurko, Yuval, Shalom H. Schwartz, und Eldad Davidov. 2011. Basic personal values and the meaning of left-right political orientations in 20 countries. *Political Psychology* 32:537–561.
- Raschke, Joachim. 1998. Die Erfindung von Links/Rechts als politisches Richtungsschema. In *Bürgersinn und Kritik. Festschrift für Udo Bernbach zum 60. Geburtstag*, Hrsg. Michael Greven, Herfried Münkler, und Rainer Schmalz-Bruns, 185–206. Baden-Baden: Nomos.
- Reckase, Mark D. 1997. The past and future of multidimensional item response theory. *Applied Psychological Measurement* 21:25–36.
- Riker, William H. 1986. *The art of political manipulation*. Yale: Yale University Press.
- Rohrschneider, Robert. 1993. New party versus old left realignments: Environmental attitudes, party policies, and partisan affiliations in four West European countries. *The Journal of Politics* 55 (3): 682–701.
- Schattschneider, Elmer E. 1960. *The semi-sovereign people. A realist view of democracy in America*. New York: Rinehart & Winston.
- Schmidt, Manfred G. 2014. The policy of strategic demobilisation: The social policy of the Christian Democratic-Liberal Coalition 2009–2013. *German Politics* 23:353–370.
- Schoofs, Jan, und Jan Treibel. 2015. Depolarisierung und Multioptionalität? Wettbewerbsstrategien der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013 im Vergleich. In *Bilanz der Bundestagswahl*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 57–74. Wiesbaden: Springer.
- Slapin, John B., und Sven-Oliver Proksch. 2008. A scaling model for estimating time-series party positions from texts. *American Journal of Political Science* 52:705–722.
- Tavits, Margit, und Natalia Letki. 2009. When left is right: Party ideology and policy in post-communist Europe. *American Political Science Review* 103:555–569.
- Tosun, Jale, und Marc Debus. 2008. Parteien, Regierungen und Europäische Integration: Welche Faktoren bestimmen die europapolitischen Positionen nationaler politischer Akteure? *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37:315–335.
- Volkens, Andrea. 1996. Parteiprogramme und Polarisierung. In *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 215–236. Opladen: VS.
- Volkens, Andrea, Pola Lehmann, Nicolas Merz, Sven Regel, und Annika Werner. 2014. The manifesto data collection. Manifesto project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2014b. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Wagschal, Uwe, und Pascal König. 2015. Die Links-rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013: Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat. In *Die Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 185–210. Wiesbaden: Springer.
- Welzer, Harald. 2013. Das Ende des kleineren Übels. Warum ich nicht mehr wähle. *Der Spiegel*, 27. Mai (No. 22).

---

# Wie schädlich sind große Koalitionen? Zum Zusammenhang von Regierungs- Oppositionskonstellation und ideologischer Polarisierung

Johannes Schmitt und Simon T. Franzmann

---

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

„Große Koalitionen stärken die Ränder“ – so heißt es häufig an Wahlenden, wenn mögliche Koalitionsoptionen diskutiert werden<sup>2</sup>. Aktuell wird mit Blick auf die Erfolge der AfD und der daraus möglichen Perpetuierung der „großen Koalition“ diese Hypothese im medialen Diskurs wieder aufgegriffen<sup>3</sup> und Bezüge zu Auswirkungen der großen Koalition in Österreich hergestellt.<sup>4</sup> Vermutet wird, dass die immer wiederkehrende Koalition zwischen der ÖVP und SPÖ die ideologische Radikalisierung sowie Wählerstimmengewinne der FPÖ begünstigt haben. Auch in der Schweiz, wo sich seit Einführung der Zauberformel immer eine übergroße

---

<sup>1</sup>Wir bedanken uns herzlich bei Thomas Däubler, den Teilnehmern des Panels auf der DVPW Konferenz in Duisburg sowie den beiden anonymen Gutachtern für ihre guten und hilfreichen Hinweise. Der vorliegende Beitrag profitierte von der Förderung durch den Strategischen Forschungsfonds der Heinrich-Heine-Universität (Projekttitel: „Hohe Partizipation als Folge einer schwachen Opposition?“).

<sup>2</sup>Zum Beispiel bei „Die Welt“: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article121084067/Grosse-Koalitionen-staerken-radikale-Kraefte.html>. Zugegriffen: 11.09.2015.

<sup>3</sup>Zum Beispiel bei „Cicero“: <http://www.cicero.de/berliner-republik/union-und-spd-die-grosse-koalition-ist-der-brutkasten-des-radikalen/60289>. Zugegriffen: 13.01.2016.

<sup>4</sup>Zum Beispiel bei „Tagesspiegel“: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/oesterreich-schwarz-rote-tristesse/1336152.html>. Zugegriffen: 13.01.2016.

---

J. Schmitt (✉) · S.T. Franzmann  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Deutschland  
E-Mail: Johannes.Schmitt@hhu.de

S.T. Franzmann  
E-Mail: simon.franzmann@hhu.de

Koalition fast aller Parteien gebildet hat, wird eine mögliche Polarisierung in der Politikwissenschaft diskutiert (Bornschieer 2015, S. 696). Doch inwiefern ist diese Skepsis berechtigt? Die öffentliche Skepsis stützt sich dabei neben aktueller anekdotischer Evidenz auf systematische historische Beobachtungen. Der Zusammenbruch zahlreicher Demokratien in den 1920er und 1930er Jahren wird unter anderem auf die verfehlte Koalitionspolitik und ungünstige Wettbewerbskonstellationen zurückgeführt. Sartoris (1976) berühmte Parteiensystemtypologie mit dem Typ des „polarisierten Pluralismus“, der zur politischen Instabilität neigt und den Zusammenbruch einer Demokratie mutmaßlich begünstigt, bezieht sich ausdrücklich auf die Erfahrungen in Italien und in der Weimarer Republik. Sartori (1976, S. 133–135) hält Zentrumskoalitionen, konfrontiert mit einer rechten sowie linken Opposition, ursächlich für ein Erstarken ideologischer Randparteien.

Trotz der skizzierten, beigemessen Relevanz der Wettbewerbskonstellation im öffentlichen sowie wissenschaftlichen Diskurs, wird die Hypothese eines möglichen polarisierenden Effekts durch „große Koalitionen“ bzw. Zentrumskoalitionen in aktuellen Studien kaum aufgegriffen und ist auch noch nicht empirisch international-vergleichend überprüft worden. Wir stellen in diesem Beitrag die offene Frage nach dem kausalen Mechanismus hinter der diskutierten Annahmen und dessen empirische Relevanz: *Wie führen Zentrums- und „große“ Koalitionen zu einem Erstarken der ideologischen Ränder und somit zu einer ideologischen Polarisierung des gesamten Parteiensystems? Unter welchen Bedingungen werden sich also diese Parteiensysteme tatsächlich polarisieren?*

Wir werden dieser Frage sowohl auf theoretischer wie empirischer Ebene nachgehen. Im Folgenden definieren wir zunächst kurz unsere zentralen Konzepte. Wir unterscheiden dabei strikt zwei potenzielle Ursachen für mögliche Wirkungen „großer Koalitionen“: Zum einen die Wettbewerbskonstellation resultierend aus der ideologischen Zentrums- oder Flügellage der Regierung, zum anderen die rechnerische Größe einer Regierung. Darauf aufbauend berichten wir die zentralen Schlussfolgerungen einer mikrofundierten Aktualisierung des Sartoris-Ansatzes mithilfe eines agentenbasierten Modells (Schmitt 2016) und leiten unsere Hypothesen für den vorliegenden Beitrag ab. Zentral sind dabei die Konkurrenz- und Kooperationsbeziehungen innerhalb des Parteienwettbewerbs. Durch eine Zentrumskoalition erhöht sich potenziell die Anzahl von Konkurrenzbeziehungen aufgrund der ideologischen Zersplitterung der Opposition, wodurch das Polarisierungsniveau steigt. In der anschließenden vergleichenden Large-N Analyse zeigt sich, dass die Wettbewerbskonstellation zwischen Regierung und Opposition insbesondere einen Effekt auf die ideologische Spannweite und weniger auf die wählerstimmengewichtete Standardabweichung hat. Die potenziell schädlichen Wirkungen „großer Koalition“ resultieren primär nicht aus ihrer rechnerischen Größe, sondern aus der ideologischen Zentrumslage.

## 2 Konzepte: Ideologische Polarisierung und Wettbewerbskonstellation

Bevor wir unser theoretisches Modell erörtern, werden wir zunächst die zentralen Begriffe der Analyse definieren. Darauf aufbauend wird in diesem Abschnitt das Phänomen der ideologischen Polarisierung demokratietheoretisch eingeordnet.

Als zentrales Explanans verstehen wir unter der Wettbewerbskonstellation im Folgenden die Struktur der Regierung-Opposition-Auseinandersetzung. Sie ist geprägt durch die Größe, Anzahl und Fragmentierung der Regierungs- sowie Oppositionsparteien. Unter der alltagssprachlichen „großen Koalitionen“ ist im Folgenden eine übergroße Koalition im Sinne ihrer elektoralen Stärke gemeint.<sup>5</sup> Eine solche große Koalition sieht sich zum einen naturgemäß einer zahlenmäßig relativ kleinen sowie häufig auch fragmentierten Opposition gegenüber. Die Erfüllung der zentralen Oppositionsfunktionen – Alternative, Kontrolle und Kritik (Schmidt 1992) – sind in solchen Konstellationen innerhalb eines parlamentarischen Systems nur erschwert zu erbringen. Stefani (1968; auch Lipset und Rokkan 1967) sehen als übergeordnetes Ziel der Opposition die Integration widerstreitender Meinung in ein demokratisches System an. Innerhalb autoritärer Systeme bleibt der Opposition nur die Regimekritik. In einer funktionierenden Parteiendemokratie hingegen hat die Opposition nun die Möglichkeit, sich frei zu äußern und ggf. selbst in Zukunft Teil der Regierungsmehrheit zu sein. Die Leistung dieses dynamischen Integrationsprozesses verbunden mit der Herstellung von Responsivität sowie Verantwortlichkeit der Regierenden gegenüber der Wählerschaft begründet die eigentliche Legitimation der repräsentativen Parteiendemokratie (Franzmann 2016, S. 77). Bei einer Wettbewerbskonstellation, bei der sich nun eine übergroße Koalition einer zahlenmäßig kleinen und zudem fragmentierten Opposition gegenübersteht, ist die Gefahr groß, dass genau diese Leistung nur noch unvollständig erbracht wird.

Von dieser „großen“ Koalition unterscheiden wir Zentrums- und Flügelkoalitionen, welche zwei idealtypische Regierungs-Opposition-Konstellationen im räumlichen Wettbewerb darstellen. Unter Zentrumskoalitionen verstehen wir eine Koalition, deren tragenden Parteien sowohl von links als auch rechts mit Oppositionsparteien konfrontiert sind und dementsprechend selber das Zentrum im Wettbewerb bilden. Demgegenüber sind Flügelkoalitionen solche, deren Parteien sich alle auf der zentralen ideologischen Dimension in demselben Lager verorten.

---

<sup>5</sup>In der Operationalisierung wird später ein Grenzwert von mindestens zwei Drittel der Wählerstimmen festgelegt.

Dies sind Koalitionen, die nur aus linken oder nur aus rechten Parteien bestehen und das jeweils andere politische Lager zur Opposition haben. Wir erwarten unterschiedliche Effekte für die Größe einerseits sowie den Charakter als Flügel- oder Zentrumskoalition andererseits, die wir in der theoretischen Argumentation detaillierter ausführen werden. Als zentrale, zu erklärende Variable konzentrieren wir uns im vorliegenden Beitrag auf die Analyse der ideologischen Polarisierung aufgrund unterschiedlicher Wettbewerbskonstellationen.

Die ideologische Polarisierung ist der kondensierte Ausdruck der Stärke und Art aktiver Konfliktlinien in einem Parteiensystem. Zur Erklärung der Wahlbeteiligung ist sie wertvoller als die rein zahlenmäßige Fragmentierung von Parteien (Dalton 2008). Definiert wird Polarisierung als „the overall spread of the ideological spectrum of any given polity“ (Sartori 1976, S. 126). Polarisierung beschreibt damit ein Phänomen eines politischen Gesamtsystems. Sie ist Ausdruck der Wechselwirkungen zwischen dem Handeln von Parteien als politische Akteure mit den ideologischen Überzeugungen innerhalb der Wählerschaft sowie den Anforderungen der Wählerschaft gegenüber diesen Parteien (Franzmann 2008). Die Kenntnis der Polarisierung eines politischen Systems gibt uns wertvolle Informationen über die Wettbewerbsstruktur sowohl zwischen Parteien als auch zwischen Wählersegmenten und Parteien (Sartori 1976). Demokratietheoretisch relevant ist sie im Hinblick auf die Herstellung von Responsivität und Verantwortlichkeit (*Accountability*) politischer Akteure gegenüber der Wählerschaft. Bartolini (1999, 2000) vermutet eine optimale Rate der Polarisierung für ein politisches System. Zu geringe Polarisierung könne mit einer programmatischer Beliebigkeit sowie einer sehr hohen Volatilität einhergehen und somit die Herstellung von Responsivität unterminieren. Zu hohe Polarisierung wiederum könne mit abgeschotteten, immobilen Wählerschaften zusammenhängen und somit ebenfalls dem wettbewerbsdemokratischen Responsivitätsmechanismus entgegenwirken (Bartolini 1999, 2000). Kennen wir die Ursachen von Polarisierung, so kennen wir auch die Ursachen für einen (dys-)funktionalen Parteienwettbewerb.

---

### **3 Die Mechanik von Parteiensystemen: Ideologische Polarisierung als Folge der Wettbewerbskonstellation**

Die Ursachenforschung zum Phänomen der Polarisierung hat sich in den vergangenen Jahren ungeachtet der medialen Diskussion so gut wie gar nicht der Wettbewerbskonstellation als Explanans gewidmet. Als Ausnahme kann lediglich die

Arbeit von Curini und Hino (2012) angeführt werden. Diese Arbeit setzt sich kritisch mit dem Effekt von Wahlsystemen für die Erklärung von Polarisierung auseinander<sup>6</sup>. So zeigen Curini und Hino (2012, S. 461–464), dass Wahlsysteme für die Erklärung der Polarisierung weniger zentral sind als das Koalitions Potenzial der Parteien im Wettbewerb. Die Überlegung dahinter ist, dass vor allem das Kalkül bezüglich zukünftiger Koalitionsverhandlungen Anreize für eine moderate Positionierung im elektoralen Wettbewerb liefert. Einen ersten Ansatz für eine solche Theorie zur Erklärung der Mechanik von Parteiensystemen infolge von Wettbewerbskonstellationen entwickelte Sartori (1976). Wir nehmen daher diesen vernachlässigten Argumentationsstrang wieder auf. Mithilfe eines agentenbasierten Modells (kurz ABM; zur Methode Schmitt 2015) wurde der ursprüngliche Ansatz einer Mikrofundierung zugänglich gemacht und theoretisch weiterentwickelt. Hierdurch wurde der kausale Mechanismus auf Basis von Annahmen über Akteure herausgearbeitet, um so die empirische Erwartung aus dem theoretischen Modell präzisieren zu können. Im Folgenden soll diese Aktualisierung von Sartoris Theorie aufgegriffen und empirisch überprüft werden. Hierfür wird zunächst der ursprüngliche kausale Makrozusammenhang in der Typologie dargestellt und anschließend der Mechanismus zur akteursbasierten Erklärung beschrieben. Für Details zum ABM sei an dieser Stellen an die weiterführende Veröffentlichung verwiesen (Schmitt 2014, 2016)<sup>7</sup>. Auf Akteurebene führen wir die für den Parteienwettbewerb zentralen Interaktionsformen Kooperation und Konkurrenz ein (Franzmann 2011). Dabei zeigt sich, dass die ideologische Polarisierung auf der Makroebene wesentlich von den darunter liegenden Kooperations- und Konkurrenzmustern abhängt.

Der große Wert von Sartoris Ansatz besteht nach wie vor in der Synthese unterschiedlicher Ansätze zur Formulierung von Hypothesen über die Aggregationslogiken innerhalb des Parteienwettbewerbes (Franzmann 2011, S. 323–325). Sartori (1976) verknüpft die institutionellen Überlegungen Duvergers (1959) mit den Erkenntnissen der Cleavage-Theorie (Lipset und Rokkan 1967) und den eindimensionalen politökonomischen Modellen der Wählerverteilung von Downs (1957) zu

---

<sup>6</sup>Mehrere andere Arbeiten hatten zuvor schon auf den quasi nicht-existenten Effekt des Wahlsystems auf die Polarisierung hingewiesen (Adams et al. 2004; Ezrow 2007; Spoon und Klüver 2015).

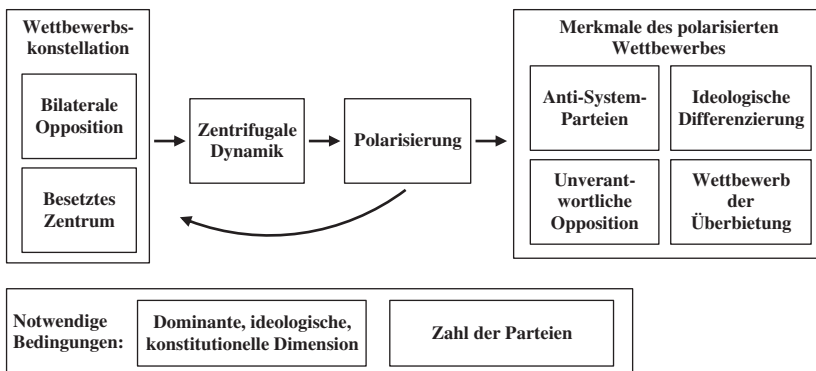
<sup>7</sup>Da der Aufsatz Schmitt (2016) noch nicht veröffentlicht ist, wird zusätzlich auf die frühere Version des Artikels, welcher auf der ECPR Graduate 2014 vorgestellt wurde und das theoretische Fundament sowie formale Modell bereits enthält, verwiesen. Schmitt (2014) ist über die Homepage der ECPR zugänglich.



einem Erklärungsmodell der Wettbewerbsrichtungen. Aufbauend auf diesen unterschiedlichen Erklärungsansätzen rückt Sartori (1976, S. 131–143) den Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition in den Mittelpunkt – und damit auch einen zentralen theoretischen Ansatzpunkt für die Beantwortung unserer Forschungsfrage. Da dieser allerdings noch nicht empirisch getestet wurde, ist die empirische Relevanz der Theorie noch vollkommen offen.

Wir skizzieren zunächst die grundlegenden Gedanken bei Sartori und erörtern dann unsere akteursspezifischen Modernisierungen dieses Ansatzes. In seiner Typologie beschreibt Sartori (1976) die zugrunde liegende Mechanik der jeweiligen Parteiensystemtypen, welche im Kern die Wettbewerbsdynamik und als Konsequenz die Muster ideologischer Polarisierung beinhalten. Der Wechsel zwischen einer zentripetalen und zentrifugalen Wettbewerbsdynamik ist zwischen den Mehrparteiensystemtypen des moderaten und polarisierten Pluralismus theoretisch zu erwarten. Diese werden dabei durch acht entgegengesetzte Merkmale beschrieben (Sartori 1976, S. 131–143). Während Sartori diese Merkmale argumentativ zunächst nicht explizit aufeinander bezieht, können diese theoretisch weiterführend in eine Kausalkette systematisch eingeordnet werden (Schmitt 2014, 2016). Aus dieser Perspektive stellen die Merkmale einerseits Konsequenzen und andererseits Ursachen ideologischer Polarisierung dar, wodurch die erklärenden Faktoren im theoretischen Ansatz von Sartori näher spezifiziert werden können (Abb. 1).

Zunächst werden die bilaterale Oppositionsstruktur und die Besetzung des politischen Zentrums durch die Koalition als Ursache für eine zentrifugale Dynamik sowie einer ideologischen Polarisierung beschrieben (Sartori 1976, S. 135–136).



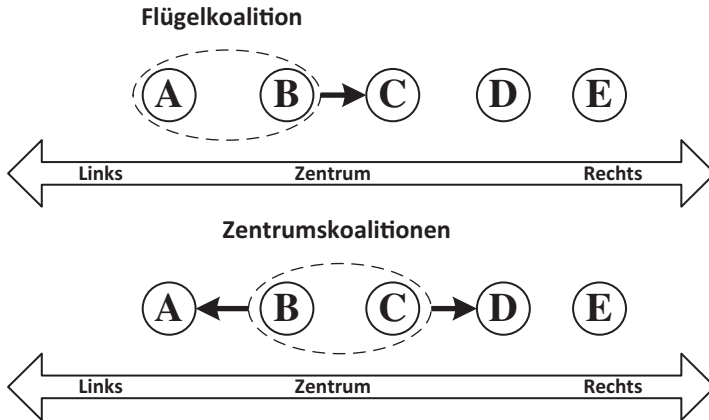
**Abb. 1** Ursachen und Folgen ideologischer Polarisierung. (Quelle: Grafik in Anlehnung an Schmitt 2014, 2016)

Grundsätzlich sollte es dabei auch zu einem Rückkopplungseffekt kommen: Durch die zunehmende Polarisierung verbleiben die Oppositionsparteien aufgrund ihres elektoralen Erfolgs an den ideologischen Rändern. Deshalb haben die moderaten Parteien aus der Zentrumskoalition auch nach den anschließenden Wahlen keine neuen Koalitionsoptionen, da die ideologischen Differenzen zu den oppositionellen Akteuren weiterhin zu groß sind. Es bildet sich wieder eine schwächer werdende Zentrumskoalition. Die Wettbewerbskonstellation manifestiert sich also durch die steigende Polarisierung (Sartori 1976, S. 131–138). Als Folge dieser Entwicklung können die weiteren, von Sartori skizzierten Eigenschaften des polarisierten Pluralismus interpretiert werden: 1) die Präsenz relevanter Anti-Systemparteien, 2) die steigende ideologischen Ausdifferenzierung und 3) ein gegenseitiger Wettbewerb der Überbietung: „the political game is played in terms of unfair competition characterized by incessant escalation“ (Sartori 1976, S. 139–140). Dieser Wettbewerb ist vor allem durch die fehlende Möglichkeit der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die Opposition geprägt. Da die Parteien am linken und rechten Rand alleine nicht mehrheitsfähig sind, können sie unverantwortlichen Forderungen im Wettbewerb gegenüber der Regierung stellen, ohne diese jemals umsetzen zu müssen (Sartori 1976, S. 138–139).

Neben der spezifischen Wettbewerbssituation beschreibt Sartori die Fragmentierung und die Strukturierung des Wettbewerbs durch eine ideologische Dimension als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung zur Erklärung der Wettbewerbsdynamik. Ein Wechsel der Wettbewerbsausrichtung sollte demnach i. d. R. in Systemen mit fünf bis sechs relevanten Parteien erfolgen (Sartori 1976, S. 131). Lässt sich der Wettbewerb trotz seiner hohen Fragmentierung nicht auf eine Dimension reduzieren, bildet sich nach Sartori ein segregierter, anstelle eines polarisierten Wettbewerbs (Sartori 1976, S. 334–342).

Aus dieser theoretischen Argumentation folgt, dass wir zwei idealtypische Wettbewerbskonstellationen gegenüberstellen können, aus denen in der Konsequenz unterschiedliche Grade ideologischer Polarisierung folgen. Bildet sich eine Zentrumskoalition, welche als Koalition, die ideologisch zwischen einem linken und rechten Oppositionslager im Parteienwettbewerb positioniert ist, definiert ist, sollte dies die Polarisierung im Parteiensystem erhöhen. Dagegen wird der umgekehrte Effekt durch eine Flügelkoalition angenommen. Illustriert am Beispiel eines Parteiensystems mit den fünf Parteien A, B, C, D und E, welche in einem räumlichen Wettbewerbsmodell entlang einer Dimension positioniert sind, stellt sich der Zusammenhang wie in Abb. 2 aufgezeigt dar.

Die Pfeile in der Abbildung stellen die Veränderung der ideologischen Ausrichtung der Koalitionsparteien dar. Während sich eine Flügelkoalition in der Logik Sartoris im elektoralen Wettbewerb in die ideologische Mitte orientiert, führt eine Zentrumskoalition zu einem Wettbewerb, um den linken sowie rechten



**Abb. 2** Der zentrifugale Effekt von Zentrumskoalitionen. (Quelle: Eigene Darstellung)

Flügel. Aufgrund der Reaktion der oppositionellen Parteien auf die Ausrichtung der Koalition ergibt sich entweder eine zentrifugale (Zentrumskoalition) oder zentripetale Dynamik (Flügelkoalition).

Unklar ist im ursprünglichen Modell von Sartori die präzise Verknüpfung des angenommen Zusammenhangs auf Makroebene mit handlungstheoretischen Annahmen über die Parteien und Wähler. Warum sollten also Parteien aufgrund der Wettbewerbskonstellation sich anders positionieren – extremer bei auftreten den Zentrumskoalitionen oder moderater bei der Präsenz von Flügelkoalitionen?

Im Kern bleibt Sartori (1976, S. 324–356) mit Bezug auf die räumliche Wettbewerbstheorie bei den klassischen Modellannahmen: Parteien versuchen demnach als dominierende Zielsetzung ihre Stimmen zu maximieren und das Verhalten der Wähler wird neben einer möglichen Parteibindung auf die (ideologischen) Präferenzen des Wählers zurückgeführt.<sup>8</sup>

<sup>8</sup>Die beide Verhaltensannahmen wurden im ABM in der Logik Sartoris formalisiert (Schmitt 2014, 2016). Parteien nehmen rundenweise die Positionen ein, welche ihnen den höchsten Stimmenanteil in der aktuellen Wettbewerbskonstellation einbringt und Wähler treffen ihre Wahlentscheidung aufgrund der ideologischen Distanz zwischen ihrem Idealpunkt und den Positionen der Parteien. Dabei wird die Distanz zusätzlich durch einen Nonpolicy Faktor „Parteidentifikation“ gewichtet. Die Verteilung der Parteidentifikation variiert zwischen den Simulationsdurchläufen. Zusätzlich ist das Informationsniveau der Parteien variabel im Modell: Parteien können entweder Informationen über die Auswirkungen einer neuen ideologischen Positionierung im gesamten ideologischen Raum haben (vollständige Informationen, globale Stimmenmaximierung) oder nur Informationen über die Auswirkungen einer Repositionierung in ihrem nahen ideologischen Umfeld haben (unvollständige Informationen, lokale Stimmenmaximierung). Die Variierung des Informationsniveaus und der Parteidentifikation hat keine Auswirkungen auf die hier berichteten Zusammenhänge.

Auf Basis dieser Annahmen erklärt sich der Zusammenhang aus Abb. 2 nicht, da es im theoretischen Modell keine Variation des Akteursverhaltens aufgrund der Wettbewerbskonstellation zwischen Regierung und Opposition gibt.

Erweitern wir die bisherigen Annahmen allerdings um die Überlegung, dass im Wettbewerb grundsätzlich zwei unterschiedliche Interaktionstypen – zu kooperieren und zu konkurrieren – möglich sind<sup>9</sup>, kann eine Zusammenhang im theoretischen Modell abgeleitet werden. Für die formale Deduktion dieses Zusammenhanges wurde ein agentenbasiertes Modell formuliert (Schmitt 2016). Mithilfe des ABM kann der Zusammenhang auf Makroebene (Wettbewerbskonstellation → Polarisierung) in einem dynamischen System mit verschiedenen Ebenen – Wähler, Parteien, Parteienwettbewerb – modelliert werden und damit einer Mikrofundierung zugänglich gemacht werden (Schmitt 2015; de Marchi und Page 2014). Im ersten Schritt ist dabei festzustellen, dass ohne die Annahme einer Kooperation zwischen den Koalitionsparteien kein Einfluss einer Zentrumskoalition auf die Polarisierung zu beobachten ist. Erst durch die Strukturierung der Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen aufgrund des Koalitionstyps ist die vermutete Kausalkette tatsächlich im ABM zu beobachten. Dieser Zusammenhang ist weiterführend auch robust gegenüber variierenden Annahmen (z. B. Wählerverteilung, Parteibindungen etc.) und geht auf die zentripetale Wirkung von Flügelkoalitionen zurück (Schmitt 2016).

Wenn also die Koalitionsparteien in einer Flügelkonstellation miteinander kooperieren, gemeinsam versuchen die Wahl zu gewinnen und im Zweifelsfall auch bereit sind eigene Stimmanteile zu opfern, ist das Resultat eine moderatere Positionierung der Koalitionsparteien, um die Wähler im ideologischen Zentrum zu gewinnen. Dieses Muster ergibt sich im Modell prinzipiell auch unabhängig von der Wählerverteilung, da die entscheidenden Wechselwähler auch bei einer bimodalen Verteilung im Zentrum zu finden sind. Ein Wahlkampf um die Wähler auf dem Flügel findet dagegen nicht statt, da es hier keinen oppositionellen Herausforderer gibt. Kooperiert aufbauend auch die ideologisch verbundene Opposition und versucht als Team die Regierung durch einen gemeinsamen Wahlkampf abzulösen, ist schließlich ein Zweilager-Wahlkampf mit einem Wettbewerb um den Medianwähler im ABM zu beobachten (Schmitt 2016).

---

<sup>9</sup>Dieser Punkt ist grundsätzlich auch schon in der Argumentation von Sartori vorhanden (hierzu Schmitt 2016), allerdings nicht explizit mit den Verhaltensannahmen und der Makrokausalstruktur in der Typologie verknüpft. Ausgebaut findet sich die theoretische Unterscheidung der Interaktionsformen im Parteienwettbewerb bei Franzmann (2011, 2016): „Party competition is an institution in which parties strategically cooperate or contest as political actors to gain political power“ (Franzmann 2011, S. 320).

Dagegen ist durch eine Zentrumskoalition die Möglichkeit der oppositionellen Parteien miteinander zu kooperieren aufgrund ihrer ideologischen Spaltung eingeschränkt und es bilden sich potenziell zentrifugale Dynamiken, abhängig von der Wählerverteilung. Der Wettbewerb verschiebt sich stärker auf die Flügel, da selbst eine kooperierende Koalition nun von zwei ideologischen Seiten herausgefordert wird und ein Wettbewerb nur um den Medianwähler nicht ausreicht, um die Wahl zu gewinnen. Im Gegenteil: die entscheidenden Wechselwähler finden sich nun für die kooperierende Koalition auf dem linken sowie rechten Flügel. Allerdings ist die Wirkung der Zentrumskoalition im Modell abhängig von der Wählerverteilung. Sind generell keine Möglichkeiten vorhanden im Wettbewerb, Stimmengewinne mit einer zentrifugalen Wettbewerbsstrategie zu erreichen, bewirkt auch die Zentrumskoalition keine ideologische Polarisierung (Schmitt 2016). Diese Schlussfolgerung ist allerdings für die Beurteilung des Zusammenhangs nicht unerheblich. Zentrumskoalitionen verursachen keine zentrifugale Dynamik, sondern sie verhindern das Auftreten zentripetaler Effekte.

Auf Basis des dargestellten Erklärungsmodells und des Mechanismus der Kooperation werden wir nun die Hypothesen zu dem Einfluss unterschiedlicher Wettbewerbskonstellationen ableiten. Zunächst folgt aus dem Modell die folgende Hypothese:

H1: Wenn die Wettbewerbskonstellation durch eine Flügelkonstellation zwischen Opposition und Regierung gekennzeichnet ist, dann wird diese im Vergleich zur einer Zentrumskoalition zu einer geringeren Polarisierung führen.

Neben der bereits beschriebenen Wettbewerbssituation zwischen Regierung und Opposition sollte auch die Besetzung des ideologischen Zentrums einen zentrifugalen Effekt ausüben. Hiermit ist eine Situation gemeint, bei der ausschließlich Parteien mit Regierungsbeteiligung im Zentrum positioniert sind. Die kooperierenden Koalitionsparteien, so die Vermutung, verhindern einen Wettbewerb um den Medianwähler. Sind dagegen auch oppositionelle Parteien im Zentrum positioniert, sollte es zu einem zentripetalen Konkurrenzkampf kommen. Daraus folgt:

H2: Wenn das ideologische Zentrum ausschließlich durch Koalitionsparteien besetzt ist, steigt die ideologische Polarisierung im Wettbewerb.

Idealtypisch gehen wir in der bisherigen Argumentation von *Regierungskoalitionen* aus. Ungeklärt ist damit noch, ob dieser theoretische Zusammenhang auf Regierungen mit nur einer beteiligten Partei übertragbar ist. Wirkt sich auch eine ideologisch zentral positionierte Einparteienregierung zentrifugal auf die Wettbewerbsdynamik aus?

Aufgrund des diskutierten Mechanismus ist auf der einen Seite zwischen Koalitions- und Einparteienregierungen eine zentrale Gemeinsamkeit zu vermuten: Beide strukturieren gleichermaßen die Konkurrenzbeziehungen zwischen den Oppositionsparteien, d. h. auch wenn die Regierung nur aus einer Partei besteht, unterbindet dieses durch seine zentrale Positionierung die ideologische Verbundenheit der Opposition und verhindert dementsprechend eine Kooperation der gesamten Opposition im Wahlkampf. Die zentrifugale Wirkung durch die Erhöhung oppositioneller Konkurrenzbeziehungen ist also gleichermaßen unter Mehr- und Einparteienregierungen gegeben. Damit sollte sich auch Zentrums- und Flügeleinparteienregierungen in ihrer Wirkung auf die Polarisierung voneinander unterscheiden.

Auf der anderen Seite ist der zentrale Unterschied zwischen Ein- und Mehrparteienregierungen die Strukturierung der Konkurrenz- und Kooperationsbeziehung innerhalb der Regierung. Ist nur eine Partei an der Regierung beteiligt, sind trivialerweise keine zwischenparteilichen Konkurrenzbeziehung möglich. Im Gegensatz dazu besteht bei Mehrparteiregierungen immer die potenzielle Möglichkeit auftretender Konkurrenzmuster. Koalitionsparteien konkurrieren oft darum, wer perspektivisch der stärkere Partner ist und kooperieren gelegentlich nicht im Sinne gemeinsamer Wählerstimmenmaximierung (Franzmann und Schmitt 2016). Konkurrenz innerhalb der Regierung führt aber unter Kontrolle der Konstellation immer zum Ausbleiben von zentripetalen Effekten (Schmitt 2016). Aufgrund der fehlenden Möglichkeit von zwischenparteilichen Konkurrenzbeziehungen sollten sich damit Einparteienregierungen im Vergleich zu Koalitionen ein geringes Polarisierungsniveau aufweisen.

Zusammenfassend ist also der grundsätzliche Mechanismus auch auf Einparteienregierungen übertragbar. Dabei sind aber Niveauunterschiede zu Koalitionsregierungen zu erwarten:

H3: Einparteien-Flügelregierungen wirken im Vergleich zu Flügelkoalitionen zentripetaler und Zentrumskoalitionen im Vergleich zu Einparteien-Zentrumsregierungen zentrifugaler.

Neben dem Regierungstyp wird die Wettbewerbskonstellation auch durch die Fragmentierung des Parteiensystems geprägt. Grundsätzlich gilt dabei die Vermutung, dass eine zersplitterte Parteienlandschaft im Wettbewerb die Polarisierung erhöht. Allerdings entsteht Polarisierung im Modell nicht einfach über die Anzahl der Parteien, sondern über die Anzahl *konkurrierender* Parteien. Kooperieren bei einer Flügelkoalition auch die verbleibenden Oppositionsparteien, bildet sich ein klassischer Zweilager-Wahlkampf im theoretischen Modell – trotz der höheren

Fragmentierung. Ist das oppositionelle Lager allerdings nicht geeint, steigt sowohl unter einer Flügel- als auch Zentrumskoalition die Polarisierung an (Schmitt 2016). Die Opposition ist prinzipiell – wenn überhaupt – ein eher loses Bündnis. Hier sollte eine höhere Fragmentierung auch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ein Teil oder alle oppositionellen Parteien miteinander konkurrieren.

H4: Je stärker die Opposition fragmentiert ist, desto höher ist die ideologische Polarisierung.

Für die Wirkungen einer Zentrumskoalition ist die elektorale oder parlamentarische Stärke der Zentrumskoalition aus Perspektive der bislang aus dem theoretischen Modell abgeleiteten Hypothesen unerheblich. Ob sich also eine minimale Gewinnkoalition oder eine übergroße Koalition aus den zwei „Volksparteien“ im Zentrum des räumlichen Wettbewerbs bildet, sollte keinen über den in den Hypothesen 1 bis 4 skizzierten Effekte auf die Polarisierung haben. Im Gegensatz hierzu legen die eingangs diskutierten Überlegungen aus der Theorie zur Parteiendemokratie nahe, dass es einen mittelbaren Effekt gibt. Sind die klassischen Oppositionsfunktionen eingeschränkt, dann nimmt die Integrationsleistung der Parteiendemokratie ab. In der Folge sollte die verbliebende Opposition sich extremer positionieren und es somit auf Ebene des Parteiensystems zu einer erhöhten Polarisierung kommen. Es stellt sich somit empirisch die Frage, ob das theoretische Modell spezifische Effekte der Koalitionsgröße vernachlässigt hat. Bislang suggeriert das Modell, dass die negativen Effekte alleine aus der Wettbewerbskonstellation resultieren:

H5: Unter der Bedingungen einer dauerhaften übergroßen Koalition kommt es zu einem Anstieg der Polarisierung.

Eine Bestätigung dieser Hypothese würde darauf hinweisen, dass das theoretische Modell respezifiziert werden müsste.

---

## **4 Datengrundlage der international-vergleichenden Analyse**

Wir werden nun die zuvor aufgestellten Hypothesen empirisch-vergleichend mit Hilfe einer *Time-Series Cross-Section* Analyse überprüfen. Hierzu benötigen wir insbesondere parteispezifische Daten zur ideologischen Positionierung, zur Kabinettszugehörigkeit sowie zum elektoralen Erfolg. Die Falldefinition in der

Analyse entspricht einer Wahl. Alle Messungen beziehen sich dabei auf den Zeitpunkt der Wahl – etwa Kabinettszugehörigkeit, ideologische Position aufgrund des aktuellen Wahlprogrammes. Ausnahme sind die Wahlergebnisse. Während für die unabhängigen Variablen die Wahlergebnisse (und Stimmenanteile) der letzten Wahl verwendet werden (z. B. wie im Folgenden beschrieben zur Definition einer großen Koalition), bildet sich die abhängige Variable (varianzbasierte Polarisierung) aufgrund der Wählerstimmenverteilung nach der Wahl. Die Analyse erfolgt sowohl über gepoolte Regressionen als auch Fixed-Effects-Modelle.

Die breiteste Basis stellt für Parteipositionen der Manifesto-Datensatz dar (derzeit MARPOR; Volkens et al. 2015). Dieser Datensatz stellt die prozentuale Hervorhebung von bis zu 56 verschiedenen politischen Sachthemen innerhalb eines Wahlprogrammes einer Partei zur Verfügung. Der Datensatz deckt die Zeitspanne seit 1945 für die OECD-Staaten sowie Mittelosteuropa bei freien Wahlen ab. Er kann über verschiedene Verfahren zur Erhebung von Parteipositionen genutzt werden (Budge 2001; Benoit und Laver 2007). Alternative Ansätze bestimmen die Positionen im ideologischen Raum über aggregierte Wählerausskünfte (z. B. im CSES 1996–2016) oder über Expertenbefragungen (z. B. CHES 1999–2015; Bakker et al. 2015), können aber nicht einen solch langen Zeitraum abdecken. Das am häufigsten verwendete Links-Rechts-Maß auf Basis der MARPOR-Daten ist der sogenannte RILE-Index (Laver und Budge 1992). Ungeachtet seiner Popularität ist seine Verwendung nicht ganz unproblematisch. RILE ignoriert zeit- und länderspezifische Einflüsse auf Links-rechts-Positionierungen (Benoit und Laver 2007; Benoit und Däubler 2014; Däubler in diesem Band), weist eine nur geringe Reliabilität auf (Mölder 2016) und kann gegenüber zahlreichen Alternativvorschlägen auch nur eine schwächere Konstruktvalidität erzielen (Franzmann 2015). Wir werden daher auf ein kontextsensitives Maß zurückgreifen (Franzmann und Kaiser 2006). Das Sample folgt einem *most-different-systems design* innerhalb der wiederum homogenen Gruppe der etablierten Demokratien. Das Sample umfasst alle etablierten Demokratien nach 1945 aus dem Manifesto-Datensatzes, zu denen die kontextbasierten Links-rechts-Werte von Franzmann und Kaiser (2006) vorhanden sind.<sup>10</sup> So wird in den Analysen die maximal mögliche Heterogenität an institutionellen Gegebenheiten

---

<sup>10</sup>Im Sample sind folgende Länder vertreten: Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Ungarn und die USA.



wie Präsidentialismus, Parlamentarismus, Mehrheits- und Verhältniswahlssystem sowie Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien abgebildet.

Ergänzt werden die Daten um die Kabinettszugehörigkeit der Parteien mithilfe des ParlGov-Datensatzes (*parliaments and governments database*; Döring und Manow 2015). Hierfür wurde immer das letzte Kabinett vor der Wahl berücksichtigt, d. h. es wird untersucht, wie sich das Kabinett vor der Wahl auf die Polarisierung nach der Wahl auswirkt. Weiterführend wurde die Fragmentierung auf Basis der Effektiven Parteienzahl (kurz: ENP; hierzu Laakso und Taagepera 1979) sowohl für das gesamte System als auch separat nur für die Opposition berechnet.<sup>11</sup> In der empirischen Analyse zeigte sich dabei eine hohe Korrelation zwischen den beiden Variablen ( $r = 0,72$ ;  $p < 0,01$ ). Aufgrund der dadurch entstehenden Problematik der Multikollinearität ist eine gleichzeitige Integration beider Indikatoren in die Regressionsanalyse nicht sinnvoll. Auf Grundlage von zwei Argumenten haben wir uns deshalb nur für die Beachtung der oppositionellen Fragmentierung in den Regressionsanalysen entschieden: 1) Aus der theoretischen Perspektive beziehen wir unsere Erwartung explizit auf die Fragmentierung der Opposition und nicht auf das gesamte Parteiensystem 2) Aufbauend zeigt sich aus empirischer Perspektive, dass die Integration der oppositionellen Fragmentierung in allen sechs vorgestellten Modellen zu einer besseren Modellgüte, höheren Signifikanzniveaus als auch stärkeren Effekte führt. Der Unterschied in der Güte der beiden Indikatoren ist zwar deutlich zu beobachten, trotzdem ist anzumerken, dass beide Indikatoren vergleichbare Effekte in der empirischen Analyse aufweisen. Die Koeffizienten sind immer positiv und erhöhen, in Bezug auf die Modellgüte, immer den Anteil der erklärten Varianz (siehe Anhang Tab. 4a, b).

Auf Basis der Positions- und Kabinettsdaten wurde der Koalitionstyp bestimmt. Dabei kommt es in den empirischen Beobachtungen bei der Einteilung von Flügel- und Zentrumsregierungen<sup>12</sup> zu Abweichungen vom idealtypischen Konzept: 1) Flügel- und Zentrumskoalitionen sind häufig nicht ideologischen verbunden, d. h. zwischen den Parteien der Koalition hat sich beispielsweise noch

<sup>11</sup>Das Fragmentierungsmaß von Laakso und Taagepera (1979) wurde angepasst, sodass nur die Oppositionsparteien in die Berechnung miteinbezogen werden:  $ENP_{\text{Opposition}} = 1 / \sum (\frac{p_{io}}{\sum p_o})^2$ ; wobei:  $p_{io}$  = Stimmenanteil der Oppositionspartei i,  $\sum p_o$  = Stimmanteile aller Oppositionsparteien. Das letzte Kabinett vor der Wahl definiert dabei den Oppositionsstatus der Parteien.

<sup>12</sup>Eine Flügelkonstellation ist gegeben, wenn entweder links oder rechts der Koalition oppositionelle Parteien positioniert sind. Für Zentrumskonstellation gilt dementsprechend stattdessen, dass links und rechts Oppositionsparteien positioniert sind. Aufbauend werden noch Ein- und Mehrparteienregierungen voneinander unterschieden.

eine Oppositionspartei positioniert. Auch diese Konstellationen werden als Flügel- und Zentrumskoalition interpretiert. Die ideologische Verbundenheit der Koalition wird separat als Dummy-Variable in die Analyse integriert und damit etwaige Effekte kontrolliert. 2) Es gibt weiterhin Expertenkabinette, an denen sich keine Parteien beteiligt haben. Aufgrund der geringen Anzahl (dreimal im Sample) und dem fehlenden theoretischen Interesse, werden diese nicht in die Analyse mit eingeschlossen. 3) Als letzte Ausnahme sind zudem 15-mal Konstellationen aufgetreten, bei denen die Koalitionsparteien die Oppositionsparteien ideologisch umschließen. Diese Konstellation kann aufgrund der theoretischen Argumentation weder als Zentrums- noch Flügelkoalition interpretiert werden. Aufgrund des geringfügigen Auftretens und ihrer ermittelten empirischen Irrelevanz auf die Modellgüte wurde diese Konstellation in den berichteten Analysen nicht berücksichtigt.<sup>13</sup>

Weiterhin wurden noch *Große Koalitionen* und ein *besetztes ideologisches Zentrum* als Variable operationalisiert. Als „groß“ wurden Koalitionen mit einem Stimmenanteil von mindestens zwei Drittel definiert. Der Grenzwert wurde in der Analyse variiert, etwa mit drei Viertel und drei Fünftel, ohne dass sich substantielle Unterschiede in der Interpretation der Effekte gezeigt haben. Somit kann überprüft werden, ob Koalitionen, die einen vergleichsweise hohen Stimmenanteil haben, zentrifugale Dynamiken begünstigen – unabhängig von der Wettbewerbskonstellation. Der Stimmanteil, welcher die Koalition als groß definiert, bezieht sich auf die vorangegangene Wahl, d. h. es wird gemessen, ob eine Koalition zum Zeitpunkt der Wahl (und nicht als Folge der selbigen) überproportional stark im Parlament vertreten ist. Ein *besetztes Zentrum* wurde als Fall operationalisiert, indem ausschließlich Parteien, welche am Kabinett beteiligt sind, eine Position nahe des ideologischen Zentrums einnehmen (d. h. 4 bis 6 auf einer Links-rechts-Dimension von 0 bis 10).

Die ideologische Polarisierung wird in der Literatur über verschiedene (wählerstimmengewichte) Dispersionsmaße gemessen (zur Übersicht Rehm und Reilly 2010). In empirischen Studien sind dabei am häufigsten Maße zu finden, welche an die Berechnung der statistischen Varianz bzw. Standardabweichung angelehnt sind (z. B. Taylor und Herman 1971; Dalton 2008; Steiner und Martin 2012). Alternativ kann die Polarisierung auch als ideologischen Spannweite

---

<sup>13</sup>Zur Kontrolle wurden die 15 Fälle testweise in die Analyse mit eingeschlossen. Hierfür wurde eine zusätzliche Kategorie der Variable „Wettbewerbskonstellation“ angelegt: umfassende Koalition. Die Integration der neuen Kategorie führte zu keinen Veränderungen im Regressionsmodell. Zudem waren die Effekte der umfassenden Koalition schwach und nicht signifikant.

im Parteiensystem (z. B. Mair 2001) oder Präsenz ideologisch extremer Parteien interpretiert werden. Diese unterschiedlichen Polarisierungsmaße führen durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen. So verteidigt Evans (2002) den Ansatz von Sartori (1976) gegen Kritik von Pennings (1998). Pennings hatte auf Basis eines varianzbasierten Maßes die fehlende empirische Evidenz des Ansatzes kritisiert. Evans (2002) zeigt aber, dass ein varianzbasiertes Maß alleine nicht dem entspricht, was Sartori theoretisch unter Polarisierung verstand.

Für die Untersuchung wurde Polarisierung deshalb mit drei verschiedenen Maßen operationalisiert: wählerstimmengewichtete Standardabweichung<sup>14</sup>, ideologische Spannweite<sup>15</sup> und Anzahl ideologisch extremer Parteien.<sup>16</sup>

## 5 Die empirische Analyse der ideologischen Polarisierung

Die empirischen Analysen erfolgten anhand multivariater Regressionsanalysen. Für die drei möglichen abhängigen Variablen haben wir einmal ein Fixed-Effects-Panelmodell (kurz FE, Variante A) und das andere Mal ein gepooltes Modell (Variante B) berechnet. Im Fixed-Effects-Modell werden die Niveauunterschiede zwischen den Ländern mithilfe einer kontextspezifischen Konstanten berücksichtigt (z. B. Allison 2009, S. 6). Hierdurch wird das Augenmerk der Analyse auf den Einfluss des Koalitionstyps auf die Polarisierung innerhalb eines Kontextes gelegt und Varianz zwischen den Ländern eliminiert. Dagegen entspricht ein gepooltes Modell prinzipiell einer herkömmlichen (OLS-)Regression ohne die Einbeziehung möglicher gruppenspezifischen Heterogenität in das statistische Modell (z. B. Gieselmann und Windzio 2012, S. 28–31). Durch dieses Vorgehen soll die Erklärungskraft der unabhängigen Variablen unterschieden nach der Inter- und Intragruppenvarianz analysiert werden. Erklärt also zum Beispiel die Variable *große Koalition* eher die höhere Polarisierung in Referenz zum länderspezifischen Niveau (stärkerer Effekt in Modell A) oder weisen Länder mit überdurchschnittlich

<sup>14</sup>Die Polarisierung als wählerstimmengewichtete Varianz wird über den Index von Ezrow

(2007, S. 186) bestimmt:  $P = \sqrt{\sum_{i=1}^N v_i (x_i - \bar{x})^2}$ ; P = Polarisierung,  $v_i$  = Wählerstimmenanteil der Partei i,  $x_i$  = ideologische Position der Partei i,  $\bar{x}$  = gewichteter Mittelwert.

<sup>15</sup>Die ideologische Spannweite entspricht dem Abstand zwischen der linksten und rechten Partei zur jeweiligen Wahl.

<sup>16</sup>Die Variable entspricht der Anzahl der Parteien mit einer ideologischen Position größer gleich 8 oder kleiner gleich 2, wobei die Links-rechts-Skala von 0 bis 10 reicht.

vielen großen Koalitionen auch im Mittel eine höhere Polarisierung auf (stärkerer Effekt in Modell B). Weiterhin konnten mit Blick auf die empirische Verteilung der Polarisierungsmaße (Anhang Abb. 4) lineare Modelle nur für zwei der drei abhängigen Variablen berechnet werden: Polarisierung als Standardabweichung und Spannweite. Da das Auftreten extremer Parteien im Sample eher die Ausnahme als die Regel bildet, haben wir uns hier für eine Poisson-Regression entschieden<sup>17</sup>. Als Referenzkategorie für die Wettbewerbskonstellation dient „Zentrumskoalition“, da sie im Vergleich den höchsten Polarisierungswert aufweisen sollte und von den anderen Kategorien ausgehend depolarisierende Effekte theoretisch erwartet werden. Die Koeffizienten dieser Konstellationen sind damit im Vergleich zur Zentrumskoalition zu interpretieren. Insgesamt haben wir sechs Modelle berechnet. Tab. 1 fasst die Ergebnisse zusammen. Die sechs Regressionsanalysen offenbaren deutliche Unterschiede bei den Koeffizienten und den jeweiligen Signifikanzniveaus. Unsere unabhängigen Variablen erklären also nicht alle Indikatoren der ideologischen Polarisierung gleichermaßen gut. Eine gewisse Konstanz ist lediglich im Einfluss der Variable *großen Koalition*, der Kontrollvariable *ideologische Verbundenheit der Koalition* sowie der *oppositionellen Fragmentierung* zu beobachten. Letztere hat wenig überraschend immer einen positiven und signifikanten Einfluss auf die untersuchten Maße der Polarisierung. Eine höhere Anzahl an effektiven Oppositionsparteien bedingt eine höhere ideologische Polarisierung im Parteiensystem – sowohl in Bezug auf die Spannweite, als auch auf die Standardabweichung sowie die Präsenz extremer Parteien. Interessanterweise zeigt sich dieser Effekt im Vergleich zur Fragmentierung des gesamten Parteiensystems als statistisch erklärungskräftiger (siehe Anhang Tab. 4a, b). Besonders markant sind dabei die Unterschiede in Bezug auf die Erklärung der Spannweite. Die Hypothese 4 bezüglich des Effektes der Oppositionsfragmentierung wird demnach eindrucksvoll bestätigt.

Die zweite Variable mit einem gleichbleibenden Effekt ist die *große Koalition*. In keinem Regressionsmodell kann dabei ein signifikanter Effekt festgestellt werden. Hypothese 5 muss abgelehnt werden. Allerdings weisen die Modelle 1A und 1B einen zusätzlichen leicht positiven Effekt einer großen Koalition auf, d. h.

---

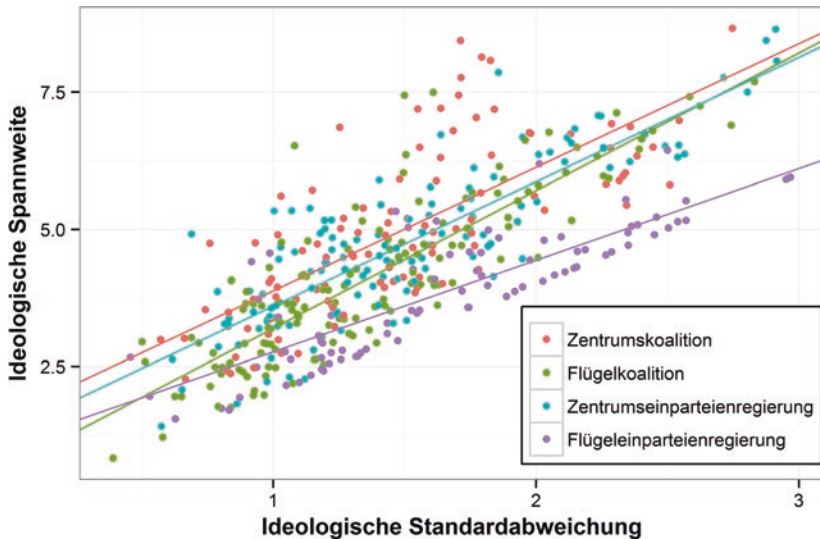
<sup>17</sup>Aufgrund des sehr häufigen Auftretens von null extremen Parteien haben wir zur Kontrolle auch ein Negativ-Binomial- sowie ein zero-inflated Regressionsmodell für diese abhängige Variable berechnet (Anhang Tab. 3a, b). Gemessen am Devianzkriterium AIC verbessert sich die Modellgüte im Vergleich zur einfachen Poisson-Regression. Allerdings führen die Ergebnisse weder zu einer anderen substanziellen Interpretation der Effekte noch zu einer anderen Beurteilung der Hypothesen.

die ideologische Spannweite ist hier nicht signifikant, aber doch höher als im Fall von Koalitionen, die nicht übergroß sind.

Bemerkenswerte Effekte können mit Blick auf die Flügel- und Zentrumskonstellationen beobachtet werden. In Modell 1 (AV: ideologische Spannweite) sind diese alle negativ, d. h. im Vergleich zu Zentrumskoalitionen führen Flügelkoalitionen sowie Zentrums- als auch Flügeleinparteienregierungen – wie theoretisch in Hypothese 2 vermutet – zu einer geringeren Polarisierung. Bei Betrachtung der Modelle 1A und 1B fällt auf, dass die Hypothese 1 bezüglich des moderierenden Effektes von Flügelkoalitionen sowohl durch das Fixed-Effects- als auch das gepoolte Modell gestützt wird. Gleiches gilt ebenfalls für die Effekte bezüglich der Flügelkabinette mit nur einer Regierungspartei. Dagegen sind die Koeffizienten der Einparteienregierungen in einer Zentrumskoalition nur im Fixed-Effects Modell signifikant. Länderunterschiede können in Vergleich zu Zentrumskoalitionen durch die Einparteien-Zentrumskabinette nicht erklärt werden. Hypothese 3 kann damit in Bezug auf die Spannweite bestätigt werden.

Im Gegensatz dazu lassen sich mit Blick auf das varianzbasierte Maß wesentlich schwächere Effekte feststellen. Sowohl unter Betrachtung des FE-Modells als auch der gepoolten Varianten müssen hier die Hypothesen abgelehnt werden. Interessanterweise steht dabei der einzig signifikante Effekt im Widerspruch zur theoretischen Erwartung: Flügeleinparteienregierungen führen zu einer höheren Polarisierung. Dieser Effekt weist dabei auf einen substanziellen Unterschied in der Messung der Polarisierung über die Spannweite oder über die Standardabweichung hin, welcher durch ein Streudiagramm veranschaulicht werden kann (Abb. 3).

Zunächst zeigt sich, dass beide Indikatoren relativ hoch miteinander korrelieren ( $r = 0,76$ ;  $p < 0,01$ ). Die Abweichung zwischen den Indikatoren ist allerdings unter Betrachtung der Wettbewerbssituation zwischen Regierung und Opposition systematisch. Am auffälligsten lässt sich dieser Umstand bei den Flügelregierungen mit nur einer Partei feststellen. Hier sind die Residuen in Bezug auf eine lineare Regression zwischen den beiden Polarisierungsmaßen im Mittel negativer, d. h. die Standardabweichung ist bei diesen Fällen im Vergleich deutlich höher als die Spannweite. Dies wird in der Darstellung auch durch die Regressionsgerade, unterschieden nach der Wettbewerbskonstellation, aufgezeigt. Der gegenteilige Trend ist bei Zentrumskoalitionen zu beobachten, wo einige Fälle eine sehr hohe Spannweite, aber nur eine mittlere Standardabweichung aufweisen. Diese systematische Abweichung zwischen den Indikatoren kommt durch eine Besonderheit im varianzbasierten Maß zustande. Während dieser Indikator sehr stark auf Parteipositionen mit hohen Wählerstimmenanteilen nahe des ideologischen Mittelwertes reagiert, ist der Indikator der Spannweite dagegen unempfindlich.



**Abb. 3** Ideologische Spannweite und gewichtete Standardabweichung im Vergleich. (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der beschriebenen Daten)

An einem Beispiel illustriert: In einem Dreiparteiensystem, ist die Partei A mit 25 % der Stimmen ganz links, B mit 50 % in der Mitte und Partei C wieder mit 25 % ganz rechts im eindimensionalen Raum positioniert. Der varianzbasierte Indikator erreicht hier aufgrund der Wählerstimmengewichtung nur die Hälfte des maximal möglichen Wertes, da die mittlere Partei B mit der Hälfte der Stimmen und einer Distanz von null in die Berechnung mit eingeht. Dagegen erreicht hier die Spannweite den Maximalwert. Dieser Umstand ist empirisch sehr gut bei den skandinavischen Parteiensystemen im Vergleich zu den angelsächsischen Systemen zu beobachten. Letztere weisen eine geringe Anzahl an Parteien, i. d. R. Flügelkonstellationen und, mit wenigen Ausnahmen, eine moderate Spannweite auf. Da hier allerdings alle Parteien relativ weit vom Mittelwert positioniert sind, ist in diesen Ländern gleichzeitig eine hohe Polarisierung nach der wählerstimmengewichteten Standardabweichung zu beobachten. Das Gegenteil ist in den skandinavischen Ländern der Fall: Hier sind Zentrumsregierungen mit relativ vielen Oppositionsparteien, einer insgesamt hohen Spannweite, aber auch wählerstimmestarke Parteien nahe des ideologischen Zentrums zu beobachten. Die Beurteilung der Polarisierung in einem Parteiensystem im Ländervergleich hängt also auch wesentlich von dem verwendeten Maß ab.

**Tab. 1** Die Erklärung unterschiedlicher Dimensionen ideologischer Polarisierung

AV	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	Ideologische Spannweite		Standardabweichung		Extrême Parteien	
	A	B	A	B	A	B
Variante	FE, Linear	Pooled, Linear	FE, Linear	Pooled, Linear	FE, Linear	Pooled, Linear
Konstante	4,035** (0,255)	3,796** (0,254)	1,271** (0,075)	1,276** (0,096)	–	–1,053** (0,214)
Wettbewerbskonstellation	<i>Referenzkategorie: Zentrumskoalition</i>					
	<i>Einparteien-Zentrumsregierung</i>	–0,551** (0,194)	–0,134 (0,200)	–0,111 (0,072)	–0,136 (0,142)	–0,215 (0,173)
		–0,363** (0,121)	–0,588** (0,190)	0,026 (0,044)	0,132 (0,114)	–0,125 (0,180)
	<i>Flügelkoalition</i>					
	<i>Einparteien-Flügelregierung</i>	–0,773** (0,229)	–0,493* (0,231)	0,077 (0,093)	–1,159** (0,344)	–1,457** (0,311)
		0,125 (0,146)	0,480** (0,185)	0,141* (0,054)	0,158 (0,164)	0,415* (0,173)
	Besetztes Zentrum (1: ja)	0,139 (0,144)	0,118 (0,214)	0,049 (0,044)	–0,052 (0,197)	–0,086 (0,195)
	Große Koalition (1: ja)	–0,015 (0,131)	0,026 (0,202)	–0,021 (0,037)	–0,080 (0,068)	0,084 (0,184)
Ideologisch nicht verbunden (1: ja)						

(Fortsetzung)

Tab. 1 (Fortsetzung)

AV	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	Ideologische Spannweite		Standardabweichung		Extreme Parteien	
	A	B	A	B	A	B
Variante	FE, Linear	Pooled, Linear	FE, Linear	Pooled, Linear	FE, Linear	Pooled, Linear
ENP (Opposition)	0,305**	0,338**	0,079**	0,068**	0,173*	0,302**
	(0,091)	(0,066)	(0,023)	(0,025)	(0,070)	(0,048)
R-Quadrat	0,126	0,152	0,060	0,072	–	–
AIC	1197,2	1583,5	293,6	700,7	632,4	1003,7
N	453	453	453	453	389	453
Länder	35	35	35	35	26	35

Signifikanzniveaus: +p < 0,1; \*p < 0,05; \*\*p < 0,01. In allen Modellen wurden robuste Standardfehler berechnet und in Klammern hinter dem unstandardisierten Regressionskoeffizienten angegeben. Die Standardfehler wurden nur für die FE-Modelle auch in den jeweiligen Kontext geclustert berechnet. Bei der FE-Poisson Regression in Modell 3A müssen Länder aufgrund der fehlenden Varianz der abhängigen Variablen innerhalb des Kontextes ausgeschlossen werden



**Tab. 2** *First Differences* Regression zum Effekt von Großen Koalitionen

Abhängige Variable:		Veränderung der ...		
		... ideologischen Spannweite	Standardabweichung	...Anzahl extremer Parteien
Konstante		0,017	0,000	0,035*
		(0,024)	(0,008)	(0,014)
Veränderung <i>Große Koalition</i>	Referenz: Konstant Nein			
	Nein → Ja	0,356 <sup>+</sup>	0,082*	0,095
		(0,191)	(0,042)	(0,105)
	Ja → nein	−0,045	−0,027	−0,096
		(0,150)	(0,043)	(0,041)
	Konstant Ja	0,219 <sup>+</sup>	0,045	0,155
(0,128)		(0,055)	(0,128)	
R-Quadrat		0,013	0,007	0,006
N		419	419	419
Länder		35	35	35

Signifikanzniveaus: <sup>+</sup>p < 0,1, \*p < 0,05, \*\*p < 0,01. In allen Modellen wurden robuste, geclusterte Standardfehler berechnet

Weiterhin sind die Effekte der Wettbewerbskonstellation auch in Bezug auf die dritte, abhängige Variable (Anzahl extremer Parteien) eher schwach. Der einzige signifikante Zusammenhang, sowohl in Variante A als auch B, geht von Flügelregierungen mit einer Partei aus. Hier kommen im Vergleich zu Zentrumskoalitionen weniger extreme Parteien vor. Die Hypothese 1 – Flügelkonstellationen haben einen zentripetalen Effekt – lässt sich damit primär in Bezug auf die ideologische Spannweite bestätigen.

Schließlich zeigt die Besetzung des ideologischen Zentrums interessante Unterschiede bei den Effekten auf die Polarisierungsmaße. Diese weist in der gepoolten Variante stets einen hoch signifikanten Einfluss auf, während dies bei den jeweiligen Fixed-Effects-Modellen nicht der Fall ist. Bei allen Modellvarianten zeigt sich durchgehend ein positiver Koeffizient, d. h. wie Sartori vermutet, führt ein besetztes Zentrum demnach zu einer höheren Polarisierung. Aber die Variable ist eher erklärungsschwach in Bezug auf die länderspezifische Varianz – erklärt also nicht die Polarisierungsdynamik innerhalb eines Landes.

Soweit konnte der Effekt „große Koalitionen“ auf die Polarisierung fast ausschließlich auf die Zentrumslage und nicht auf die Wählerstimmengröße oder

parlamentarische Stärke zurückgeführt werden. Wie sieht der Effekt nun im Hinblick auf Regierungswechsel oder Regierungswiederwahl aus?

Mithilfe einer First Differences Regression (z. B. Giesselmann und Windzio 2012, S. 57–60) wird die Veränderung im Auftreten der Großen Koalition auf die Veränderung der Polarisierung zwischen zwei Wahlen untersucht.<sup>18</sup>

In der Analyse der Veränderung von Polarisierung zeigen sich nun erstmals signifikante Effekte durch die große Koalition. Vor allem beim Wechsel zur großen Koalitionen, als auch beim Verbleib einer großen Koalition im Amt kann ein Zusammenhang mit einer erhöhten Spannweite festgestellt werden. Diese Effekte sind aber alle nur schwach signifikant und weisen auch nur eine geringe Erklärungskraft auf. Die Ergebnisse in Tab. 2 suggerieren, dass große Koalitionen grundsätzlich bei einer erhöhten ideologischen Spannweite wahrscheinlicher sind. Dieser Befund ist ein Hinweis darauf, dass übergroße Koalitionen eher Folge denn Ursache einer ideologischen Polarisierung sind.

---

## 6 Diskussion

Wie schädlich sind nun „große Koalitionen“ im Sinne übergroßer Koalitionen der ideologischen Mitte? Wenn Sie schädlich sind, dann sind sie es vor allem aufgrund ihrer ideologischen Zentrums Lage. Die reine rechnerische Größe der Koalition erscheint nach unseren Ergebnissen als ein untergeordneter Effekt. Sowohl die theoretische Modellierung als auch die folgende empirische Analyse kommen zu diesem Ergebnis. Die im deutschsprachigen Raum als „große Koalition“ bezeichneten Regierungskonstellationen sind in der Regel solche Zentrumskoalitionen: Eine Partei, die ideologisch knapp rechts der Mitte verortet ist (ÖVP bzw. CDU/CSU), koalitiert mit einer Partei, die ideologisch knapp links der Mitte verortet ist (SPÖ bzw. SPD). Obwohl solche Zentrumskoalitionen schon seit langem im Verdacht stehen, zentrifugale Dynamiken in Parteiensystem auszulösen, fehlten hierzu noch unter zwei Gesichtspunkten fundierte Erkenntnisse: 1) Mit Sartoris Parteiensystemtypologie gab es zwar ein umfassendes und bekanntes theoretisches Konzept zu dem Einfluss spezifischer Wettbewerbskonstellation, aller-

---

<sup>18</sup>Prinzipiell wurde auch eine *First Differences* Regression mit den anderen unabhängigen Variablen durchgeführt. Im Gegensatz zur großen Koalition ändert sich die Interpretation aus der FE-Analyse bei diesen Variablen nicht substantiell. Weiterhin können Kontrollvariablen in das Modell aufgrund des Problems der Multikollinearität nicht eingefügt werden. Auch ist zu beachten, dass die einzelnen Kategorien aufgrund des First Differences Design relativ selten vorkommen.

dings hat bisher ein präzise Verknüpfung der Makroebene mit den handelnden Akteuren gefehlt. Hierdurch blieb der genaue kausale Mechanismus auf theoretischer Ebene noch diffus. Wir konnten diesen präzisieren und zeigen, dass die den Parteienwettbewerb kennzeichnenden Interaktionsmuster der Kooperation und der Konkurrenz zwischen den Parteien die relevanten Kausalmechanismen begründen. Hierdurch rückt die zentrale Position der Regierungskoalition – aber nicht ihre parlamentarische Stärke – in den Fokus der Erklärung. 2) Wohl auch infolge der theoretischen Unklarheit wurden in international-vergleichenden empirischen Studien Sartoris Überlegungen kaum aufgegriffen, wodurch die empirische Relevanz der Wettbewerbskonstellation zur Erklärung ideologischer Polarisierung kaum abzuschätzen war. Einen ersten systematischen empirischen Test haben wir nun hier durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass zum einen die Fragmentierung der Opposition einen erheblichen Einfluss auf die Polarisierung hat. Je stärker die Opposition konzentriert ist, desto geringer fällt die Polarisierung aus. Zum anderen gibt es den spiegelbildlichen Effekt auf Regierungsebene. Einparteien-Flügelregierungen gehen *ceteris paribus* mit den niedrigsten Polarisierungswerten einher. Die Anzahl der Regierungsparteien hat dabei einen generellen Einfluss: Einparteien-Zentrumsregierungen gehen im Vergleich mit Zentrumskoalitionen ebenfalls mit einer geringeren Polarisierung einher.

Diese Befunde gelten vor allem für die empirische Spannweite. Dies bestätigt Evans (2002) Verteidigung von Sartori gegenüber der Kritik von Pennings (1998), dass nämlich die wählerstimmengewichteten Varianzmessungen der ideologischen Polarisierung nicht den vermuteten Mechanismus im theoretischen Konzept abbilden kann. Als Konsequenz einer varianzbasierten Messmethode erscheint ein Zweiparteiensystem mit praktisch zwei gleich starken Blöcken als polarisierter als ein Fünfparteiensystem, bei dem sowohl eine linksextreme als auch eine rechtsextreme Partei mit gut zehn Prozent vertreten sind und sich alle anderen Parteien in der Mitte konzentrieren (Evans 2002, S. 169). Genau dieser Effekt konnte in der empirischen Analyse dargestellt werden. Sartoris Vermutungen über einen zentrifugalen Effekt aufgrund von Zentrumskoalitionen kann anhand unserer Modernisierung auf Basis einer konsequenten Mikrofundierung bestätigt werden – und das trotz eines möglichen „Survivorship Bias“, da nur etablierte Demokratien Teil der Analyse sind.

Zusätzlich zeigen die Befunde auch, dass die Operationalisierung der Polarisierung sowohl in der Längsschnitts- als auch Querschnittsbetrachtung einen substanziellen Einfluss auf die Beurteilung der Ergebnisse hat. Ideologische Polarisierung nur über die wählerstimmengewichtete Varianz, Spannweite oder Auftreten extremer Parteien zu messen, kann zur Über- und Unterschätzung erklärender Faktoren führen. Die Konzentration auf das varianzbasierte Maß, wie

es bisher die Regel ist in international-vergleichenden Studien, ist damit nicht empfehlenswert und eine vielseitigere Messung von Polarisierung scheint einen substanziellen Mehrwert für die empirische Analyse einzubringen.

Ausgehend von unseren berichteten quantitativen Befunden bieten sich für die Zukunft länderspezifische Studien zur langfristigen Wirkung von Zentrumskoalitionen an. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass „große Koalitionen“ aufgrund ihrer ideologischen Zentrumslage tatsächlich langfristig schädlich wirken. Ihr erstmaliges Auftreten wird dabei von einer schon gegebenen zahlenmäßigen Fragmentierung und erhöhten ideologischen Spannweite begünstigt. Während eine Wiederwahl ebenfalls mit einer erhöhten Polarisierung einhergeht, ist dies bei einer Abwahl nicht der Fall. Zu den langfristigen Wirkungen großer Koalitionen liegt eine vertiefte Analyse Österreichs nahe. Es zeigt die diskutierten Muster einer lang anhaltenden Zentrumskoalition, die sich auch nach vorübergehender Abwahl wieder etablierte. Der fortschreitende Polarisierungsprozess scheint nur schwer aufzuhalten zu sein. Ein Ausweg aus einer scheinbar festgefahrenen Konstellation zur Perpetuierung einer großen Zentrumskoalition könnten dabei echte Minderheitsregierungen mit wechselnden Mehrheiten darstellen. Green-Pedersen (2004) hatte schon anhand der Fälle Finnlands und der Niederlande auf die Möglichkeit einer entsprechend wirkenden pivotalen Partei hingewiesen. Sie scheinen theoretisch am ehesten in der Lage, Kooperations- und Konkurrenzmuster zu etablieren, die einer weiteren Polarisierung entgegenwirken. Die Formierung von Koalitionen unter Beteiligung möglichst vieler Parteien ist aufgrund des Konfliktpotenzials innerhalb der Regierung auf Basis unserer Ergebnisse hingegen nicht empfehlenswert. Aufschluss zu den wirkenden Prozessen könnten künftig vertiefte Analysen der skandinavischen Praxis der Minderheitsregierungen bringen. Die dortigen Minderheitsregierungen haben das Erstarken von Parteien am rechten Rand und somit eine weitere Polarisierung allerdings nicht verhindern können. Sie entsprechen aber zum Teil aufgrund ihrer hohen Parteienanzahl und relativen Zentrumslage nicht der theoretisch abgeleiteten Idealkonstellation. Auf den ersten empirischen Blick sind Minderheitsregierungen also auch kein Allheilmittel. Die Wettbewerbskonstellation ist somit hinreichende, wohl aber nicht notwendige Bedingung zur Verhinderung einer ideologischen Polarisierung. Eine solche Polarisierung mag dabei häufig nicht unbedingt schädlich sein, gelegentlich sogar erwünscht. Suspensiert jedoch eine verschärfte ideologische Polarisierung die Möglichkeit zum demokratischen Regierungswechsel, wirkt sie auf jeden Fall schädlich (Bartolini 1999, 2000). Das Aufbrechen einer solchen Konstellation scheint dabei ohne Veränderung des das Parteiensystem umgebenden gesellschaftlichen Umfeldes nur schwer möglich.

## Anhang

**Tab. 3a** Vergleich der Poisson-Regressionsmodelle mit Negativ-Binomial- und zero-inflated Regressionsmodellen (AV: Anzahl extremer Parteien)

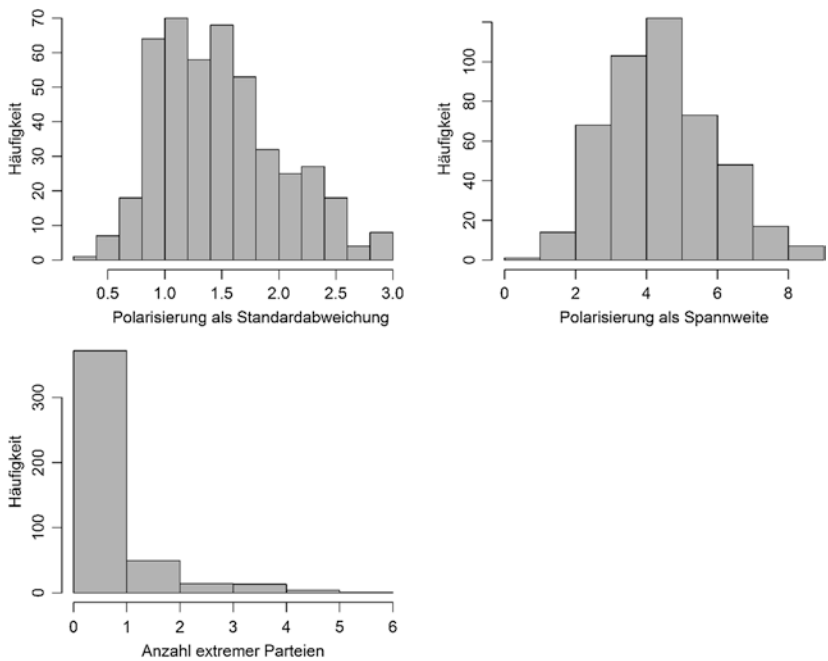
	Modell 1		Modell 2	
AV	Ideologische Spannweite		Standardabweichung	
Variante	A	B	A	B
	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)
	Pooled, Poisson	DV, Poisson	Pooled, Neg. Binominal	DV, Neg. binominal
Konstante	−1,053** (0,198)	0,083 (0,275)	−1,050** (0,239)	0,083 (0,275)
<u>Referenzkategorie: Zentrumskoalition</u>				
<i>Einparteien-Zentrumsregierung</i>	−0,215 (0,169)	−0,136 (0,194)	−0,254 (0,202)	−0,136 (0,194)
<i>Flügelkoalition</i>	−0,125 (0,148)	0,132 (0,168)	−0,117 (0,176)	0,132 (0,168)
<i>Einparteien-Flügelregierung</i>	−1,457** (0,326)	−1,159** (0,397)	−1,457** (0,347)	−1,159** (0,398)
Besetztes Zentrum (1: ja)	0,415** (0,151)	0,158 (0,160)	0,402* (0,181)	0,158 (0,160)
Große Koalition (1: ja)	−0,086 (0,171)	−0,052 (0,240)	−0,098 (0,207)	−0,052 (0,240)
Ideologisch nicht verbunden (1: ja)	0,084 (0,152)	0,123 (0,165)	0,093 (0,179)	0,123 (0,166)
ENP (Opposition)	0,302** (0,042)	0,173** (0,052)	0,304** (0,055)	0,173** (0,052)
		[Länder-Dummies]		[Länder-Dummies]
AIC	1003,72	800,51	987,06	802,53
N	453	453	453	453
Länder	35	35	35	35

Signifikanzniveaus: <sup>+</sup>p < 0,1; \*p < 0,05; \*\*p < 0,01. In der Variante B wurden Länder-Dummies als UV in die Modelle zur Kontrolle von Kontexteffekten (DV) eingefügt

**Tab. 3b** Vergleich der Poisson-Regressionsmodelle mit Negativ-Binomial- und zero-inflated Regressionsmodellen (AV: Anzahl extremer Parteien)

	AV	Modell 3			
		Extreme Parteien			
		A		B	
		Pooled, zero-inflated		DV, zero-inflated	
		B	S.E.	B	S.E.
	Konstante	−0,262	0,216	0,185	0,278
	<u>Referenzkategorie: Zentrumskoalitionen</u>				
	<i>Einparteien-Zentrumsregierung</i>	−0,170	0,185	−0,059	−0,059
	<i>Flügelkoalition</i>	0,109	0,161	0,223	0,174
	<i>Einparteien-Flügelregierung</i>	−0,913*	0,364	−0,945*	0,479
	Besetztes Zentrum (1: ja)	0,113	0,164	0,030	0,164
	Große Koalition (1: ja)	−0,175	0,184	−0,111	0,251
	Ideologisch nicht verbunden (1: ja)	0,191	0,162	0,070	0,070
	ENP (Opposition)	0,207**	0,047	0,138*	0,054
				[Länder-Dummies]	
Zero-inflation Model	Konstante	8,586**	1,150	8,377**	1,859
	Polarisierung (Standardabweichung)	2,047**	0,770	5,150**	1,966
	Polarisierung (Spannweite)	−2,864**	0,446	−4,425**	1,190
	ENP (Opposition)	0,288	0,207	0,574	0,406
	AIC	795,04		750,64	
	N	389		453	
	Länder	26		35	

Signifikanzniveaus: + $p < 0,1$ ; \* $p < 0,05$ ; \*\* $p < 0,01$ . In der Variante B wurden Länder-Dummies als UV in die Modelle zur Kontrolle von Kontexteffekten (DV) eingefügt



**Abb. 4** Univariate Varianz der Polarisierungsindikatoren. (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der beschriebenen Daten)

**Tab. 4a** Vergleich zwischen der gesamten und der oppositionellen Fragmentierung

AV	Ideologische Spannweite				Ideologische Varianz			
Variante	A	A	B	B	A	A	B	B
	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)	B(S.E.)
	FE	FE	Pooled	Pooled	FE	FE	Pooled	Pooled
	Linear	Linear	Linear	Linear	Linear	Linear	Linear	Linear
Sonstige	[...]	[...]	[...]	[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
ENP (Gesamt)	0,243* (0,119)		0,140* (0,064)		0,079* (0,031)		0,023 (0,022)	
ENP (Opposition)		0,304** (0,090)		0,340* (0,130)		0,078** (0,020)		0,062* (0,020)

AV	Ideologische Spannweite				Ideologische Varianz			
R-Quadrat	0,097	0,126	0,103	0,152	0,058	0,060	0,057	0,070
AIC	1210,09	1195,2	1606,6	1581,5	292,963	291,8	706,147	700
N	453	453	453	453	453	453	453	453
Länder	35	35	35	35	35	35	35	35

Signifikanzniveaus: <sup>+</sup>p < 0,1; \*p < 0,05; \*\*p < 0,01. In allen Modellen wurden robuste Standardfehler berechnet, welche nur für die FE-Modelle auch in den jeweiligen Kontext geclustert berechnet worden sind. Bei der FE-Poisson Regression in Modell 3A müssen Länder aufgrund der fehlenden Varianz der abhängigen Variable innerhalb des Kontextes ausgeschlossen werden. Die Variablen unter „Sonstiges“ entsprechen den unabhängigen Variablen aus den Regressionsanalysen (Tab. 1)

**Tab. 4b** Vergleich zwischen der gesamten und der oppositionellen Fragmentierung

AV	Ideologische Spannweite			
Variante	A	A	B	B
	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)	B (S.E.)
	FE	FE	Pooled	Pooled
	Poisson	Poisson	Poisson	Poisson
Sonstige	[...]	[...]	[...]	[...]
ENP (Gesamt)	0,206 <sup>+</sup>		0,169**	
	(0,116)		(0,054)	
ENP (Opposition)		0,172*		0,307**
		(0,070)		(0,050)
AIC	632,6	631,0	1036,3	1002,0
N	389	389	453	453
Länder	26	26	35	35

Signifikanzniveaus: <sup>+</sup>p < 0,1; \*p < 0,05; \*\*p < 0,01. In allen Modellen wurden robuste Standardfehler berechnet, welche nur für die FE-Modelle auch in den jeweiligen Kontext geclustert berechnet worden sind. Bei der FE-Poisson Regression in Modell 3A müssen Länder aufgrund der fehlenden Varianz der abhängigen Variable innerhalb des Kontextes ausgeschlossen werden. Die Variablen unter „Sonstiges“ entsprechen den unabhängigen Variablen aus den Regressionsanalysen (Tab. 1)



## Literatur

- Adams, James, Michael Clark, Lawrence Ezrow, und Garret Glasgow. 2004. Understanding change and stability in party ideologies. Do parties respond to public opinion or to past election results? *British Journal of Political Science* 34:589–610.
- Allison, Paul D. 2009. *Fixed effects regression models*. Los Angeles: Sage.
- Bartolini, Stefano. 1999. Collusion, competition and democracy: Part I. *Journal of Theoretical Politics* 11:435–470.
- Bartolini, Stefano. 2000. Collusion, competition and democracy: Part II. *Journal of Theoretical Politics* 12:33–65.
- Benoit, Kenneth, und Thomas Däubler. 2014. Putting text in context: How to estimate better left-right positions by scaling party manifesto data using item response theory. Prepared for “Mapping Policy Preferences from Texts” Conference. [http://www.kenbenoit.net/pdfs/BenoitDaubler\\_MARPOR.pdf](http://www.kenbenoit.net/pdfs/BenoitDaubler_MARPOR.pdf).
- Benoit, Kenneth, und Michael Laver. 2007. Estimating party policy positions. Comparing expert surveys and hand-coded content analysis. *Electoral Studies* 26:90–107.
- Bornschieer, Simon. 2015. The new cultural conflict, polarization, and representation in the Swiss party system, 1975–2011. *Swiss Political Science Review* 21:680–701.
- Budge, Ian. 2001. Theory and measurement of party policy positions. In *Mapping policy preferences. Estimates for parties, electors, and governments 1945–1998*, Hrsg. Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Judith Bara, und Eric Tanenbaum, 75–90. Oxford: Oxford University Press.
- Curini, Luigi, und Airo Hino. 2012. Missing links in party-system polarization. How institutions and voters matter. *The Journal of Politics* 74:460–473.
- Dalton, Russel J. 2008. The quantity and the quality of party systems: Party system polarization, its measurement, and its consequences. *Comparative Political Studies* 41:899–920.
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper.
- Duverger, Maurice. 1959. *Die politischen Parteien. Les partis politiques*. Tübingen: Mohr.
- Evans, Jocelyn A. J. 2002. In defence of Sartori: Party system change, voter preference distributions and other competitive incentives. *Party Politics* 8:155–174.
- Ezrow, Lawrence. 2007. The variance matters. How party systems represent the preferences of voters. *The Journal of Politics* 69:182–192.
- Franzmann, Simon T. 2008. *Programmatische Heterogenität und ideologische Polarisierung in den europäischen Parteiensystemen*. Beitrag zur 3-Länder-Tagung.
- Franzmann, Simon T. 2011. Competition, contest, and cooperation: The analytic framework of the issue market. *Journal of Theoretical Politics* 23:317–343.
- Franzmann, Simon T. 2015. Towards a real comparison of left-right indices: A comment on Jahn. *Party Politics* 21:821–828.
- Franzmann, Simon T. 2016. Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie. In *Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie*, Hrsg. Sebastian Bukow, Uwe Jun, und Oskar Niedermayer. Wiesbaden: Springer VS.
- Franzmann, Simon T., und André Kaiser. 2006. Locating political parties in policy space. A reanalysis of party manifesto data. *Party Politics* 12:163–188.

- Franzmann, Simon T., und Johannes Schmitt. 2016. How the mechanism of dynamic representation affects policy change and stability. *Analyse & Kritik, Journal of Social Theory* 38 (1): 227–256.
- Giesselmann, Marco, und Michael Windzio. 2012. *Regressionsmodelle zur Analyse von Paneldaten*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Green-Pedersen, Christoffer. 2004. Center parties, party competition, and the implosion of party systems: A study of centripetal tendencies in multiparty systems. *Political Studies* 52:324–341.
- Laakso, Markku, und Rein Taagepera. 1979. “Effective” number of parties. A measure with the application to West Europe. *Comparative Political Studies* 12:3–27.
- Laver, Michael, und Ian Budge. 1992. *Party policy and government coalitions*. New York: St. Martin’s Press.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage structures, party systems, and voter alignments. An introduction. In *Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives*, Hrsg. Seymour Lipset, Stein Rokkan, und R. R. Alford, 1–64. New York: Free Press.
- Mair, Peter. 2001. Searching for positions of political actors. A review of approaches and a critical evaluation of expert surveys. In *Estimating the policy position of political actors*, Hrsg. Michael Laver, 10–30. London: Routledge.
- Marchi, Scott de, und Scott E. Page. 2014. Agent-based models. *Annual Review of Political Science* 17:1–20.
- Mölder, Martin. 2016. The validity of the RILE left-right index as a measure of party policy. *Party Politics* 22:37–48.
- Pennings, Paul. 1998. The triad of party system change. Votes, office and policy. In *Comparing party system change*, Hrsg. Jan-Erik Lane und Paul Pennings, 79–100. London: Routledge.
- Rehm, Philipp, und Timothy Reilly. 2010. United we stand: Constituency homogeneity and comparative party polarization. *Electoral Studies* 29:40–53.
- Sartori, Giovanni. 1976. *Parties and party systems. A framework for analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmidt, Manfred G. 1992. Opposition. In *Lexikon der Politik*, Hrsg. Manfred G. Schmidt und Dieter Nohlen, 283–288. München: Beck.
- Schmitt, Johannes. 2014. A microfoundation of centrifugal dynamics in party systems. Beitrag zur ECPR Graduate (Innsbruck). <https://ecpr.eu/Events/PaperDetails.aspx?PaperID=17301&EventID=13>.
- Schmitt, Johannes. 2015. Computersimulationen als Werkzeug in der Politikwissenschaft: Chancen und Nutzen agentenbasierter Modellbildung. *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung* 21:110–120.
- Schmitt, Johannes. 2016. A polarizing dynamic by center cabinets? The mechanism of limited cooperation. Unveröffentlichtes Manuskript vorgestellt auf dem Workshop „Agent Based Modelling across Social Science, Economics, and Philosophy“, Bamberg.
- Spoon, Jae-Jae, und Heike Klüver. 2015. Voter polarisation and party responsiveness: Why parties emphasise divided issues, but remain silent on unified issues. *European Journal of Political Research* 54:343–362.
- Steffani, Winfried. 1968. Verfassungsgerichtsbarkeit und demokratischer Entscheidungsprozeß. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 21:1–14.

- Steiner, Nils D., und Christian W. Martin. 2012. Economic integration, party polarisation and electoral turnout. *West European Politics* 35:238–265.
- Taylor, Michael, und V. M. Herman. 1971. Party systems and government stability. *The American Political Science Review* 65:28–37.

## Zitierte Datensätze

- Bakker, Ryan, Erica Edwards, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Gary Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen, und Milada Vachudova. 2015. *2014 Chapel Hill expert survey. Version 2015.1*. Chapel Hill: University of North Carolina. [www.chesdata.eu](http://www.chesdata.eu).
- Döring, Holger, und Philip Manow. 2015. *Parliaments and governments database (ParlGov). Information on parties, elections and cabinets in modern democracies. Development version*.
- Volkens, Andrea, Pola Lehmann, Theres Matthieß, Nicolas Merz, Sven Regel, und Annika Werner. 2015. *The manifesto data collection. Manifesto project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2015a*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

---

## Teil II

# Wettbewerbsmuster und parteiliche Folgen

---

# Stadt, Land, Partei – neue Asymmetrien im Parteienwettbewerb?

Oliver D'Antonio

---

## 1 Die politischen Parteien auf Großstadtkurs?

Seit mehr als einem Jahrzehnt schon diskutiert die CDU, wie sie sich als große Mitgliederpartei fit für die Zukunft machen kann. In den vergangenen Jahren wurde ein weiterer Debattenstrang in den Modernisierungsdiskurs der Partei eingeflochten, der auf Erfolge in den Großstädten abzielt. Angestoßen wurde die Debatte durch ein Diskussionspapier, das Offenheit für urbane Vielfalt und die Ergänzung der Programmatik um urbane Themen fordert (Zimmer und Weinberg 2012). Im jüngsten Parteidokument, dem Bericht der Reformkommission „Meine CDU“ geht die grundlegende Erneuerung der Partei und ihres Images mit den Ideen der „Großstadtpartei“ Hand in Hand (CDU 2015). 2014 hat die Unionsfraktion im Bundestag sogar einen Großstadtbeauftragten berufen. Doch nicht allein die CDU hat das Großstadt-Terrain für sich entdeckt. Bereits 2007 richtete die FDP eine Arbeitsgruppe „Großstadtoffensive“ ein, deren Abschlussbericht eine ähnliche Zielgruppendefinition und -Ansprache verkündet wie der der CDU (Bundesvorstand der FDP 2007). SPD und Grüne sind da schon einen Schritt weiter. Sie betrachten sich explizit als „Großstadtpartei“ (Wiemken 2014) bzw. als „moderne Großstadtpartei“ (Fegebank 2011, S. 244). Dagegen sorgt sich die traditionell in den urbanen Verwaltungszentren der ehemaligen DDR verankerte LINKE (Chrapa und Wittich 2001, S. 21) insbesondere um ihre Zukunft in ländlichen Gebieten (Tändler-Walenta und Feiks o. J.).

---

O. D'Antonio (✉)  
Universität Kassel, Kassel, Deutschland  
E-Mail: dantonio@uni-kassel.de

Parteien scheinen also Fragen der lokal- und regionalstrukturell basierten Wähleransprache eine gewisse Bedeutung beizumessen. Die Fokussierung der (antizipierten) Selbstwahrnehmung als „Großstadtpartei“ oder zumindest die Orientierung an dieser Figur sprechen dafür, sich mit der Fragestellung auseinanderzusetzen, ob denn auf einer empirischen Basis überhaupt zu erkennen ist, dass Unterschiede in der Parteineigung zwischen Wählerinnen und Wählern in den Großstädten und den Kleinstädten und Dörfern dieser Republik erkennbar sind. Zugespitzt formuliert: Wählen „Städter“ und „Dörfler“ anders? Spielt die Gemeindegröße als Faktor der sozialen Prägung für das Wahlergebnis eine Rolle? Dies könnte Aufschluss darüber geben, ob sich hinter dieser Rhetorik manifeste strategische Potenziale verbergen. Wäre dies nicht der Fall, so könnte es entweder sein, dass sich die Parteien in ihrer Strategie irren, weil dieser die soziale Grundlage fehlt, oder es ist denkbar, dass sich hinter der Großstadtrhetorik ein ganz anderes strategisches Moment verbirgt, für welches das Großstadt-Label lediglich als Chiffre herhalten muss.

Nach einer theoretischen Einordnung möglicher wahlrelevanter Spezifika von Stadt und Land wird eine Analyse auf Basis der Gemeindeergebnisse in hessischen Kommunen bei der Bundestagswahl 2013 durchgeführt. Diese Ergebnisse werden abschließend mit Blick auf die aufgeworfenen Fragestellungen und den theoretischen Rahmen verortet.

---

## 2 Problemstellung und Forschungsstand

Anders als im Falle von Beruf, sozialer Schichtung oder Konfession liegen für Faktoren wie Raumstruktur und Gemeindegröße nur wenige belastbare Studien vor. Der Grund dafür mag dem Umstand geschuldet sein, dass es sich bei Gemeinden um kollektive und plurale Entitäten handelt, die anders als Individualmerkmale keine auch nur halbwegs plausiblen Aussagen über Wahlentscheidungen Einzelner zulassen. Vielmehr dürfte lediglich die sozialräumliche Kumulation von Individuen, auf die gewisse sozialstrukturelle Merkmale zutreffen, den Ausschlag für lokalspezifische Wahlergebnisse geben.

So berechtigt dieser Einwand auch sein mag, so ist ihm dennoch entgegenzuhalten, dass eben diese über lange Zeit prägenden Einflussfaktoren vielfach einhergehen mit sozialräumlichen Bindungsmustern und lokalen politischen Kulturen und Milieustrukturen, die somit auch örtliche und regionale „Wählertraditionen“, nicht zuletzt in Abhängigkeit von Faktoren wie Ortsgröße und Siedlungsdichte begründen (Rohe 1992). Gleichwohl solche Bindungsmomente schwächer werden, wird zu diskutieren sein, inwiefern solche Wählertraditionen

Transformationsprozesse durchlaufen oder gar, jenseits ihrer sozialstrukturellen Grundlage, konserviert werden können und somit die Frage von Stadt und Land für den Parteienwettbewerb möglicherweise zu einer relevanten werden lassen.

Die Forschungslage zum Themenfeld ist dünn gesät. Die für die Wahlentscheidung bedeutsame Frage örtlicher Verankerung von Parteien in der lokalen Gesellschaft ist zumeist im Rahmen qualitativer Fallstudien (D’Antonio 2015; Suckow 1989) untersucht worden, seltener in quantitativ-vergleichender Perspektive (Engel 1988). Dabei wurden jedoch meist homogene Bezugsorte, d. h. eher ländliche oder eher städtische Untersuchungsregionen gewählt. Spezifische wahlsoziologische Untersuchungen für städtische Räume liegen hingegen seltener vor (Gabriel et al. 1997). Lediglich für die Wahlbeteiligung wurden häufiger Größen vergleichende Untersuchungen durchgeführt, wobei die These einer steigenden Wahlbeteiligung mit sinkender Gemeindegröße nicht in allen Studien bestätigt wird (exemplarisch: Schäfer et al. 2013, S. 23; Klein 2011, S. 6 f.; Vetter 2008).

Die Fragen, inwiefern der Faktor Gemeindegröße tatsächlich auf den Parteienwettbewerb zurückwirkt, ob unterschiedliche Parteien unterschiedliche Profile in Großstädten und Kleingemeinden aufweisen, ob sie mithin eher urbane oder rurale Elektorate besitzen, erscheinen somit von besonderem Interesse. Dies gilt umso mehr, als die Strukturen des Parteienwettbewerbs in jüngerer Zeit unsicher werden, die Volatilität steigt und die Parteien mit spezifischen Strategien, wie dem des Anspruchs Großstadtpartei zu sein, in diesen Wettbewerb eintreten.

---

### **3      Stadt und Land im Parteienwettbewerb: theoretische Basis**

#### **3.1      Stadt-Land-Konflikt in der Cleavage-Theorie**

Um die Mobilisierungskraft von Parteien auf Basis eines Stadt-Land-Gegensatzes modellieren zu können, liegt es zunächst nahe, auf den klassischen Konfliktstrukturansatz von Lipset und Rokkan (1967) zurückzugreifen, in dem diese die Existenz einer solchen Konfliktlinie (im Original: *cleavage*) behaupten. Parteien treten diesem Modell zufolge als Agenten solcher Konflikte auf, indem sie Mitglieder sowie Wählerinnen und Wähler mobilisierten und die Konflikte politisch integrierten und stabilisierten (Lipset und Rokkan 1967, S. 3 ff.). Der zumeist eher unpräzise übersetzte Stadt-Land-Konflikt tritt keineswegs als kultureller, sondern als sozioökonomischer Konflikt auf. Diese Spannung des frühen Industriezeitalters bestünde in einem Interessengegensatz zwischen ruralen Grundbesitzern bzw. Landwirten und einem städtischen Wirtschaftsbürgertum (Rokkan 2000,

S. 343 ff.). Bereits Rokkan schien dieser cleavage als Grundlage für eine Parteienbildung sehr voraussetzungsvoll (Rokkan 2000, S. 402), weshalb es in den meisten Ländern nicht zur Bildung agrarischer Interessenparteien gekommen sei – so auch in Deutschland, wo dies eine „nationale Allianz“ zwischen agrarischen Junkern und städtischem Wirtschaftsbürgertum verhinderte (Mielke 2001, S. 349).

Der Ansatz gerät rasch in Kritik. Am cleavage-Begriff wird dessen unzureichende Präzisierung bemängelt. Kritisiert wird zudem, dass seine Erklärungskraft über die historische Genese von Parteiensystemen hinaus, beispielsweise für stabile Partei-Wähler-Bindungen, nur begrenzt tauglich ist (Elff 2006, S. 46 ff.; Pappi 1973, 1977). Selbst jene, die das cleavage-Modell nicht gänzlich ablehnen, stellen im Mindesten die Erosion der Relevanz der als von Lipset und Rokkan als eingefroren und damit als stabil bezeichneten cleavage-Strukturen fest (Dalton 2002; Mair 2001, S. 28 f.). Für Deutschland ist zudem festzuhalten, dass Spezifika bezüglich der Konfliktstrukturen in Ost- und Westdeutschland feststellbar sind, die Görl (2006) anhand des sozioökonomischen Cleavages analysiert hat. Besonders der Stadt-Land-Konflikt wird in neueren Modellen, wie im oft rezipierten Ansatz von Kitschelt (1994, S. 26) nicht mehr thematisiert. Auch Manza und Brooks (1999, S. 40) verwerfen den Konflikt sowohl als „urban-suburban“, als auch als „metropolitan-nonmetropolitan“ als untauglich, da diese Konflikte sozioökonomisch und nicht raumsoziologisch begründet seien. Lediglich für einige ostmitteleuropäische Staaten kann noch heute ein relevanter Konflikt zwischen agrarisch-ruralen und industriell-urbanen Interessen festgestellt werden (Casal Bértoa 2014, S. 24 ff.).

Auch aus interdisziplinärer Perspektive wird einer solchen Konfliktlinie kaum politische oder gesellschaftliche Bedeutung beigemessen. Für den Sozialhistoriker Tenfelde sind Stadt-Land-Gegensätze zumeist nur als „Durchlauferhitzer für anders disponierte Konfliktlagen“ virulent geworden (Tenfelde 2012, S. 314). Dort wo sie um die Wende zum 20. Jahrhundert zumindest als Modernisierungskonflikte auftraten, sind sie spätestens seit den 1950er und 1960er Jahren in der Bundesrepublik obsolet geworden. Denn die Modernisierung des Dorflebens, die Entbäuerlichung und Urbanisierung der Dörfer, die Ansiedlung von Industrien, der Zuzug Dorffremder sowie der Anstieg des Lebensstandards und die bessere infrastrukturelle Ausstattung der Landschaften ließen die extremen Gegensätze von Stadt und Land in nahezu allen Facetten einschmelzen (Henkel 2004, S. 98, 205 f., 380 f.). Konfliktpotenziale bieten lediglich der Autonomieverlust der Kommunen im Zuge von Eingemeindungen und die sich verschlechternde Ressourcenausstattung, die jedoch größere wie kleinere Kommunen je nach Wirtschaftslage gleichermaßen treffen.

Damit muss der Stab über einen konfliktstrukturellen Problemzugang nicht endgültig gebrochen werden, auch wenn seine unmittelbare Erklärungskraft



für die Frage der Parteielektorate nur begrenzt tauglich erscheint. Mielke weist auf eine ältere Konfliktlinie hin, die bereits im Zusammenhang mit Aufkommen der Grünen diskutiert wurde. Anders als viele andere Autoren, die hier in Anlehnung an Inglehart eher einen Konflikt zwischen „materieller und post-materieller“ respektive „alter und neuer Politik“ sahen, übersetzt Mielke den rein sozioökonomischen Stadt-Land-Konflikt von Lipset/Rokkan in einen kulturalistischen Gegensatz von „Traditionalismus vs. Modernisierung“ (Mielke 2001, S. 88), der möglicherweise, aufgrund des Eroberungszuges der Grünen in den Städten, auch für andere Parteien handlungsleitend sein könnte. Inwiefern Gegensätze, die sich im Zuge der fortschreitenden Globalisierung herausbilden und unter dem Begriffspaar Kosmopolitismus – Kommunitarismus gegenwärtig erforscht werden (de Wilde et al. 2014) neue Konflikte zwischen Eliten und Massen oder zwischen urbanen Zentren und ruralen Peripherien herausbilden, auf die rechtspopulistische oder rechtsradikale Parteien aufbauen können, wird künftige Forschung zeigen müssen. Dies gilt umso mehr, als Elff den wichtigen Hinweis gibt, dass die Beurteilung, ob es sich bei einem Konflikt um einen parteibildenden cleavage handelt, immer von dessen langfristiger Stabilität abhängt und somit erst *ex post* erfolgen kann (2006, S. 49). Damit ist hinsichtlich allzu weitreichender Annahmen über einen neuen Stadt-Land-Konflikt Vorsicht geboten.

### 3.2 Soziale Milieus und Regionalstudien

Lokale und regionale Wahlergebnisse können auch als Ausdruck, gar Resultat einer Verankerung von Parteien in örtlichen Milieustrukturen interpretiert werden. Diese politisierten und weltanschaulich gefärbten Milieus, die Lepsius in seinen viel rezipierten Arbeiten „sozialmoralische Milieus“ taufte (1973), bilden in historischer Perspektive ein wesentliches Erklärungsmuster für wahlpolitische Mobilisierungskraft einzelner Parteien. Auf der konzeptionellen Ebene der Milieuforschung lassen sich im Groben zwei divergierende Zugänge unterscheiden, ohne dass diese strikt voneinander zu trennen sind: So werden im Anschluss an Lepsius zum einen makrosoziologische Milieustrukturen als soziokulturelle Einheiten auf Basis einer Kombination spezifischer Sozialstrukturmerkmale entwickelt (Lepsius 1973, S. 68). Zum anderen wurden zahlreiche, oftmals historisch angelegte Milieustudien auf der lokalen und regionalen Ebene durchgeführt, die damit nicht allein abstrakte sozialwissenschaftliche Konstruktionen, sondern reale Vergemeinschaftungen darstellten (exemplarisch: Bösch 2002; Walter et al. 1993; Naßmacher 1979). Insbesondere die partei- und wahlbezogenen Studien waren dabei durchaus vom älteren Ansatz der Wahlgeografie inspiriert, der räumliche

Umweltfaktoren und sogar topografische Erklärungsvariablen für Wahlverhalten einführte (Falter und Winkler 2014, S. 118 f.).

Eine Verknüpfung von sozialmoralischen Makromilieus und regionalen Milieustrukturen hatte Hennig vorgenommen, dabei jedoch konzeptionelle Defizite in Lepsius' Modell bei der Übertragung auf die Lokalebene festgestellt (1989, S. 150 f.). Auch Rohe hatte angeregt, die Transformation und Persistenz von Milieustrukturen vorwiegend über regionale und lokale Feldzugänge zu erschließen (1992, S. 20). Mit der Feststellung, dass diese Milieus Transformations- und Erosionsprozesse erleben, wurde zumeist auch das Ende ihrer Erklärungskraft für Wahlentscheidungen behauptet. Denn im Zuge der gesellschaftlichen Pluralisierungsprozesse käme es zu einer „Auflockerung oder Auflösung der klassischen, von Klassen- und Konfessionszwängen geprägten sozialmoralischen Großmilieus“, infolgedessen „die Formen des Zusammenlebens und des Gemeinschaftshandelns der Menschen vielfältiger und situationsoffener gestaltet werden“ (Vester et al. 1993, S. 38 f.). So vollzog die Parteien- und Wahlforschung eine allmähliche Abwendung vom Milieukonzept.

In den vielfältigen Teildisziplinen der Soziologie erlebte das Milieu seit den 1980er Jahren hingegen eine beachtliche Renaissance: Zum einen wurden auf der Makroebene Milieuansätze entwickelt, die Lebensstile sowie Konsum- und Freizeitgewohnheiten in den Mittelpunkt rückten, ohne dass dabei Faktoren wie Einkommen und soziale Schichtung ausgeklammert wurden (Hradil 2006, S. 4). Zum anderen nahmen insbesondere stadt- und raumsoziologische Studien mit kleinräumigen Untersuchungen lokale Milieus in den Blick. Wichtig wird dabei die Hervorhebung der Raumdimension, die elementar für die Milieupraxis vor Ort ist. Entgegen postmoderner Annahmen scheinen die Raumzusammenhänge nicht zu zerfließen. Vielmehr bleiben Quartiere und Stadtteile konstitutive Bezugspunkte von Milieus oder Sozialräume werden gar erst durch die örtliche Milieupraxis geschaffen (Manderscheid 2004, S. 99, 103 ff.).

Urbane Milieuzusammenhänge werden somit in vielfältiger Form verarbeitet, insbesondere bei der Kontextualisierung von Quartieren und sozialer Lage, wenn es um Analysen städtischer Armut geht (Häußermann et al. 2004, S. 26 ff.), aber auch bei der Anwendung der Lebensstilforschung auf Quartiere (Gebhardt 2014), bei der Analyse räumlicher Netzwerkstrukturen von Kreativmilieus (Frey 2009) oder in der Migrationsforschung (Geiling et al. 2011). In der historischen Milieuforschung hat sich Reichardt (2014) der Vergemeinschaftung in den Alternativmilieus der 1970er und 1980er Jahre angenommen. Für kleinstädtische und ländliche Räume liegt keineswegs die gleiche Fülle an Milieustudien vor. Allerdings verfügt die Agrarsoziologie auch hier über eine kontinuierliche Beobachtung der Veränderung von Lebenswelten im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte

(BMEL 2015; Vonderach 2004). Auch jüngere Entwicklungen wie die Etablierung von Kreativmilieus in ländlichen Gemeinden wurden dabei in den Blick genommen (Berger et al. 2014).

Wie haben sich diese Entwicklungen in der Milieuforschung in der Parteien- und Wahlforschung niedergeschlagen? Insgesamt sind diese Ansätze nur begrenzt aufgegriffen worden. Eine Kopplung zwischen den Lebensstilmilieus und den politischen Parteien herzustellen, haben beispielsweise Oedegaard (2000) und Walter (2008, S. 7–35) versucht. Oedegaard stellt fest, dass Milieubezüge der Parteien zwar durchaus existieren, jedoch bestenfalls als „Milieu-light“, die insgesamt wenig Aussicht auf Stabilisierung versprechen. Der parteinahen Milieuforschung rät er, zunächst wahlrelevante Faktoren in den Lebensstilmilieus zu identifizieren, da sich die Indikatoren alter Milieus nur bedingt als tragfähig erweisen (Oedegaard 2000, S. 228 f.). Schäfer et al. (2013, S. 16 ff.) weisen nach, dass mithilfe der Lebensstilmilieus divergierende Wahlbeteiligungen erklärt werden können. Schließlich stellt Schwinn (2014, S. 157) fest, dass in jüngeren linksliberal geprägten Milieus zwar durchaus Affinitäten zu Grünen oder FDP existierten, dass jedoch zu wenige Untersuchungen der Binnenkommunikation in diesem Milieus erfolgt sei, die Aufschluss über deren politische Prägekraft geben könnten. Schließlich hat D’Antonio (2015) eine Studie vorgelegt, in der er auf Stadtteilebene die Kopplung von Parteien und lokalen Milieus untersucht hat.

Das Milieukonzept scheint für sozialräumliche Erklärungen von Wahlergebnissen zumindest Potenziale bereitzuhalten, die von der Parteien- und Wahlforschung zwar teilweise, aber doch keineswegs erschöpfend genutzt werden. Die Untersuchung der Transformation traditioneller Milieus und ihrer Beziehungen zu den Großparteien, die in einen „Verdrängungswettbewerb mit anderen Positionen“ geraten sind (Gabriel 2011, S. 12), dürfte dabei ebenso ertragreich sein, wie die Erforschung der deutlicheren Milieuzuordnung kleinerer Parteien (Gabriel 2011, S. 25 f.) und deren Binnenstrukturen und Kommunikationsprozesse. Letztlich scheint in der Tat keine Krise der Milieus *per se*, sondern vielmehr eine Krise ihrer (politischen) Repräsentation vorzuliegen (Vester et al. 2001, S. 13), was insbesondere für die Repräsentation jüngerer Milieuformen konstatiert werden kann.

Cleavage-Theorie und Milieuansätze sind von ihren analytischen Potenzialen her als kompatible und sich ergänzende Ansätze verwendet worden. Mit Blick auf die in diesem Beitrag aufgeworfene Fragestellung des Parteienwettbewerbs in Stadt und Land beinhalten beide jedoch unterschiedliche Implikationen. Denn während ein möglicher Stadt-Land-Cleavage die politische Relevanz räumlicher Divergenzen zwischen größeren und kleineren Kommunen oder dichter und dünner besiedelten Regionen behauptet, erscheint den Milieuanätzen die sozialräumliche Komponente zwar als wichtig, in ihrer konkreten Gestalt ist sie jedoch

diffuser und weit weniger klar strukturiert. Die Frage nach Stadt oder Land ist dabei nicht irrelevant, paart sich jedoch mit sozialstrukturellen Faktoren wie sozialer Schichtung oder Konfession. Sie impliziert auch die Aufbrechung städtischer Räume und die partielle Quartiersbezogenheit von urbanen Milieus. Insofern verkompliziert die Milieudimension den Parteienwettbewerb, zeichnet aber möglicherweise auch ein realistischeres Bild der pluralisierten Gesellschaft. Inwiefern die Ansätze als Interpretationsfolien für die Analyse der Wahlergebnisse dienen können, wird in Abschn. 4.3 diskutiert.

---

## **4 Analyse der Gemeindeergebnisse Bundestagswahl 2013 in Hessen**

### **4.1 Fallauswahl und Spezifika des Parteiensystems in Hessen**

Die aufgeworfene Frage nach der Bedeutung der Stadt-Land-Dimension für den Parteienwettbewerb, soll im Folgenden anhand der Zweitstimmenergebnisse in den Städten und Gemeinden Hessens bei der Bundestagswahl 2013 diskutiert werden. Das Land Hessen wurde dabei aus zwei Gründen ausgewählt: Erstens erschien Hessen mit seinen insgesamt 426 Städten und Gemeinden im Vergleich zu den anderen größeren Flächenstaaten überschaubar.<sup>1</sup> Zweitens besitzen die Gemeinden Hessens mit einer durchschnittlichen Größe von rund 14.000 Einwohnern einen eher kleinstädtischen Charakter (Dreßler 2010, S. 166), weisen dabei aber eine wesentlich größere Spreizung als die kleineren Bundesländer in Ost- und Westdeutschland auf oder auch als die Kommunen Nordrhein-Westfalens, wo es nur verhältnismäßig wenige Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern gibt. Allerdings muss hinsichtlich der Fallauswahl auch konstatiert werden, dass die hessischen Ergebnisse nicht einfach verallgemeinert werden können, weil sich erstens die Raum-, Gemeinde- und Bevölkerungsstrukturen in den unterschiedlichen Bundesländern stark unterscheiden und zweitens, weil dies auf die teilweise eher dünn besiedelten Peripherien und die schrumpfenden Städte und Gemeinden Ostdeutschlands im Besonderen zutrifft. Dennoch dürften sich wichtige Erkenntnisse aus der Betrachtung der hessischen Kommunen gewinnen lassen, was den Faktor Gemeindegröße bei Wahlen betrifft.

---

<sup>1</sup>Zum Vergleich: Bayern, Rheinland-Pfalz (beide über 2000 Gemeinden), Baden-Württemberg (1100), Niedersachsen (975).

**Tab. 1** Ergebnis der Bundestagswahl 2013 in Hessen und im Bund im Vergleich (in %). (Eigene Darstellung. Quelle: Bundeswahlleiter)

	CDU/CSU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	AfD	Wahlbet.
Bund	41,5	25,7	8,4	8,6	4,8	4,7	71,5
Hessen	39,2	28,8	9,9	6,0	5,6	5,6	73,2
Differenz	-2,3	+3,1	+1,5	-2,6	+0,8	+0,9	+1,7

Einen besonderen politisch-kulturellen Rahmen bildet zudem das parteipolitische Wettbewerbsprofil Hessens. Über Jahrzehnte erzielte die hessische SPD weit stärkere Ergebnisse als die Bundespartei. Zwischen 1946 und 1999 regierten, mit Ausnahme der Jahre 1987 bis 1991, ausschließlich die Sozialdemokraten das Land. Hessen galt lange Jahre als ein „Widerlager“ zur Adenauer-Republik (Strünck 2008, S. 258). Diese Vorherrschaft beruhte insbesondere auf der Stärke der SPD im südlichen und nördlichen Teil des Landes, während die weniger urban geprägte Mitte und der Osten Hessens stark konservativ bzw. konfessionell-katholisch geprägt waren. Erst seit Ende der 1990er Jahre setzte sich allmählich eine landesweite Dominanz der CDU durch (Neumann 2016, S. 238 ff.). Unter den kleineren Parteien verlor auch die FDP in Langzeitperspektive ihre Rolle als dritte Kraft an Bündnis 90/Die Grünen, die in Hessen vor allem in den urbanen Dienstleistungszentren und Universitätsstädten erfolgreich sind. Diese Charakteristika im Vergleich zur Bundesebene spiegeln sich in Ansätzen auch im Bundestagswahlergebnis von 2013 wider (Tab. 1).

## 4.2 Vorgehensweise

Im Rahmen dieses Beitrags soll keine systematische und flächendeckende Überprüfung der Wirkung des Stadt-Land-Gegensatzes auf den Parteienwettbewerb erfolgen. Daher wird auf eine systematische Hypothesenprüfung verzichtet. Vielmehr will sich die folgende Analyse zunächst möglichen Zusammenhängen und Mustern annähern, die wiederum die Basis für weitergehende Forschungsarbeiten bilden können. Theoriegeleitet sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob sich anhand des Faktors Gemeindegröße sichtbare Differenzen in den parteilichen Wettbewerbsstrukturen ausmachen lassen.

Zur Ermittlung möglicher Stadt-Land-Differenzen wurden im Folgenden die prozentualen Abweichungen der amtlichen Endergebnisse in den einzelnen Städten

**Tab. 2** Größen-Cluster hessischer Städte und Gemeinden. (Eigene Darstellung)

Cluster-Name	Einwohnerspanne	Anzahl Gemeinden <sup>a</sup>	Anteil Wahlberechtigte am Gesamtelektorat <sup>b</sup>
Ü50	über 50.000 EW	12	ca. 28 % (absolut: 1.250.184)
EW50-20	20.000–49.999 EW	46	ca. 21 % (929.138)
EW20-10	10.000–19.999 EW	107	ca. 25 % (1120.856)
EW10-5	5000–9999 EW	136	ca. 17 % (769.680)
U5	unter 5000 EW	125	ca. 8 % (343.413)

<sup>a</sup>Cluster-Zuordnung auf Basis der maßgeblichen Einwohnerzahlen für die Gemeindewahlen 2016 (Stand: 30.09.2014) (Hess. Statistisches Landesamt 2015)

<sup>b</sup>Eigene Berechnung auf Basis der zum Stichtag der Bundestagswahl wahlberechtigten Einwohnerschaft. Beides entsprechend Hessisches Statistisches Landesamt

und Gemeinden vom hessischen Landesergebnis ermittelt.<sup>2</sup> Dazu wurde eine Cluster-Bildung in Gemeindegrößenklassen vorgenommen. Dabei stellten insbesondere die zwölf größten Städte Hessens, die kreisfreien und Sonderstatusstädte<sup>3</sup>, eine besondere Herausforderung dar. Denn diese ohnehin kleine Gruppe bewegt sich in einem breiten Korridor zwischen mehr als 700.000 (Frankfurt am Main) und 51.000 Einwohnern (Wetzlar). Einer Definition Gabriels folgend, können Großstädte für die Bundesrepublik erst ab einer Einwohnerzahl von 400.000 als solche betrachtet werden (Gabriel 2000, S. 189 ff.). Folgte man dieser Definition, gäbe es jedoch nur eine hessische Großstadt. Diese Problematik ließ sich nicht vollständig auflösen. Es wurde als sinnvoll erachtet, diese zwölf Städte in einem Cluster zu bündeln, da für sie zumindest städtische Strukturen in Form von Infrastruktur und möglicherweise dem Status regionaler Zentren angenommen werden können. Diese besondere Spannweite des Clusters Ü50 ist in der Analyse zu berücksichtigen. Die weiteren Cluster umfassen Städte mit 50.000 bis 20.000 (EW50-20), mit 20.000 bis 10.000 (EW20-10), mit 10.000 bis 5000 (EW10-5) und mit weniger als 5000 Einwohnern (U5) (siehe Tab. 2).

Trotz der gewählten Gruppierung fällt die Anzahl der Gemeinden für die einzelnen Cluster sehr unterschiedlich aus. Es zeigt sich auch, dass zwar ein großer

<sup>2</sup>Gemeindeergebnisse entsprechend den Angaben des Hessischen Statistischen Landesamtes (2013).

<sup>3</sup>Sonderstatusstädte sind kreisangehörige Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern, die aufgrund ihrer besonderen kommunalen Leistungserbringung für die umliegenden Gemeinden besonders entgolten werden (§ 4a HGO).

Teil der Wählerinnen und Wähler Hessens in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern leben, dass aber mehr als die Hälfte des Elektorates in Städten und Gemeinden mit weniger als 20.000, ein Viertel sogar in kleinen Gemeinden und Dörfern mit weniger als 10.000 Einwohnern leben. Anzumerken ist zudem, dass bei einer Prüfung der Wahlbeteiligung entlang der Cluster auch hier festzustellen ist, dass in der Gruppe der Ü50 fast durchweg unterdurchschnittliche, aber bereits in allen Gemeinden der darunter liegenden Cluster mehrheitlich überdurchschnittliche Beteiligungsraten festzustellen sind, ein für den Parteienwettbewerb nicht unerhebliches Faktum.

#### 4.3 Städte- und Gemeindegrößen als Faktor im Parteienwettbewerb?

Ein praktisches Problem bei der Darstellung und Analyse ergibt sich aus der großen Spanne der Abweichungsgrade vom Landesergebnis, insbesondere für CDU und SPD. Diese umfasst in ihrer extremsten Spannweite für die CDU eine Distanz von mehr als 40 Prozentpunkten zwischen dem besten und dem schlechtesten Gemeindeergebnis im Land. Um die Ergebnisse dennoch sinnvoll darzustellen, wurden die Abweichungsgrade gruppiert. Dazu wurden zum einen für CDU und SPD und zum anderen – aufgrund der geringeren Stimmanteile und der somit auch niedrigeren Abweichungsgrade – für FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und die AfD zwei unterschiedliche Modelle der Gruppierung entwickelt.<sup>4</sup> Im Ergebnis werden für die Parteien in den einzelnen Clustern Häufigkeitsverteilungen hinsichtlich des Grades der Abweichung vom Landesergebnis sichtbar. Die mathematische Unschärfe des Vorgehens erscheint vor dem Hintergrund vertretbar, dass es hier um das Aufzeigen von Tendenzen mit dem Ziel der Hypothesengewinnung und weniger um präzise Modellierung des Phänomens geht. Zunächst sollen die Wahlergebnisse und Abweichungsgrade für die einzelnen Parteien betrachtet werden, um mögliche Profile der Parteielektorate entlang der Größencluster zu identifizieren. In einem zweiten Schritt wird versucht, diese Profile für die einzelnen Cluster im Sinne einer Wettbewerbsstruktur zusammenzuführen.

Für die *CDU* gilt, dass sie in der Mehrzahl der mittelgroßen Städte und Gemeinden der Gruppen EW50-20 und EW20-10 positive Ergebnisse erzielt,

---

<sup>4</sup>Für CDU und SPD: >20 %; 20 bis 15,1 %; 15 bis 10,1 %; 10 bis 5,1 %; 5 bis 1,1 %; 1 bis -1 %; -1,1 bis -5 %; -5,1 bis -10 %; -10,1 bis -15 %; -15,1 bis -20 %; <-20 %. Für FDP, Grüne, LINKE und AfD: >6 %; 6 bis 4,1 %; 4 bis 2,1 %; 2 bis 0,6 %; 0,5 bis -0,5 %; -0,6 bis -2 %; -2,1 bis -4 %, -4,1 bis -6 %; <-6 %.

während in den größeren Städten der Gruppe Ü50 mehrheitlich negativ vom Landesschnitt abweichende Ergebnisse erzielt werden. Auffällig ist, dass gerade in den Clustern EW10-5 und U5 auch eine beachtliche Zahl an recht starken Positivabweichungen erzielt werden. In den U5-Gemeinden erreicht die CDU in 16 Gemeinden Abweichungen, die mehr als 10 Prozentpunkte über dem Landesschnitt liegen. Dies ist insofern bemerkenswert, als sie im gleichen Cluster in der Mehrheit jedoch deutlich negativ abweichende Ergebnisse erzielt.

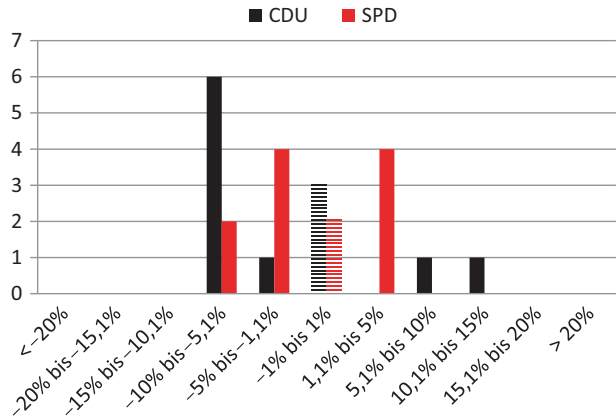
Die *SPD* errang in den Ü50-Städten insgesamt etwas bessere Ergebnisse als die CDU, klar überdurchschnittliche Resultate erzielt sie jedoch nur in vier von zwölf Städten. Mehrheitlich unterdurchschnittliche Ergebnisse erleiden die Sozialdemokraten im Cluster EW50-20. In den drei Clustern mit weniger als 20.000 Einwohnern erreicht die SPD hingegen mehrheitlich überdurchschnittliche Werte, wobei deren Anteil mit sinkender Gemeindegröße ansteigt. In U5 liegen die Ergebnisse in drei Viertel aller Gemeinden über dem Landesschnitt. Entgegengesetzt zur CDU erzielt die SPD hier die stärksten Positivabweichungen.

*Bündnis 90/Die Grünen* und *Die LINKE* sind am deutlichsten als Parteien der großen Städte zu identifizieren. In den Ü50-Städten erreichen die Grünen in der deutlichen Mehrheit, die LINKE in nahezu allen Städten positive oder zumindest durchschnittliche Werte. Doch bereits im Cluster EW50-20, erzielen die Grünen etwas häufiger negative als positive Ergebnisse und der Anteil negativ abweichender Ergebnisse steigt mit sinkender Gemeindegröße an. Die LINKE hat schon in EW50-20 kaum noch positive Abweichungen vorzuweisen. In der Gruppe U5 erzielen Grüne und LINKE kaum noch Werte über dem Schnitt, wobei die Grünen sogar fast durchweg negative Ergebnisse erreichen.

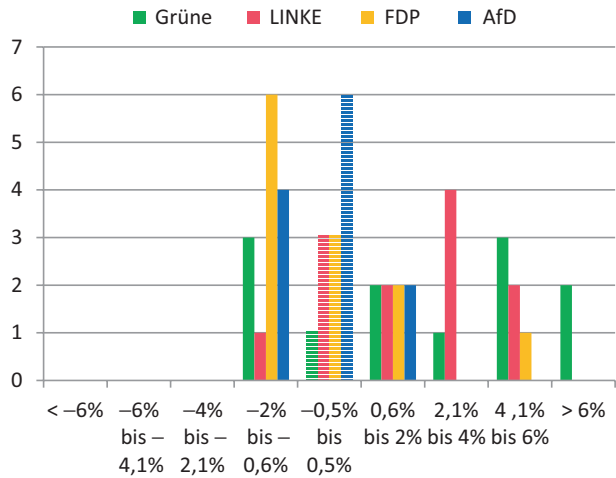
Auch die *FDP* besitzt ein eher städtisches Profil, wenn auch keineswegs so deutlich wie Grüne und LINKE. Die Freidemokraten erreichen in drei Vierteln der Ü50-Städte positive oder durchschnittliche Ergebnisse. In EW50-20 ist das Verhältnis noch recht ausgeglichen, während in den Clustern unter 20.000 Einwohnern fast durchweg leicht negative Abweichungen erzielt werden. Ein eher unklares Profil weist schließlich die *AfD* auf. In allen Clustern erreicht sie mehrheitlich durchschnittliche Ergebnisse von höchstens 0,5 Prozentpunkten Abweichung. Diese Abweichungen sind eher moderat und Positiv- und Negativabweichungen halten sich dabei zumeist die Waage. Lediglich in Ü50 und U5 wird ein leichtes Übergewicht an unterdurchschnittlichen Gemeindeergebnissen sichtbar.

Überträgt man diese Ergebnisse nun auf die Wettbewerbsdimension für alle Parteien in den einzelnen Clustern, so wird deutlich, dass in der Gruppe der Ü50-Städte CDU, SPD und *AfD* mehrheitlich eher unterdurchschnittliche, Grüne, LINKE und FDP eher überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen (Abb. 1 und 2). Betrachtet man dabei nur die fünf kreisfreien Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, so wird diese Tendenz teilweise noch deutlicher. Die vom Trend abweichenden Ergebnisse





**Abb. 1** Abweichungen in Ü50-Städten von CDU und SPD (In allen folgenden Abbildungen sind die Ergebnisse, die etwa dem Landesdurchschnitt entsprechen [–1 bis +1 % bzw. –0,5 bis +0,5 %] farblich besonders gekennzeichnet. Dies dient einer besseren Kenntlichmachung des Positiv- und Negativbereiches). (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)

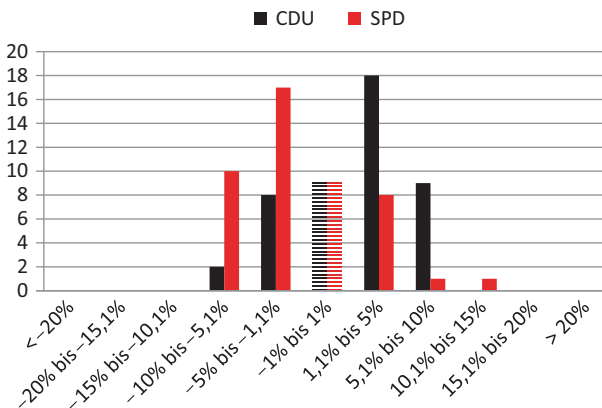


**Abb. 2** Abweichungen in Ü50-Städten bei Grünen, LINKE, FDP und AfD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)

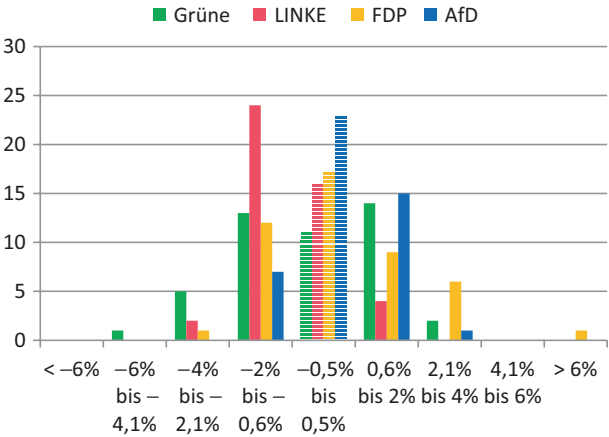
gehen dabei zumeist vollständig auf die Rechnung der kleineren Städte im Cluster. Schließlich fallen in diesem Cluster die positiven und negativen Abweichungen eher moderat aus. Eine Ausnahme stellen Grüne und LINKE dar, die hier ausgeprägte Positivabweichungen erreichen.

Unterhalb von  $\bar{U}50$  sind es hingegen die Großparteien, die mehrheitlich überdurchschnittliche Ergebnisse für sich monopolisieren, allerdings mit spezifischen Segmenten, die sie dominieren. Für das mittlere Städtecluster der *EW50-20* zeigen sich mehrheitlich positive bis stark positive Ergebnisse für die CDU, während sich die SPD-Anteile zumeist unter dem Landesschnitt bewegen (Abb. 3). In diesen Städten erreichen jedoch auch Grüne, FDP und AfD in einer relativ großen Zahl der Kommunen überdurchschnittliche Ergebnisse, die LINKE hingegen nicht mehr (Abb. 4). Bereits im darunterliegenden Cluster *EW20-10* ist diese Konstellation zuungunsten der kleineren Parteien – mit Ausnahme der AfD – aufgehoben. FDP und AfD erzielen noch in einer kleineren Zahl der Gemeinden positive Abweichungen, während Grünen und LINKEN dies kaum gelingt (Abb. 5). Für CDU und SPD ergeben sich mehrheitlich positive Abweichungen, mit Vorteilen für die Union, ohne jedoch eine eindeutige Tendenz aufzuweisen (Abb. 6).

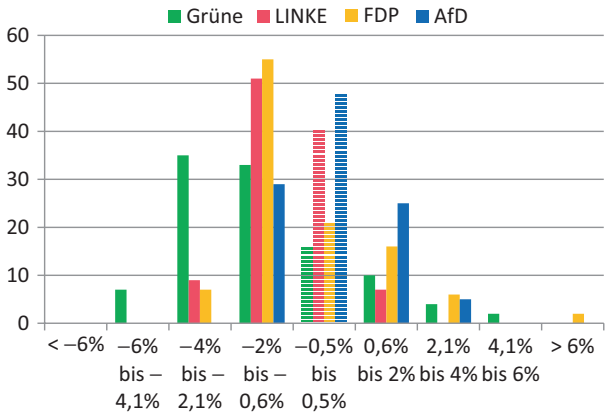
Für das Cluster *EW10-5* kehrt sich die Verteilung von positiven und negativen Abweichungen zwischen CDU und SPD um. Weiterhin erzielen beide mehrheitlich positive Ergebnisse, die SPD jedoch in stärkerem Maße. Dieser Trend bricht schließlich im Cluster *U5* vollends durch, indem die SPD – fast spiegelbildlich zu den *U50-20*-Gemeinden – dominiert (Abb. 7 und 8). Für Grüne und LINKE gilt,



**Abb. 3** Abweichungen in EW50-20-Städte von CDU und SPD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)

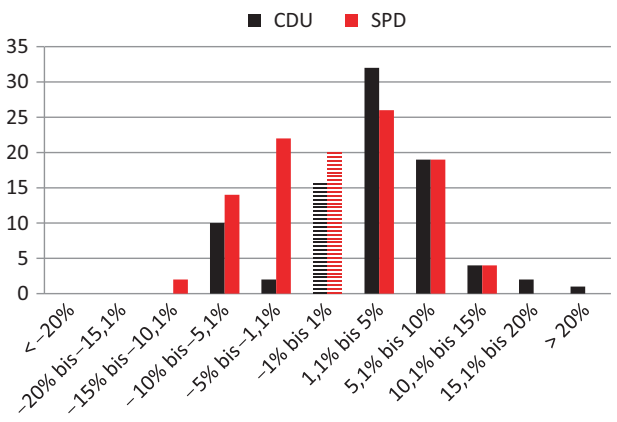


**Abb. 4** Abweichungen in EW50-20-Städte bei Grünen, LINKE, FDP und AfD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)

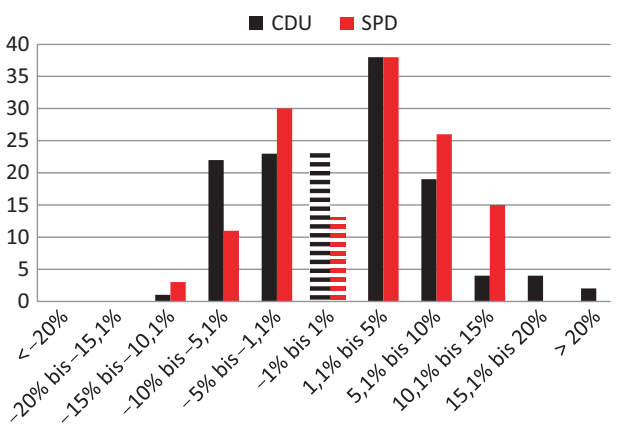


**Abb. 5** Abweichungen in EW20-10-Gemeinden bei Grünen, LINKE, FDP und AfD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)

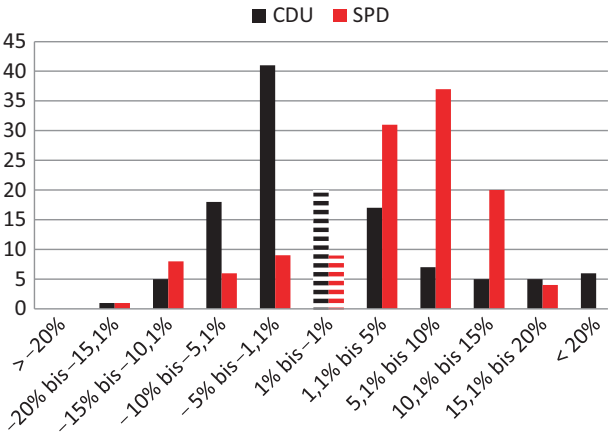
dass positive Ausschläge in diesen Größensegmenten fast völlig verschwunden sind, während FDP und AfD zumindest noch in kleinerer Zahl positive Abweichungen erreichen. (Abb. 9 und 10).



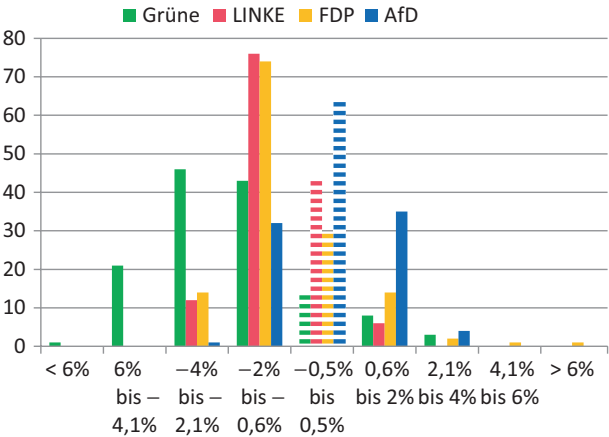
**Abb. 6** Abweichungen in EW20-10-Gemeinden von CDU und SPD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)



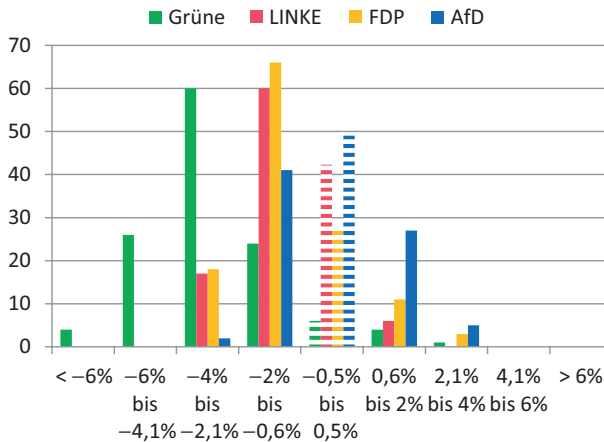
**Abb. 7** Abweichungen in EW10-5-Gemeinden von CDU und SPD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)



**Abb. 8** Abweichungen in U5-Gemeinden von CDU und SPD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)



**Abb. 9** Abweichungen in EW10-5-Gemeinden bei Grünen, LINKE, FDP und AfD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)



**Abb. 10** Abweichungen in U5-Gemeinden bei Grünen, LINKE, FDP und AfD. (Grad der Abweichung vom Landesergebnis, Häufigkeiten gruppiert; eigene Berechnung anhand der amtlichen Endergebnisse)

#### 4.4 Interpretation der Ergebnisse

Die vorliegende Auswertung zeigt zunächst, dass sich insbesondere in den Städten des Clusters Ü50, verstärkt noch in den Großstädten mit über 100.000 Einwohnern, spezifische Wettbewerbsstrukturen festzustellen sind, die sich von den Mustern in kleineren Kommunen unterscheiden. Sichtbarstes Zeichen dafür ist eine offenere Wettbewerbssituation, in der die Dominanz der beiden Großparteien in der Mehrheit dieser Städte weit weniger ausgeprägt ist, während vor allem Grüne und LINKE meist deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse aufweisen, was für FDP und AfD nur teilweise gilt. Mit abnehmender Gemeindegröße in den Clustern konzentriert sich der Wettbewerb stärker auf die Großparteien, die hier nun mehrheitlich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen, während Grüne und LINKE dies bereits in den Clustern EW50-20 und EW 20-10 kaum noch erreichen. In diesen Clustern kann die FDP noch vereinzelt Erfolge erzielen. In den kleinen Gemeinden unter 10.000 Einwohnern erreicht, neben den Großparteien, einzig die AfD eine nennenswerte Zahl an überdurchschnittlichen Gemeindeergebnissen.

Deuten diese Ergebnisse möglicherweise an, dass doch eine Art Großstadt-Kleinstadt- bzw. Großstadt-Land-Konflikt besteht, als dessen wichtigste Repräsentanten sich Grüne und LINKE auf der einen, CDU und SPD auf der anderen Seite gegenüberstehen? Da ein solcher Konflikt, wie gezeigt wurde, keine

sozioökonomische Basis besitzen dürfte, könnte er einen Kulturkonflikt darstellen, wie ihn Mielke (2001) diskutiert hat. In Anlehnung an Lipset und Rokkan wäre er dann als ein modifizierter Zentrum-Peripherie-Konflikt zu verstehen, der Spannungen zwischen urbanen Zentren und provinziellen Peripherien zum Ausdruck brächte. Auf empirischer Basis spricht jedoch wenig für eine solche Sichtweise. Zwar ist es durchaus richtig, dass vor allem Grüne und Liberale, teilweise auch links-affine Gruppen stärker zu elitären, kosmopolitischen und emanzipatorischen Perspektiven und Werthaltungen tendieren (Walter 2010, S. 119 ff.; Matuschek et al. 2008, S. 73 f.), die in urbanen Räumen in größeren Teilen der Bevölkerung zu finden sind, als in ländlichen Gebieten.

Allerdings dürften diese Einstellungsmuster für Teile der Mitgliedschaft und Anhängerschaft der Parteien kaum konfliktstrukturierend wirken, da die Parteien selbst in konkreten Fragen hoch divergente Positionen aufweisen und somit kaum auf der gleichen Achse des Wettbewerbs stehen dürften. Wahrscheinlicher ist, dass sich in Großstädten eine größere Heterogenität der Wohnbevölkerung und damit eine Pluralität von Konfliktstrukturen ausbildet, welche es den Kleinparteien mit ihren klarer profilierten Klientelen erleichtern dürfte, hier zu mobilisieren. Hinzu kommt, dass gerade in den kleineren Städten und Gemeinden häufig keine lokalen Strukturen oder ortsansässigen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Parteien vorhanden sind, während CDU und SPD vielfach über flächendeckende Präsenz verfügen. Obgleich die kleinen Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen über die Listenwahl zwar flächendeckend antreten, verschaffen örtliche Kommunikatoren und lokale Netzwerke den Großparteien Vorteile in kleineren Gemeinden. Diese Defizite können kleine Parteien wie Grüne und LINKE in den Großstädten weit besser auffangen und dabei stadtteilspezifisch sogar mehr oder weniger stabile Milieustrukturen aufbauen (D'Antonio 2015, S. 516 ff.). Insofern spricht einiges dafür, dass nicht konfliktstrukturelle Ansätze die Stadt-Land-Divergenzen sinnvoll erklären können, sondern das vor allem der spezifische Wettbewerb in den Städten eher über milieugestützte Analysen, teilweise auch in den Stadtteilen, aber auch über Studien zur organisatorischen und kommunikativen Präsenz zu erschließen sein dürften.

Wie sind schließlich die Befunde zur AfD zu bewerten, die in allen Clustern mehrheitlich durchschnittliche Ergebnisse erreicht und deren Abweichungen auch insgesamt ausgesprochen moderat ausfallen? Für die AfD lässt sich – mit Ausnahme leicht schwächerer Ergebnisse in den Großstädten – kaum ein Unterschied zwischen den Clustern ausmachen. Der Faktor Gemeindegröße scheint für sie noch weniger als für die anderen Parteien relevant zu sein. Dass dabei möglicherweise tatsächlich eine Konfliktdimension zwischen urban-kosmopolitischen Positionen der etablierten Parteien und einem Protest jener, die sich

provinziell-peripher abgehängt fühlen, bestehen kann, erscheint zumindest nicht völlig abwegig. Dabei ist allerdings hinzuzufügen, dass der Gestaltwandel der AfD von einer zunächst moderat rechtspopulistischen und euroskeptischen Partei, die sie noch bei den Wahlen 2013 darstellte, hinzu einer sich offen rechtspopulistisch bis rechtsradikal gebenden Partei im Jahr 2017 durchaus deutlichere Tendenzen hervorbringen könnte. Da die AfD bei den hessischen Kommunalwahlen im März 2016 nicht flächendeckend, sondern vorwiegend in größeren Städten angetreten ist, lassen hierfür keine systematischen Vergleichswerte erschließen. Doch der Erfolg in dünner besiedelten Landkreisen im Vergleich zu kreisfreien Städten weist in eine solche Richtung.

Wie sieht es mit den Wettbewerbsdimensionen unterhalb des Ü50-Clusters aus? Neben dem starken Rückgang der Stimmanteile der kleineren Parteien in Clustern mit geringerer Gemeindegröße sind zwei Befunde auffällig. Zum einen, dass die CDU in den Clustern mittlerer Größe (EW50-20 und EW20-10) mehrheitlich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt, während dies in den beiden Clustern darunter (EW10-5 und vor allem U5) für die SPD zutrifft. Zum anderen die Tatsache, dass in den Clustern kleinerer Gemeinden häufiger extreme Ausschläge im Vergleich zum Landesschnitt feststellbar sind. So fallen beispielsweise für CDU und SPD alle positiven Extremabweichungen von mehr als 15 Prozentpunkten zum Landesschnitt in die Cluster EW 20-10, EW10-5 und U5. Negativrekorde von weniger als 15 % unterhalb des Landesschnitts finden sich sogar ausnahmslos in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern. Für den zweiten Befund lässt sich mit Blick auf den intensivierten Wettbewerb in den größeren Städten mutmaßen, dass dieser im Verbund mit den pluralen Gesellschaftsstrukturen und dem hohen Anteil am Gesamtelektorat auf Landesebene dafür sorgt, dass sich Extremwerte hier seltener finden lassen. Anders ist dies in kleineren Gemeinden, wo häufig lokale Hegemonien einzelner Parteien fortbestehen, die über Milieus, Netzwerke und Persönlichkeiten vor Ort vermittelt werden und die bei intensiverem Wettbewerb zwischen den Großparteien eher klare Gewinner und damit auch klare Verlierer produzieren.

Für die Unterschiede zwischen CDU und SPD in den mittleren und kleineren Größenclustern lassen sich nicht ohne weiteres tragfähige Erklärungen finden. Hierzu dürften weitere Untersuchungen nötig sein. Dennoch können einige Indizien gewonnen werden. Dazu wurden zwei Tests vorgenommen, die die geographische Lage jener Kommunen in Hessen verorten und damit versuchen den Faktor der Region<sup>5</sup> neben der Gemeindegröße ins Spiel zu bringen. Dazu wurden zuerst

---

<sup>5</sup>Eine regionale Einteilung Hessens in Wählermilieus hat Neumann (2016, S. 240 f.) vorgenommen.



die überdurchschnittlichen Werte von CDU und SPD in den Gemeinden des Clusters EW50-20 regional verortet und in einem zweiten Schritt die herausragenden Positivabweichungen von mehr als zehn Prozentpunkten in den drei kleinen Gemeindeclustern von weniger als 20.000 Einwohnern auf ihre regionale Lage hin untersucht.

Betrachtet man die 27 Städte im Cluster EW50-20, in denen die CDU überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt, so wird sichtbar, dass diese stark in den Landkreisen um Frankfurt am Main herum konzentriert sind sowie an der Südspitze Hessens und entlang der westlichen Landesgrenze bis nach Nordhessen. Insbesondere für die Kreise Offenbach, Main-Taunus, Hochtaunus, Rheingau-Taunus und Bergstraße ist sichtbar, dass die CDU in der deutlichen Mehrheit der clusterzugehörigen Städte überdurchschnittlich stark abschneidet. Für die zehn Städte mit überdurchschnittlichen SPD-Ergebnissen in diesem Cluster lässt sich diese Konzentration nicht in gleicher Weise feststellen. Denn mit Ausnahme der südlich von Frankfurt gelegenen Landkreise Groß-Gerau und Darmstadt-Dieburg weisen diese eine relativ weitflächige Streuung auf.

Noch deutlicher wird die Bedeutung des regionalen Faktors, wenn man die Hochburgen der Parteien in den kleinen Städten und Gemeinden unter 20.000 Einwohnern betrachtet. Dabei wurden alle Gemeinden in diesen drei Clustern in den Blick genommen, in denen CDU oder SPD mehr als 10 Prozentpunkte über dem Landesschnitt lagen. Dies war für die CDU in 33, für die SPD in 43 Kommunen der Fall. Im Falle der CDU liegt die Ballung dabei überaus deutlich im konfessionell-katholisch geprägten Landkreis Fulda und – mit großem Abstand – im mehrheitlich katholischen Landkreis Limburg-Weilburg sowie in den jeweils benachbarten Landkreisen Wetterau und Lahn-Dill. Für die SPD ist festzustellen, dass sich nahezu alle Hochburgen in den nördlichen Landkreisen, insbesondere in Kassel und im Schwalm-Eder-Kreis befinden. Tab. 3 fasst die beiden Tests noch einmal knapp zusammen.

Trotz der relativ kleinen Fallzahlen können zumindest mehrere plausible Vermutungen angestellt werden. Dabei wird sichtbar, dass die relativ starke Konzentration der Positivabweichungen von CDU und SPD im Cluster EW50-20 auf den urbaneren Süden des Landes vor allem darauf zurückzuführen ist, dass viele der klassischen Parteihochburgen im Norden und Osten des Landes gar keine Städte in diesem Größencluster aufweisen. Trotz dieser Asymmetrien, deuten sich doch vielfach klare regionale Profile der Parteien an. Dabei zeigt sich auch, wie stark konfessionelle Profile selbst dort nachwirken, wo eine Prägung der Mehrheitsgesellschaft durch Konfession und Kirchenbindung längst entfallen ist. In den Landkreisen mit einem Katholikenanteil von mehr als 25 % an der Gesamtbevölkerung, wie im Taunus, im Kreis Offenbach oder im stark katholisch geprägten

**Tab. 3** Regionale Hochburgen im Cluster EW50-20 und in den drei kleinsten Clustern

Landkreise	EW 50-20 <sup>a</sup>		EW20-10, EW 10-5, U5	
	CDU (pos.)	SPD (pos.)	CDU +10,0 %	SPD +10,0 %
Bergstraße	3/4	1/4	1	0
Darmstadt-Dieburg	0/4	3/4	0	0
Fulda	0/0	0/0	19	0
Gießen	0/0	0/0	1	0
Groß-Gerau	0/3	2/3	0	0
Hersfeld-Rotenburg	0/1	1/1	0	7
Hoch-Taunus	2/2	0/2	0	0
Kassel	0/1	1/1	0	12
Lahn-Dill	2/2	1/2	2	0
Limburg-Weilburg	1/1	0/1	4	1
Main-Taunus	5/6	0/6	0	0
Main-Kinzig	1/3	0/3	1	0
Marburg-Biedenkopf	1/1	0/1	1	3
Odenwald	0/0	0/0	0	1
Offenbach	6/9	0/6	0	0
Rheingau-Taunus	2/2	0/2	1	0
Schwalm-Eder	0/0	0/0	0	12
Vogelsberg	0/0	0/0	2	0
Waldeck-Frankenberg	1/1	1/1	0	1
Werra-Meißner	0/0	0/0	0	6
Wetterau	3/6	0/6	1	0

<sup>a</sup>Die erste Zahl benennt die Fallzahlen der überdurchschnittlichen Ergebnisse, die zweite Zahl bildet die Gesamtzahl der Städte eines Landeskreises im Cluster EW50-20 ab

Landkreis Bergstraße, schneidet die CDU in den meisten Städten im Süden überdurchschnittlich ab, während die SPD gerade in den eher protestantisch geprägten Kreisen Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau (Region Starkenburg) erfolgreicher als im Landesschnitt ist (Arzheimer 2014, S. 8). Die klassischen Hochburgen mit stark überdurchschnittlichen Ergebnissen finden sich hingegen im Süden kaum. Diese sind überwiegend konzentriert auf die traditionellen Kerngebiete, die

katholisch geprägte Region Fulda für die CDU sowie auf Nordhessen und seine „agrarisch-hausindustriell geprägte Sozialdemokratie“, die sich traditionell auf ein protestantisches und „dörfliches Unterschichtenmilieu von ‚Arbeiterbauern‘“ stützte (Hennig 1989, S. 151). Damit zeigt sich auch noch einmal die Bedeutung lokaler/regionaler Parteihegemonien, die in ländlicheren Regionen zu schärferen Kontrasten und Extremwerten führen können. Offenkundig wirken hier lokale und regionale Milieuzusammenhänge nach bzw. sind in Rudimenten noch vorhanden, die zwar stark an Prägekraft für die Alltagswelten der Bevölkerung verloren haben, die aber dennoch bestimmend für die politische Kultur und damit für den Parteienwettbewerb vor Ort sind.

---

## 5 Zusammenfassung und Ausblick

Die Unterscheidung von Stadt und Land oder nach Gemeindegröße erweisen sich nicht als zentrale Faktoren des Parteienwettbewerbs. Zwar sind durchaus divergierende Wettbewerbsstrukturen in Großstädten im Vergleich zu Mittelstädten und kleineren Gemeinden feststellbar, doch sind diese Divergenzen stärker auf pluralisierte Gesellschafts- und Konfliktstrukturen in den Städten und organisatorische Präsenz der Parteien zurückzuführen, als auf die Repräsentation einer singulären Konfliktlinie zwischen Stadt und Land. Gegenüber der recht eindimensionalen Stadt-Land-Unterscheidung sind für die räumliche Analyse von Wettbewerbsstrukturen milieuorientierte Ansätze tragfähiger, die sich an Raumkategorien wie Quartier, Stadtteil oder Region orientieren. Gerade in urbanen Räumen kann eine Verknüpfung von wahl- und parteisozioologischen Konzepten mit raum- und quartiersbezogenen Milieuanätzen wichtige Erkenntnisse liefern. Auch großflächigere Analysen von Persistenz und Wandel der Wettbewerbsstrukturen in kleinstädtischen und ländlichen Regionen sollten durch eine Wiederbelebung der abgerissenen Forschungstradition regionaler Milieus und politischer Kulturen wieder stärker in den Fokus gerückt werden. Gerade mit Blick auf die besonderen Bedingungen des Parteienwettbewerbs in Ostdeutschland dürften auch länder- bzw. regionenvergleichende Untersuchungen fruchtbar sein, die quantitativ-statistische und qualitative Ansätze kombinieren.

Neben den theoretischen und forschungsperspektivischen Implikationen bleibt schließlich die Frage zu beantworten, wie vor diesem Hintergrund die verlautbarten Großstadtansprüche und auf Großstädte abzielenden Strategiepapiere der Parteien zu bewerten sind. Denn gemessen an den besonderen Wettbewerbsstrukturen und den mobilisierbaren Wählerpotenzialen in den Großstädten, in denen die Wahlbeteiligung meist niedriger ist als in kleineren Kommunen, dürften sie

möglicherweise eine Berechtigung besitzen. Allerdings werden diese dadurch unsicher, dass die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler eben nicht in den Städten wohnt. Zudem stellt sich die Frage nach der inhaltlichen Füllung dieser Strategien. Denn klar definierte städtische Interessen, die sich entlang eines Cleavages sortieren, sind nicht erkennbar.

Es deutet sich vielmehr an, dass der Verweis auf vorhandene bzw. zu erwerbende Großstadtkompetenz vornehmlich auf ein spezifisches Segment der Wählerschaft abzielt, welches insbesondere die akademisch gebildeten, ressourcenstarken Mittelschichten in den Blick nimmt. Bei den Verweisen auf Individualisierung, Fluktuation, Nachhaltigkeit und kultureller und lebensformenspezifischer Vielfalt (Zimmer und Weinberg 2012), bei Themensetzung wie Internetnutzung, Kunst- und Kulturdialogen oder Strategien, wie After Work Partys für die „Mitte“ und „Ladies Lunch“, wird sehr deutlich, dass vor allem spezifische Klientele mit einem „urbanen Lebensgefühl“ (Bundesvorstand der FDP 2007) angesprochen werden sollen. Die Fokussierung auf diesen „urbanen Wählertypus“ erscheint einerseits plausibel, sind diese Gruppen doch relativ verlässliche Wählerinnen und Wähler, die überdies keineswegs nur in den Metropolen, sondern auch in kleineren Gemeindeeinheiten vor allem in städtisch geprägten Regionen ansässig sind. Die Großstadtstrategie nutzt also die Renaissance der Strahlkraft der Städte und ihr Wirken über die Zentren der Städte hinaus, um Parteien einen modernistischen, weltoffenen Anstrich zu verleihen.

Die Kehrseite dieser Strategien ist jedoch, dass latente oder manifeste Konfliktstrukturen und Milieus innerhalb der pluralisierten Städte wie auch mit Blick auf ländliche und strukturschwache Regionen möglicherweise keinen politischen Ausdruck mehr erfahren könnten, wenn sich die überwiegende Zahl der Parteien um die endliche Zahl an Wählerinnen und Wählern der „Großstadt“-Zielgruppe streiten. Dass dies zum Bindungsverlust mancher Klientele an die etablierten Parteien führen könnte und dass hier Räume für die Entfaltung rechtspopulistischer Formationen wie der AfD entstehen können, zeigen die flächendeckenden Erfolge der Partei, die fast überall dem Landesschnitt entsprachen und somit keine Frage von Großstadt, Kleinstadt oder Dorf zu sein scheinen.

---

## Literatur

- Arzheimer, Kai. 2014. Politische Kultur und Parteiensystem in Hessen. In *Das Land Hessen. Geschichte – Gesellschaft – Politik*, Hrsg. Angelika Röming und Bernd Heidenreich, 147–170. Stuttgart: Kohlhammer.
- Berger, Peter A., Thomas Käckenmeister, und Marlen Schröder, Marlen. 2014. Kulturkreative im ländlichen Raum – (Paradoxe) Formen posttraditionaler Milieus auf dem Lande?

- In *Die Form des Milieus. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher Differenzierung und Formen der Vergemeinschaftung. 1. Sonderband der Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, Hrsg. Peter Isenböck, Linda Nell, und Joachim Renn, 132–147. Weinheim: Beltz.
- Bértoa, Fernando Casal. 2014. Party systems and cleavage structures revisited: A sociological explanation of party system institutionalization in East Central Europe. *Party Politics* 19:16–36.
- Bösch, Frank. 2002. *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960)*. Göttingen: Wallstein.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Hrsg. 2015. *Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012*. Berlin: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.
- Bundesvorstand der FDP. 2007. *Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Großstadtoffensive*. Hannover: FDP.
- CDU. 2015. Bericht der Kommission „Meine CDU 2017“. [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/kommission-meine-cdu-2017-bericht\\_3.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=2058](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/kommission-meine-cdu-2017-bericht_3.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=2058). Zugegriffen: 3. Jan. 2016.
- Chrapa, Michael, und Dietmar Wittich. 2001. „Die Mitgliedschaft, der große Lümmel...“. Forschungsbericht zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS. Berlin (unveröffentlicht).
- Dalton, Russel J. 2002. Political cleavages, issues and electoral change. In *Comparing democracies. New challenges in the study of elections and voting*, 2. Aufl, Hrsg. Lawrence LeDuc, Richard Niemi, und Pippa Norris, 189–209. London: Sage.
- D’Antonio, Oliver. 2015. *Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk. Zur lokalen Verankerung politischer Parteien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Dreßler, Ulrich. 2010. *Kommunalpolitik in Hessen*. In *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Hrsg. Andreas Kost und Hans-Georg Wehling, 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage, 165–186. Wiesbaden: Springer VS.
- Elff, Martin. 2006. *Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten*. Baden-Baden: Nomos.
- Engel, Andreas. 1988. *Wahlen und Parteien im lokalen Kontext. Eine vergleichende Untersuchung des Basisbezugs lokaler Parteiakteure in 24 nordhessischen Kreisparteiorganisationen von CDU, FDP und SPD*. Frankfurt a. M.: Lang.
- Falter, Jürgen W., und Jürgen R. Winkler. 2014. Wahlgeographie und Politische Ökologie. In *Handbuch Wahlforschung*, 2. Aufl, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 135–167. Wiesbaden: Springer VS.
- Fegebank, Katharina. 2011. Schwarz-Grün in Hamburg. Ein Wagnis, das vorzeitig beendet wurde. In *Schwarz-Grün. Die Debatte*, Hrsg. Volker Kronenberg und Christoph Weckenbrock, 242–255. Wiesbaden: VS Verlag.
- Frey, Oliver. 2009. *Die amalgame Stadt Orte, Netze, Milieus*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gabriel, Oscar W. 2000. Democracy in big cities: The case of Germany. In *Urban democracy*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Vincent Hoffmann-Martinot, und Hank Savitch, 187–259. Opladen: Leske + Budrich.
- Gabriel, Oscar W. 2011. „Politische Milieus, Individualisierung und der Wandel der Strukturen des Parteienwettbewerbs in Deutschland“. In *Soziale Milieus. Politische und gesellschaftliche Lebenswelten in Deutschland*, Hrsg. Gotthard Breit und Peter Masching, 11–29. Schwalbach i. Ts: Wochenschau Verlag.
- Gabriel, Oscar W., Frank Brettschneider, und Angelika Vetter Hrsg. 1997. *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*. Opladen: Leske + Budrich.

- Gebhardt, Dirk. 2014. Lebensstile in der Quartiersforschung. In *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*, Hrsg. Olaf Schnur, 113–133. Wiesbaden: Springer VS.
- Geiling, Heiko, Daniel Gardemin, Stephan Meise, und Andrea König. 2011. *Migration – Teilhabe – Milieus. Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Görl, Tilo. 2006. *Klassengebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland. Eine empirische Untersuchung*. Nomos: Baden-Baden.
- Häußermann, Hartmut, Martin Kronauer, und Walter Siebel. 2004. Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung. In *An den Rändern der Städte*, Hrsg. Hartmut Häußermann, Martin Kronauer, und Walter Siebel, 7. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Henkel, Gerhard. 2004. *Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland*, 4., ergänzte und neu bearbeitete Auflage. Stuttgart: Gebrüder Borntraeger.
- Hennig, Eike. 1989. Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke. In *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*, Hrsg. Heinrich Best, 119–154. St. Katharinen: Scripta Mercaturae.
- Hessisches Statistisches Landesamt. 2013. Endgültige Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 in den hessischen Gemeinden. <http://www.statistik-hessen.de/b2013/gemeinden.htm>. Zugegriffen: 15. Dez. 2015.
- Hessisches Statistisches Landesamt. 2015. Maßgebliche Einwohnerzahlen für die Kommunalwahlen am 6. März 2016 (Stichtag 30.09.2014). <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/wahlen/daten/kommunalwahlen-2016/massgebliche-einwohnerzahlen/index.html>. Zugegriffen: 15. Dez. 2015.
- Hradil, Stefan. 2006. Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 56 (44–45): 3–10.
- Kitschelt, Herbert. 1994. *The transformation of European social democracy*. Cambridge: University Press.
- Klein, Alexandra. 2011. Je kleiner, desto größer? Gemeindegröße und Wahlbeteiligung bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 63:3–10.
- Lepsius, M. Rainer. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In *Deutsche Parteien vor 1918*, Hrsg. Gerhard A. Ritter, 56–80. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage structures, party systems and voter alignments: An introduction. In *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*, Hrsg. Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, 1–64. New York: Free Press.
- Mair, Peter. 2001. The freezing hypothesis. An evaluation. In *Party systems and voter alignments revisited*, Hrsg. Lauri Karvonen und Stein Kuhnle, 27–44. London: Routledge.
- Manderscheid, Katharina. 2004. *Milieu, Urbanität und Raum. Soziale Prägung und Wirkung städtebaulicher Leitbilder und gebauter Räume*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Manza, Jeff, und Clem Brooks. 1999. *Social cleavages and political change. Voter alignments and U. S. party coalitions*. Oxford: University Press.
- Matuschek, Ingo, Uwe Krähnke, Frank Kleemann, und Frank Ernst. 2008. *Politische Präxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Mielke, Gerd. 2001. Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensystem. Länder und Regionalstudien*, Hrsg. Ulrich Eith und Gerd Mielke, 77–95. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Naßmacher, Karl-Heinz. 1979. Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg. In *Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich*, Hrsg. Herbert Kühr, 30–134. Königstein i. Ts: Hain.
- Neumann, Arijana. 2016. Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen. In *Politik und Regieren in Hessen*, Hrsg. Wolfgang Schroeder und Arijana Neumann, 229–247. Wiesbaden: VS Verlag.
- Oedegaard, Ingvi C. 2000. Lebensstile, soziale Milieus und Wahlverhalten in Westdeutschland. In *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten*, Hrsg. Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Dieter Ohr, und Ekkehard Mochmann, 212–234. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift* 14:191–213.
- Pappi, Franz Urban. 1977. Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. *Politische Vierteljahresschrift* 18:195–229.
- Reichardt, Sven. 2014. *Authentizität und Gemeinschaft Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*. Berlin: Suhrkamp.
- Rohe, Karl. 1992. *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme in Deutschland im 19 und 20 Jahrhundert*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rokkan, Stein. 2000. *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans*. Hrsg. Peter von Flora. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp, und Jérémie F. Gagné. 2013. *Prekäre Wahlen Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schwinn, Thomas. 2014. Soziale Milieus: Varianten und Entstehungsbedingungen. In *Die Form des Milieus. Zum Verhältnis gesellschaftlicher Differenzierung und Formen der Vergemeinschaftung. Sonderband der Zeitschrift für theoretische Soziologie*, Hrsg. Peter Isenböck, Linda Nell, und Joachim Renn, 150–167. Weinheim: Beltz-Juventa.
- Strünck, Christoph. 2008. Das Parteiensystem Hessens. In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. Uwe Jun, Melanie Haas, und Oskar Niedermayer, 247–264. Wiesbaden: VS Verlag.
- Suckow, Achim. 1989. *Lokale Parteiorganisationen – angesiedelt zwischen Bundespartei und lokaler Gesellschaft*. Oldenburg: BIS.
- Tändler-Walenta, Marika, und Antje Feiks. o. J. Diskrepanz der politischen Arbeit in städtischen und ländlichen Gebieten. <https://www.dielinke-sachsen.de/fileadmin/sachsen/>

- [dokumente/sonstigeberatungen/strategiedebatte/20150504\\_DiskrepanzPolitischerArbeit.pdf](#). Zugegriffen: 3. Jan. 2015.
- Tenfelde, Klaus. 2012. *Arbeiter, Bürger, Städte. Zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Vester, Michael, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann, und Dagmar Müller. 1993. *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Köln: Bund Verlag.
- Vester, Michael, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann, und Dagmar Müller. 2001. *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Vetter, Angelika. 2008. Institutionen und lokale Wahlen: Wo bleiben die Wähler? In *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, Hrsg. Angelika Vetter, 49–72. Wiesbaden: VS Verlag.
- Vonderach, Gerd. 2004. *Land-Leben gestern und heute. Studien zum sozialen Wandel ländlicher Arbeits- und Lebenswelten*. Münster: LIT.
- Walter, Franz. 2008. *Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Walter, Franz. 2010. *Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*. Bielefeld: Transcript.
- Walter, Franz, Tobias Dürr, und Klaus Schmidtke. 1993. *Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis in die Gegenwart*. Bonn: Dietz.
- Wiemken, Jochen. 2014. „Wir sind die Großstadtpartei“. [https://www3.spd.de/aktuelles/121328/20140616\\_spd\\_triumphiert\\_in\\_grossstaedten.html](https://www3.spd.de/aktuelles/121328/20140616_spd_triumphiert_in_grossstaedten.html). Zugegriffen: 3. Jan. 2016.
- Wilde, Pieter de, Ruud Koopmans, und Michael Zürn. 2014. *The political sociology of cosmopolitanism and communitarianism. Representative claims analysis*. WZB-Discussion Paper SP IV 2014-102. Berlin.
- Zimmer, Matthias, und Marcus Weinberg. 2012. Die CDU in der Großstadt: Probleme, Potenziale, Perspektiven. Internes Diskussionspapier.



---

# Grüne Farbenspiele. Neue Koalitionen von Bündnis 90/Die Grünen auf Länderebene

Niko Switek

---

## 1 Überraschende Koalitionsflexibilität der Grünen

Die Koalitionslandschaft in Deutschland ist in den letzten zehn Jahren bunter geworden, was nicht unerheblich an Bündnis 90/Die Grünen liegt. Auslöser für eine Bewegung bei den Koalitionsoptionen war zunächst ein allgemeiner, durch den Wandel des Parteiensystems bedingter Druck auf die Parteien (Niedermayer 2008). Nachdem durch das Zusammengehen mit der SPD-Abspaltung WASG der bis dahin in ihrem politischen Einfluss auf Ostdeutschland beschränkten PDS als Linkspartei die Etablierung auch in westdeutschen Ländern sowie die Konsolidierung auf der Bundesebene gelang, schrumpften die Chancen für Mehrheiten der klassischen Zweierkoalitionen von Union und FDP auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite. Durch die Schwächephase der FDP (die im verpassten Wiedereinzug in den Bundestag 2013 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte) sowie die wiederholten Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) als Neugründung rechts der Union nahm dieser Druck inzwischen weiter zu. Während die unklaren Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene nach der Wahl 2013 zu einer festgefahrenen Situation führten und letztlich in eine Großen Koalition mündeten, hatten die Grünen auf Ebene der Bundesländer hingegen

---

Der Text ist eine Kurzfassung der ausführlicheren Analyse in Switek (2015).

---

N. Switek (✉)

Universität Duisburg-Essen, Duisburg, Deutschland

E-Mail: niko.switek@uni-due.de

bereits zuvor auf die Verschiebungen im Parteiensystem reagiert. Einerseits gab sich die Partei offen für neue Partner (CDU und FDP sowie Linkspartei), andererseits experimentierte sie mit der SPD mit dem neuen Format einer Minderheitsregierung (Korte 2008). Als Kulmination dieser Entwicklung führten die Landtagswahlen im März 2016 zu zwei völlig neuen Koalitionskonstellationen (Grüne-CDU in Baden-Württemberg und CDU-SPD-Grüne in Sachsen-Anhalt) sowie zu einer Renaissance der Ampelkoalition (SPD-FDP-Grüne in Rheinland-Pfalz) – auch hier sind die Grünen in allen gebildeten Koalitionen vertreten. Die Flexibilität der Grünen überrascht aus drei Gründen: Erstens waren Koalitionen in der grünen Parteigeschichte meist heftig umstritten und umkämpft (Raschke 1993). Zweitens ist anzunehmen, dass die ausgeprägte dualistische Strömungsstruktur der Grünen die Verständigung auf einheitliche Koalitionspräferenzen erschwert (Probst 2013, S. 523 ff.). Drittens konterkarieren die basisdemokratischen Wurzeln der Partei bis heute eine hierarchische Führung der Partei, welche helfen könnte, über Widerstände in der Partei gegenüber neuen Koalitionsoptionen hinwegzuregieren (Poguntke 1997; Switek 2012).

Daher stellt sich die Frage, inwieweit die Parteiführungen der grünen Landesparteien ihre Partei von der Erweiterung der Koalitionsoptionen und dem Eintritt in neue, über das etablierte rot-grüne Modell hinausgehende Regierungsbündnisse überzeugten. Der vorliegende Aufsatz rekonstruiert aus der Perspektive der Parteienforschung, wie Parteiakteure in den innerparteilichen Koalitionsentscheidungsprozessen der Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen Mehrheiten für bislang nicht praktizierte Koalitionskonstellationen organisierten. Das Erkenntnisinteresse zielt dabei auf die Durchsetzungsstrategien der Parteispitze, auf das Spannungsverhältnis formeller und informeller innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung sowie auf die Verbindungslinien zwischen den Landesverbänden und zum Bundesverband in einer föderal aufgebauten Partei.

---

## **2 Innerparteiliche Willensbildung und Koalitionsentscheidungen**

### **2.1 Parteiorganisationsforschung**

Der Fokus auf innerparteilichen Prozessen zu einer Koalitionsentscheidung verortet die Arbeit im Strang der Parteienforschung, der sich mit Bedingungen und Möglichkeiten kollektiver Handlungsmöglichkeiten demokratisch verfasster Parteiorganisationen beschäftigt (Treibel 2012). Drei zentrale Erkenntnisse der

Parteienorganisationsforschung werden für diese Arbeit aufgegriffen: Erstens ist es sinnvoll, eine Partei analytisch in die drei Gesichter der Parteiführung im engeren Sinne, der Parlamentsfraktion und der Parteibasis zu trennen, da in diesen Untereinheiten jeweils unterschiedliche Motivlagen und Rahmenbedingungen existieren (Katz und Mair 1993). Das gilt in besonderem Maße für die Grünen, wo die Trennung der Führungsebene durch Inkompatibilitätsregeln zwischen Parteiamt und Abgeordnetenmandat in vielen Landesverbänden formell festgeschrieben ist. Zweitens sind die Erkenntnisse von Eldersveld (1964) relevant, der mit seiner Parteienanalyse das von Michels (1911) aufgestellte eherne Gesetz der Oligarchie modifizierte. Da Parteien in modernen Demokratien in der Regel als Mehr-Ebenen-Organisationen die föderalen Gliederungen des Staates spiegeln, bilden sich mehrere innerparteiliche Machtzentren verteilt auf verschiedene Ebenen heraus. Das steht einer zentralisiert-hierarchischen Führung entgegen, weshalb Eldersveld Parteiorganisationen stattdessen als Strataarchien konzeptualisiert. Schließlich ist das Innenleben von Parteien drittens durch Strömungen und Faktionen strukturiert (Beller und Belloni 1978; Köllner und Basedau 2006). Diese informellen Gruppierungen bilden sich um bestimmte Themen oder einzelne Führungspersonlichkeiten und variieren nach dem Grad ihrer Institutionalisierung. Einerseits wirken sie entscheidend an der innerparteilichen Willensbildung mit, indem sie koordinierend und mehrheitsbildend die horizontalen und vertikalen Trennungen der ersten beiden Punkte überlagern. Auf der anderen Seite können sie bei einer zu starken Polarisierung eine Partei lähmen und deren Handlungsfähigkeit untergraben. Gerade bei den Grünen spielte der Strömungsdualismus zwischen einem pragmatisch mittigen Flügel (*Realos*) und einem radikaleren linken Flügel (*Fundis*) in der Parteigeschichte eine entscheidende Rolle (Raschke 1993). Auch wenn die Intensität der Strömungskonflikte abgenommen hat, ist diese Dimension für ein Verständnis von Parteientscheidungen immer noch relevant (Probst 2013, S. 523 ff.).

Für die deutschen Parteien liegt bislang nur eine überschaubare Zahl an Studien vor, die detailliert und systematisch den Verlauf innerparteilicher Entscheidungsprozesse nachzeichnen. Das gründet unter anderem auf einem Zugangsproblem, da sich Parteien häufig gegen solche Innenansichten der Macht sperren (Korte und Fröhlich 2009, S. 174; Treibel 2012). Gerade zur Koalitionsbildung liegen aber einige Arbeiten vor (z. B. Bohnsack 1976; Jun 1994; Kropp 2001), deren Ergebnisse der vorliegende Aufsatz aufgreift.

## 2.2 Koalitionsforschung

Trotz der Verortung im Kontext der Parteienforschung bewegt sich die Arbeit mit der Analyse von Koalitionsentscheidungen an der Schnittstelle zur Koalitionsforschung, die sich für Faktoren des Zustandekommens von Regierungskoalitionen interessiert. Dieser Forschungszweig ist stark von formalen Modellen geprägt und beschränkte sich lange auf Fragen arithmetischer Mehrheiten (als Konsequenz des Parteiziels *office-seeking*) sowie auf unterschiedliche Konzepte zur Bestimmung inhaltlicher Nähe und Distanz (als Resultat eines *policy-seeking*) (Übersicht bei Switek 2013a). Seit einiger Zeit wird jedoch von der Fiktion des einheitlichen (Partei-)Akteurs abgerückt und nach dem Einfluss der Parteiorganisation auf das Ergebnis der Regierungsbildung gefragt (Giannetti und Benoit 2009). So kommt Bäck (2008) anhand einer Analyse der schwedischen Kommunalpolitik zu dem Ergebnis, dass dezentral aufgebaute Parteien sich häufiger einer Koalition verweigern. Maor (1995) sieht indes für das Regierungshandeln von Koalitionen wiederum Vorteile einer Strömungsstrukturierung, da die Faktionen eine bessere Konfliktmoderation ermöglichen.

Eine zweite relevante Entwicklung ist die zunehmende Bereitschaft der Koalitionsforschung, sich von einem Verständnis diskreter Koalitionsentscheidungen zu lösen und stattdessen verstärkt den Lebenszyklus von Regierungsbündnissen in den Blick zu nehmen (Müller et al. 2008). Der Blick nur auf die Koalitionsbildung nach der Wahl greift häufig zu kurz, da mitunter bereits im Wahlkampf Pflöcke eingeschlagen werden. Hierunter lässt sich auch das Argument von Lees (2000) fassen, der bei der Analyse rot-grüner Koalitionen in Deutschland eine Art Koalitionsmodell oder -leitbild identifizierte, das über die Zeit an Stabilität gewann und an welchem sich die Akteure länder- und ebenenübergreifend orientierten.

Wie bereits bei einigen andere Arbeiten der Koalitionsforschung (Jun 1994; Downs 1998; Bäck 2008) liegt der Fokus hier auf der Koalitionsbildung auf sub-nationaler Ebene. In Deutschland sind die parlamentarischen Systeme der Bundesländer institutionell ähnlich der Bundesebene gestaltet, allerdings ist das Spektrum der Politikfelder, für welche die Länder über ausschließliche Regelungskompetenzen verfügen, begrenzt (z. B. Bildung, Kultur, Gemeinde-/Kreisrecht, Polizeiwesen, Ordnungsrecht). Alles in allem finden sich hinsichtlich der Mechanismen der Koalitionsbildung zwischen Länder- und Bundesebene keine grundsätzlichen Abweichungen (Decker 2011, S. 99). Diese Ähnlichkeit bedingt, dass die Länder oft als eine Art Testlabor eingestuft werden. Hier können einfacher neue Bündnisformate und -konstellationen ausprobiert und die gesammelten Erfahrungen an andere Landesverbände oder die Bundespartei weitergegeben werden.

Für beide Forschungsperspektiven gilt, dass die Entscheidung über den Eintritt in eine Koalition eine zentrale Frage für eine Parteiorganisation darstellt, denn die Wahl von Koalitionspartnern berührt entscheidende Punkte der Parteiidentität wie Programmatik, Personal und Strategie (Downs 1998).

---

### 3 Mikropolitik in Parteiorganisationen

Um die Fülle des innerparteilichen Lebens und die Akteursvielfalt theoretisch zu fassen, adaptiert dieser Aufsatz einen mikropolitischen Ansatz aus der Organisationstheorie (Switek 2014). Diese Ansätze richten einen mikroskopischen Blick auf das Organisationsleben, sie interessieren sich für Politik innerhalb von Organisationen (Bogumil und Schmid 2001; Rüb 2013). Gemeinsam ist ihnen nicht nur die Ebene der Betrachtung, die Akteure innerhalb organisationaler Prozesse in den Mittelpunkt rückt, sondern der Begriff wurde in der Organisationssoziologie als Abgrenzung von einer ausschließlich rationalistischen Perspektive geprägt (Burns 1961). Mikropolitik bezieht sich auf die Rolle von Macht in einer Organisation und auf die Konflikte der Mitglieder bei der Verfolgung ihrer Ziele (Matys 2006). Vor diesem Hintergrund stützt sich die Arbeit auf die Begrifflichkeiten von Crozier und Friedberg (1993), die das Organisationsleben als eine Folge von Spielen beschreiben, in denen die Akteure mit ihren Strategien aufeinandertreffen. Der Ausgang hängt von den Ressourcen der Akteure und den Regeln der Spiele ab, was beides nur zu Teilen von den formellen Strukturen definiert wird. Ortmann (1990) erweitert unter Rückgriff auf Giddens Theorie der Strukturation (1988) diesen Ansatz, wobei für diese Analyse zwei Elemente seiner Modifikation zentral sind: erstens das Konzept der Dualität von Struktur, das Strukturen nicht nur als Medium, sondern zugleich als Produkt von Handlungen versteht. Diese Sichtweise ist hilfreich, um die Rolle schriftlich fixierter Parteiprogramme einzuordnen, die auf der einen Seite innerparteiliche Akteure verpflichten, auf der anderen Seite in Koalitionsverhandlungen vom Führungspersonal ausgelegt und interpretiert werden müssen. Zweitens formuliert Giddens vier Modalitäten, die in seinem Konzept als Regeln und Ressourcen die Systemebene mit der Handlungs- oder Akteursebene verbinden (Giddens 1988; Ortmann 1990). Er differenziert die Regeln weiter in auf kognitive Ordnung und Signifikation bezogene *Deutungsschemata* sowie in *Normen* als moralische Ordnung und Bezugsrahmen für Legitimation. Hinsichtlich der beiden Typen von Ressourcen werden hier nur *administrativ-autoritative Machtmittel* berücksichtigt, die sowohl die Möglichkeit der Steuerung und Koordination anderer Organisationsmitglieder als auch akteurspezifische Attribute umfassen. In

diesen drei Modalitäten lassen sich demnach die Interaktionen der Parteimitglieder in innerparteilichen Prozessen zu einer kollektiven Entscheidung beschreiben.

Schließlich wirkt das Organisationsumfeld von außen auf interne Prozesse ein, welchem vor dem Hintergrund der hier betrachteten Koalitionsentscheidungen eine besondere Relevanz zukommt. Die Entscheidung über eine Zusammenarbeit hängt nicht nur an dem Ausgang der Diskussion innerhalb der Grünen, sondern im besonderen Maße an der Position der Konkurrenten im Parteiensystem sowie deren Interaktionen mit und Angeboten an die grüne Partei.

Letztlich definiert der theoretische Rahmen nur abstrakte Bedingungen für die kollektive Handlungsfähigkeit einer Organisation wie für die Ausübung von Macht durch die Akteure beim Zustandekommen kollektiver Entscheidungen. Die Annahmen müssen notwendigerweise in konkreten Anwendungsfällen jeweils für eine spezifische Organisation konkretisiert werden (Friedberg 1992). Diese Forschungsperspektive setzt auf die interpretative Arbeit des Forschers, der entlang theoretischer Leitplanken Muster der Entscheidungsfindung aus den empirischen Daten rekonstruiert (Blatter et al. 2007).

---

## 4 Vergleichende Fallstudien und qualitative Interviews

Zwar experimentierten die Grünen nach der Wiedervereinigung mit Ampelkoalitionen (in Bremen und Brandenburg), setzten danach aber wieder ausschließlich auf rot-grüne Bündnisse. Erst mit der geschilderten Bewegung im Parteiensystem Anfang der 2000er Jahre öffneten sich die Grünen wieder für neue Koalitionsoptionen. Erste erkennbare Lockerungsübungen bildeten die Sondierungen zwischen Grünen und CDU in Baden-Württemberg nach der Landtagswahl 2006. Nimmt man diese Gespräche als Startpunkt, wurden für diese Arbeit bis 2012 alle darauffolgenden Fälle identifiziert, bei denen die Grünen nach Wahlen in den Bundesländern in Sondierungen oder Koalitionsverhandlungen eintraten, die nicht auf das etablierte rot-grüne Koalitionsmodell zielten (selbst wenn die Verhandlungen nicht zu einer Regierungsbildung führten; Tab. 1).<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup>Bis Ende 2016 sind sieben weitere Fälle hinzugekommen: Die Landesregierung aus CDU und Grünen in Hessen nach der Wahl 2013, die Sondierungen von CDU und Grünen nach der sächsischen Landtagswahl 2014, das 2014 in Thüringen geschlossene Bündnis aus Linkspartei, SPD und Grünen sowie die bereits in der Einleitung erwähnten Koalitionen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt nach den Landtagswahlen im März 2016. Schließlich bildete sich im September 2016 in Berlin ein Regierungsbündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen.

**Tab. 1** Ausgewählte Fälle. (Quelle: Eigene Zusammenstellung)

Jahr	Bundesland	Typ	Ergebnis
2006	Baden-Württemberg	Sondierungsgespräche von CDU und Grünen	Koalition von CDU und FDP
2008	Hamburg	Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen von CDU und Grünen	Koalition von CDU und Grünen (2008–2010)
2008	Hessen	Sondierungsgespräche von SPD und Grünen mit Linkspartei	Neuwahlen
2009	Saarland	Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen von CDU, FDP und Grünen	Koalition von CDU, FDP und Grünen (2009–2012)
2010	Nordrhein-Westfalen	Sondierungsgespräche von SPD und Grünen mit FDP und Linkspartei	Koalition von SPD und Grünen (Minderheitsregierung 2010–2012)

Bei der empirischen Analyse versucht die vorliegende Arbeit eine Balance zwischen vordefinierten Dimensionen und Kriterien für den systematischen Vergleich der Fälle auf der einen sowie den Anforderungen an dichte und detaillierte Fallstudien auf der anderen Seite zu halten. Entsprechend wird ein einheitliches Analyseraster konstruiert, das gleichermaßen für alle Fälle Gültigkeit hat. Dieses Raster berücksichtigt die Phasenlogik der Koalitionsforschung, indem eine Wahlkampfphase sowie eine Sondierungs- und Verhandlungsphase nach der Wahl unterschieden werden, und verbindet diese mit den Modalitäten des mikropolitischen Instrumentariums. Die Felder sind wiederum mit Erwartungswerten aus den im Forschungsstand dargelegten Arbeiten zur innerparteilichen Dimension von Koalitionsentscheidungen gefüllt (Tab. 2). Hierbei wird zugleich berücksichtigt, dass Landesverbände als Untergliederungen einer Bundespartei den Untersuchungsgegenstand bilden. Aufgrund des begrenzten Platzes werden die Ergebnisse hier analytisch verdichtet und fallübergreifend dargestellt.

Die Erhebung der empirischen Daten erfolgte in zwei Stufen: In einem ersten Schritt wurden für alle fünf Fälle Primärdokumente der Landesparteien (Satzung, Wahlprogramm, Beschlüsse) herangezogen sowie systematische Medienanalysen (überregionale und regionale Tageszeitungen) zur Rekonstruktion des jeweiligen Kontextes durchgeführt. In einem zweiten Schritt wurden Interviews mit an den Prozessen bzw. Entscheidungen beteiligten grünen Parteipolitikern geführt

**Tab. 2** Analyseraster Koalitionsentscheidungen. (Quelle: Eigene Zusammenstellung)

Modalität	Wahlkampf	Sondierung/Verhandlungen
Deutungsschemata (Programmatik, inhaltliche Ziele, Ideologie)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Programmatisches Profil des Landesverbandes</li> <li>• Positionen der Strömungen</li> <li>• Entstehungsprozess des Wahlprogramms</li> <li>• Inhalte des Wahlprogramms</li> <li>• Festlegung der Koalitionssignale</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auslegung eigener Positionen gegenüber anderen Parteien</li> <li>• Inhaltliche Konflikte und Kompromisse</li> <li>• Inhalte der Koalitionsvereinbarung</li> </ul>
Normen (Gremien, Organe)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Parteiorgane (Parteitag, Parteirat, Parteivorstand, Arbeitsgemeinschaften)</li> <li>• Grüne Spezifika (Trennung Amt und Mandat, Doppelspitze, Frauenquote)</li> <li>• Verhältnis von Partei und Fraktion</li> <li>• Formelle Entscheidungsverfahren und informelle Abstimmung</li> <li>• Landesverband in föderaler Partei (Bundesebene und andere Landesverbände)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammensetzung Sondierungs- und Verhandlungsdelegation</li> <li>• Formelle und informelle Rückbindung an Partei</li> <li>• Organisatorische Regeln der Koalitionsvereinbarung</li> <li>• Abstimmung zu Koalitionsvereinbarung</li> <li>• Landesverband in föderaler Partei (Bundesebene und andere Landesverbände)</li> </ul>
Autoritativ-administrative Machtmittel (Autorität, Apparat)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inhaber der Führungspositionen und ihre Stellung</li> <li>• Akteurspezifische Eigenschaften</li> <li>• Spitzenkandidatur</li> <li>• Persönliche Berater, Netzwerke und Machtzentren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewertung Wahlergebnis</li> <li>• Verhandlungsführung</li> <li>• Besetzung ausgehandelter Ministerämter</li> <li>• Akteurspezifische Eigenschaften</li> <li>• Persönliche Berater, Netzwerke und Machtzentren</li> </ul>
Umwelt (Parteiensystem, Öffentlichkeit)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Positionen potenzieller Koalitionspartner</li> <li>• Interaktionen mit anderen Parteien im Wahlkampf</li> <li>• Kontakte zu anderen Parteien</li> <li>• Einflussnahme auf Medien</li> <li>• Mediale Begleitung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahlergebnis als Verhandlungsgrundlage</li> <li>• Inhaltliche Schnittmengen und Kontakte</li> <li>• Einflussnahme auf Medien</li> <li>• Mediale Begleitung</li> </ul>



(Willner 2011), wobei einerseits die formale Parteiführung (Partei- und Fraktionsvorsitzende, Politische Geschäftsführer) angefragt sowie weitere Gesprächspartner (Basismitglieder, Delegierte, Strömungsvertreter, Bundestagsabgeordnete) durch die Medienanalyse und durch die Interviews selbst identifiziert wurden. Die Interviews stützten sich auf einen Leitfaden, der entlang des Analyserasters konstruiert wurde. Die Interviews wurden transkribiert und anhand der Felder des Analyserasters offen computergestützt codiert.

---

## **5 Neue Regierungsbündnisse von Bündnis 90/Die Grünen**

Anhand der zwei zentralen Faktoren der Koalitionstheorie (Sitzverteilung und programmatische Nähe/Distanz) lassen sich zunächst überblicksartig die Rahmenbedingungen der fünf betrachteten Koalitionsentscheidungen darstellen. In allen fünf Fällen kamen SPD und Grüne nicht auf eine Mehrheit der Sitze (eine Dokumentation der Wahlergebnisse findet sich im Anhang), was mit hoher Wahrscheinlichkeit zu rot-grünen Koalitionen geführt hätte. Insgesamt galt für alle Parteien, dass die vor der Wahl propagierten Wunschbündnisse keine Mehrheiten erreichten. Einen Sonderfall bildete die Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg, bei welcher die amtierende Landesregierung aus CDU und FDP auf eine eigene Mehrheit kam, aber Ministerpräsident Günther Oettinger den Grünen nichtsdestotrotz Gespräche anbot. In Hamburg wurden die Grünen von der CDU umworben, da die Sozialdemokraten eine Große Koalition und eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei ablehnten (die FDP hatte den Einzug in die Bürgerschaft knapp verpasst). Im Saarland rückte die Absage der SPD an eine Große Koalition die Grünen in die Position des Königsmachers, die nun zwischen einer Koalition mit CDU und FDP sowie SPD und Linkspartei wählen konnten. In Hessen und in Nordrhein-Westfalen versuchten die Grünen vor allem, gemeinsam mit der SPD ein Dreierbündnis als Ampel-Bündnis mit der FDP oder eine rot-rot-grüne Koalition zu schmieden. In beiden Fällen lehnten die Grünen eine rechnerisch mögliche Zusammenarbeit mit CDU und FDP ab, gleiches galt für die SPD und die Option einer Großen Koalition (in beiden Fällen vorrangig wegen Streit um die Besetzung des Ministerpräsidentenamtes). Es zeigt sich, dass neben dem Wahlergebnis somit die vor Wahl gegebenen Koalitionssignale und der Umgang damit entscheidend die Optionen und das Vorgehen nach der Wahl beeinflussten (Best 2015).

Der zweite koalitionstheoretische Punkt wirft ein Schlaglicht auf das spezifische Profil der grünen Landesverbände. Quantitative Programmanalysen zeigen klare Unterschiede der Landesparteien auf der sozioökonomischen wie

gesellschaftspolitischen Achse (Bräuninger und Debus 2012, S. 53–152). Die Nähe und Distanz zu anderen Parteien fällt je nach betrachtetem Bundesland unterschiedlich aus. Letztlich bleibt dies jedoch eine statische Einstufung anhand programmatischer Dokumente und kann noch nicht die Frage beantworten, wie Akteure in Entscheidungsprozessen mit diesen Positionen und Inhalten umgehen.

## 5.1 Deutungsschemata: Interpretation des Programms

Bei Parteien mit ihren zugrunde liegenden Ideologien und politischen Zielvorstellungen sind die sinnstiftenden Schemata von hoher Relevanz, da gerade sie die Mitglieder einer hochgradig fragmentierten Organisation zusammenbinden. Vor Wahlen werden inhaltliche Ziele schriftlich in einem Wahlprogramm fixiert, was bei den meisten deutschen Parteien ein aufwendiger und langwieriger Prozess ist (Däubler 2012).

### 5.1.1 Wahlkampf: Keine Koalitionsaussage ist auch eine Aussage

Bei den Prozessen der Programmerstellung zeigte sich bei den Grünen ein ausgeprägtes Selbstverständnis als Programmpartei: Die Parteiführungen maßen der Programmformulierung hohe Aufmerksamkeit zu und strebten eine umfassende Beteiligung der innerparteilichen Gremien und Gruppen an. Eine Berücksichtigung möglicher Bündnisoptionen nach der Wahl bei der Festlegung von Inhalten lässt sich in diesen Prozessen nicht erkennen, vor allem weil eine durchgreifende Steuerung durch die Parteispitze nicht möglich war. Allerdings entzündeten sich gelegentlich entlang der Strömungslinien Konflikte, die als Schlüsselentscheidungen oft richtungsweisend waren und häufig über knappe Abstimmungen auf Parteitage geklärt wurden (z. B. die Frage der Einführung von Studiengebühren in Baden-Württemberg). Die fünf für diese Arbeit betrachteten Wahlprogramme lassen insgesamt eine hohe Ähnlichkeit erkennen. Die umfangreichen Dokumente bilden einen grünen Markenkern um Umwelt, Naturschutz, Klima, Energie und Verkehr ab und legen darüber hinaus Schwerpunkte in den Themenfeldern, die mit den Zuständigkeiten der Bundesländer im föderalen Staatsaufbau korrespondieren (z. B. Schul- und Bildungspolitik, innere Sicherheit, Finanzpolitik und Landeshaushalt, Landwirtschaft).

Für die Frage der Regierungsbildung nach der Wahl ist unabhängig von den Inhalten die Tonalität in den Programmdokumenten von Interesse: So fand sich in Baden-Württemberg und Hamburg nur eine moderate Abgrenzung gegenüber der

regierenden CDU, während sich in Nordrhein-Westfalen, Hessen und im Saarland heftige Kritik an CDU und FDP durch die Programme zog.<sup>2</sup>

In jedem Fall wurde auf den Parteitag, die über das Wahlprogramm entscheiden, in der Regel zusätzlich eine formelle Koalitionsaussage verabschiedet (Best 2015). Die gewählten Fälle verdeutlichen, dass sich die Grünen dabei erkennbar unter Druck gesetzt sahen, den Wählern eine plausible Machtperspektive aufzuzeigen. Der Druck lastete mehr auf der Führung als auf der Parteibasis, die als Wachhund über die programmatische Reinheit der Partei Experimenten abgeneigt war (Switek 2013b). Die wegen der unwahrscheinlichen rot-grünen Mehrheit damit zwingend verbundene Öffnung für neue Koalitionen gestaltete sich heikel, da diese rasch den Vorwurf der Beliebigkeit nach sich ziehen konnte – von Wählern wie von der eigenen Parteimitgliedschaft. In der Konsequenz wählten die Führungsebenen der Landesparteien zwei Strategien: Erstens wurde stets auf die grüne Programmatik als Fundament verwiesen, welche Maßstab für jede Koalitionsentscheidung bleibt („Inhalte vor Macht“). Zweitens verband man das implizite Anstreben neuer Optionen häufig mit Ausschlüssen anderer Alternativen. Diese wurden allerdings mit Bedingungen verbunden, um der Parteiführung dennoch einen Handlungsspielraum zu erhalten. So modifizierte man in Baden-Württemberg einen Antrag von der Parteibasis auf Ablehnung eines schwarz-grünen Bündnisses mit einschränkenden „derzeit“ und „solange“. In Hessen konzentrierte sich die Kritik an der Union gezielt auf den bei den grünen Parteimitgliedern unbeliebten Ministerpräsidenten Roland Koch, wie es der Partei- und Fraktionsvorsitzende Tarek Al-Wazir erläuterte: „Also, um noch eine Seitentür aufzuhaben, um im Zweifel zu sagen, wenn die die Allerschlimmsten in Rente schicken, dann kann man mal reden. Das war eine sehr bewusste Entscheidung, die wir intern kommunikativ vorbereitet haben“ (Al-Wazir 2013). Der Verweis auf die interne Vorbereitung innerhalb der hessischen Grünen verdeutlicht, dass die Strategie des Offenhaltens auf unterschiedlichen Konstellationen fußte. In Hessen gelang die Mitnahme des schwach ausgeprägten linken Flügels wie der ganzen

---

<sup>2</sup>In Baden-Württemberg steht zwar in der Präambel „Wir wollen diese Politik, wie sie von CDU und FDP im Land betrieben wird, beenden. Die Landesregierung muss abgelöst werden“ (Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg 2006, S. 5). ansonsten aber werden die Regierungsparteien so gut wie nicht erwähnt. In Nordrhein-Westfalen hingegen zog sich Kritik an „Schwarz-Gelb“ durch das gesamte Programm. Eine radikale Abgrenzung nahmen die hessischen Grünen vor: „Die mit absoluter Mehrheit regierende CDU bedrückt die Menschen in Hessen durch rücksichtslose Machtausübung und das Ziel, obrigkeitliche Autorität der Vergangenheit wieder aufleben zu lassen“ (Bündnis 90/Die Grünen Hessen 2007, S. 1).

Partei über die sorgfältig konstruierte und breit vermittelte, gemeinsame Sprachregelung. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gründete die Strategie auf einer Allianz der Strömungen, sodass führende Köpfe der Partei im Wahlkampf öffentlich verschiedene Bündnis-Präferenzen formulieren konnten, ohne größere Unruhe in der Partei auszulösen. In Hamburg hingegen war die Frage einer Kooperation mit der CDU auf der Führungsebene nicht geklärt und „tabuisiert“ (Steffen 2013), sodass Spekulationen über den Ausgang der Wahl wiederholt innerparteiliche Unruhe und Hektik auslösten (was in der Partei als Grund für das als schwach eingestufte Wahlergebnis gesehen wurde). Im Saarland hielten sich vor der Wahl Präferenzen für eine Zusammenarbeit mit CDU und FDP gegenüber einem Bündnis mit SPD und Linkspartei die Waage, sodass eine Richtungsentscheidung mit einem Signal schwer möglich war. Um diese Spaltung zu überdecken, äußerten führende grüne Parteivertreter ihren Wunsch nach einer Ampelkoalition. Dies folgte jedoch mehr strategischen Motiven als tatsächlichen Präferenzen, da auch ein Hinzunehmen der in Umfragen bei sechs bis neun Prozent gehandelten FDP die gemeinsamen rot-grünen 30 % nicht in die Nähe einer absoluten Mehrheit gebracht hätten.

### **5.1.2 Sondierungen und Verhandlungen: Konstruktion legitimierender Leitbilder**

Bei der Betrachtung neuer, bislang nicht praktizierter Regierungsbündnisse zeigt sich eine Bedeutungszunahme der Sondierungsphase. Einerseits galt es hier zu klären, welche Parteien sich zu einem Überdenken ihrer Koalitionsausschlüsse bereit zeigten. Die Grünen befanden sich mit ihrer Strategie des Offenhaltens in einer komfortablen Position, da die Ausschlüsse ihrer Wettbewerber sie jeweils in eine zentrale Verhandlungsposition rückten. Andererseits ermöglichten die Sondierungen den Grünen, den Abstand zu CDU und FDP bzw. Linkspartei vorsichtig zu verringern. Im Sinne einer Annäherungsfunktion demonstrierten sie, dass man zumindest miteinander sprechen kann. Das zeigte sich besonders deutlich in Baden-Württemberg, wo die Gespräche aufgrund der schwarz-gelben Mehrheit einen eher hypothetischen Charakter hatten.

In den Sondierungsrunden loteten die Verhandlungsdelegationen Übereinstimmungen in den verschiedenen Politikbereichen aus. Interessant war das erkennbare Bemühen der Akteure, ein überwölbendes Leitbild für eine Zusammenarbeit zu definieren. Diese Leitbilder stellten eine Verbindung zwischen grundsätzlicher Ideologie und konkretem Programm her, während sie zugleich an die Strömungspositionen andockten. Bei den reformorientierten und ökolibertär ausgerichteten baden-württembergischen Grünen kristallisierte sich in den Treffen mit der CDU beispielsweise ein auf Ökologie und Nachhaltigkeit fußendes Leitbild als

verbindendes Element heraus. Das verdeutlicht die Aussage der damaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Theresia Bauer: „Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, hat vonseiten der CDU Oettinger eingeleitet damit, dass wir zu einem ganz schwierigen Punkt kommen, Haushaltslage und Finanzen. Wir haben gesagt, ja gerne, wir sind überzeugt davon, dass das ein notwendiges Projekt ist, wir wollen eine Konsolidierungspolitik im Zeithorizont von zehn Jahren, wir wollen eine Schuldenbremse und wir wollen dafür sorgen, dass dieser Haushalt nachhaltig funktioniert“ (Bauer 2010). In Hamburg versuchte der schwarz-grüne Senat hingegen, die ungewohnte Zusammenarbeit mit einer neuen Koalitionslogik zu begründen. Man bilde keine Schnittmengenkoalition, sondern eine „Ergänzungs-koalition“, sodass die programmatischen Unterschiede nicht aufgelöst werden müssten, da jede Partei für sich ihre Kompetenzfelder bearbeite.

Schwieriger gestalteten sich die Sondierungen mit der Linkspartei. Als Neugründung in den alten Bundesländern kam ihr ein Außenseiterstatus zu. Sie zog erstmals in Landtage ein und positionierte sich als radikale und kompromisslose Opposition. Darüber hinaus war besonders das Verhältnis von SPD und Linken belastet. Die Grünen bildeten eine Art Brücke zwischen den beiden Parteien. So waren es die hessischen Grünen, die als erste überhaupt mit den Linken sprachen. In Hessen schuf man trotz der Dominanz des Realo-Flügels über ein solidarisch-egalitäres Leitbild eine gemeinsame rot-rot-grüne Basis, was sich etwa am Beispiel der Schulreform (gleiche Chancen für alle Schüler) illustrieren lässt.

Schließlich wird bei den Koalitionsverträgen ein Unterschied zwischen den etablierten Koalitionen mit der SPD und neuen lagerübergreifenden Bündnissen mit CDU und FDP sichtbar. So führte die ehemalige Landesvorsitzende der baden-württembergischen Grünen Sylvia Kotting-Uhl aus: „Mit der SPD haben wir so viele gesellschaftspolitische Übereinstimmungen, also die gleichen Ziele in vielen Dingen, und da reicht es, das zu beschreiben. Da kann man nach den Schnittmengen suchen. Und bei der CDU hätte man wirklich ganz viele Projekte verhandeln müssen. Das bekommt ihr, dafür bekommen wir das“ (Kotting-Uhl 2011). Bei neuen Konstellationen sicherte sich das grüne Verhandlungspersonal mit detaillierten und kleinteiligen Festlegungen ab, in Richtung der Koalitionspartner wie auch als Legitimationsinstanz gegenüber der eigenen Partei.

## 5.2 Normen: Basisdemokratische Überbleibsel

Im Prozess zu einer Koalitionsentscheidung handeln die innerparteilichen Akteure nicht nur in Bezug zu Deutungsschemata, sondern sie richten sich an den Normen der Partei als vereinbarte Regeln der Entscheidungsfindung aus.

So bleibt die Parteiführung stets an die Zustimmung der Partei rückgebunden. Schlüsselentscheidungen, wie der Eintritt in eine Regierungskoalition, müssen die Zustimmung eines Parteitags finden. Aufgrund ihrer Wurzeln in den Neuen Sozialen Bewegungen und dem anfangs einflussreichen programmatischen Grundprinzip der Basisdemokratie weisen die Grünen in dieser Dimension im Vergleich zu den anderen Parteien einige organisatorische Besonderheiten auf (z. B. Frauenquote, Doppelspitze, Trennung von Amt und Mandat, Mitglieder- statt Delegiertenversammlung; Poguntke 1997; Bukow und Rammelt 2003; Probst 2013).

### **5.2.1 Wahlkampf: Spagat zwischen Beteiligung und Geschlossenheit**

Um die Konzentration von zu viel Macht bei einer Person zu verhindern, installierten die Grünen anfangs eine kollektive Führung, die mit der Zeit auf eine Doppelspitze zusammenschrankte. Diese hat in fast allen Landesverbänden und Landtagsfraktionen sowie bei der Partei- und Fraktionsführung auf Bundesebene noch Bestand. Obwohl nicht intendiert, spielte sich für die Doppelspitze eine Besetzung nach Strömungsparität ein. Die potenziell vier Köpfe als Führungspersonal liegen jedoch über Kreuz mit der Medienlogik einer zugespitzten Personalisierung in den Wahlkämpfen (Faas 2009). Zwar setzte sich in vielen Landesverbänden die Aufstellung einer einzelnen Person durch, innerparteilicher Widerstand regte sich aber weiterhin erstens bei männlichen Kandidaten aufgrund der weiterhin geltenden Frauenquote sowie zweitens bei einer zu offen ausgeprägten Experimentierfreude der zu kürenden Person hinsichtlich neuer Koalitionsmodelle. Selbst wenn es sich um ein in den Satzungen nicht verankertes, informelles Amt handelt, bedeutete die hervorgehobene Rolle im Wahlkampf zwangsläufig Einfluss auf eine mögliche spätere Koalitionsentscheidung. Das gilt verschärft, da in den fünf hier betrachteten Fällen einer der Fraktionsvorsitzenden das Amt des Spitzenkandidaten übernahm, was wiederum auf die einflussreiche Position der parlamentarischen Vertretungen im Landtag gegenüber den grünen Parteizentralen verweist. Ein treffendes Beispiel hierfür war der Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat der baden-württembergischen Grünen für die Landtagswahl 2006 Winfried Kretschmann, der sich als einer der ersten bei den Grünen für Regierungsbeteiligungen einsetzte und der vor der Wahl keinen Hehl aus seinen persönlichen Sympathien für die Union machte. Die linke Parteiströmung fürchtete, dass seine Nominierung gleichbedeutend mit einer Entscheidung für eine schwarz-grüne Koalition sei. Sein dennoch gutes Ergebnis bei der Aufstellung kam zustande, weil die ehemalige Landesvorsitzende Kotting-Uhl als Vertreterin des linken Flügels sich stark für ihn einsetzte, wobei sie zugleich als Argument die Verpflichtungswirkung einer hohen Zustimmung anführte:

Da war mein Hauptargument, und das habe ich ganz ernst gemeint, wenn ich den Leuten gesagt habe, wählt den Winfried [Kretschmann], damit Winfried nachher Politik für den ganzen Laden macht. Wenn er nur von seinem Flügel gewählt wird, beklagt euch anschließend nicht, wenn er Flügelpolitik macht, als Fraktionsvorsitzender. Wenn ihr wollt, dass er den ganzen Landesverband vertritt, dann muss er von allen gewählt werden, dass sich alle nachher darauf berufen können, jeder sagen kann, ich hab dich gewählt, wo vertrittst du mich? Das war das, was viele überzeugt hat (Kotting-Uhl 2011).

Die Bedeutung der Organisationsregeln für eine Koalitionsentscheidung zeigte sich außerdem bei den Rahmenbedingungen einer föderal strukturierten Partei. Die Landesparteien verfügen über Untergliederungen in den Kreisen und Gemeinden des Bundeslandes, die – obgleich das streng genommen der institutionellen Logik der Kommunalpolitik widerspricht – ebenfalls Koalitionen in den kommunalen Räten bilden (Breary 1989; Gross 2014). Diese Kooperationen ermöglichen eine niedrigschwellige Annäherung und Erfahrungen können auf die Länderebene weitergereicht werden. Gerade neuen Bündnissen in Großstädten wird häufig ein Vorbildcharakter zugeschrieben (z. B. die schwarz-grünen Bündnisse in Köln oder Frankfurt). Schließlich bietet der Blick auf die kommunale Koalitionslandschaft der Parteiführung einen Fingerzeig für die Verteilung der Koalitionspräferenzen innerhalb der Mitgliedschaft, wie es die Aussage der nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Daniela Schneckenburger illustriert: „Man muss zunächst mal wissen, dass Koalitionen in einem Flächenland schon auch vorbereitet werden durch Koalitionen auf lokaler Ebene. Wir haben uns die kommunale Ebene darum genau angesehen ... wie ist die Kommunalwahl 2009 ausgegangen, was für lokale Konstellationen sind da vor Ort entstanden“ (Schneckenburger 2014).

Verbindungslinien liefen auch zur Ebene der Bundespartei. Die Koalitionsforschung nimmt an, dass die Bundesspitze einer Partei darauf abzielt, dass sich die Landesverbände an einer einheitlichen Koalitionsstrategie orientierten. So schilderte es auch der Fraktions- und Parteivorsitzende der Saar-Grünen Hubert Ulrich: „Es gab natürlich Interessen und Interessenlagen, die von außen an uns herangetragen wurden. Aber niemand hat versucht, Druck auf uns auszuüben. Das hätte auch nicht zum Erfolg geführt, weil wir als Landesverband relativ autonom sind“ (Ulrich 2010). Bei allen fünf Koalitionsentscheidungen fand die Analyse einen hohen Grad der Autonomie der grünen Landesverbände.

### **5.2.2 Sondierungen und Verhandlungen: Parteibasis als Verhandlungstrumpf**

Nach der Wahl und mit der Konkretisierung möglicher Koalitionsexperimente wuchs der Druck auf die Regeln der Entscheidungsfindung. In den meisten Fällen veränderten oder erweiterten die grünen Landesparteien ihre Regeln kurzfristig,

um die Bedeutung der Entscheidung und den Anspruch auf Mitnahme der Partei zu demonstrieren. Der spätere Hamburger Justizsenator der Grünen verwies auf die Strategie der Parteiführung, dass aufgrund der ungewöhnlichen Koalitionskonstellation keinesfalls der Eindruck einer überstürzten oder überhasteten Entscheidung entstehen sollte: „Wir machen das jetzt ganz langsam. Wir machen jeden Schritt und dann sollen die Mitglieder noch mal kommen und noch mal und noch mal und noch mal“ (Steffen 2013). Entsprechend hielt man in Hamburg nach dem Gesprächsangebot der Union, nach den Sondierungen und nach den Verhandlungen eine Mitgliederversammlung ab, zudem begleitete man die Verhandlungen durch neu geschaffene Mitgliederabende. Die Saar-Grünen führten zur Information über die Sondierungsergebnisse mit CDU und FDP sowie SPD und Linkspartei drei Regionalkonferenzen durch, auch hier traf ein Parteitag die Entscheidung über den Eintritt in die Verhandlungen. In Nordrhein-Westfalen erfüllte vor allem eine vor der Wahl zusammengestellte, vierzehnköpfige Verhandlungsdelegation, in der sich Vertreter aller Akteursgruppen fanden, die Rolle eines ad-hoc-Entscheidungsgremiums.

Die verbliebenen organisatorischen Besonderheiten hatten ansonsten keine prägende Wirkung auf die Entscheidungsprozesse. Sie wirkten mehr im symbolischen Bereich, da die Relikte das für die Identität wichtige Bild einer Andersartigkeit und Unangepasstheit kultivieren. Die kollektive Führung und die Trennung von Partei und Fraktion erschwerte zwar an einigen Stellen Abstimmung und Koordination, in der Regel glichen informelle Elemente aber die Defizite aus. Dennoch ließ sich die Widerspenstigkeit der Parteibasis von der Parteiführung in den Verhandlungen gegenüber anderen Parteien als Trumpf einsetzen. So zeigte die Hamburger CDU deutlichen Respekt vor der Mitgliederversammlung der Grünen, auf der letztlich alle Parteimitglieder über das Bündnis abstimmen konnten. Für die grüne Verhandlungsdelegation bedeutete das einen Hebel für Zugeständnisse, wie das Mitglied der Verhandlungsgruppe Jens Kerstan ausführte: „Die Union hatte immer einen gesunden Respekt davor, dass wir diese Mitgliederversammlung hatten, wo die Basis zustimmen muss. Das war in ganz vielen Entscheidungen so, wenn man nur den Hinweis gegeben hatte: Würde ich ja vielleicht sogar mitmachen, aber ist eigentlich klar, damit komme ich auf dem Parteitag nicht durch. Das war ein Argument, das eigentlich immer geholfen hat“ (Kerstan 2013).

Obwohl es sich bei den betrachteten Prozessen um aufgeladene Entscheidungen handelte, unterschied sich der Verlauf der als Mitgliederversammlungen ausgestalteten Parteitage in Hessen und Hamburg nicht erheblich von denen der Delegiertenkonferenzen.

Nimmt man die Rolle innerparteilicher Strömungen in den Blick, so fand sich vor allem bei Landesverbänden mit einem ausgeprägten Strömungsdualismus



eine Strukturierungswirkung. Dominierte hingegen eine Strömung den Landesverband, so liefen die Prozesse über die formellen Gremien und Verfahren. In Hessen und Hamburg wählten die Parteispitzen trotz einer marginalisierten linken Strömung eine integrierende Strategie, indem Koalitionskritiker mit in die Verhandlungen eingebunden wurden. Im Saarland hatte sich eine gewisse Konfrontationshaltung zwischen Landesverband und links geprägtem Saarbrücker Kreisverband festgesetzt, was den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hubert Ulrich in einer Konfrontationsstrategie bestärkte. Insgesamt lässt sich aus den Fällen eine veränderte Rolle der Strömungen herauslesen. Sie verfügen inzwischen mehr über einen organisatorischen Charakter, als dass sie sinnstiftenden Zusammenhalt bieten.

Im Hinblick auf die Verfahren der Sondierungen und Verhandlungen zwischen den Parteien gelang es den grünen Parteiführungen geschickt, sich trotz des Status als kleine Partei als Mitentscheider zu profilieren – nach außen wie in die eigene Partei hinein. Waren sie im Saarland aufgrund der Konstellation tatsächlich Königsmacher, traten sie in Hessen und in Nordrhein-Westfalen durch das stets gemeinsame Verhandeln mit der SPD als Partner auf Augenhöhe auf. So konnte die Parteiführung in die eigene Partei vermitteln, nicht von Umständen getrieben zu sein, sondern diese aktiv zu gestalten.

### **5.3     Administrativ-autoritative Machtmittel: Sichtbarkeit und Loyalität**

Aufgrund einer Führungsposition innerhalb der Partei steht bestimmten Akteuren der Zugriff auf die Arbeitsorganisation bzw. den bürokratischen Verwaltungsapparat als Machtmittel zu. Die Parteivorsitzenden verfügen über Personal in den Parteizentralen bzw. Geschäftsstellen und können diese entlang ihrer Ziele einsetzen (Bukow 2013). Darüber hinaus stellen individuelle Fähigkeiten und Fertigkeiten der Akteure Machtressourcen dar. Einem Akteur mit langjähriger Politikkarriere und Regierungserfahrung kommt eine Autorität zu, mit welcher ihm die Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse leichter fällt als anderen Parteimitgliedern. Sichtbarkeit und Prominenz heben den Status einer Person innerhalb der Partei. Innerparteiliche Strömungen, die stärker einen personellen Netzwerkcharakter haben, basieren auf Loyalitäten, die an eine Person gebunden sind. Gerade persönliche Kontakte zum Führungspersonal anderer Parteien, die im Sinne einer Schnittstellenfunktion relevant für Koalitionsentscheidungen sind, hängen an einzelnen Personen.

### 5.3.1 Wahlkampf: Gesicht der Partei

Zunächst zeigt sich ein Zusammenhang von Inhalten und Personen. Die Entscheidung für einen Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann hatte in Baden-Württemberg Konsequenzen für das Programm. So sprach Kretschmann auf dem Programmparteitag offen aus, dass er einen Antrag für ein Verbot religiöser Symbole in Schulen nicht vertreten könnte (der Antrag fand nur knapp keine Mehrheit). Die Spitzenkandidatinnen Christa Goetsch in Hamburg und Sylvia Löhrmann in Nordrhein-Westfalen standen für eine bestimmte Richtung der Schulreform. Prospektiven Koalitionspartnern war somit klar, dass diesen Personen ein überzeugendes inhaltliches Angebot zu machen war, damit es zu einer Koalition kommen konnte.

Die analytische Trennung von durch Regeln geschaffenen Führungsämtern und autoritativen Machtmitteln machte zudem Unterschiede bei der Stellung grüner Führungsakteure sichtbar. Gerade vor dem Hintergrund einer latent elitenkritischen Parteibasis leitete sich der Einfluss bei den Grünen oft von letzterem ab. Bei Tarek Al-Wazir und Hubert Ulrich, die beide jeweils Partei- und Fraktionsvorsitzende in ihrem Landesverband waren bzw. sind, zeigte sich, dass die formalen Ämter Hand in Hand mit ihrer ohnehin einflussreichen Stellung in der Partei gingen. Zugleich wurde sichtbar, dass die hessischen Grünen dem im ganzen Landesverband als politisches Talent geschätzten Al-Wazir aus anderen Gründen folgten, als dass bei Ulrich im Saarland der Fall war, der sich stark auf eine loyale Hausmacht in seinem Kreisverband stützte.

Schwierig waren die Fälle, in denen einer Führungspersönlichkeit erkennbar von einer rot-grünen Koalition abweichende Präferenzen zugeschrieben wurden, wie es bereits für Kretschmann ausgeführt wurde. Die spätere Bildungsministerin Theresia Bauer schilderte die daraus entstehenden Probleme für die Partei wie folgt: „Die Rolle und der Einfluss der Medien, den grünen Landesverband Baden-Württemberg schwarz-grün anzupinseln, ist eminent groß. [...] Das wiederum hat die Ängste und Sorgen in der Partei mit schöner Regelmäßigkeit verstärkt, dass da ja einer unbedingt mit Biegen und Brechen Schwarz-Grün machen will. Das war ein Spiel zwischen Medien, die dieses Bild forciert haben, und den Ängsten einer Partei“ (Bauer 2010). Ähnlich gestaltete sich die Situation im Saarland, wo manche Parteimitglieder persönliche Verwerfungen zwischen Hubert Ulrich und dem Linksparteivorsitzendem Oskar Lafontaine als möglichen Hinderungsgrund für eine rot-rot-grüne Koalitionsbildung ansahen.

### 5.3.2 Sondierungen und Verhandlungen: Vertrauen und Sinnstiftung

Die Analyse zeigt, dass es gerade in der Phase der Sondierungen und Verhandlungen bei neuen Koalitionskonstellationen eine hervorgehobene Bedeutung einzelner Spitzenakteure gab. In Hessen überzeugte Tarek Al-Wazir mit seiner

hohen innerparteilichen Autorität die Partei von der Sinnhaftigkeit einer instabilen Minderheitsregierung, wobei gerade er als Vertreter der Realo-Strömung unvoreingenommen für eine rot-rot-grüne Option werben konnte. Bei Winfried Kretschmann wäre das bei Verhandlungen mit der Union problematisch geworden, da ihm die Partei möglicherweise eine zu hohe Kompromissbereitschaft unterstellt hätte. Nichtsdestotrotz war das Gesprächsangebot von CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger für Kretschmann ein Geschenk, da man so zumindest konstruktive Sondierungen simulierte und den Spielraum in Richtung eines solchen Bündnisses erweiterte. In Nordrhein-Westfalen fußte die Überzeugungskraft von Sylvia Löhrmann auf dem guten Wahlergebnis und der Augenhöhe zur SPD in den Sondierungen. Gemeinsam mit Hannelore Kraft bildete sie ein überzeugendes weibliches Tandem mit Strahlkraft, das einen Politikwechsel verkörperte. Das verweist wiederum auf die Ebene der persönlichen Beziehungen zwischen den Führungsakteuren, die vor allem bei neuen Koalitionen, in denen die Partner über keine Erfahrungen mit einer Kooperation verfügen, eine wichtige Vertrauensgrundlage bieten. Zugleich stellen diese Kontakte in eine andere Partei ein Machtmittel innerhalb der eigenen Parteiorganisation dar, da diese an einer konkreten Person hängen und nicht einfach ausgetauscht werden können. Hinsichtlich der mit bislang nicht praktizierten Regierungsbündnissen verbundenen Unsicherheiten gewann die Autorität einzelner Personen als Sinnstifter für diese Koalitionen an Bedeutung (zugleich hafteten sie andersherum für ein Scheitern der Experimente).

In den behandelten Fällen zeigte sich darüber hinaus, dass neue Koalitions-konstellationen aus Prestigegründen das Interesse individueller Parteiakteure weckten. Das Signum, als Erster eine neue Option umgesetzt zu haben, steigert das eigene Ansehen und hebt den innerparteilichen Einfluss. Gerade Akteure der Landespolitik generierten hierdurch eine hohe Sichtbarkeit in der Gesamtpartei. Das setzt individuelle Anreize, trotz zu erwartendem Widerstand in der Partei die Realisierung eines neuen Bündnisses anzustreben.

## **5.4 Organisationsumfeld: Abgrenzung und Umarmung**

Richtete sich die Perspektive bisher auf die Interaktionen innerhalb der Landesverbände, so geht es im Folgenden um externe Einflüsse. Bei der Betrachtung von Koalitionsentscheidungen liegt es auf der Hand, dass über Organisationsgrenzen hinaus Positionen und Handeln anderer Parteien als potenzielle Bündnispartner Einfluss auf den innerparteilichen Entscheidungsprozess haben. So bildet das Wahlergebnis zunächst den extern gesetzten, numerischen Ausgangspunkt für

Sondierungen und Koalitionsverhandlungen, aber der Einfluss beschränkt sich nicht auf eine diskrete Wahl. Die Ausprägungen des die Grünen umgebenden Parteiensystems wirken in der hier eingenommenen Perspektive über mehrere Wahlen hinweg auf Koalitionsstrategien ein. Beispielsweise führte die hegemoniale Position der Union in Baden-Württemberg dazu, dass sich einige grüne Akteure dort früh mit dem Gedanken einer schwarz-grünen Zusammenarbeit anfreundeten (schon nach der Wahl 1992 fanden erstmals Gespräche statt). Gleichzeitig sind programmatische Positionen der anderen Parteien relevant. Wie innerhalb der Grünen bedürfen deren Programme der Auslegung und die Ausrichtung variiert, je nachdem welche innerparteiliche Strömung dominiert.

### 5.4.1 Wahlkampf: Konkurrenz und Feindschaft

Grundsätzlich dominiert in Wahlkampfzeiten eine Konkurrenzlogik, da die Parteien aktiv im Wettbewerb um Wählerstimmen stehen. Allerdings lassen sich in den betrachteten Fällen neben konkurrierendem und abgrenzendem Handeln auch Muster eines vereinnahmenden Agierens gegenüber den Grünen erkennen.

Die Nähe zwischen Grünen und SPD stand in keinem Fall infrage. Allerdings war das Verhältnis in Baden-Württemberg aufgrund der Ausrichtung der Grünen auf die Union angespannt, in Hessen haderten die Grünen mit einer zu ökologisch orientierten SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti.<sup>3</sup> Gegenüber der Linkspartei schlug die SPD einen deutlichen Konfrontationskurs ein: In Hessen, in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen zielte man darauf ab, die Linkspartei aus dem Parlament zu halten. Dabei lässt sich ein Lernprozess erkennen. Stolperte Ypsilanti bei der Regierungsbildung in Hessen über die vor der Wahl gegebene klare Absage an eine Zusammenarbeit mit der Linken, wählte die Spitzenkandidatin Hannelore Kraft ihre Worte im Wahlkampf vorsichtiger.

Die Abgrenzung bestärkte die Linkspartei in ihrer Oppositionshaltung, teilweise führte sie gezielt Wahlkampf gegen Rot-Grün. Nach den Wahlen zeichneten sich aber stets Anzeichen eines Wandels ab. Sowohl in Hessen wie in Nordrhein-Westfalen bot die Möglichkeit der Abwahl eines CDU-Ministerpräsidenten einen Anreiz für eine Kooperation mit SPD und Grünen.

Die CDU ging im Wahlkampf im Saarland und in Hessen die Grünen hart an. Die hessische Konfrontationsstrategie manifestierte sich etwa darin, dass in

---

<sup>3</sup>Neben dem misstrauisch beäugten Wildern in grünen Kompetenzfeldern monierte man vor allem, dass die SPD durch ihr fehlendes industriepolitisches Profil das klassische sozialdemokratische Wählerpotenzial vernachlässigte: „Wir haben gesagt, Andrea Ypsilanti soll, anstatt auf Windräder zu klettern, nach Baunatal zu den VW-Mitarbeitern gehen und sagen, liebe Leute, ihr müsst mich wählen“ (Schulz-Asche 2013).

Presseerklärung immer von den „Al-Wazir-Grünen“ gesprochen wurde oder man Plakate „Ypsilanti, Al-Wazir und Kommunisten stoppen“ klebte. Die Grünen unterstellten Koch, aus wahltaktischen Gründen ausländerfeindliche Ressentiments zu schüren. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen positionierte sich die Union hingegen neutral bis wohlwollend. Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Grünen machte für den Kurs der NRW-CDU die Perspektiven nach der Wahl verantwortlich: „Ich glaube, wir hatten dadurch, dass wir uns das mit der CDU offengehalten haben und dass es bei führenden CDUlern viele gab, die in diese Richtung bereit waren zu gehen, auch um an der Regierung zu bleiben und Rüttgers eine zweite Amtszeit zu ermöglichen, eine gewisse Abgesichertheit vor schwerwiegenden Angriffen“ (Klocke 2015).

Hingegen fand sich bei der Hamburger CDU eine Strategie der aktiven Vereinbarung. Vor der Wahl 2008 äußerte der Bürgermeister Ole von Beust in Interviews mehrmals offen seine Bereitschaft, beim Verlust der absoluten Mehrheit mit den Grünen eine Regierung zu bilden. Von Beust und seiner Partei gelang es dabei, dass die Grünen diese Annäherung nicht nur als machtpolitische Erweiterung der Koalitionsoptionen einstufen, wie es das Zitat des stellvertretenden grünen Landesvorsitzenden verdeutlichte:

Mit einer hohen Glaubwürdigkeit verbunden war die Art und Weise, wie Ole von Beust selber Politik gemacht hat. Zum Beispiel der Bereich Klimaschutz: Als Ole von Beust in Hamburg eine durchaus ehrgeizige Klimaschutzpolitik angefangen hat mit einem Klimaschutzprogramm, dass sich sehen lassen konnte. Das war ein wichtiger Punkt. Und natürlich, dass er innerhalb der CDU auf Bundesebene ein Koordinator für den Bereich geworden ist. Das war sicher ein Signal, das wir wahrgenommen haben (Kerstan 2013).

Die Landesverbände der FDP verorteten sich ganz auf der Linie der Bundespartei, indem sie kompromisslos an der Seite der CDU blieben. Einzig für eine Jamaika-Koalition zeigte man sich in einigen Landesverbänden offen. Aufgrund einer ähnlichen Wettbewerbsposition sowie des Kampfs um die Position als dritte Kraft im Parteiensystem hatten die Auseinandersetzungen zwischen Grünen und Liberalen häufig eine besondere Schärfe.

Auf die innerparteilichen Prozesse der Grünen wirkten nicht nur die anderen Parteien ein. Da die Möglichkeit neuer Koalitionskonstellationen im Raum stand, fiel die Aufmerksamkeit der Medien hoch aus. Im Wahlkampf achteten Medienvertreter mit Argusaugen auf jedwedes Anzeichen einer sich abzeichnenden schwarz-grünen oder rot-rot-grünen Koalition. Abgesehen von den Saar-Grünen reagierten alle grünen Landesverbände beschwichtigend und versuchten das Thema von Koalitionsfragen kleinzuhalten. In die Partei hinein argumentierten die Parteispitzen, dass die Diskussion den Grünen von außen aufgedrückt würde.

### 5.4.2 Sondierungen und Verhandlungen: Architekten und Lernprozesse

Die neuen Koalitionskonstellationen profitierten von einem Architekten oder politischen Unternehmer, der als Person für das Bündnis stand und für dieses über Parteigrenzen hinweg bei den Koalitionspartnern sowie in der Öffentlichkeit für Akzeptanz warb. Prototypisch dafür lässt sich Ole von Beust in Hamburg anführen. Nach einem Schritt in die entgegengesetzte Richtung, durch ein Bündnis mit der rechtspopulistischen Schill-Partei, vollzog er in der Folge eine Kehrtwende in Richtung einer schwarz-grünen Zusammenarbeit, indem er unter anderem in Fragen der Ökologie wie der Integrationspolitik einen programmatischen Wandel in der Landespartei anstieß. Auch Günther Oettinger in Baden-Württemberg und Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen hätten wohl eine solche Rolle einnehmen können, während schwarz-grüne Koalitionen unter Stefan Mappus oder Roland Koch der Parteibasis unmöglich zu vermitteln gewesen wären. Letztere aktivierten bei den Grünen das latent noch vorhandene Bild der Union als Antagonist und Gegner. Der Hamburger Fall illustrierte zugleich, welche Konsequenzen sich durch den Abgang einer zentralen Führungsfigur ergeben. Nach dem Rücktritt von Ole von Beust schwand die Stabilität der Koalition und sie brach noch in der Legislaturperiode auseinander.

Interessant ist dabei der zu beobachtende Effekt, dass die Aussicht einer Koalition programmatische Lernprozesse anstößt. Koch versuchte nach der verlorenen Landtagswahl mit einem radikalen Kurswechsel das ökologische Profil der hessischen CDU zu stärken, um eine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit den Grünen herzustellen. Die grüne Parteibasis begegnete den Umarmungsstrategien grundsätzlich mit Skepsis, da man diese als taktische Versuche der Union deutete, sich eine progressivere Reputation zu verschaffen. Hier lag es an dem grünen Führungspersonal, die Ernsthaftigkeit des Wandels und die Motive dafür einzuschätzen.

Schließlich hatte die hohe mediale Aufmerksamkeit aufgrund des Neuigkeitscharakters der Koalitionen Konsequenzen für die innerparteiliche Entscheidungsfindung. Einerseits war diese nicht unerwünscht, da die Akteure der Landespolitik hierdurch bundesweite Aufmerksamkeit erzielten. Andererseits erschwerte das die Gespräche, da diese unter größerer Beobachtung standen und weniger berechenbar waren. Der Zugang zu den Medien bedeutete für die Parteiakteure ein Machtmittel. So beendete Mappus, gegen eine Absprache mit dem Ministerpräsidenten Oettinger über ein Interview die Sondierungen mit den Grünen. Die Parteiführung musste sich erkennbar bemühen, bei der Information den Medien zuvorkommen oder zumindest begleitend eigene Deutungen in die Partei zu vermitteln.

## 6 Herausbildung neuer Koalitionsleitbilder

Der vorliegenden Analyse lag die Frage nach der Organisation innerparteilicher Mehrheiten für neue Koalitionen innerhalb der Landesverbände von Bündnis 90/ Die Grünen zugrunde. Mithilfe des mikropolitischen Instrumentariums war es möglich, anhand der ausgewählten Fälle Bedingungen für die kollektive Handlungsfähigkeit einer fragmentierten Parteiorganisation herauszuarbeiten.

Die Koalitionsbildung begann bereits vor dem eigentlichen Wahltag. Gerade bei einer zu erwartenden offenen Situationen nahmen die Konflikte bei der Festlegung eines Koalitionssignals zu. Während die Parteibasis als Wächter über die programmatische Reinheit auf Ausschlüsse von Experimenten drang, strebte die Parteiführung nach einem Offenhalten, um ihren Handlungsspielraum zu vergrößern. Die Stabilität der Signale hing erstens an den dahinter stehenden Strömungsabsprachen sowie zweitens an der Wahl einer gemeinsamen, integrierenden Sprachregelung. Letzteres verweist wiederum auf die Relevanz der Konstruktion verbindender Leitbilder in den Sondierungen und Verhandlungen, die grundsätzliche Parteiideologie, Forderungen der Wahlprogramme und Positionen der dominierenden Parteiströmungen verbanden. Sie bildeten das Fundament für die Aushandlung programmatischer Kompromisse im Rahmen einer Koalitionsvereinbarung und halfen, eine ungewohnte Koalitionskonstellation in der Partei und gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren.

Die organisatorischen Spezifika der Grünen hatten nur wenig erkennbaren Einfluss. Die Trennung von Partei und Fraktion überbrückten in der politischen Praxis vor allem die Strömungen. Allerdings wirkte sich das basisdemokratische Erbe anderweitig aus, indem die grünen Parteimitglieder zu einer führungskritischen und elitenskeptischen Haltung neigten. So forderte und akzeptierte die Parteibasis die Entscheidung strittiger Fragen über Mehrheitsentscheide. Diese Haltung spielte wiederum den grünen Verhandlungsdelegationen in die Karten, die damit von den Koalitionspartnern Zugeständnisse erreichen konnten.

Durch die offenen Situationen rückten einzelne Spitzenpolitiker in den Mittelpunkt, die sich mit an ihre Person gebundener Autorität für die Experimente einsetzten. Aufgrund fehlender Routinen blickte die Partei verstärkt auf ihr Führungspersonal und die Spitzenkandidaten. Genauso spielte in dieser Dimension die Person des zu kürenden Ministerpräsidenten eine Rolle, da dieser als hervorgehobener Architekt mit seinen Charakteristika zum neuen Koalitionsmodell passen musste.

Hinsichtlich der föderal aufgebauten Parteiorganisation zeigte sich, dass der Einfluss der Bundesebene auf die Landesparteien bei den Grünen schwach ausfiel. Verbindungslinien fanden sich stärker auf horizontaler Ebene, indem die Landesverbände voneinander lernten – Akteure mit Erfahrung mit neuen Koalitionen waren in der Folge gefragte Gesprächspartner. Damit zeichnen sich die Konturen der Herausbildung neuer Koalitionsleitbilder ab. Scheiterten die lagerübergreifenden Bündnisse von den Grünen in Hamburg und im Saarland noch vor Ablauf der Legislaturperiode, regiert seit 2013 in Hessen eine schwarz-grüne Landesregierung erstaunlich stabil. Die Umorientierung nach der Landtagswahl 2008 sowie der Abgang von Roland Koch hatten den Boden für diese Zusammenarbeit bereitet. Zwar bleibt die Realisierung abhängig vom Profil des jeweiligen Landesverbandes, aber die Begründungspflicht für dieses Modell sinkt. Weniger etabliert ist hingegen ein nach links erweitertes rot-grünes Modell. Nach dem Scheitern in Hessen und einer kurzzeitigen Zusammenarbeit im Kontext der Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen liegt es an Linkspartei, SPD und Grünen in Thüringen und Berlin, die Machbarkeit und Rahmenbedingungen eines solchen Dreierbündnisses zu demonstrieren und die Basis für ein neues Koalitionsleitbild zu legen.

Die Regierungsbildungen nach den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt – alle unter Beteiligung grüner Landesverbände – haben gezeigt, dass sich die Grünen bislang nicht von ihrer experimentierfreudigen Haltung abbringen lassen. Ende 2016 sind sie an elf Landesregierungen beteiligt, wovon nur vier einem klassischen rot-grünen Muster entsprechen.

Das bleibt nicht ohne Konsequenzen: Die ersten innerparteilichen Konflikte, was diese Buntheit für die Koalitionsstrategie der Partei für die Bundestagswahl 2017 bedeutet, zeichnen sich bereits ab. Während der linke Parteiflügel schon jetzt eine Öffnung zur Linkspartei propagiert, machen sich die in Bündnisse mit der CDU eingebundenen Parteiakteure stark für eine Annäherung zur Union. Ohne Zweifel wird die Koalitionsfrage die Partei das Jahr vor der Bundestagswahl intensiv beschäftigen, wobei der Ausgang der Landtagswahl im Mai 2017 in Nordrhein-Westfalen einer der verschiedenen Optionen Momentum verleihen kann.

Auch wenn sich durch die unterschiedlichen Regierungskonstellationen Spannung innerhalb der Partei ergibt, erhöhen sie nichtsdestotrotz den Handlungsspielraum der grünen Parteiführung nach der kommenden Bundestagswahl, da in Sondierungen und Verhandlungen an diese Modelle mit ihren Erfahrungen (und ihrem Personal) angeknüpft werden kann.



## Anhang: Wahlergebnisse

Landtagswahl Baden-Württemberg 26.03.2006. (Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	WASG
Stimmen	44,2 % (−0,6)	25,2 % (−8,1)	11,7 % (+4)	10,7 % (+2,6)	3,1 %
Sitze (139)	69	38	17	15	0

Landtagswahl Hessen 27.01.2008. (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Stimmen	36,8 % (−12)	36,7 % (+7,6)	9,4 % (+1,5)	7,5 % (−2,6)	5,1 %
Sitze (110)	42	42	11	9	6

Bürgerschaftswahl Hamburg 24.02.2008. (Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein)

	CDU	SPD	GAL	Linke	FDP
Stimmen	42,6 % (−4,6)	34,1 % (+3,6)	9,6 % (−2,7)	6,4 %	4,8 % (+2,0)
Sitze (121)	56	45	12	8	0

Landtagswahl Saarland 30.08.2009. (Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes)

	CDU	SPD	Linke	FDP	Grüne
Stimmen	34,5 % (−13)	24,5 % (−6,3)	21,3 % (+19)	9,2 % (+4)	5,9 % (+0,3)
Sitze (51)	19	13	11	5	3

Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 09.05.2010. (Quelle: Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Stimmen	34,6 % (−10,3)	34,5 % (−2,6)	12,1 % (+5,9)	6,7 % (+0,6)	5,6 % (+2,5 WASG)
Sitze (181)	67	67	23	13	11

## Literatur

- Bäck, Hanna. 2008. Intra-party politics and coalition formation: Evidence from Swedish local government. *Party Politics* 14:71–89.
- Beller, Dennis, und Frank Belloni. 1978. Party and faction: Modes of political competition. In *Faction politics: Political parties and factionalism in comparative perspective*, Hrsg. Frank Belloni und Dennis Beller, 417–450. Santa Barbara: ABC-Clio.
- Best, Volker. 2015. *Koalitionssignale bei Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012*. Baden-Baden: Nomos.
- Blatter, Joachim K., Frank Janning, und Claudius Wagemann. 2007. *Qualitative Politikanalyse: Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bogumil, Jörg, und Josef Schmid. 2001. *Politik in Organisationen: Organisationstheoretische Ansätze und praxisbezogene Anwendungsbeispiele*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bohnsack, Klaus. 1976. Bildung von Regierungskoalitionen, dargestellt am Beispiel der Koalitionsentscheidung der F.D.P. von 1969. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 7:400–425.
- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus. 2012. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Breary, Patricia. 1989. City coalitions in West Germany: A case study. In *Political parties and coalitions in European local government*, Hrsg. Colin Mellors, 275–300. London: Routledge.
- Bukow, Sebastian. 2013. *Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bukow, Sebastian, und Stephan Rammelt. 2003. *Parteimanagement vor neuen Herausforderungen. Die Notwendigkeit strategischer Steuerung sowie Anforderungen an parteiinterne Organisation und externe Kommunikation für moderne (Regierungs-)Parteien am Beispiel der Grünen*. Münster: LIT.
- Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg. 2006. *Jetzt aber Grün! Das Programm für Baden-Württemberg*.
- Bündnis 90/Die Grünen Hessen. 2007. *AN MORGEN DENKEN*. Landtagswahlprogramm 2008.
- Burns, Tom. 1961. Micropolitics: Mechanisms of institutional change. *Administrative Science Quarterly* 6:257–281.

- Crozier, Michel, und Erhard Friedberg. 1993. *Die Zwänge kollektiven Handelns. Über Macht und Organisation*. Frankfurt a. M.: Athenäum.
- Däubler, Thomas. 2012. Wie entstehen Wahlprogramme? Eine Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22:333–365.
- Decker, Frank. 2011. *Regieren im „Parteienbundesstaat“: Zur Architektur der deutschen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Downs, William M. 1998. *Coalition government, subnational style: Multiparty politics in Europe's regional parliaments*. Columbus: Ohio State University Press.
- Eldersveld, Samuel J. 1964. *Political parties: A behavioral analysis*. Chicago: Rand McNally.
- Faas, Thorsten. 2009. Grüne: Unsichtbares Spitzenpersonal in Hülle und Fülle. <http://blog.zeit.de/zweitstimme/2009/05/13/grune-unsichtbares-spitzenpersonal-in-hulle-und-fulle/>. Zugegriffen: 15. März 2015.
- Friedberg, Erhard. 1992. Zur Politologie von Organisationen. In *Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen*, Hrsg. Willi Küpper und Günther Ortman, S. 39–52. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Giannetti, Daniela, und Kenneth Benoit, Hrsg. 2009. *Intra-party politics and coalition government*. London: Routledge.
- Giddens, Anthony. 1988. *Die Konstitution der Gesellschaft: Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Gross, Martin. 2014. Koalitionsbildung in deutschen Großstädten: Empirische Befunde aus Nordrhein-Westfalen. *Zeitschrift für Politik* 24:109–143.
- Jun, Uwe. 1994. *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern: Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949*. Opladen: Leske + Budrich.
- Katz, Richard S., und Peter Mair. 1993. Evolution of party organizations in Europe. The three faces of party organization. *American Review of Politics* 14:593–617 (Special issue: Political parties in a changing age).
- Köllner, Patrick, und Matthias Basedau. 2006. Faktionismus in politischen Parteien: Eine Einführung. In *Innerparteiliche Machtgruppen: Faktionismus im internationalen Vergleich*, Hrsg. Patrick Köllner, Matthias Basedau, und Gero Erdmann, S. 7–38. Frankfurt a. M.: Campus.
- Korte, Karl-Rudolf. 2008. Neue Formeln zur Macht. *Die Politische Meinung* 465:5–9.
- Korte, Karl-Rudolf, und Manuel Fröhlich. 2009. *Politik und Regieren in Deutschland: Strukturen, Prozesse, Entscheidungen*, 3. Aufl. Paderborn: Schöningh.
- Kropp, Sabine. 2001. *Regieren in Koalitionen: Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Lees, Charles. 2000. *The Red-Green Coalition in Germany: Politics, personalities and power*. Manchester: Manchester University Press.
- Maor, Moshe. 1995. Intra-party determinants of coalition bargaining. *Journal of Theoretical Politics* 7:65–91.
- Matys, Thomas. 2006. *Macht, Kontrolle und Entscheidungen in Organisationen. Eine Einführung in organisationale Mikro-, Meso- und Makropolitik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Michels, Robert. 1911. *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Leipzig: Klinkhardt.

- Müller, Wolfgang C., Torbjörn Bergman, und Kaare Strøm. 2008. Coalition theory and cabinet governance: An introduction. In *Cabinets and coalition bargaining: The democratic life cycle in Western Europe*, Hrsg. Kaare Strøm, Wolfgang C. Müller, und Torbjörn Bergman, 1–50. Oxford: Oxford University Press.
- Niedermayer, Oskar. 2008. Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005. In *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 9–35. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ortmann, Günther, Arnold Windeler, Albrecht Becker, und Hans-Joachim Schulz. 1990. *Computer und Macht in Organisationen: Mikropolitische Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Poguntke, Thomas. 1997. Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? In *Parteiendemokratie in Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, und Richard Stöss, 257–276. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Probst, Lothar. 2013. Bündnis 90/Die Grünen. In *Handbuch Parteienforschung*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 509–540. Wiesbaden: VS Verlag.
- Raschke, Joachim. 1993. *Die Grünen: Wie sie wurden, was sie sind*. Frankfurt a. M.: Büchergilde Gutenberg.
- Rüb, Friedbert. 2013. Mikropolitologie. Auf dem Weg zu einem einheitlichen Konzept? In *Handbuch Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Timo Grunden, 339–348. Wiesbaden: Springer VS.
- Switek, Niko. 2012. Bündnis 90/Die Grünen: Zur Entscheidungsmacht grüner Bundespartei-tage. *Zeitschrift für Politikwissenschaft Sonderband* 2012:121–154.
- Switek, Niko. 2013a. Koalitionsregierungen. Kooperation unter Konkurrenten. In *Handbuch Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Timo Grunden, 277–286. Wiesbaden: Springer VS.
- Switek, Niko. 2013b. Wachhund oder Schoßhund? Die Rolle der Parteibasis bei der Koalitionsbildung. In *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Frank Decker und Eckhard Jesse, 115–138. Baden-Baden: Nomos.
- Switek, Niko. 2014. Die Satzung ist nicht genug! Parteien unter dem Mikroskop der strategischen Organisationsanalyse. In *Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse*, Hrsg. Stephan Bröckler und Timo Grunden, S. 219–244. Wiesbaden: VS Verlag.
- Switek, Niko. 2015. *Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern*. Baden-Baden: Nomos.
- Treibel, Jan. 2012. Was bedeutet innerparteiliche Willensbildung? Forschungsstand und theoretische Zugänge. *Zeitschrift für Politikwissenschaft Sonderband* 2012: 7–34.
- Willner, Roland. 2011. Micro-politics: An underestimated field of qualitative research in political science. *German Policy Studies* 7:155–185.

---

## Interviews

- Al-Wazir, Tarek. 2013. Mitglied des hessischen Landtags (seit 1995), Vorsitzender der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (2000–2014), Vorsitzender des Landesverbandes Bündnis 90/Die Grünen Hessen (2007–2013), Landesminister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (seit 2014), Interview am 14.02.

- Bauer, Theresia. 2010. Mitglied des baden-württembergischen Landtags (seit 2001) und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (2002–2011), Landesministerin für Wissenschaft, Bildung und Kunst (seit 2011), Interview am 20.11.
- Kerstan, Jens. 2013. Stellvertretender Landesvorsitzender Grün-Alternative Liste Hamburg (2001–2008), Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (seit 2002), Fraktionsvorsitzender (2008–2015), Senator für Umwelt und Energie (seit 2015), Interview am 27.04.
- Klocke, Arndt. 2015. Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen (2006–2010), Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags (seit 2010), Interview am 02.05.
- Kotting-Uhl, Sylvia. 2011. Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg (2003–2005), Mitglied im Deutschen Bundestag (seit 2005), Interview am 30.09.
- Schneckenburger, Daniela. 2014. Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen (2006–2010), Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags (seit 2010), Interview am 25.11.
- Schulz-Asche, Kordula. 2013. Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Hessen (2005–2013), Mitglied des Hessischen Landtags und stellvertretende Fraktionsvorsitzende (2003–2013), Interview am 21.03.
- Steffen, Till. 2013. Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (seit 2004), Justizsenator (2008–2010 und seit 2015), Interview am 21.05.
- Ulrich, Hubert. 2010. Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Saar (seit 2002), Mitglied im Stadtrat Saarlouis (seit 2004), Mitglied im saarländischen Landtag und Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen (seit 2004), Interview am 20.11.

---

# Die FDP in der außerparlamentarischen Opposition: Innerparteiliche Willensbildung und Einstellungen der Parteitagsdelegierten

Florian Glock

---

## 1 Einleitung

Die Bundestagswahl 2013 war eine Zäsur für die Freie Demokratische Partei (FDP). Erstmals in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine amtierende Regierungspartei aus dem Deutschen Bundestag hinausgewählt worden. Angesichts dieser existenzbedrohenden Lage initiierte die Parteiführung einen grundlegenden Erneuerungsprozess, in deren Mittelpunkt eine Zukunftsstrategie steht, um 2015 wieder erste Wahlerfolge zu erreichen, 2017 in den Bundestag zurückzukehren und langfristig ihre Stammwählerschaft zu erhöhen. Der Erneuerungsprozess startete im Jahr 2014 und zielt auf die folgenden Wahlen, insbesondere die Bundestagswahl 2017.

In zahlreichen interaktiven Dialogen mit der Parteibasis und den Aktivisten erarbeitete die Parteiführung in über 300 Veranstaltungen im Verlauf des Jahres 2014 ein Leitbild, welches das inhaltliche Selbstverständnis der Parteiorganisation abbildet. Der Parteitag im Mai 2015 markiert einen vorläufigen Abschluss des Erneuerungsprozesses. Der Leitantrag „Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen“ mit dem Slogan „GERMAN MUT“ (FDP 2015a) greift die Ziele des Leitbildes auf und bildet die inhaltliche Grundlage für zukünftige Konzepte und Positionspapiere. Für die Landtagswahlen bis 2017 setzen die Freien Demokraten auf eine von der Bundesgeschäftsstelle und der Werbeagentur „Heimat“ koordinierte einheitliche Kampagne. Der

---

F. Glock (✉)  
Universität Trier, Trier, Deutschland  
E-Mail: [florian.glock@uni-trier.de](mailto:florian.glock@uni-trier.de)

Bundesparteitag hat zu deren Finanzierung eine zeitlich befristete Sonderumlage beschlossen, die von den Kreis- und Ortsverbänden zu tragen ist. Weil die Delegierten des Bundesparteitages im Mai 2015 somit über die inhaltliche und strategische Neuausrichtung entschieden haben, sind diese schriftlich befragt worden. Parteitagsdelegierte bilden die „mittlere Parteielite“ (Treibel 2012a, b; Reif 1978), deren Sichtweisen Einblicke in das parteipolitische Binnenleben ermöglichen.

Ziel des Beitrages ist es, zu untersuchen, wie sich die innerparteiliche Willensbildung und die Einstellungen der Delegierten in der außerparlamentarischen Bundes-FDP darstellen. Zum einen wird die innerparteiliche Machtarithmetik analysiert. Es ist zu prüfen, welchen Einfluss inner- und außerparteiliche Akteure auf die parteiinternen Entscheidungsprozesse ausüben. Weil die FDP in Hamburg – seit längerer Zeit wieder – für eine Koalition mit der SPD auf überregionaler Ebene warb, werden zum anderen auch die Einstellungen der Delegierten behandelt. Dabei liegt der Fokus auf der bundesweiten Regierungsperspektive. Die Bewertungen im Mai 2015 werden mit den Ergebnissen der Delegierten-Befragungen in den Jahren 2009, 2010 und 2011 verglichen (Glock 2015).

---

## **2 Theoretische Grundlagen der parteipolitischen Organisations- und Einstellungsforschung**

### **2.1 Forschungsstand**

Parteitage sind bislang in erst wenigen Studien untersucht worden, in denen jedoch primär die innerparteiliche Willensbildung an sich und teilweise die Funktionen der Parteitage und deren Funktionswandel im Mittelpunkt stehen (z. B. Abendroth 1964; Hättich 1969; Korte und Treibel 2012; Mielke 2009a, b; Schuster 1957). Obwohl zahlreiche Parteitage jeglicher politischer Couleur regelmäßig stattfinden, liegt der wissenschaftliche Fokus auf CDU-, CSU- und SPD-Parteitagen, wie zum Beispiel in den Arbeiten von Dittberner (1969, 1970), Mintzel (1975), Müller (2002) und Steiner (1970): Dittberner (1969, 1970) analysiert die CDU- und SPD-Bundesparteitage vergangener Jahre, wobei der Fokus auf dem CDU-Parteitag im Jahr 1967 und auf dem SPD-Parteitag im Jahr 1968 liegt. Neben der parteiinternen Willensbildung beschäftigt er sich auch mit den Einstellungen und Verhaltensweisen der Delegierten und Parteiführer. Mintzel (1975) untersucht die CSU der Jahre 1945 bis 1972. Dabei behandelt er zum Beispiel die innerparteiliche Meinungsfindung im Hinblick auf Parteitage. Steiner (1970) vergleicht die Abläufe der SPD-Bundesparteitage in den Jahren 1964

und 1966. Wie Dittberner untersucht auch Steiner die Antragsberatungen mithilfe quantitativer Daten, u. a. zu den Antragsstellern und Wortmeldungen. Müller (2002) analysiert die Wechselbeziehung zwischen den Medien einerseits und der innerparteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung der CDU- und SPD-Bundesparteitage im Jahr 2001 andererseits.

Der Sammelband von Korte und Treibel (2012) behandelt mitunter auch die innerparteilichen Abläufe der Bundesparteitage unterschiedlicher parteipolitischer Couleur. Demnach variieren die Rolle der Parteitage Delegierten sowie die interne Willensbildung nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb einer Partei (Korte 2012, S. 268–269, 280–281; Korte und Treibel 2012; Treibel 2012a, S. 18). In diesem Band erforscht Treibel (2012b, 2013) die parteiinternen Entscheidungsprozesse der FDP. Dabei beobachtet er verschiedene Führungsstile, die sich je nach parteipolitischem Kontext abwechseln.

Die Sichtweisen der FDP-Delegierten sind bislang in erst vier Studien empirisch untersucht worden: Während Reif (1978) und Schmitt (1987) die Delegierten in den Jahren 1975 und 1979 mit variierten Fragebögen über deren Struktur und Einstellungen schriftlich befragten, analysiert Höhne (2013) die Einstellungen der Delegierten und deren Auswahlkriterien im Rahmen der Kandidatenaufstellung zur Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2009. Die Arbeit von Glock (2015) grenzt sich von den diesen Studien ab, weil er die Delegierten in den Jahren 2009 bis 2011 mehrmals schriftlich befragt hat, sodass zugleich nicht nur eine Quer-, sondern erstmals auch eine Längsschnittanalyse vorliegt.

## 2.2 Innerparteiliche Willensbildung

Zahlreiche Parteienforscher befassen sich mit der innerparteilichen Willensbildung. Dabei kann zwischen der klassischen und der modernen Parteienforschung unterschieden werden. Die klassischen Parteienforscher Michels, Duverger und Panebianco vertreten die Auffassung, dass in jeder politischen Organisation systemimmanente Tendenzen bestehen, woraus oligarchische Strukturen entstehen (Duverger 1959, S. XII, 149, 166, 174; Michels 1989, S. 12–13, 371; Panebianco 1988, S. xi–xii; Wiesendahl 1998, S. 60): „Wer Organisation sagt, sagt *Tendenz zur Oligarchie*“ (Michels 1989, S. 25). Diese Tendenzen seien in Parteien jedweder Couleur zu beobachten, weil sich nur wenige Mitglieder aktiv engagieren würden (Duverger 1959, S. 126–174; Michels 1989, S. XLIII, 12–25, 370–371). Aufgrund organisatorischer Notwendigkeiten sowie individual- und massenpsychologischer Gründe entstehe eine kleine, sich verselbstständigende Führungsgruppe (Duverger 1959, S. 149–151; Eldersveld 1964, S. 121; Michels 1989,



S. XLIII, 25, 39–40, 74–76, 351–369; Panebianco 1988, S. 185; Wiesendahl 1998, S. 60). Beispielsweise bezeichnet Dittberner (1969, S. 36; 1970, S. 239) den Parteivorstand als das „Exekutiv-Organ“ einer Partei. Somit ist anzunehmen, dass die Parteiführung den größten Einfluss auf die Willensbildung und Entscheidungsfindung ausübt. Daraus folgt Hypothese  $H_1$ :

*$H_1$ : Der Bundesvorstand hat den größten Einfluss auf die strategische, personelle und inhaltliche Ausrichtung der Bundes-FDP.*

Die modernen Parteienforscher Eldersveld (1964), Lösche und Walter (1992) sowie Wiesendahl (1998) gehen indes nicht nur von einem innerparteilichen Machtzentrum, sondern von mehreren parteiinternen Machtzentren aus.<sup>1</sup> Demnach wirken mehrere interne Akteure an den Entscheidungsprozessen mit. Es wird angenommen, dass die Willensbildung von verschiedenen (Personen-)Gruppen, Untergliederungen und Vorfeldorganisationen beeinflusst wird. Dabei ist anzunehmen, dass die Wirkung der Untergliederungen auf den FDP-Bundesverband mit abnehmender Politikebene sinkt (Glock 2015, S. 113–114, 174–175):

*$H_2$ : Je geringer die Politikebene einer Untergliederung ist, desto kleiner ist deren Einfluss auf die Bundes-FDP.*

Die mittlere Partielite nimmt eine „Scharnier“-Funktion zwischen der Parteiführung und der Basis wahr. Deshalb ist zu vermuten, dass die Delegierten einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die parteipolitischen Entscheidungen der Bundes-FDP ausüben. Daraus ergibt sich Hypothese  $H_3$ :

*$H_3$ : Die Delegierten üben einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die strategische, personelle und inhaltliche Ausrichtung der Bundes-FDP aus.*

Weil sowohl interne, als auch externe Einflüsse auf die parteipolitischen Prozesse wirken (von Alemann 2010, S. 153; Wiesendahl 1998, S. 182–184), bezeichnet Wiesendahl (1998, S. 184) die Parteien als „semisouverän“. Müller (2002) vertritt die Auffassung, dass die Medien einen erheblichen Einfluss auf die Parteien nehmen

---

<sup>1</sup>Nicht nur die modernen, sondern auch die klassischen Parteienforscher erkannten, dass Parteien nicht stets einheitlich agieren, sondern mehrere, oligarchisch strukturierte Machtzentren möglich sind, wie zum Beispiel eine „Duodezoligarchie“ (Michels 1989, S. 176; Duverger 1959, S. 132, 158; Michels 1989, S. 174–176).

und die Parteien beispielsweise ihre Parteitagsabläufe entsprechend der Medienlogik anpassen:

*H<sub>4</sub>: Die Medien beeinflussen die strategische, personelle und inhaltliche Ausrichtung der Bundes-FDP überdurchschnittlich.*

## 2.3 Einstellungswandel der Parteitagsdelegierten

Nach Rokeach können Einstellungen „als auf einer zentral-peripheren Achse zwischen relativ wenigen Werten und sehr zahlreichen Meinungen liegend angesehen werden“ (Berg-Schlosser 2010, S. 45). Einstellungen<sup>2</sup> sind erlernte oder konstruierte Charakterzüge und Eigenschaften, welche sich zum Beispiel in Stimmungen, Meinungen und Bewertungen von Personen, politischen Fragen und Organisationen ausdrücken (Berg-Schlosser 2010, S. 45; Schumann 2001, S. 9). Neben zeitlich stabilen Einstellungen sind auch punktuell kurzfristige Änderungen möglich. Folglich können die Delegierten im Zeitverlauf unterschiedliche Einstellungen aufweisen.

Die Regierungszeit von 2009 bis 2013 und das Ausscheiden aus dem Bundestag war eine prägende Erfahrung für die FDP, insbesondere für die Delegierten (Glock 2015, S. 123–170). Deshalb ist zu erwarten, dass sich die Einstellungen der Delegierten im Wechsel von der Regierungs- zur außerparlamentarischen Oppositionspartei gewandelt haben (Schumann 2001, S. 29–31). Die Wahlerfolge in Hamburg und Bremen im Februar und Mai 2015 waren die ersten Erfolge seit der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013. Weil die FDP in Hamburg eine Koalition mit der SPD bilden wollte, soll auch untersucht werden, ob sich die Koalitionspräferenzen der Delegierten geändert haben.

*H<sub>5</sub>: Die Einstellungen der Delegierten im Mai 2015 haben sich im Vergleich mit den Jahren 2009, 2010 und 2011 verändert.*

Im folgenden Abschnitt ist darzulegen, wie die aufgestellten Hypothesen empirisch getestet werden sollen.

---

<sup>2</sup>Einstellungen werden im Folgenden als gegeben angesehen (Schumann 2001, S. 216).

## 3 Methodik und Datenprofil

### 3.1 Methodisches Vorgehen

Untersuchungsgegenstand sind die 662 Delegierten des FDP-Bundesparteitages im Mai 2015. Die Delegierten werden von den 16 Landesverbänden und der Auslandsgruppe Europa gewählt. Während die Auslandsgruppe Europa qua Satzung stets zwei Delegierte stellt, richtet sich das Kontingent eines Landesverbandes nach dessen Mitgliederzahl und letzten Bundestagswahlergebnis. Die Delegierten werden von den Landesparteitagen gewählt. Entweder liegt eine regional proportionierte Liste als gemeinsamer Wahlvorschlag vor oder es entscheidet die abgegebene Stimmenzahl über die Wahl der Delegierten- und Ersatzdelegierten, wenn die Zahl an Kandidaten die Zahl an Mandaten übersteigt. Da den Delegierten auch amtierende und ehemalige Berufspolitiker überregionaler Ebenen angehören, bilden diese einen Querschnitt innerparteilicher Multiplikatoren. Um die Repräsentativität der befragten Mitglieder abschätzen zu können, werden deren soziodemografische Daten sowie deren inner- und außerparteiliches Engagement analysiert und mit den Ergebnissen der Jahre 2009, 2010 und 2011 verglichen (Glock 2015).

Zur Überprüfung der Hypothesen  $H_1$  bis  $H_4$  sollten die Delegierten den Einfluss sowohl von verschiedenen (Personen-)Gruppen, innerparteilichen Untergliederungen und Vorfeldorganisationen, als auch von externen Organisationen und den Medien auf fünfstufigen Likert-Skalen einschätzen. Neben dem Einfluss des Bundesvorstandes und der Delegierten ist auch die Wirkung der Untergliederungen, mehrerer Vorfeldorganisationen und verschiedener externer Akteure, wie zum Beispiel den Medien, gemessen worden. Um Hypothese  $H_5$  zu testen, sind die Delegierten nach ihren Koalitionspräferenzen und Werteorientierungen befragt worden. Dabei sollten die Delegierten ihre Werthaltungen sowohl auf einer sozio-ökonomischen als auch auf einer kulturellen, gesellschaftlichen Achse einordnen (Decker 2011, S. 81; Rudzio 2011, S. 129). Der zweidimensionale Raum ist um eine weitere Dimension ergänzt worden. So sollten die Delegierten ihre Werthaltung zusätzlich auf einer Skala zwischen freier und sozialer Marktwirtschaft einstufen.

Um repräsentative und aussagekräftige Schlüsse ziehen zu können, ist der Fragebogen an alle Delegierten verteilt worden. Der Fragebogen lag in den Delegiertenmappen, in denen mehrere Informationen zum Parteitag zu finden sind. Daneben hat das Tagungspräsidium auf die Umfrage hingewiesen. Zusätzlich sind zahlreiche Delegierte persönlich angesprochen worden, um für die Teilnahme zu werben.

### 3.2 Repräsentativität der Daten

Bevor die Antworten der Mitglieder und Kandidaten untersucht werden, wird der Frage nachgegangen, wie repräsentativ die erhobenen Daten im Mai 2015 sind. Dafür wird zum einen die Rücklaufquote der Befragung betrachtet und zum anderen werden die soziodemografischen Angaben analysiert und mit den Ergebnissen der Jahre 2009, 2010 und 2011 verglichen.

An der Befragung im Mai 2015 haben 151 Delegierte teilgenommen. Dies entspricht einer *Rücklaufquote* von 22,8 % (Tab. 1). Weil an schriftlichen Befragungen gewöhnlich zehn bis 20 % der Probanden teilnehmen, ist die erzielte Rücklaufquote wie in den Jahren zuvor überdurchschnittlich hoch. Die unterschiedliche Resonanz lässt sich mit den Parteitagsabläufen erklären: Je enger die zeitliche Taktung der Tagesordnungspunkte ist, desto geringer ist die Bereitschaft der Delegierten, einen Fragebogen auszufüllen. Daneben begünstigen situative Gegebenheiten die Rücklaufquote, wie zum Beispiel im Mai 2011 als während des Parteitages mehrmals auf die Befragung hingewiesen werden konnte.

Im Hinblick auf die *soziodemografischen Merkmale* stimmt die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern im Mai 2015 mit den Daten der Befragungen in den Jahren 2009, 2010 und 2011 überein (Tab. 2). Rund 25 % der Delegierten sind weiblich, wohingegen 75 % männlich sind. Auch die Altersstruktur der Delegierten im Mai 2015 gleicht weitestgehend der Altersverteilung

**Tab. 1** Teilnehmerzahlen und Rücklaufquoten. (Eigene Berechnungen. 2009–2011: Glock 2015, S. 49)

	Mai 2009	April 2010	Mai 2011	Nov. 2011	Mai 2015
Anwesende Delegierte	661	662	662	662	662
Rücklauf (absolut)	137	111	188	199	151
Rücklauf (prozentual)	20,7	16,8	28,4	30,1	22,8

**Tab. 2** Geschlechterverteilung. (Eigene Berechnungen. 2009–2011: Glock 2015, S. 55)

	Mai 2009	April 2010	Mai 2011	Nov. 2011	Mai 2015
Weiblich	21,9	30,6	28,2	21,6	23,2
Männlich	77,4	69,4	70,7	77,4	76,1
Keine Antwort	0,7	–	1,1	1,0	0,7

in den Jahren 2009 bis 2011 (Tab. 3). Der durchschnittliche Delegierte ist in etwa 50 Jahre alt. Dabei sind die meisten Delegierten zwischen 40 und 59 Jahre alt und die wenigsten jünger als 30 oder älter als 60 Jahre.

Neben dem soziodemografischen Profil wird auch das *inner- und außerparteiliche Engagement* der Delegierten untersucht (Tab. 4). Obwohl zahlreiche amtierende und ehemalige Berufspolitiker als Delegierte bei Bundesparteitagen mitwirken, gaben nur 20 % der Befragten an, für die FDP als Abgeordnete im Europäischen Parlament, im Bundestag oder in einem Landesparlament zu arbeiten oder gearbeitet zu haben. Dies zeigt, dass die Parteilite seltener an Befragungen teilnimmt.

Im Vergleich mit den Jahren 2009, 2010 und 2011 blieb das inner- und außerparteiliche Engagement der Delegierten relativ konstant (Glock 2015, S. 67–70). Beispielsweise sind oder waren fast alle Delegierten auf lokaler Ebene in einem Orts- und Kreisvorstand oder in einem kommunalen „Parlament“ aktiv. Zugleich sind die Delegierten in vielfältiger Weise mit den liberalen Vorfeldorganisationen vernetzt. Angesichts dieser Vielfalt des innerparteilichen Engagements können die FDP-Parteitage „als Gremien (angesehen werden), in denen die Repräsentanten der verschiedenen Organisationsebenen versammelt sind“ (Dittberner 1970, S. 248; Dittberner 1969, S. 153, 241; Dittberner 1970, S. 266–268).

Hinsichtlich ihres innerparteilichen Engagements können die Delegierten in Gruppen unterteilt werden (Glock 2015, S. 71–73): Dabei sind ungefähr zwei Drittel der Delegierten als überregionale Aktivisten einzugruppieren, die sich in

**Tab. 3** Altersstruktur. (Eigene Berechnungen. 2009–2011: Glock 2015, S. 54)

	Mai 2009	April 2010	Mai 2011	Nov. 2011	Mai 2015
16–29	12,4	8,1	9,6	12,1	6,0
30–39	16,1	20,7	16,5	19,6	19,9
40–49	16,8	14,4	21,8	26,6	22,5
50–59	21,9	20,7	23,4	20,1	25,2
60–69	24,1	27,9	19,1	14,6	15,9
70+	6,6	8,1	8,0	4,5	9,9
Keine Antwort	2,2	–	1,6	2,5	0,7
Ø	49	51	50	46	49
N	137	111	188	199	151

**Tab. 4** Aktuelles und ehemaliges inner- und außerparteiliches Engagement. (Eigene Berechnungen)

	Mai 2015
Mitgliedschaft im FDP-Orts- und/oder FDP-Kreisvorstand	97,4
Mitgliedschaft im FDP-Bezirksvorstand	57,6
Mitgliedschaft im FDP-Landesvorstand	50,0
Mitgliedschaft im FDP-Bundesvorstand	11,3
Öffentliches Amt oder Mandat in Gemeinde, Stadt oder Landkreis	65,6
Mitglied in einem Landesparlament, MdL	13,9
Mitglied des Deutschen Bundestages, MdB	7,9
Mitglied des Europäischen Parlaments, MdEP	0,7
Kandidat/in für ein Landesparlament	49,0
Kandidat/in für den Deutschen Bundestag	29,1
Kandidat/in für das Europäische Parlament	6,6
Mitarbeiter/in eines/r Landtags-, Bundestags- oder EP-Abgeordneten	18,5
Mitarbeiter/in einer Fraktion und/oder einer Parteiorganisation	17,9
Mitglied in einer Gewerkschaft	10,6
Mitglied in einem Wirtschaftsverband	26,5
Mitglied in einem Landwirtschaftsverband	0,7
Mitglied der Jungen Liberalen	39,1
Mitglied der Liberalen Frauen	11,9
Mitglied des Liberalen Aufbruchs	6,6
Mitglied der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK)	38,4

2 befragte Delegierte haben keine Angaben gemacht

den Bezirks- und Landesvorständen engagieren und teilweise Mitarbeiter einer Landtags-, der Bundestagsfraktion, eines Abgeordneten oder einer Parteigliederung sind oder waren. Obwohl sich die Bundes-FDP in der außerparlamentarischen Opposition befindet, sind nach wie vor mehr Delegierte der Parteielite als der Basis zuzuordnen. Deshalb überrascht es nicht, dass zugleich mehr Delegierte eher wähler- als mitgliederorientiert handeln.

## **4 Ergebnisse zur innerparteilichen Willensbildung und den Einstellungen der Delegierten**

### **4.1 Innerparteiliche Willensbildung**

Nach der Bundestagswahl 2013 initiierte der Bundesvorstand einen Erneuerungsprozess, an dem mehrere Tausend Parteimitglieder in vielfältiger Weise mitgewirkt haben. Als Ergebnis liegt ein Leitbild vor, welches das inhaltliche Selbstverständnis der Parteiorganisation darstellt. Das Leitbild wurde beim Bundesparteitag im Mai 2015 von den Delegierten in einem Leitantrag beschlossen, der zugleich die inhaltliche Grundlage für zukünftige Konzepte und Positionspapiere bildet. Daneben wurden die Wahlkampforganisation und die Struktur der Parteifinancen modifiziert. Deshalb sind die Delegierten über den Einfluss parteiinterner (Personen-)Gruppen, innerparteilicher Untergliederungen und Vorfeldorganisationen sowie externer Organisationen, wie zum Beispiel den Medien, schriftlich befragt worden (Tab. 5).

Im Mai 2015 meinten die Delegierten, dass der Bundesvorstand den größten innerparteilichen Einfluss auf die strategische, personelle und inhaltliche Ausrichtung der Bundes-FDP ausübt. Dabei kann zwischen dem geschäftsführenden und dem erweiterten Bundesvorstand unterschieden werden. Während die Wirkung des erweiterten Bundesvorstands mit einem durchschnittlichen Wert von 4,6 bewertet wird, erhält der geschäftsführende Bundesvorstand (Präsidium) mit 4,9 einen noch höheren Wert. Auch Dittberner (2010, S. 173) und Vorländer (1992, S. 312–313) vertreten die Auffassung, dass das FDP-Präsidium die parteiinterne Führungsposition innehat. Der unterschiedliche Einfluss des erweiterten und des geschäftsführenden Bundesvorstandes lässt sich zum einen mit der Personenzahl erklären. Je mehr Personen ein Gremium umfasst, desto komplexer und schwerfälliger ist die Entscheidungsfindung. Im Vergleich mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand, der sich aus bis zu 17 Mitgliedern zusammensetzte, umfasste der erweiterte Bundesvorstand bis zu 61 Mitglieder von denen mehrere in den Vorstand kooptiert waren (FDP 2015b, S. 8–9). Das Präsidium bildet den innerparteilichen Machtkern, der sich sowohl mit tagespolitischen und organisatorischen als auch mit strategischen Entscheidungen befasst (z. B. Dittberner 1969, S. 22; Dittberner 2010, S. 173; Jun 2004, S. 79–81; Jun 2010, S. 24, 26; Lösche und Walter 1992, S. 190, 205–206). Zum anderen ist die Tagungshäufigkeit der Vorstände für ihren Einfluss entscheidend. Während sich das Präsidium in der Regel jeden Montag trifft, tagt der erweiterte Bundesvorstand rund sechs Mal im Jahr. Nichtsdestotrotz steht der geschäftsführende Bundesvorstand in engem Kon-

**Tab. 5** Einfluss auf die strategische, personelle und inhaltliche Ausrichtung der FDP-Bundespartei. (Eigene Berechnungen. 2009–2011: Glock 2015, S. 103 [ursprünglich 7er-Skala, hier auf 5er-Skala transformiert; 1 = sehr wenig bis 5 = sehr viel])

Akteure	Mai 2009	April 2010	Mai 2011	Mai 2015
Basismitglieder	2,1	2,2	2,1	2,3
Bundesparteitage delegierte	3,5	3,1	3,4	3,7
Ortsverbände	2,1	2,1	2,0	2,2
Kreisverbände	2,7	2,6	2,6	2,7
Bezirksverbände	3,0	2,9	2,8	2,9
Landesverbände	3,9	3,9	3,7	4,0
Bundesvorstand	4,5	4,4	4,4	4,6
Präsidium	–	–	–	4,9
Bundestagsfraktion	4,6	4,5	4,3	–
Landtagsabgeordnete, MdLs	–	–	–	3,6
Abgeordnete des Europäischen Parlaments, MdEPs	–	–	–	3,5
Ehemalige MDBs	2,8	2,6	2,5	2,8
Ehemalige Bundesminister	3,2	3,2	2,7	2,7
Gewerkschaften	1,6	1,7	1,6	1,8
Wirtschaftsverbände	3,1	3,1	2,9	3,2
Medien	3,4	3,4	3,7	3,4
Junge Liberale	3,4	3,5	3,6	3,4
Liberale Frauen	2,1	2,4	2,1	2,0
Liberale Senioren	1,9	2,1	1,8	1,9
Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker	2,4	2,5	2,1	2,2
Liberaler Mittelstand	2,4	2,4	2,2	2,3
Freiburger Kreis	2,2	2,1	–	–
Liberaler Aufbruch	–	–	1,8	1,9
Landesverband Internet (LV Internet)	1,9	2,0	1,6	2,1



takt zum erweiterten Bundesvorstand, dem zahlreiche parteipolitische Multiplikatoren angehören. Der erweiterte Bundesvorstand ist folglich als ein „erweitertes Führungsgremium“ (Jun 2004, S. 79) anzusehen. Deshalb kann Hypothese  $H_1$  bestätigt werden: Der (geschäftsführende) Bundesvorstand übt den größten Einfluss auf die parteipolitische Ausrichtung der Bundes-FDP aus. Im Vergleich mit den Ergebnissen der Jahre 2009, 2010 und 2011 ist eine Verschiebung im innerparteilichen Machtgefüge festzustellen: Bildeten in den Jahren 2009 bis 2011 der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion das innerparteiliche Machtzentrum (Glock 2015, S. 106–108, 113, 174), so agiert der Bundesvorstand als alleiniges Machtzentrum in der außerparlamentarischen Bundes-FDP.

Neben der Parteiführung bestehen jedoch multiple Machtzentren in der Bundespartei, wie zum Beispiel variierende Gruppen von Parteitagsdelegierten und die Landesverbände (Glock 2015, S. 175). Die innerparteiliche Einflussosphäre eines Landesverbandes hängt sowohl von seiner Mitgliederzahl als auch von seinen Wahlergebnissen bei Landtags- und Bundestagswahlen ab. So stellt der Landesverband Nordrhein-Westfalen rund ein Viertel der Delegierten. Im Gegensatz zu den Landesverbänden üben die Orts- und Kreisverbände einen wesentlich geringeren Einfluss auf die Bundespartei aus (Glock 2015, S. 101–110, 174–175). Folglich ist Hypothese  $H_2$  zu bestätigen, wonach der Einfluss einer Gliederung auf die Bundes-FDP umso kleiner ist, je niedriger die Politikebene dieser Untergliederung ist. Neben dem Bundesvorstand und den Landesverbänden wirken auch die Mitglieder der Landesparlamente und des Europäischen Parlaments überdurchschnittlich auf die Bundespartei, deren Wirkung erstmals im Mai 2015 bewertet werden sollte. Während die Delegierten den Einfluss der amtierenden FDP-Landtagsabgeordneten und der FDP-Europaabgeordneten als überdurchschnittlich einschätzen, wird der Einfluss der ehemaligen Bundestagsabgeordneten sowie der ehemaligen Bundesminister auf die Bundespartei als unterdurchschnittlich bewertet. Auch in den Jahren zuvor gaben die Delegierten an, dass der Einfluss ehemaliger Amts- und Mandatsträger geringer ist als die Wirkung der amtierenden Amts- und Mandatsinhaber (Glock 2015, S. 103).

Auch die meisten Vorfeldorganisationen sowie die innerparteilichen Interessengruppen, wie zum Beispiel der Liberale Aufbruch, üben (nach Einschätzung der Delegierten) einen relativ geringen Einfluss auf die strategische, personelle und inhaltliche Ausrichtung der Bundes-FDP aus. Beispielsweise ist der Liberale Aufbruch mit keinem Gruppenmitglied im FDP-Bundesvorstand vertreten. Dahingegen beeinflussen die Jungen Liberalen die Parteipolitik der FDP-Bundespartei überdurchschnittlich. Neben der personellen Repräsentanz von mehreren Jungliberalen im erweiterten Bundesvorstand stellt die FDP-Nachwuchsorganisation regelmäßig pointierte Anträge, womit die Programmatik der Partei in ihrem

Sinne beeinflusst werden kann. Aber auch die 10.000 Mitglieder ermöglichen den Jungen Liberalen eine durchsetzungsfähige personelle Schlagkraft. Während die Gewerkschaften anscheinend einen unterdurchschnittlichen Einfluss auf die FDP ausüben, schätzten die Delegierten den Einfluss der Wirtschaftsverbände auf ihre Partei als überdurchschnittlich ein. Dies überrascht nicht, weil der FDP seit jeher die Wirtschaftspolitik als eine Kernkompetenz zugeschrieben wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass zahlreiche Akteure auf die innerparteiliche Willensbildung der Bundes-FDP einwirken, wie zum Beispiel auch die Medien. Zugleich orientiert sich die interne und externe Parteikommunikation an den massenmedialen Erfordernissen, sodass eine wechselseitige Interaktion entsteht (Jun 2004, S. 38–44, 115–124; Jun 2009, S. 279–288). Nach Jun (2004, 2009) ist dieses Interaktionsmuster typisch für eine „professionalisierte Medienkommunikationspartei“. Für die Bundes-FDP sind die Medien nicht nur für die externe Kommunikation mit potenziellen Wählern, sondern auch für die interne Kommunikation mit den eigenen Mitgliedern hilfreich (Lösche und Walter 1992, S. 196; Lösche und Walter 1996, S. 181–182; Sarcinelli 2009, S. 191, 213–214; Treibel 2012b, S. 178; Wiesendahl 1998, S. 233). Dadurch verlieren die Aktivisten in ihrer Rolle als Bindeglied zwischen Parteiführung und Basis zwar an Bedeutung (Sarcinelli 2009, S. 203, 214). Nichtsdestotrotz sind die Parteitagsdelegierten davon überzeugt, selbst eine zentrale Rolle in der innerparteilichen Machtarithmetik innezuhaben. Die Delegierten sind durchaus zentrale Akteure, wählen diese doch den Bundesvorstand und entscheiden über die parteipolitischen Inhalte, wie zum Beispiel Wahlprogramme. So kommt Glock (2015) zum Ergebnis, dass eine Gruppe an Delegierten zumindest punktuell entscheidenden Einfluss auf die parteipolitische Ausrichtung nehmen kann. Darüber hinaus meinten die Delegierten in den Jahren 2009, 2010 und 2011, dass sowohl die Journalisten und die Öffentlichkeit als auch die Delegierten die Hauptadressaten der Parteitage sind (Glock 2015, S. 121–122, Müller 2002, S. 163–167). Vor dem Hintergrund dieser Befunde ist Hypothese  $H_3$  anzunehmen: Die Delegierten üben einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die strategische, personelle und inhaltliche Ausrichtung der Bundes-FDP aus.

Als Regierungspartei auf Bundesebene stand die FDP über einen langen Zeitraum im medialen Fokus. Nach Auffassung der befragten Delegierten ist der mediale Einfluss seit dem Ausscheiden aus dem Bundestag zurückgegangen und wirkte im Mai 2015 in etwa so wie in den Jahren 2009 und 2010 auf die Bundes-FDP. Nach den Antworten der Delegierten trifft somit auch Hypothese  $H_4$  zu: Die Medien beeinflussen die parteipolitische Ausrichtung der Bundes-FDP überdurchschnittlich. Im Vergleich mit den Ergebnissen der Jahre 2009 bis 2011 üben

die Medien eine relativ konstante Wirkung auf die inzwischen außerparlamentarische FDP aus (Glock 2015, S. 103, 111–113).

## 4.2 Die Einstellung der Delegierten

Die vergangene Regierungszeit mit der CDU/CSU von 2009 bis 2013 auf Bundesebene und das Ausscheiden aus dem Bundestag war eine prägende Erfahrung für die FDP, insbesondere für die Delegierten (Glock 2015, S. 123–170). Deshalb ist anzunehmen, dass sich deren Einstellungen gewandelt haben. Die Bürgerchaftswahlen in Hamburg im Februar 2015 und in Bremen im Mai 2015 waren die ersten überregionalen Wahlerfolge seit der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013.

Weil die FDP in Hamburg eine Koalition mit der SPD bilden wollte, wird untersucht, ob sich die Werte, Einstellungen und Koalitionspräferenzen der Delegierten in den letzten Jahren verändert haben.

## 4.3 Werteorientierung und Links-rechts-Einstufung

Werte sind den Einstellungen vorgelagert und vergleichsweise dauerhafte, stabile Bestandteile der Persönlichkeitsstruktur. Dennoch können grundlegende Ereignisse kurzfristig einen Einstellungswandel bewirken. Die Bundestagswahl 2013 hatte einschneidende politische Konsequenzen für die FDP. Mit dem Verlust der parlamentarischen Präsenz im Bundestag musste sich die Partei personell, organisatorisch und finanziell neu aufstellen. Deshalb sollten die Delegierten im Mai 2015 erneut ihre Wertvorstellungen auf einer sozio-ökonomischen und auf einer kulturellen, gesellschaftlichen Achse einordnen: Während diese Dimension die Werte „Bürger- und Freiheitsrechte“ und „Aufrechterhaltung nach Ruhe und Ordnung“ als Ausprägungen hat, markieren die „freie Marktwirtschaft“ und „soziale Gerechtigkeit“ die Pole jener Dimension. Die Delegierten legen einen großen Wert auf Bürger- und Freiheitsrechte sowie auf marktwirtschaftliche Prinzipien (Glock 2015, S. 124–127; Höhne 2013, S. 296). Die zusätzliche Dimension zur Marktwirtschaft zeigt, dass sämtliche Delegierte die soziale Marktwirtschaft der freien Marktwirtschaft vorziehen. Die soziale Marktwirtschaft sowie die Bürger- und Freiheitsrechte bilden zugleich den funktionalen Kern der FDP (Buschmann 2015, S. 25; z. B. Falter und Winkler 1996, S. 50–51; Winkler 1998, S. 146–148).

Links-rechts-Skalen vereinfachen zwar die Komplexität, sind aber nach wie vor ein gängiges Messinstrument in der Forschung. Die Delegierten ordneten sich und ihre Partei durchschnittlich mit einem Wert von 5,9 bzw. 6,0 ein (Tab. 6). Dabei haben rund 80 % der Delegierten die Werte 5, 6 und 7 angekreuzt, sodass die meisten Delegierten sich und ihre Partei in der „politischen Mitte“ verorten.

Die Verteilung der Wertvorstellungen und die Verortung auf der Links-rechts-Skala stimmen mit den Ergebnissen der Befragungen in den Jahren 2009, 2010 und 2011 weitestgehend überein (Glock 2015, S. 124–128): Auch im Jahr 2015 präferierten die meisten Delegierten für marktwirtschaftliche Prinzipien sowie Bürger- und Freiheitsrechte. Ebenfalls haben sich die Einschätzungen auf der Links-rechts-Skala nicht wesentlich verändert. Traditionell liegt die FDP in der Mitte der Skala zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf der linken Seite und der CDU/CSU auf der rechten Seite. Deshalb interessiert, wie die Delegierten mögliche Koalitionsmuster auf der Bundesebene bewerten.

4.4 Regierungsperspektive

Um Politik gestalten zu können, ist die FDP auf Koalitionen mit anderen Parteien angewiesen. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland variierten zum Beispiel sozialliberale und bürgerliche Koalitionen auf der Bundes- und Landesebene. Daneben koalierte die FDP landesweit bereits zweimal mit der SPD und den Grünen („Ampel“-Koalition) sowie einmal mit der CDU und den Grünen (Jamaika-Koalition). Angesichts dieser Vielfalt interessiert, wie die Parteitage delegierten verschiedene Koalitionsmuster einschätzen. Weil sich die FDP in der außerparlamentarischen Opposition befindet und die Rückkehr in den Bundestag anstrebt, sind in dem sich verändernden bundesweiten Parteiensystem vor allem mögliche Alternativen zur Großen Koalition von Interesse. Den Delegierten wurden zahlreiche Koalitionsmuster zur Bewertung vorgelegt, die sowohl lagerinterne als auch lagerübergreifende Bündnisse umfassen (Tab. 7).

**Tab. 6** Links-rechts-Skala. (Eigene Berechnungen. November 2011: Glock 2015, S. 128 [ursprünglich 10er-Skala, hier auf 11er-Skala transformiert; 1 = links bis 11 = rechts])

	November 2011	Mai 2015
Einschätzung der Bundes-FDP	–	6,0
Selbsteinschätzung	6,2	5,9

**Tab. 7** Beliebtheit möglicher Koalitionsmuster. (Eigene Berechnungen. Daten 2009–2011: Glock 2015, S. 130 [ursprünglich 7er-Skala, hier auf 5er-Skala transformiert; 1 = sehr schlecht bis 5 = sehr gut])

	Mai 2009	April 2010	Mai 2011	Mai 2015
CDU/CSU + FDP	4,6	4,2	3,9	3,8
CDU/CSU + FDP + Bündnis 90/Die Grünen	2,7	2,5	2,1	2,7
CDU/CSU + Bündnis 90/Die Grünen	1,3	1,6	1,4	1,7
CDU/CSU + AfD	–	–	–	1,2
CDU/CSU + SPD	1,4	1,5	1,8	1,6
SPD + Bündnis 90/Die Grünen	1,1	–	–	–
SPD + FDP	2,6	2,9	3,3	3,4
SPD + FDP + Bündnis 90/Die Grünen	2,0	2,0	2,1	2,7
SPD + Bündnis 90/Die Grünen + Links-partei	(0,9)	(0,8)	(0,9)	1,1

In Anbetracht des Schicksals der FDP in den vergangenen Jahren ist zwar zu vermuten, dass sich die Koalitionspräferenzen der Delegierten gewandelt haben, aber nach wie vor ist eine Koalition der FDP mit der CDU/CSU am beliebtesten – gefolgt von einer Koalition mit der SPD. Auch wenn sich die Beliebtheit beider Muster seit 2011 nicht wesentlich verändert hat, setzen beide Werte den Trend fort, wonach sich die konservativ-liberale und die sozialliberale Koalition kontinuierlich einander annähern. Konsequenterweise wünschten sich die Delegierten im Mai 2015 deutlich stärker als im November 2011, dass die FDP mittel- und langfristig eine Koalition mit der SPD bilden kann (Tab. 8; Glock 2015, S. 138–142).

Weil sich die AfD als bundespolitische Partei zu etablieren scheint und die großen Parteien CDU/CSU und SPD eine fortwährend geringere Wählerresonanz erfahren, stehen den beiden Volksparteien derzeit vier kleine Parteien gegenüber, zu denen auch die Linke, die Grünen und die FDP zählen. Um eine alternative parlamentarische Mehrheit zur Großen Koalition zu erreichen, sind immer öfter Dreier-Bündnisse notwendig. Dadurch kann wieder eine politische Schlüsselposition („Zünglein an der Waage“) für die FDP entstehen – so wie in früheren Jahren (Siaroff 2003). So könnte in Zukunft die FDP zusammen mit den Grünen entscheiden, ob es eine Ampel- oder eine Jamaika-Koalition gibt. In dieses Bild passt, dass die Beliebtheit einer Koalition mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Ampel) einerseits und mit der CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen (Jamaika) andererseits

**Tab. 8** Koalitionsoptionen mit der SPD. (Eigene Berechnungen. November 2011: Glock 2015, S. 128 [ursprünglich 7er-Skala, hier auf 5er-Skala transformiert; 1 = überhaupt nicht bis 5 = voll und ganz])

	November 2011	Mai 2015
„Mittel- und langfristig ist es wünschenswert, eine Koalition mit der SPD bilden zu können.“	3,1	3,7

deutlich gestiegen sind. Nichtsdestotrotz ist die Reihenfolge in der Beliebtheitsskala konstant geblieben. Deshalb ist Hypothese H<sub>5</sub> abzulehnen. Abschließend stellt sich die Frage, ob Unterschiede zwischen den Delegierten im Hinblick auf deren Wahrnehmungen und Einstellungen bestehen?

Die Delegierten können in mehrere Gruppen eingeteilt werden (Glock 2015, S. 33–34): Zum einen ist die Bildung von drei Gruppen möglich, die sich erstens aus der Partielite, das heißt aus amtierenden und ehemaligen Berufspolitikern auf Landes-, Bundes- und Europaebene sowie Mitgliedern des Bundesvorstandes, zweitens aus überregionalen Aktivisten, also Vorstandsmitgliedern auf Bezirks- und Landesebene und Mitarbeitern einer Landtags-, der Bundestagsfraktion, eines Abgeordneten oder einer Parteiorganisation, und drittens aus „Basis“-Mitgliedern, worunter Aktive auf Orts- und Kreisebene sowie kommunale Mandatsträger zu verstehen sind, zusammensetzt. Zum anderen ist auch die Bildung von zwei Gruppen zweckmäßig, weil die berufliche Zukunft der Mitarbeiter in einem Partei-bezogenen Beschäftigungsverhältnis von Wahlen abhängt, weshalb zum einen ein wählerorientiertes und zum anderen ein mitgliederorientiertes Denken und Agieren zu vermuten ist. Dabei werden die Partielite und die Mitarbeiter einer Fraktion, eines Abgeordneten als wählerorientiert und die „Basis“-Mitglieder sowie die verbliebenen überregionalen Aktivisten als mitgliederorientiert charakterisiert. Zwischen diesen Gruppen bestehen jedoch keine wesentlichen Unterschiede.

## 5 Fazit

Delegierte sind innerparteiliche Multiplikatoren, denen neben der Partielite auch zahlreiche überregionale und einige lokale Aktivisten angehören. Deshalb geben deren Sichtweisen einen aufschlussreichen Einblick in die innerparteiliche Willensbildung. Weil sich der Bundesparteitag im Mai 2015 mit dem inhaltlichen Selbstverständnis, der organisatorischen und finanziellen Schlagkraft befasste sowie die turnusmäßige Vorstandswahl anstand, sind die Delegierten schriftlich

befragt worden. Dabei stehen zum einen die innerparteiliche Machtverteilung und zum anderen die Koalitionspräferenzen der Delegierten im Mittelpunkt.

Nach der verlorenen Bundestagswahl im Herbst initiierte die Parteiführung einen Erneuerungsprozess, der den inhaltlichen Grundkonsens und die Organisations- und Wahlstrategie behandelt. Angesichts dessen überrascht es nicht, dass (nach Meinung der Delegierten) der Bundesvorstand und insbesondere das Parteipräsidium über den größten Einfluss auf die parteipolitische Ausrichtung verfügen. Die Wirkung der Untergliederungen ist mit abnehmender Politikebene abzustufen. Neben den Landesverbänden üben auch die Delegierten, die amtierenden überregionalen Mandatsträger, die Jungen Liberalen, die Wirtschaftsverbände und die Medien einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die Bundes-FDP aus.

Die vergangenen Jahre waren eine prägende Erfahrung für die FDP. Deshalb sind auch die Einstellungen der Delegierten erhoben worden. Diese zeigen sich offen für Koalitionen jenseits eines schwarz-gelben Bündnisses. Obwohl mögliche Koalitionen mit der CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen einerseits und mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen andererseits beliebter werden, wünschen sich die Delegierten am meisten eine Koalition mit der CDU/CSU, gefolgt von einer beliebter werdenden Koalition mit der SPD. Trotz der zunehmenden koalitionspolitischen Offenheit legen die Delegierten den größten Wert auf Bürger- und Freiheitsrechte sowie marktwirtschaftliche Prinzipien. Somit blieben die Einstellungen der Delegierten weitestgehend konstant.

Die Delegierten sind teilweise Berufspolitiker, teilweise Ehrenamtliche. Deshalb ist anzunehmen, dass die einen eher wählerorientiert, die anderen eher mitgliederorientiert handeln, sodass Unterschiede in den Wahrnehmungen und Einstellungen vorliegen können. Weil die erhobenen Daten keine wesentlichen Unterschiede erkennen lassen, sollten weitergehende Untersuchungen folgen, die jedoch eher qualitativ als quantitativ durchzuführen sind. Dennoch sollte auch die Längsschnittanalyse fortgeführt werden, um auch noch den parteipolitischen Wandel vor und nach der kommenden Bundestagswahl 2017 zu erforschen.

---

## Literatur

- Abendroth, Wolfgang. 1964. Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie. *Politische Vierteljahresschrift* 5:307–338.
- Alemann, U. von. 2010. *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Berg-Schlosser, Dirk. 2010. Attitudes. In *Lexikon der Politikwissenschaft*, Bd. 1, 4. Aufl., Hrsg. Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze, 45. München: Beck.

- Buschmann, Marco. 2015. Der Turnaround der FDP: Auch eine Frage der Markenpositionierung. In *Forum Markenforschung. Tagungsband der internationalen Konferenz „Der Markentag 2014“*, Hrsg. Holger J. Schmidt und Carsten Baumgarth, 17–26. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, F. 2011. *Regieren im „Parteienbundesstaat“: Zur Architektur der deutschen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Dittberner, Jürgen. 1969. *Die Bundesparteitage der Christlich Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968: Eine Untersuchung der Funktionen von Parteitag*. Berlin: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät an der Freien Universität Berlin.
- Dittberner, Jürgen. 1970. Die Rolle der Parteitage im Prozess der innerparteilichen Willensbildung. *Politische Vierteljahresschrift* 11:236–268.
- Dittberner, J. 2010. *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Duverger, M. 1959. *Die politischen Parteien*. Tübingen: Mohr.
- Eldersveld, S. J. 1964. *Political parties: A behavioral analysis*. Chicago: McNally.
- Falter, Jürgen W., und Jürgen R. Winkler. 1996. Die FDP vor dem Aus? Anmerkungen zum Niedergang und den Überlebenschancen der FDP. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6:45–53.
- FDP. 2015a. GERMAN MUT. Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen. <http://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2015/05/20/beschlussmehrchancendurchmehrfreiheit-projekttefuereinerepublikderchancen.pdf>. Zugegriffen: 2. Dez. 2015.
- FDP. 2015b. *Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei 2013–2015*. Berlin: FDP.
- Glock, F. 2015. *Die politischen Orientierungen von Parteitagsdelegierten. Die Delegierten der FDP-Bundesparteitage 2009, 2010 und 2011*. Wiesbaden: Drowipunkt.
- Hättich, Manfred. 1969. Innerparteiliche Demokratie und politische Willensbildung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49:28–38.
- Höhne, B. 2013. *Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments: Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien*. Opladen: Budrich.
- Jun, Uwe. 2004. *Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Jun, Uwe. 2009. Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie. In *Politik in der Mediendemokratie*, Hrsg. Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch, 270–295. Wiesbaden: VS Verlag.
- Jun, Uwe. 2010. Politische Parteien als fragmentierte Organisationen im Wandel: Eine Einführung. In *Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse*, Hrsg. Uwe Jun und Benjamin Höhne, 11–34. Opladen: Budrich.
- Korte, Karl-Rudolf. 2012. So entscheiden Parteien: Umfeld-Bedingungen innerparteilicher Partizipation. In *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Jan Treibel, 267–286. Baden-Baden: Nomos.
- Korte, K., und J. Treibel (Hrsg.). 2012. *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Lösche, P., und F. Walter. 1992. *Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.



- Lösche, P., und F. Walter. 1996. *Die FDP: Richtungsstreit und Zukunftszweifel*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Michels, R. 1989. *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, 4. Aufl. Stuttgart: Kröner.
- Mielke, Gerd. 2009a. Mitgliederparteien im Sog der Amerikanisierung. In *Zukunft der Mitgliederpartei*, Hrsg. Uwe Jun, Oskar Niedermayer, und Elmar Wiesendahl, 53–69. Opladen: Budrich.
- Mielke, Gerd. 2009b. Parteienkrise durch Parteielite? Anmerkungen zur Diskussion über den Niedergang der deutschen Parteien. In *Politik – Wissenschaft – Medien*, Hrsg. Hanna Kaspar, Harald Schoen, Siegfried Schumann, und Jürgen R. Winkler, 377–390. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mintzel, A. 1975. *Die CSU: Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Müller, Marion G. 2002. Parteitage in der Mediendemokratie. In *Parteien in der Mediendemokratie*, Hrsg. Ulrich von Alemann und Stefan Marschall, 147–172. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Panbianco, A. 1988. *Political parties: Organization & power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Reif, Karl-Heinz. 1978. *Die mittlere Führungsschicht politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse einer schriftlichen Befragung der Delegierten der Bundesparteitage der CDU 1975, der FDP 1975, der SPD 1976 und des Landesparteitages der CSU 1977*. Mannheim: Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.
- Rudzio, W. 2011. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Sarcinelli, U. 2009. *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*, 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmitt, H. 1987. *Neue Politik in alten Parteien: Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schumann, S. 2001. *Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien: Der Einfluß von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien*. Oldenbourg: München.
- Schuster, Hans. 1957. Die Heerschau der Parteien: Theorie und Praxis der Parteitage. *Politische Studien* 8:57–72.
- Siaroff, Alan. 2003. Two-and-a-half-party systems and the comparative role of the „half“. *Party Politics* 9:267–290.
- Steiner, W. 1970. *SPD-Bundesparteitage 1964 und 1966: Analyse und Vergleich*. Meisenheim am Glan: Hain.
- Treibel, Jan. 2012a. Was bedeutet innerparteiliche Willensbildung? Forschungsstand und theoretische Zugänge. In *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Jan Treibel, 7–34. Baden-Baden: Nomos.
- Treibel, Jan. 2012b. Die FDP: Entscheidungsprozesse zwischen hierarchischer Führung, Konsenssuche und Mehrheitsentscheidungen. In *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Jan Treibel, 155–187. Baden-Baden: Nomos.
- Treibel, J. 2013. *Die FDP: Prozesse innerparteilicher Führung 2000–2012*. Baden-Baden: Nomos.

- Vorländer, Hans. 1992. Die Freie Demokratische Partei. In *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter, 266–318. Opladen: Leske + Budrich.
- Wiesendahl, E. 1998. *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Winkler, Jürgen R. 1998. Strukturprobleme und Zukunftschancen der Freien Demokraten. In *Jahrbuch der Liberalismusforschung*, Hrsg. Friedrich-Naumann-Stiftung, 131–154. Baden-Baden: Nomos.

---

# Der Lohn der Kooperation. Vorzeitige Regierungsbeendigungen als erfolgreiche Strategie im Parteienwettbewerb?

Michael Angenendt und Johannes Schmitt

---

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

2015 wurden die griechischen Wähler gleich zweimal innerhalb weniger Monate an die Wahlurne gerufen. Regierungschef Tsipras sah sich zunehmend nicht mehr nur mit der Bewältigung der Schuldenkrise, sondern zusätzlich mit Konflikten zwischen den Faktionen seiner eigenen Partei konfrontiert (Spiegel Online 2015). Am Beispiel verdeutlicht sich, dass Wettbewerbsdruck auf Regierungskoalitionen nicht ausschließlich durch Oppositionsparteien oder zwischen den Koalitionspartnern ausgeübt wird, sondern auch innerhalb einer Partei. Sowohl aus theoretischer wie empirischer Perspektive liegen mittlerweile eine Vielzahl an Studien über mögliche Ursachen vorzeitiger Regierungsbeendigungen vor (u. a. Easton und Warwick 1992; Saalfeld 2008, 2013; Diermeier und Stevenson 1999; Browne et al. 1986), welche Konsequenzen sich daraus für die Regierungsparteien bei der Folgewahl ergeben ist hingegen vergleichsweise unerforscht.

Ausgehend von dem Postulat, den „life cycle“ von Kabinetten in der vergleichenden Regierungs- und Koalitionsforschung stärker zu berücksichtigen (Strøm 2008, S. 537–538; Laver 1974), analysiert der vorliegende Beitrag daher,

---

<sup>1</sup>Wir danken den Teilnehmern des Panels „Parteien unter Wettbewerbsdruck“ des DVPW-Kongresses 2015 in Duisburg sowie den zwei anonymen Gutachtern für viele hilfreiche Anmerkungen.

---

M. Angenendt (✉) · J. Schmitt  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Deutschland  
E-Mail: michael.angenendt@hhu.de

J. Schmitt  
E-Mail: Johannes.Schmitt@hhu.de

ob und wie vorzeitige Kabinettsbeendigungen den Wahlerfolg der am Kabinett beteiligten Parteien beeinflussen. In der Literatur zur Erklärung vorzeitiger Kabinettsbeendigungen wird häufig auf die von Parteiführern antizipierten Wiederwahlchancen rekurriert (Smith 2003, 2004; Narud und Irwin 1994; Narud und Valen 2008). Schließlich seien „party leaders [...] neither amnesiac nor myopic. Their strategies in elections and coalitional bargaining are typically conditioned by past events, as well as by the anticipation of future benefits“ (Strøm 1990, S. 569). Doch weder theoretisch noch empirisch herrscht Klarheit darüber, ob und unter welchen Bedingungen vorzeitige Kabinettsbeendigungen im Vergleich zur vorangegangenen Wahl in einem verbesserten Wahlergebnis für die Regierungsparteien münden. Wir werden daher im Folgenden dafür plädieren, analytisch zwischen einer kooperativen und konfliktreichen Variante vorzeitiger Kabinettsbeendigungen zu unterscheiden. Unter der Annahme, dass Wähler konfliktreiches Verhalten der Kabinettsparteien an der Wahlurne sanktionieren, sollte sich eine auf Dissens beruhende Kabinettsauflösung empirisch in einem vergleichsweise geringeren Wahlergebnis manifestieren. Die empirische Unklarheit bisheriger Forschungsergebnisse resultiert demnach möglicherweise aus einer bislang unzureichenden Differenzierung beider Varianten.

Die Sanktionierung durch den Wähler gegenüber kooperationsunwilligen Regierungsparteien wird im Folgenden als rationale Entscheidung modelliert, woraus sich zwei Konsequenzen ergeben: Zum einen wird die Bedeutung von Nonpolicy Faktoren für die Wahlentscheidung betont, zum anderen können policy-spezifische Präferenzen nicht unberücksichtigt bleiben, da der rationale Wähler nicht aus Prinzip oder Pflichtgefühl heraus unkooperatives Verhalten sanktioniert. Insofern sich die Unzufriedenheit mit der Regierungsperformanz nicht durch Wahlenthaltung ausdrückt, müssen geeignete Alternativangebote für den Wähler zur Verfügung stehen, damit eine Sanktionierung möglichst zielführend erfolgen kann. Zunächst werden in Kap. 2 die in der Literatur prägenden Ansätze zur Wirkung vorzeitiger Kabinettsbeendigungen sowie deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet. Die in Kap. 3 abgeleiteten Hypothesen werden anschließend operationalisiert (Kap. 4) und anhand von 405 Wahlen in 32 Staaten quantitativ-vergleichend überprüft (Kap. 5).

---

## **2 Kosten und Nutzen vorzeitiger Kabinettsbeendigungen**

In den Anfängen der Regierungs- und Koalitionsforschung richtete sich der Fokus häufig auf die Entstehung und Zusammensetzung von Koalitionen, später auf den Prozess des Regierens in Mehrparteienkabinetten. Determinanten vorzeiti-

ger Kabinettsbeendigungen rückten erst vergleichsweise spät in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses (zusammenfassend Daamgard 2008, S. 324). Seitdem ermöglichte eine Vielzahl von empirischen Studien einen tieferen Einblick in den Koalitionsprozess (u. a. Müller und Strøm 2000; Kropp und Sturm 1998; Saalfeld 2009, 2013). Neuere Forschungsansätze betonen den Prozesscharakter von Koalitionsregierungen, da die Ursachen ihrer Beendigungen künftige Verhandlungen beeinflussen (Bergman et al. 2008, S. 10–11). Letztlich soll dadurch ein besseres Verständnis erlangt werden, „how the bargaining [within or between parties; Anm. der Verfasser], that takes place today is conditioned by the events of yesterday as well as by what we expect from tomorrow“ (Strøm 2008, S. 538). Infolgedessen wurde der Beendigung von Koalitionen größere Aufmerksamkeit gewidmet und untersucht, inwieweit diese durch strategisches Verhalten der Koalitionsparteien, institutionelle Rahmenbedingungen und/oder externe (wirtschaftliche oder politische) Ereignisse beeinflusst werden (u. a. Strøm und Swindle 2002; Kropp 1999, 2001; Laver 2003). Im Fokus der vorliegenden Analyse stehen nun mögliche Konsequenzen aus der Kabinettsbeendigung für den Wahlerfolg der an der Regierung beteiligten Parteien.

Es stellt sich anfänglich aus Sicht der Rational-Choice die Frage, in welchem Verhältnis Kosten und Nutzen vorzeitiger Beendigungen zueinander stehen. Anthony Downs resümierte mit Blick auf die Ziele von Parteien, dass „[party] members are motivated by their personal desire for the income, prestige, and power which come from holding office. [...] Since none of the appurtenances of office can be obtained without being elected, the main goal of every party is the winning of elections. Thus, all its actions are aimed at maximizing votes [...]“ (1957, S. 35). Ad hoc ließe sich nun vermuten, dass eine vorzeitige Kabinettsbeendigung als lohnende Strategie für mindestens eine Regierungspartei betrachtet werden kann, wenn die Überzeugung vorherrscht, dadurch an der Wahlurne im Vergleich zum regulären Ablauf der Legislaturperiode zu profitieren. So ziehen Narud und Valen (2008, S. 378) den Rückschluss, „that dissolution is most likely when parties expect large benefits from an election“. Bei näherer Betrachtung scheint es jedoch fraglich, warum gute Umfragewerte unwiderruflich den Anreiz für Parteien erhöhen sollten, vorzeitig von der Regierungsverantwortung zurückzutreten, da dies Aufwand für die amtierenden Parteien verursacht (Lupia und Strøm 1995, S. 653). Insbesondere wenn nicht alle Beteiligten gleichermaßen von Neuwahlen profitieren, sind erneute Verhandlungen über die Verteilung von Ministerposten oder die stärkere Berücksichtigung der Policy-Präferenzen einer der Koalitionspartner plausibel, da die günstige Ausgangslage als ‚Verhandlungsbonus‘ genutzt werden kann (Lupia und Strøm 1995, S. 649; Strøm 2008, S. 541). Prima facie lässt sich zudem argumentieren, dass Neuwahlen den Regierungsparteien

einen strategischen Vorteil bieten, da mehr Zeit zur Organisation des Wahlkampfes zur Verfügung steht (Bernhard und Leblang 2008). Unter der Annahme vollständiger Information wird die Opposition jedoch frühzeitig die Anreizstruktur der Regierung erkennen und entsprechend reagieren (Strøm 2008, S. 541).

Regierungsparteien können exklusive Informationen über künftige politisch, gesellschaftlich oder ökonomisch relevante Ereignisse besitzen, die ihnen einen Informationsvorsprung gegenüber dem Elektorat verschaffen. Gelangt die Regierung zu der Überzeugung, dass aufgrund bestimmter Ereignisse ihre künftige Leistung weniger als die gegenwärtige präferiert wird, scheint der Anreiz für vorzeitige Neuwahlen zu steigen, um noch von der aktuellen Stimmungslage zu profitieren (Smith 1996, S. 97). Aber auch dieser Vorteil verschwindet bei Kenntnis des Parteienkalküls durch den Wähler. In der ökonomischen Modellwelt wird die Wählerschaft vorzeitig anberaumte Neuwahlen als Signal künftig abnehmender Regierungsperformanz interpretieren und in der Wahlentscheidung berücksichtigen, wodurch der Anreiz zur vorzeitigen Kabinettsauflösung obsolet wird: „Since upon seeing an early election voters assume that future outcomes are ‚bad‘, the government has no incentive to call an early election. If governments know future outcomes then all elections occur at the last moment“ (Smith 1996, S. 97).

In einer ersten breit angelegten Vergleichsstudie auf Grundlage der Daten des Comparative Parliamentary Democracy Data Archive gelangen Narud und Valen (2008, S. 390) zu empirisch divergierenden Ergebnissen: Zwar führen vorzeitige Kabinettsbeendigungen ohne vorangegangene Konflikte im Vergleich zum regulären Ablauf der Legislaturperiode in den untersuchten Kabinetten Westeuropas zwischen 1945 und 1999 zu signifikant besseren Wahlergebnissen. Jedoch verschwindet der Effekt unter Berücksichtigung der Arbeitslosenquote und des Wirtschaftswachstums (Narud und Valen 2008, S. 390). Ferner bleibt offen, warum nur vom Kabinett einvernehmlich beschlossene Kabinettsbeendigungen Eingang in die empirische Analyse finden, da in der theoretischen Argumentation keine Unterscheidung hinsichtlich des Modus der vorzeitigen Kabinettsbeendigung getroffen wird (Narud und Valen 2008, S. 378). Des Weiteren argumentieren die Autoren, der Wahlerfolg eines Kabinetts werde zusätzlich von den Alternativangeboten beeinflusst, die den Wählern zur Verfügung stehen, ohne dies empirisch zu prüfen (Narud und Valen 2008, S. 372). Theoretisch wird daher die systematische Variation des Effekts vorzeitiger Regierungsbeendigungen in Abhängigkeit der verfügbaren Alternativen erwartet. In der Analyse wurden Kabinette berücksichtigt, die zwar vorzeitig endeten, auf die jedoch nicht unmittelbar eine Wahl folgte. Mit zunehmendem Abstand der Wahl zur vorzeitigen Beendigung sollte jedoch der Modus der Regierungsbeendigung an Bedeutung für den Wähler verlieren: „[I]t is quite likely that the amount of time between the break and

the ensuing elections is of importance. The longer the time period, the less the impact, as other factors intervene and take on importance“ (Narud und Irwin 1994, S. 282).

Es lässt sich resümieren, dass bislang theoretisch wie empirisch Uneinigkeit darüber herrscht, ob und wie vorzeitige Kabinettsbeendigungen das künftige Wahlergebnis des Kabinetts beeinflussen: Einerseits wird eine retrospektive Beurteilung der Regierungsleistung durch das Elektorat postuliert, demnach sich eine als positiv wahrgenommene Performanz im künftigen Wahlergebnis niederschlägt (Narud und Irwin 1994; Narud und Valen 2008), wodurch für die amtierende Regierung Neuwahlen an Reiz gewinnen. Unter der Annahme prospektiven Wählens hingegen verschwindet der Anreiz, da die Wählerschaft in ihrer Urteilsbildung eine künftig abnehmende Performanz antizipiert (Smith 1996, 2003, 2004). In den Hintergrund der Analyse rückte bislang, dass Kabinette nicht ausschließlich einvernehmlich enden, sondern auch aufgrund divergierender Interessen zwischen den Koalitionsparteien oder innerhalb einer Partei scheitern.

---

### 3 Kooperation als Kollektivgut für Ein- und Mehrparteienregierungen<sup>2</sup>

Koalitionsregierungen erreichen seltener das reguläre Ende der Legislaturperiode als Einparteienregierungen. Konflikte treten ebenfalls häufiger in Mehr- als in Einparteienkabinetten auf (Angenendt 2015, S. 76). Mit steigender Zahl der Koalitionsparteien sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass sämtliche Koalitionspartner Stimmengewinne bei der Folgewahl erzielen: „The conditions under which a coalition government dissolves parliament out of strength may therefore be quite rare, and it may be just as important to consider the circumstances under which such coalitions dissolve out of weakness, such as internal disagreement or crisis, rather than strength“ (Strøm 2008, S. 541). Konfliktreiche Kabinettsbeendigungen können demzufolge durch das Elektorat als Zeichen der Schwäche interpretiert werden, wodurch die Differenzierung vorzeitiger Regierungsbeendigungen in eine einvernehmliche und eine konfliktreiche Variante Bedeutung gewinnt. Die Unterscheidung berücksichtigt, dass nicht zwingend ein Konsens innerhalb einer oder zwischen mehreren Regierungsparteien existieren muss, damit ein Kabinett

---

<sup>2</sup>Die theoretische Herleitung der Hypothesen 1 bis 2 basiert auf einem 2015 veröffentlichten Beitrag einer der beiden Autoren in den Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (Angenendt 2015).

vor Ablauf der regulären Legislaturperiode endet. Die Veränderung des Status Quo kann einseitig erfolgen. Die Subsumierung strategisch geplanter Neuwahlen unter dem Begriff „surfing“ (Inoguchi 1979 in Riera 2015, S. 1131) ist insofern irreführend, wenn einzelne Koalitionspartner antizipieren, nicht vom gegenwärtigen Umfragehoch des gesamten Kabinetts zu profitieren, wenn nur der Partei des Regierungschefs eine besondere Problemlösungskompetenz in einer drängenden politischen Frage attestiert wird. Koalitionsregierungen befinden sich folglich in einem permanenten Aushandlungsprozess, der durch kooperative als auch konfliktive Motive geprägt wird.<sup>3</sup>

Ob für den Wahlerfolg einer Kabinettspartei der Modus der Beendigung relevant ist, hängt davon ab, ob und wie dieser durch das Elektorat wahrgenommen und interpretiert wird. Strøm verwies bereits darauf, dass „[...] voters [...] everything else being equal, prefer *reliable* and *responsible* parties“ (1990, S. 573; Hervorhebung im Original). Besitzen Parteien das Interesse, „eine wählerwirksame Reputation erfolgreicher politischer Führung aufzubauen und zu bewahren“ (Saalfeld 2005, S. 40), dann fungiert eine vorzeitige Kabinettsbeendigung aufgrund inner- oder zwischenparteilicher Konflikte gegenüber dem Elektorat als Signal des Überwiegens konfliktorientierter Strategien gegenüber kooperativen. Demnach steigt durch „Koalitionsuntreue“ für Regierungsparteien das Risiko, langfristig Nachteile im Wählerwettbewerb zu erleiden, „etwa wenn sie [die Politiker; Anm. der Verf.] mit einer bestimmten Koalition assoziiert werden, die durch ‚Untreue‘ diskreditiert ist“ (Müller 2005, S. 75–76). Konfliktreiche Beendigungen bergen somit unintendierte negative Konsequenzen für die Regierungsparteien. Dies gilt, wenn die Nichtbereitstellung des Kollektivguts ‚Regierungsstabilität‘ zu „politischem Reputationsverlust“ (Müller 2005, S. 82) führt und durch das Elektorat bei der Folgewahl negativ sanktioniert wird: „[...] if qualities like ‘leadership’ and ‘integrity’ are qualities that voters look for in some measure in their favoured party/ candidate, then a party revealing that it is simply a cipher reflecting what current opinion polls say is unlikely to be maximally effective in garnering votes. This fact introduces an element of paradox into the quest for political popularity: that is, that the explicit search for political popularity is to some extent self-defeating“ (Brennan und Hamlin 2000, S. 147–148). Suggestiert eine Partei in der Öffentlichkeit durch das strategische Planen des Wahlzeitpunkts, ausschließlich an der Erlangung von Parlamentssitzen oder Regierungsämbtern interessiert zu sein,

---

<sup>3</sup>Parteienwettbewerb wird auch im Allgemeinen konzeptionell über die Möglichkeit von Kooperation und Konkurrenz sowie Konflikt als Interaktionsmöglichkeiten der Akteure definiert (Franzmann 2011).



erschwert dies die Wahl der Partei. Diese erweckt den negativen Eindruck, „[that] the party itself ‚stands for nothing‘ or is seen to stand for nothing“ (Brennan und Hamlin 2000, S. 147). Kooperative Handlungsstrategien der Koalitionspartner gewinnen dem zufolge an Reiz, wenn kurzfristig entgangene Gewinne, beispielsweise der Verzicht des Koalitionsbruchs trotz überdurchschnittlich hoher Umfragewerte, durch den Erhalt und Ausbau der Reputation langfristig ausgeglichen werden. Insofern kooperatives Verhalten als wichtiges Merkmal der Führungsfunktion einer Regierung betrachtet wird (Kropp 2001, S. 265) und eine entsprechend hohe Nachfrage in der Wählerschaft nach integren Parteien besteht, sollten sich einvernehmlich beschlossene Kabinettsbeendigungen im Vergleich zu konfliktreichen in einem positiveren Wahlergebnis niederschlagen.

Strikt rational egoistisch agierende Parteien sind in Koalitionsregierungen der Versuchung ausgesetzt die eigene Leistung zu reduzieren, wenn der Koalitionspartner für nicht wünschenswerte policy-Ergebnisse zur Verantwortung gezogen wird (Kiss 2009, S. 414). Damit ein solcher Interessenskonflikt sich nicht zu einem „socially costly contest“ (Kiss 2009, S. 414) ausweitet, kann die Sanktionierung strikt opportunistischen Verhaltens als rationale Strategie des Elektorats interpretiert werden. Neben inhaltlichen Schnittmengen mit den Zielen einer Partei ist schließlich auch Vertrauen in die Motivation der Parteipolitiker nötig, dass diese die im Wahlprogramm geforderten policies während der Regierungsphase bestmöglich und verlässlich umsetzen (Angenendt und Schmitt 2015, S. 302–305). Ob sich die Interpretation empirisch bestätigt, wird durch folgende Hypothese geprüft:

H1: Wenn Koalitionsregierungen aufgrund interner Konflikte vorzeitig enden, dann werden die Regierungsparteien bei der Folgewahl Stimmanteile im Vergleich zu kooperativen vorzeitigen Kabinettsbeendigungen verlieren.

Das Argument beschränkt sich jedoch nicht auf Koalitionsregierungen. Dissens kann auch *innerhalb* einer Regierungspartei auftreten. Eine stabile und handlungsfähige Regierung zu gewährleisten, wird daher als Herausforderung sowohl für Ein- als auch Mehrparteienkabinette aufgefasst. Die Betrachtung von Parteien als homogener Akteur ist insofern voraussetzungsvoll und nicht per se zielführend (Saalfeld 2005, S. 38; Müller 2005; Druckman 1996). Für die Analyse von Konflikten *zwischen* den Regierungsparteien wird, pointiert formuliert, unterstellt, dass „[...] Parteien [...] als kollektive Akteure ihre Handlungen rational an den zu erwartenden Konsequenzen [...] [ausrichten], während ihre Mitglieder sich

bedingungslos für das Wohl ihrer Partei einsetzen“ (Angenendt 2015, S. 73). Empirisch steht dem entgegen, dass zwischen 1945 und 1999 15,4 % der Koalitionsregierungen Westeuropas vorzeitig aufgrund innerparteilicher Differenzen endeten (Saalfeld 2005, S. 37–38) und etwa jede vierte Einparteienregierung konfliktreich vor dem Ablauf der regulären Legislaturperiode endete (Angenendt 2015, S. 76). Eine potenzielle Erklärung liegt in der Anreizstruktur für Abgeordnete und/oder Minister, eigene ideologische oder karrierebezogene Präferenzen gegen den mehrheitlichen Willen in der eigenen Partei durchzusetzen (Saalfeld 2005, S. 39; Dewan und Myatt 2012). Infolgedessen plädiert Saalfeld (Dewan und Myatt 2012, S. 38) für die Sichtweise, dass ein „[...] einheitliches Erscheinungsbild der Fraktionen [...] im Wettbewerb der Parteien an den Wahlurnen und im Parlament ein Kollektivgut [darstellt], das von den Mitgliedern einer Fraktion nur gemeinsam erzeugt werden kann“.<sup>4</sup>

Sich unerwartet ändernde Rahmenbedingungen wie wirtschaftliche Krisen oder äußere Bedrohungen können zudem das Kooperationsgleichgewicht zwischen den Koalitionspartnern gefährden, indem die mögliche Schnittmenge zur Veränderung des Status Quo schwindet (Angenendt 2015, S. 76). Erscheint ein potenzieller Kompromiss aus Sicht der Wählerschaft als zu kostspielig, kann ein konfliktreicher Koalitionsbruch präferiert werden. Darüber hinaus erhöhen sich aufgrund der Verantwortungsdiffusion in Koalitionskabinetten die Informationskosten der Wähler, da nicht unmittelbar erkennbar ist, welche Partei ursächlich für den Konflikt verantwortlich ist (Hobolt et al. 2013). Stellt die präferierte Partei allerdings die parlamentarische Mehrheit und trägt alleinige Regierungsverantwortung, ist die Verantwortungszuschreibung eindeutiger als in Mehrparteienregierungen (Powell 2000, S. 52–53; Vowles 2010). Es fällt folglich schwerer, die Ursache einer konfliktreichen Kabinettsbeendigung in der mangelnden Kompromissbereitschaft der konkurrierenden Partei zu suchen. Konfliktreiche vorzeitige Kabinettsbeendigungen sollten sich dem zufolge besonders negativ auf das Wahlergebnis des Kabinetts auswirken, wenn es sich um eine Einparteienregierung handelt:

H2: Wenn Einparteienregierungen aufgrund interner Konflikte vorzeitig enden, dann wird die Regierungspartei bei der Folgewahl Stimmanteile im Vergleich zu einvernehmlichen vorzeitigen Kabinettsbeendigungen verlieren.

---

<sup>4</sup>Es ist anzumerken, dass nicht zwangsläufig die Kooperation aller Fraktionsmitglieder notwendig ist, jedoch die einer hinreichend großen Zahl. Ansonsten entfiel das Trittbrettfahrerproblem.

Die bisherige Analyse konzentrierte sich auf die Nachfrageseite im politischen Wettbewerb. Allerdings sollte eine konfliktreiche Kabinettsbeendigung das Wahlergebnis des Kabinetts erst negativ beeinflussen, wenn im Elektorat eine ausreichend starke Nachfrage nach kooperationsbereiten Parteien existiert.

Doch auch wenn das Elektorat bereit ist, kooperationsunwillige Parteien durch Stimmentzug zu sanktionieren, wird dies in der ökonomischen Modellwelt nicht aus Prinzip heraus erfolgen. Relevant sind aus Sicht der Rational-Choice die durch die Sanktion entstehenden Kosten sowie entgangenen Gewinne. Die theoretische Plausibilität der Annahme, dass „supporters of the breaker at the previous election are in the best position to punish a breaking party“ (Narud 1994, S. 275), ist deshalb in Abhängigkeit der politischen Wettbewerbssituation zu beurteilen. Stimmeneinbußen nach konfliktreichen Kabinettsbeendigungen sollten sich empirisch besonders prägnant in Kontexten vorfinden, in denen die Wahl einer politischen Alternative geringe Kosten verursacht. Von Relevanz ist deshalb die Struktur der Angebotsseite. Folglich besitzen Wähler einer „breaking party“ (Narud 1994, S. 275) nicht automatisch die stärksten Anreize zur Sanktionierung dieser Partei, wenn alternative Policy-Pakete nur von programmatisch weit entfernten Parteien angeboten werden und das oppositionelle Policy-Angebot nur eine geringe programmatische Bandbreite aufweist. Dies erhöht für die bisherigen Wähler der Regierungsparteien die Wahrscheinlichkeit, keine relevante oppositionelle Alternative im Parteienwettbewerb zu finden. Folgende Hypothesen werden daher aufgestellt:

H3: Je geringer der programmatische Abstand bzw. der Unterschied der Kabinettsparteien zur Opposition, desto stärker wirken sich konfliktreiche vorzeitige Kabinettsbeendigungen im Vergleich zu einvernehmlichen Beendigungen auf das Wahlergebnis der Kabinettsparteien aus.

H4: Je unterschiedlicher sich das programmatische Angebot der Oppositionsparteien gestaltet, desto stärker wirken sich konfliktreiche vorzeitige Kabinettsbeendigungen im Vergleich zu einvernehmlichen Beendigungen auf das Wahlergebnis der Kabinettsparteien aus.

Ferner gilt es, die Verortung der Regierungsparteien im ideologischen Wettbewerb zu berücksichtigen. Bildet die amtierende Regierung eine Flügelkoalition auf der linken oder rechten Seite einer ideologisch dominanten Dimension (Sartori 1976, S. 348, weiterführend Schmitt 2014), existiert nur eine oppositionelle Alternative im ideologischen Spektrum. Damit sind die Kosten der Wechselwahl für die Wählerschaft der Regierungsparteien ungleich verteilt, da ideologisch verwandte Ausweichoptionen für einen Teil der Wähler nicht zur Verfügung stehen.

Ein Beispiel am deutschen Parteiensystem zur Verdeutlichung: Eine schwarz-gelbe Koalition endet konfliktreich und initiiert Neuwahlen. Vor der Gründung der AfD und damit einer rechtskonservativen Alternative stand den konservativen Wählern in diesem Szenario keine relevante oppositionelle Alternative zur Verfügung. Ist dagegen eine schwarz-rote Koalition in der Regierungsverantwortung und endet konfliktreich, können Wähler sowohl zur Grünen bzw. Linken oder FDP ausweichen. Die Existenz einer Zentrumskoalition begünstigt demnach, dass Wähler der Koalition eine ideologisch nahestehende Wahlalternative besitzen. Insofern sind empirisch größere Verluste im Aggregat für die Koalitionsparteien zu erwarten, wenn es sich um eine Koalition der Mitte handelt.

H5: Wenn amtierende Koalitionsregierungen das politische Zentrum besetzen, wirken sich konfliktreiche vorzeitige Kabinettsbeendigungen im Vergleich zu einvernehmlichen Beendigungen negativer auf das Wahlergebnis der Kabinettsparteien aus als wenn die amtierende Regierung eine Flügelkoalition bildet.

---

## 4 Datengrundlage der quantitativ-vergleichenden Analyse

Im Gegensatz zu vorangegangenen Analysen (Narud und Valen 2008; Angenendt 2015) konzentrieren wir uns nicht auf alle Kabinette in einer untersuchten Zeitspanne, sondern auf das letzte Kabinett vor einer Wahl und dessen Beendigungsgrund sowie dem elektoralen Abschneiden bei der anschließenden Wahl. Damit ist nicht mehr ein Kabinett sondern eine Wahl die Falleinheit der Analyse. Die Falllogik ‚Kabinett‘ ist für die untersuchte Fragestellung problematisch, da hierdurch wechselnde Kabinette zwischen Wahlen, welche in ihren Beendigungsgründen variieren und gleichzeitig hinsichtlich der beteiligten Parteien relativ ähnlich zusammengesetzt sein können, mit demselben Wahlergebnis in die Analyse integriert werden. An einem Beispiel veranschaulicht: Konrad Adenauer bildete nach der Bundestagswahl 1953 eine Koalitionsregierung. Das Kabinett wurde in Folge zweimal aufgrund eines Dissenses umgebildet. Aus der Koalition ausgetreten ist zum einen 1955 der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten und zum anderen die FDP 1956 (Woldendorp et al. 2011; Döring und Manow 2015). Letztlich hat Adenauer aber nach einer Kabinettsumbildung unter Einschluss der Freien Volkspartei – als Abspaltung der FDP – und der Deutschen Partei bis zum nächsten regulären Wahltermin weiterregiert. Werden alle Kabinette in die Analyse eingeschlossen, wird nun Kabinett Adenauer II (1953–1955) und III (1955–1956) jeweils mit Dissens und IV (1956–1957) mit einer regulären Wahl als Beendigungsgrund mit demselben Wahlergebnis aus der Bundestagswahl 1957 als

abhängige Variable in die Analyse eingeschlossen. Statistisch scheint dies wenig sinnvoll, da hierdurch Effekte unterschiedlicher Ausprägungen der unabhängigen Variablen auf dieselbe abhängige Variable geschätzt werden.<sup>5</sup>

Aufgrund der Fragestellung sind daher Daten zur Programmatik bzw. ideologischen Position der Parteien zu einem Wahlzeitpunkt, deren Zugehörigkeit zum letzten vorhanden Regierungskabinett vor einer Wahl sowie dessen Beendigungsgrund und den folgenden Wahlergebnissen notwendig. Die umfassendsten Daten für den Vergleich von Parteipositionen bieten die Wahlprogrammanalysen des MARPOR (Volkens et al. 2015). Hierbei kann sowohl die Unterschiedlichkeit der Parteien in der Betonung einzelner Programmpunkte berechnet (Franzmann 2008) als auch die ideologischen Parteipositionen auf einer Links-rechts-Dimension bestimmt werden (Franzmann und Kaiser 2006).<sup>6</sup> Weiterhin beinhaltet der Datensatz Informationen zu den Wahlergebnissen der Parteien. Aufbauend wird auf Grundlage des „Parliaments and Governments“-Datensatzes (Döring und Manow 2015; ergänzt durch Nohlen und Stöver 2010) die Zugehörigkeit der Parteien im MARPOR zum letzten Kabinett vor der Wahl ermittelt.

Weiterführend wird der Beendigungsgrund der Kabinette mit dem aktuellsten zur Verfügung stehenden Datensatz ergänzt (Woldendorp et al. 2000, 2011). Das ursprüngliche Codierschema beinhaltet dabei folgende Optionen einer Kabinettsbeendigung: 1) vorzeitige oder reguläre Wahl, 2) freiwilliger Rücktritt des Regierungschefs<sup>7</sup>, 3) Rücktritt des Regierungschefs aufgrund gesundheitlicher Gründe, 4) Konflikte innerhalb der Regierung<sup>8</sup>, 5) fehlender parlamentarischer Rückhalt<sup>9</sup>,

---

<sup>5</sup>Im Prinzip besteht hierbei aus methodischer Sicht eine Mehrebenenproblematik: Die verschiedenen Kabinette sind in einer Wahl „eingebettet“, wodurch es sich bei der abhängigen Variable in diesem Sinne um ein Kontextmerkmal handelt. Die Veränderung der Falldefinition umgeht dieses Problem.

<sup>6</sup>Aufgrund der besseren Reliabilitätswerte verwenden wir ein kontextsensitives Maß (Franzmann und Kaiser 2006) im Gegensatz zum RILE-Index (Laver und Budge 1992).

<sup>7</sup>Die Autoren betonen, dass hinter einem formal freiwilligen Rücktritt auch interne Konflikte oder politische Gründe stehen können. Diese werden allerdings beim Codieren des Beendigungsgrundes nicht separat bewertet.

<sup>8</sup>Die Kategorie beschreibt Woldendorp et al. (1998, S. 127) wie folgt: „This covers those instances when either a coalition breaks up without external pressure or when there are publicized quarrels and/or movement of personnel.“

<sup>9</sup>Hierunter versteht Woldendorp et al. (1998, S. 127): „This reason for termination, of course, lies at the heart of any parliamentary democracy. We have counted here every instance when parties either withdrew support from government, or there occurred a (successful) vote of no confidence (or similar parliamentary action)“.

6) Intervention des Staatsoberhauptes und 7) Erweiterung des Kabinetts, um eine oder mehrere Parteien. Für den Zweck der Analyse haben wir den ersten Aspekt in zwei weitere Kategorien differenziert: 1a) freiwillige Neuwahl und 1b) Wahl aufgrund des Endes der Legislaturperiode (im Folgenden auch als reguläre Wahl bezeichnet).<sup>10</sup> Aus der Analyse wurden drei Kategorien ausgeschlossen, da sie empirisch als Beendigungsgrund der relevanten Kabinette kaum oder gar nicht aufgetreten und für die Beantwortung der Fragestellung irrelevant sind: die Erweiterung des Kabinetts (null mal), Rücktritt des Regierungschefs aus gesundheitlichen Gründen (einmal) und Beendigung durch die Intervention des Staatsoberhauptes (siebenmal). Weiterhin wurde noch in einem Spezialfall das Codierschema angepasst. Kommt es beispielsweise aufgrund einer fehlgeschlagenen Vertrauensfrage oder eines Dissens innerhalb der Regierung zu einer vorgezogenen Neuwahl, existiert nach dem Konflikt das bisherige Kabinett häufig formal als ‚Caretaker‘ bis zur anschließenden Wahl weiter. Dieses wird allerdings als neues Kabinett codiert und stellt damit auch das letzte Kabinett vor der Wahl dar. Hierbei ist der Beendigungsgrund des Caretaker-Kabinetts nach Woldendorp et al. (2011) der reguläre Ablauf der Legislaturperiode und nicht der Dissens. Um das daraus resultierende Problem in der Interpretation aufzulösen, wird in der Analyse als Beendigungsgrund die Ursache für die Formierung des Caretaker-Kabinetts übernommen.

Eine grundsätzliche und auch in dieser quantitativen Analyse nicht zu lösende Schwäche ist, dass sich dieses Vorgehen auf die offizielle bzw. öffentliche Begründung stützt. Hinter einem Rücktritt aus formal persönlichen oder gesundheitlichen Gründen kann sich allerdings auch ein Konflikt verbergen oder eine Regierung initiiert eine gescheiterte Vertrauensfrage bewusst, um Neuwahlen anzusetzen. Diese Feinheiten können von der ausgehenden Erhebung nicht erfasst werden. Die daraus resultierenden möglichen Verzerrungen müssen daher bei der Interpretation der Ergebnisse bedacht werden.

Die untersuchten Variablen berechnen sich wie folgt: Die abhängige Variable umfasst die summierte Differenz der Stimmanteile aller Kabinettsparteien:  $\sum_{i=1}^N (s_{it} - s_{it-1})$ , wobei  $s$  = Stimmanteil der Regierungspartei  $i$  zum Wahlzeit-

---

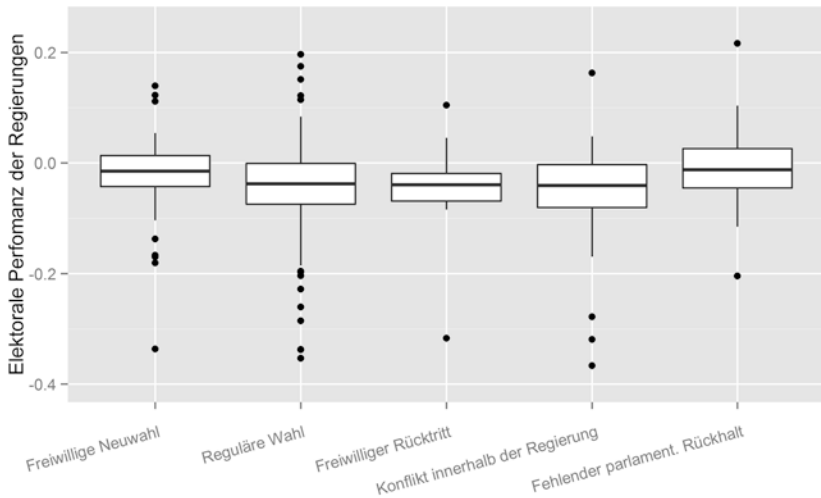
<sup>10</sup>Die Aufteilung wurde auf Basis folgender Quellen kodiert: Bergmann et al. (2005), Döring und Manow (2015), dem „European Journal of Political Research Political Data Yearbook“ (<http://onlinelibrary.wiley.com/journal/10.1111/%28ISSN%292047-8852>) sowie der „PARLINE database on national parliaments“ (<http://www.ipu.org/parline-e/aboutparline.htm>). Aufgrund dieser Quellen wurden auch Kabinette, welche nicht durch Woldendorp et al. (2011) abgedeckt sind, auf Grundlage des Codierschemas ergänzt. Damit konnte die Zeitreihe bis einschließlich 2013 fortgesetzt werden.

punkt  $t$ . Ein negativer Wert zeigt demnach einen Stimmenverlust des Kabinetts an, während positive Werte einen Gewinn darstellen. Der programmatische Abstand zur Opposition wird als mittlerer, minimaler programmatischer Abstand zur Opposition berechnet. Dazu wird zunächst die programmatische Unterschiedlichkeit (Franzmann 2008) zwischen der einzelnen Kabinetts- zu den Oppositionsparteien berechnet und der Mittelwert dieser minimalen Abstände berechnet:  $\frac{\sum_{i=1}^N \min(d(K_i, O_j))}{N}$ , wobei die Funktion  $d$  die Distanz zwischen der Kabinettspartei  $i$  und den Oppositionsparteien darstellt. Die programmatische Heterogenität der Opposition wird als durchschnittliche Unterschiedlichkeit der Oppositionsparteien untereinander berechnet:  $\frac{\sum_{i=1}^N \sum_{j=1}^N d(O_i, O_j)}{N}$ . Abschließend wird ein Zentrumskabinett als Wettbewerbskonstellation zwischen Regierung und Opposition definiert, in der sowohl links als auch rechts von den Kabinettsparteien mindestens eine Opposition(-spartei) ideologisch positioniert ist. Zusammenfassend sind aufgrund der verfügbaren Daten 32 etablierte, parlamentarische Demokratien und damit 405 Wahlen im Zeitraum von 1945 bis 2013 in die Analyse integriert.<sup>11</sup>

## 5 Analyse der elektoralen Performanz von Kabinetten

Folgend wird die elektorale Performanz der Kabinette, unterschieden nach Beendigungsgrund, betrachtet (Abb. 1). In der Varianz zeigt sich ein deutlicher Unterschied im Erfolg der Regierenden an der Wahlurne. Zunächst beobachten wir, dass – unabhängig vom Beendigungstyp – Regierungskabinette im Mittel verlieren. Insgesamt liegt der Median bei  $-0,027$ . Die Hälfte der Kabinette verliert in der anschließenden Wahl also mehr als 2,7 Prozentpunkte ihres Stimmanteils. Weiterhin ist die Streuung des Erfolgs erheblich, sodass auch Verluste wie Gewinne von über 20 Prozentpunkten in den Beobachtungen zu finden sind. Im Mittel wirkt sich die Regierungsverantwortung negativ beim Abschneiden in der Wahl aus. Der negative Effekt ist allerdings bei zwei Beendigungstypen weniger stark ausgeprägt: Die erste Ausnahme bildet die freiwillige Neuwahl. Zwar ist auch hier der Mittelwert im negativen Bereich, allerdings liegen vergleichsweise

<sup>11</sup>Folgende Länder sind Teil der Analyse: Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei und Ungarn.



**Abb. 1** Varianz elektoraler Performanz von Regierungskabinetten. Zwei Ausreißer im negativen Bereich (ca.  $-0,59$ ) sind nicht abgebildet; einmal bei der regulären Wahl und einmal beim freiwilligen Rücktritt als Beendigungsgrund. (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der beschriebenen Daten)

anteilig deutlich mehr Kabinette im positiven Bereich. Hier können die Regierungskabinette in der Wahl Stimmen hinzugewinnen. Die theoretisch erörterte Antizipation der Ursachen für die Neuwahl durch den Wähler und die damit einhergehende Sanktionierung des Kabinetts (Smith 1996, 2003, 2004) scheint sich also empirisch nicht zu bestätigen. Eine günstig angesetzte Neuwahl kann dementsprechend helfen, die Verluste zu minimieren oder Gewinne zu erzielen. Daneben leidet die elektorale Performanz des Kabinetts ebenfalls weniger, wenn die Wahl aufgrund des fehlenden parlamentarischen Rückhalts des Kabinetts zustande gekommen ist. Diese Kategorie beinhaltet vor allem Minderheitenkabinette. Diese scheinen also für den Konflikt in der parlamentarischen Arena vom Wähler nicht abgestraft zu werden. Im Gegenteil: Es finden sich Beispiele, in denen Minderheitenkabinette nach einer gescheiterten Vertrauensfrage und der damit einhergehenden Wahl sogar deutliche Gewinne erzielen können. So konnte in Portugal der Regierungschef Silva (Kabinett Silva I, 1985–1987) nach dem entzogenen parlamentarischen Rückhalt in der Wahl 1987 die absolute Mehrheit gewinnen. In Dänemark hat das Minderheitenkabinett von Kristensen (Kristensen I, 1945–1947) in einer solchen Konstellation zwei Prozentpunkte hinzugewonnen – was



im Vergleich eine überdurchschnittlich gute Performanz ist. Konfliktreiche Beendigungen innerhalb der Kabinette scheinen sich dagegen erwartungsgemäß negativ auf den Erfolg auszuwirken. Diese Verteilung weist den niedrigsten Median auf. Allerdings ist die Verteilung nicht deutlich von regulären Wahlen zu unterscheiden.

Um den Effekt des Beendigungsgrundes näher zu spezifizieren, wird im nächsten Schritt eine Regressionsanalyse durchgeführt (Tab. 1). Dabei wird mithilfe einer Fixed-Effects-Regression (Croissant und Millo 2008, weiterführend Giesselmann und Windzio 2012, S. 40 ff.) mit robusten, geclusterten Standardfehlern (Arellano 1987) die Panelstruktur der Daten berücksichtigt. Zu Beginn werden im ersten Modell (A1) nur die Beobachtungen mit Einparteienkabinetten und anschließend mit Koalitionsregierungen (Modell A2) untersucht. Anschließend werden die Effekte für das gesamte Sample sowie der vermuteten Interaktionseffekte analysiert.

Wie theoretisch vermutet, zeigt sich ein variierender Effekt der konfliktreichen Beendigung des Kabinetts auf den Wahlerfolg in Abhängigkeit vom Kabinettyp. Tritt keine Verantwortungsdiffusion auf, ist ein deutlich signifikanter Effekt auf den Stimmanteil bei Einparteienkabinetten zu beobachten. Im Vergleich zur freiwilligen Neuwahl verlieren die konfliktreich beendeten Kabinette statistisch fast zehn Prozentpunkte. Dagegen ist ein signifikanter Effekt der konfliktreichen Beendigung bei Koalitionsregierungen (Modell A2) nicht zu beobachten. Auch die Modellgüte weist daraufhin, dass der Beendigungsgrund in Mehrparteienkabinetten generell weniger entscheidend für den Wahlerfolg ist als unter Einparteienkabinetten. Ein ähnlicher Effekt wie bei konfliktreichen Beendigungen ist auch bei einem freiwilligen Rücktritt des Regierungschefs zu beobachten. Plausibel ist der Effekt aus theoretischer Perspektive, da ursächlich hinter diesen Rücktritten interne Konflikte stehen können, denen nur formal ein freiwilliger Rücktritt folgt. Wie bei der offen konfliktreichen Beendigung ist auch beim freiwilligen Rücktritt kein signifikanter Effekt unter Koalitionsregierungen zu beobachten. In Referenz zur freiwilligen Neuwahl haben fast alle anderen Beendigungsformen einen negativen Effekt auf die elektorale Performanz. Umgekehrt formuliert: Die freiwilligen Neuwahlen stellen für Einparteienkabinette ein erfolgreiches Mittel dar, um Wählerstimmen zu gewinnen bzw. weniger Stimmen zu verlieren. Die Ausnahme bildet lediglich der Fall des fehlenden parlamentarischen Rückhalts. Dieser wirkt sich im Mittel, wenn auch nicht signifikant, im Koeffizienten positiv auf den Wahlerfolg aus.

**Tab. 1** Der Einfluss unterschiedlicher Beendigungsmodi auf den Wahlerfolg von Kabinetten

	Modell (A1) Koeff. B (S.E.)	Modell (A2) Koeff. B (S.E.)	Modell (A3) Koeff. B (S.E.)	Modell (A4) Koeff. B (S.E.)
Referenz: Freiwillige, vorzeitige Beendigung				
Turnusmäßige Wahl	−0,033+ (0,018)	−0,008 (0,013)	−0,028* (0,012)	−0,012 (0,014)
Freiwilliger Rücktritt des Regierungschefs	−0,043+ (0,025)	−0,057 (0,057)	−0,064 (0,043)	−0,063 (0,053)
Konfliktreiche Beendigung	−0,098** (0,032)	−0,011 (0,019)	−0,044* (0,020)	−0,026 (0,021)
Fehlender parlamentarischer Rückhalt	0,022 (0,026)	0,024 (0,015)	0,014 (0,013)	0,016 (0,016)
Einparteienkabinett			−0,009 (0,010)	0,010 (0,014)
Interaktionseffekte: Einparteienkabinett x ....				
... Turnusmäßige Wahl				−0,028 (0,019)
... Freiwilliger Rücktritt des Regierungschefs				0,028 (0,062)
... Konfliktreiche Beendigung				−0,066+ (0,036)
... Fehlender parlamentarischer Rückhalt				0,006 (0,034)
N	175	230	405	405
Korrigiertes R-Quadrat	0,068	0,024	0,036	0,046

Signifikanzniveaus: \*\*p < 0,01, \*p < 0,05, +p < 0,10. Robuste Standardfehler nach Arellano (1987) aufgrund der Einbettung in den Länderkontext

Wie aus der bisherigen Analyse zu erwarten, zeigt sich weiterhin ein schwacher negativer Effekt der konfliktreichen Beendigung im gesamten Sample (Modell A3). Dieser verschwindet allerdings bei der Integration der Interaktionseffekte (Modell A4). Hier verbleibt als einziger signifikanter Effekt der Interaktionsterm aus Einparteienkabinetten und konfliktreichen Beendigungen, der zusammen mit den bisherigen Beobachtungen Hypothese 2 bestätigt.

Im nächsten Schritt werden die Variablen zur Angebotsseite und Opportunitätsstruktur im Parteienwettbewerb in die Regressionsanalyse integriert und eine mögliche Interaktion mit dem Beendigungsmodi des Kabinetts getestet (Tab. 2).

Empirisch zeigt sich, dass die Regierungskabinette an der Urne Stimmen verlieren, wenn der Wähler a) eine ähnliche und b) eine vielseitige programmatische Alternative in der Opposition besitzt. Konkret zeigt sich ein signifikant positiver Effekt durch einen geringeren mittleren, minimalen programmatischen Abstand zur Opposition – ist der Abstand höher, schneiden die Regierungsparteien besser ab – und ein negativer signifikanter Effekt durch eine heterogene Opposition – ist die Opposition also programmatisch unterschiedlicher aufgestellt, verlieren die Regierungsparteien mehr an Stimmen. Dagegen hat das Vorhandensein einer linken sowie rechten ideologischen Alternative bei einer Zentrumskoalition zunächst keinen substanziellen Effekt auf den Wahlerfolg. Insgesamt verdoppelt sich durch die Integration der drei Variablen das korrigierte  $R^2$  im Vergleich zu Modell A4 (siehe Tab. 1) aus der ersten Regressionsanalyse. Die Angebotsseite stellt somit einen relevanten Faktor in der Erklärung der elektoralen Performanz der Regierungskabinette dar.

In Interaktion mit dem Beendigungsmodus zeigen sich zwar die erwarteten Effekte – konfliktreiche Beendigungen in Kombination mit dem Auftreten vielseitiger und programmatisch naher Alternativen wirken sich negativer auf den Stimanteil des Kabinetts aus – aber diese sind relativ schwach, sowohl gemessen an ihrer Stärke, Signifikanz als auch der Verbesserung der Modellgüte. Bis hierhin scheint die Angebotsseite weitgehend unabhängig vom Beendigungsmodus Einfluss zu besitzen. Erst in Interaktion mit dem Vorhandensein einer Zentrumskoalition zeigt sich der vermutete Effekt (schwach) signifikant. Der Interaktionseffekt wird bei näherer Betrachtung der Varianzen deutlich (Abb. 2).

Bei der nach Vorhandensein einer ideologischen Zentrumskoalition unterschiedenen Betrachtung der Varianz zeigen sich bei den meisten Beendigungsgründen nur geringe Unterschiede. So gibt es beispielsweise im elektoralen Abschneiden

**Tab. 2** Der Einfluss unterschiedlicher Opportunitätsstrukturen auf den Wahlerfolg von Kabinetten

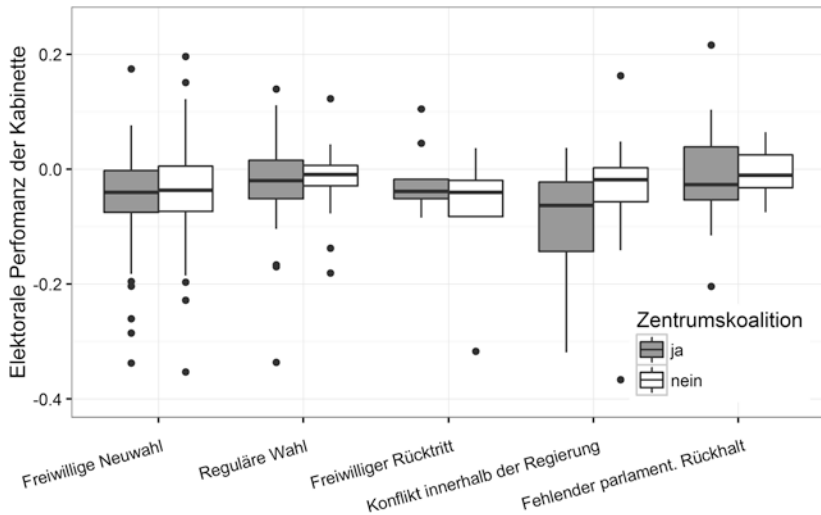
	Modell (B1) Koeff. B (S.E.)	Modell (B3) Koeff. B (S.E.)	Modell (B4) Koeff. B (S.E.)	Modell (5B) Koeff. B (S.E.)
Referenz: Freiwillige, vorzeitige Beendigung				
... Turnusmäßige Wahl	−0,029** (0,012)	−0,028 (0,041)	−0,020 (0,013)	−0,020* (0,001)
... Freiwilliger Rücktritt des Regierungschefs	−0,064 (0,040)	−0,081 (0,079)	−0,015 (0,049)	−0,068 (0,042)
... Konfliktreiche Beendigung	−0,040* (0,019)	−0,109+ (0,061)	−0,021 (0,020)	−0,018 (0,020)
... Fehlender parlamentarischer Rückhalt	0,008 (0,013)	−0,015 (0,042)	−0,006 (0,021)	0,005 (0,012)
Programmatischer Abstand zur Opposition	0,001* (0,000)	0,001 (0,001)	0,001* (0,0003)	0,001* (0,0004)
Heterogenität der Opposition	−0,0002* (0,0001)	−0,0001+ (0,0001)	−0,0001 (0,0001)	−0,0002* (0,0001)
Zentrumskoalition	−0,006 (0,010)	−0,007 (0,010)	−0,007 (0,010)	0,010 (0,014)
Interaktionseffekte:				
Programmatischer Abstand zur Opposition x ...				
... Turnusmäßige Wahl		−0,0001 (0,001)		
... Freiwilliger Rücktritt des Regierungschefs		0,0004 (0,002)		

(Fortsetzung)

**Tab. 2** (Fortsetzung)

	Modell (B1) Koeff. B (S.E.)	Modell (B3) Koeff. B (S.E.)	Modell (B4) Koeff. B (S.E.)	Modell (5B) Koeff. B (S.E.)
... Konfliktreiche Beendigung		0,002 (0,001)		
... Fehlender parlamentari- scher Rückhalt		0,001 (0,001)		
Heterogenität der Opposition x ...				
... Turnusmäßige Wahl			−0,0001 (0,0001)	
... Freiwilliger Rücktritt des Regierungschefs			−0,0003 (0,0002)	
... Konfliktreiche Beendigung			−0,0001 (0,0001)	
... Fehlender parlamentari- scher Rückhalt			0,0001 (0,0001)	
Zentrumskoali- tion x ...				
... Turnusmäßige Wahl				−0,018 (0,015)
... Freiwilliger Rücktritt des Regierungschefs				0,003 (0,070)
... Konfliktreiche Beendigung				−0,051 <sup>+</sup> (0,026)
... Fehlender parlamentari- scher Rückhalt				0,006 (0,022)
N	405	405	405	405
Korrigiertes R-Quadrat	0,075	0,079	0,082	0,082

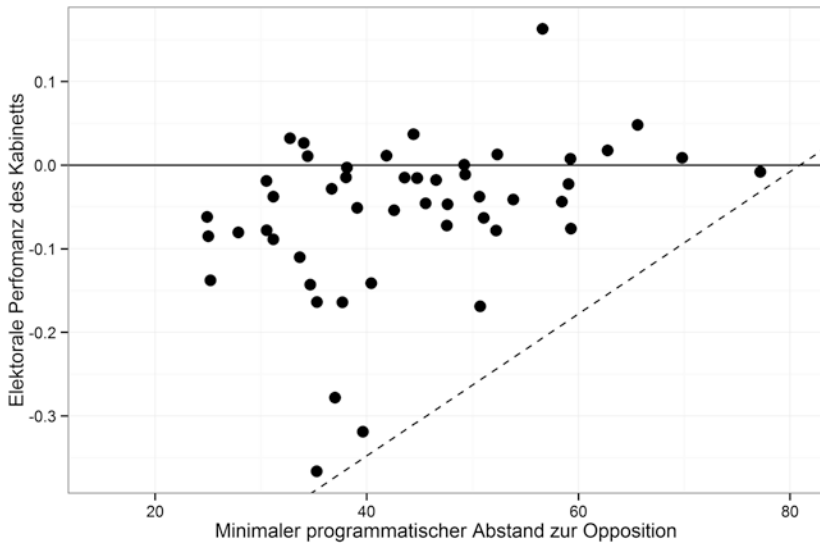
Signifikanzniveaus: \*\*p < 0,01, \*p < 0,05, +p < 0,10. Robuste Standardfehler nach Arellano (1987) aufgrund der Einbettung in den Länderkontext



**Abb. 2** Varianz elektoraler Performanz von Regierungskabinetten. Zwei Ausreißer im negativen Bereich (ca.  $-0,59$ ) sind nicht abgebildet; einmal bei der regulären Wahl und einmal beim freiwilligen Rücktritt als Beendigungsgrund. (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der beschriebenen Daten)

des Kabinetts keinen Unterschied bei einer turnusgemäßen Wahl. Hier liegen die Quartile fast gleich auf und es gibt nur geringe Unterschiede bei den Ausreißern. Ähnliches zeigt sich bei den anderen Beendigungstypen – mit Ausnahmen des Konfliktes innerhalb des Kabinetts. Existiert hier eine linke sowie rechte ideologische Opposition zum Kabinetts, sind deutlich höhere Stimmverluste zu beobachten. Mehr als die Hälfte der konfliktreich beendeten Regierungskabinette, die mit einer bilateralen Opposition konfrontiert wurden, verlieren über fünf Prozentpunkte Stimmenanteil. Dagegen können drei Viertel der Kabinette, konfrontiert mit nur einer ideologisch einseitigen Opposition, ihre Verluste auf weniger als fünf Prozentpunkte begrenzen oder gar Stimmgewinne verzeichnen. Es ist also ein deutlicher Effekt der konflikthafter Beendigung eines Kabinetts in Interaktion mit der ideologischen Wettbewerbskonstellation zwischen Regierung und Opposition zu beobachten. Die fünfte Hypothese kann somit ebenfalls bestätigt werden.

Die Indikatoren zur programmatischen Heterogenität der Opposition sowie der programmatische Abstand zur Opposition zeigen sich im Interaktionseffekt insignifikant, trotzdem kann auch hier bei näherer Beobachtung ein interessanter, nicht-linearer Effekt beobachtet werden (Abb. 3).



**Abb. 3** Elektorale Performanz und programmatische Distanz bei konflikthafter Beendigung. (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der beschriebenen Daten)

Im Streudiagramm zeigt sich, dass vor allem Kabinette im Konflikt verlieren, die sich programmatisch weniger stark von oppositionellen Parteien unterscheiden. Ist der Abstand dagegen groß, sind auch die Verluste eher gering. Allerdings lassen sich ebenfalls einige Fälle identifizieren, in denen Kabinette an der Wahlurne nicht verlieren, aber trotzdem einen vergleichsweise geringen programmatischen Abstand zur Opposition aufweisen. Aus Perspektive der Kausallogik der QCA (Ragin 1987; Schneider und Wagemann 2007) könnte die Verteilung damit eher auf eine hinreichende Bedingung (als gestrichelte Linie dargestellt) als auf einen linearen Effekt hindeuten, d. h. ein großer programmatischer Abstand zur Opposition kann im Konfliktfall hinreichend sein, um nicht zu verlieren. Aber daneben existieren noch andere hinreichende Bedingungen, die einen Verlust verhindern können.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: 1) Die vorzeitige Beendigung von Kabinetten wirkt sich unterschiedlich auf das Wahlergebnis aus, abhängig vom Vorhandensein eines Konfliktes. 2) Konflikte haben unterschiedliche Effekte für den elektoralen (Miss-)Erfolg von Ein- und Mehrparteienkabinetten. 3) Konflikte unterscheiden sich in Abhängigkeit der Arena. Während negative Effekte

von Konflikten innerhalb der Regierung auf das Wahlergebnis beobachtet werden konnten, sind Konflikte durch fehlende parlamentarische Unterstützung im wesentlich geringeren Umfang mit Stimmverlust für die Regierenden verbunden. 4) Die Effekte sind ebenso abhängig von der oppositionellen Angebotsseite. Gibt es wenig ideologische Alternativen, fällt die Sanktionierung der Regierung schwerer und das Kabinett verliert im Aggregat weniger Stimmanteile.

---

## 6 Fazit

Der vorliegende Beitrag untersuchte die Auswirkungen vorzeitiger Kabinettsbeendigungen auf den Wahlerfolg von Regierungsparteien. Konzeptionell wurde zwischen kooperativen und konfliktiven vorzeitigen Beendigungsmodi sowie Einparteienkabinetten und Koalitionsregierungen differenziert. Die postulierten Effekte sollten zudem in Abhängigkeit des oppositionellen Policy-Angebots variieren. Den Thesen zufolge begünstigen a) konfliktive Beendigungsmodi höhere Stimmverluste und b) fallen diese umso stärker bei Einparteienkabinetten aus sowie wenn c) eine ähnliche oppositionelle Alternative, ein heterogenes Angebot der Opposition und Alternativen auf beiden Seiten des ideologischen Spektrums präsent sind.

Die empirische Analyse zeigte, dass die Unterscheidung zwischen den Beendigungsmodi als auch zwischen Ein- und Mehrparteienkabinetten analytisch sinnvoll ist. Die unterschiedlichen Effekte entsprechen weitgehend den theoretischen Erwartungen: Konfliktive Beendigungen führen sowohl bei Einparteienregierungen als auch Zentrumskoalitionen im Vergleich zu einvernehmlich herbeigeführten Neuwahlen zu wesentlich höheren Verlusten. Freiwillige Neuwahlen stellen ebenso eine hilfreiche Strategie dar, um Stimmverluste im Vergleich zum regulären Ende der Legislaturperiode zu minimieren. Ob vorzeitige Regierungsbeendigungen sich an der Wahlurne auszahlen und eine erfolgreiche Strategie im Parteienwettbewerb darstellen, ist insofern in Abhängigkeit des Beendigungsmodus und der konkreten Wettbewerbssituation zu beantworten.

Die Begrenzung der Aussagekraft unserer Studie liegt in der Limitierung der Analyse auf die Parteienwettbewerbsebene. Für künftige Studien ist daher eine Untersuchung der konkreten Handlungen und Auswirkungen auf Parteebene von Interesse. Wer initiiert den Konflikt, wen sehen die Wähler in der Verantwortung und wer verliert letztlich die Wahl? Die hier präsentierten Ergebnisse lassen erwarten, dass die Wahl einer kooperativen und konfliktiven Strategie als auch die konkrete Lage im programmatischen (bzw. ideologischen) Wettbewerb Auswirkungen hierauf hat.



## Literatur

- Angenendt, Michael. 2015. Kooperation oder Konflikt? Vorzeitige Regierungsbeendigungen und elektorale Performanz in Westeuropa. *MIP. Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung* 21:72–82.
- Angenendt, Michael, und Johannes Schmitt. 2015. (Warum) Vertrauen wir Politikern? Die empirische Überprüfung individueller und kontextueller Determinanten des Vertrauens in politische Repräsentanten. In *Krisen, Prozesse, Potenziale. Beiträge zum 4. Studentischen Soziologiekongress*, Hrsg. Simon Scholz und Julian Dütsch, 293–317. Bamberg: Bamberg University Press.
- Arellano, Manuel. 1987. Computing robust standard errors for within-groups estimators. *Oxford Bulletin of Economics & Statistics* 49:431–434.
- Bergman, Torbjörn, Wolfgang C. Müller, und Kaare Strøm. 2005. Comparative parliamentary democracy: A project report. *European Political Science* 4:42–54.
- Bergman, Torbjörn, Elisabeth R. Gerber, Scott Kastner, und Benjamin Nyblade. 2008. The empirical study of cabinet governance. In *Cabinets and coalition bargaining: The democratic life cycle in Western Europe*, Hrsg. Torbjörn Bergman, Wolfgang C. Müller, und Kaare Strøm, 85–122. New York: Oxford University Press.
- Bernhard, William, und David Leblang. 2008. Cabinet collapses and currency crashes. *Political Research Quarterly* 61:517–531.
- Brennan, Geoffrey, und Alan P. Hamlin. 2000. *Democratic devices and desires*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Browne, Eric C., John P. Frendreis, und Dennis W. Gleiber. 1986. The process of cabinet dissolution: An exponential model of duration and stability in Western democracies. *American Journal of Political Science* 30:628–650.
- Croissant, Yves, und Giovanni Millo. 2008. Panel data econometrics in R. The plm package. *Journal of Statistical Software* 27:1–43.
- Damgaard, Erik. 2008. Cabinet termination. In *Cabinets and coalition bargaining: The democratic life cycle in Western Europe*, Hrsg. Torbjörn Bergman, Wolfgang C. Müller, und Kaare Strøm, 301–326. New York: Oxford University Press.
- Dewan, Torun, und David P. Myatt. 2012. Dynamic government performance: Honey-moons and crises of confidence. *American Political Science Review* 106:123–145.
- Diermeier, Daniel, und Randy T. Stevenson. 1999. Government survival and competing risks. *American Journal of Political Science* 43:1051–1068.
- Döring, Holger, und Philip Manow. 2015. Parliaments and governments database (ParlGov). Information on parties, elections and cabinets in modern democracies. *Development version*.
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper and Row.
- Druckman, James N. 1996. Party factionalism and cabinet durability. *Party Politics* 2:397–407.
- Easton, Stephen, und Paul V. Warwick. 1992. The cabinet stability controversy: New perspectives on a classic problem. *American Journal of Political Science* 36:122–146.
- Franzmann, Simon T. 2008. Programmatische Heterogenität und ideologische Polarisierung in den europäischen Parteiensystemen. Beitrag zur 3-Länder-Tagung. Hrsg. v. DVPW, ÖGPW und SVPW. <http://www.dvpw.de/fileadmin/docs/2008WS7Franzmann.pdf>. Zugriffen: 14. März 2014.

- Franzmann, Simon T. 2011. Competition, contest, and cooperation. The analytical framework of the issue-market. *Journal of Theoretical Politics* 23:317–343.
- Franzmann, Simon T., und André Kaiser. 2006. Locating political parties in policy space. A reanalysis of party manifesto data. *Party Politics* 12:163–188.
- Giesselmann, Marco, und Michael Windzio. 2012. *Regressionsmodelle zur Analyse von Paneldaten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hobolt, Sara, James Tilley, und Susan Banducci. 2013. Clarity of responsibility: How government cohesion conditions performance voting. *European Journal of Political Research* 52:164–187.
- Inoguchi, Takashi. 1979. *Political surfing over economic waves: A simple model of the Japanese Political Economic System*, Manuskript zum 11. Weltkongress der IPSA.
- Kiss, Aron. 2009. Coalition politics and accountability. *Public Choice* 139:413–428.
- Kropp, Sabine. 1999. Strategisches Koalitions Handeln und Koalitionstheorien. Konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung von Konflikt und Konsensbildung in Koalitionen. In *Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden*, Hrsg. Roland Sturm und Sabine Kropp, S. 44–80. Baden-Baden: Nomos.
- Kropp, Sabine. 2001. *Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kropp, Sabine, und Roland Sturm. 1998. *Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation*. Opladen: Leske + Budrich.
- Laver, Michael. 1974. Dynamic factors in government coalition formation. *European Journal of Political Research* 2:259–270.
- Laver, Michael. 2003. Government termination. *Annual Review of Political Science* 6:23–40.
- Laver, Michael, und Ian Budge. 1992. *Party policy and government coalitions*. New York: St. Martin's Press.
- Lupia, Arthur, und Kaare Strøm. 1995. Coalition termination and the strategic timing of parliamentary elections. *The American Political Science Review* 89:648–665.
- Müller, Wolfgang C. 2005. Die Relevanz von Institutionen für Koalitionstreue: Theoretische Überlegungen und Beobachtungen zur Bundesrepublik Deutschland. In *Mechanismen der Politik: Strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem*, Hrsg. Steffen Ganghof und Philip Manow, 73–107. Frankfurt a. M.: Campus.
- Müller, Wolfgang C., und Kaare Strøm. 2000. *Coalition governments in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Narud, Hanne M., und Galen A. Irwin. 1994. Must the breaker pay? Cabinet crises and electoral trade-offs. *Acta Politica* 29:265–284.
- Narud, Hanne M., und Henry Valen. 2008. Coalition membership and electoral performance. In *Cabinets and coalition bargaining: The democratic life cycle in Western Europe*, Hrsg. Torbjörn Bergman, Wolfgang C. Müller, und Kaare Strøm, 369–402. New York: Oxford University Press.
- Nohlen, Dieter, und Philip Stöver. 2010. *Elections in Europe. A data handbook*. Nomos: Baden-Baden.
- Powell, G. Bingham. 2000. *Elections as instruments of democracy*. New Haven: Yale University Press.

- Ragin, Charles C. 1987. *The comparative method. Moving beyond qualitative and quantitative strategies*. Berkeley: University of California Press.
- Riera, Pedro. 2015. Economy, type of government, and strategic timing of elections: Calling opportunistic early elections in OECD democracies. *West European Politics* 38:1129–1151.
- Saalfeld, Thomas. 2005. Determinanten der Fraktionsdisziplin: Deutschland im internationalen Vergleich. In *Mechanismen der Politik: Strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem*, Hrsg. Steffen Ganghof und Philip Manow, 35–71. Frankfurt a. M.: Campus.
- Saalfeld, Thomas. 2008. Institutions, chance, and choices: The dynamics of cabinet survival. In *Cabinets and coalition bargaining: The democratic life cycle in Western Europe*, Hrsg. Torbjörn Bergman, Wolfgang C. Müller, und Kaare Strøm, 327–368. New York: Oxford University Press.
- Saalfeld, Thomas. 2009. Vetospieler, Agendakontrolle und Kabinettsstabilität in 17 europäischen Parlamenten. In *Parlamente, Agendasetzung und Vetospieler. Festschrift für Herbert Döring*, Hrsg. Steffen Ganghof, Christoph Hönninge, und Christian Stecker, 93–116. Wiesbaden: VS Verlag.
- Saalfeld, Thomas. 2013. Economic performance, political institutions and cabinet durability in 28 European parliamentary democracies, 1945–2011. In *Party governance and party democracy*, Hrsg. Wolfgang C. Müller und Hanne Marthe Narud, 51–80. Wiesbaden: Springer VS.
- Sartori, Giovanni. 1976. *Parties and party systems: A framework for analysis*. New York: Cambridge University Press.
- Schmitt, Johannes. 2014. *A microfoundation of centrifugal dynamics in party systems*. ECPR graduate conference – working paper.
- Schneider, Carsten Q., und Claudius Wagemann. 2007. *Qualitative Comparative Analysis und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen*. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Smith, Alastair. 1996. Endogenous election timing in majoritarian parliamentary systems. *Economics & Politics* 8:85–110.
- Smith, Alastair. 2003. Election timing in majoritarian parliaments. *British Journal of Political Science* 3:397–418.
- Smith, Alastair. 2004. *Election timing*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Spiegel Online. 2015. Nach Griechenland-Abstimmung: Tsipras bereitet vorgezogene Neuwahlen vor. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-tsipras-bereitet-vorgezogene-neuwahlen-vor-a-1044073.html>. Zugegriffen: 11. Dez. 2015.
- Strøm, Kaare. 1990. A behavioral theory of competitive political parties. *American Journal of Political Science* 34:565–598.
- Strøm, Kaare. 2008. Communication and the life cycle of parliamentary democracy. *Political Research Quarterly* 61:537–542.
- Strøm, Kaare, und Stephen M. Swindle. 2002. Strategic parliamentary dissolution. *The American Political Science Review* 96:575–591.
- Volkens, Andrea, Pola Lehmann, Theres Matthieß, Nicolas Merz, Sven Regel, und Annika Werner. 2015. *The manifesto data collection. Manifesto project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2015a*. Berlin: WZB.

- Vowles, Jack. 2010. Making a difference? Public perceptions of coalition, single-party, and minority governments. *Electoral Studies* 29:370–380.
- Woldendorp, Jaap, Hans Keman, und Ian Budge. 1998. Party government in 20 Democracies: an update (1990–1995). *European Journal of Political Research* 33:125–164.
- Woldendorp, Jaap, Hans Keman, und Ian Budge. 2000. *Party government in 48 Democracies (1945–1998). Composition – duration – personnel*. Dordrecht: Kluwer Academic.
- Woldendorp, Jaap, Hans Keman, und Ian Budge. 2011. *Party government in 40 Democracies (1945–2008). Composition – duration – personnel*. Dordrecht: Kluwer Academic.